Die Anfänge des preußischen Haus- und Polizeiministers Fürsten Wilhelm Ludwig Georg zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (1770—1806)

Ein Lebensbild aus der Zeit der Französischen Revolution und des Unterganges des Deutschen Reiches, sowie ein Beitrag zur preußisch-hessischen Geschichte von 1795—1806

☆

Inauguraldissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität zu Marburg
vorgelegt von

Wilhelm Weyer
aus Laasphe, Kreis Wittgenstein

Marburg 1927

Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Ernst Schmidt, Laasphe

Die Anfänge des preußischen Haus- und Polizeiministers Fürsten Wilhelm Ludwig Georg zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (1770—1806)

Ein Lebensbild aus der Zeit der Französischen Revolution und des Unterganges des Deutschen Reiches, sowie ein Beitrag zur preußisch-hessischen Geschichte von 1795—1806

☆

Inauguraldissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität zu Marburg
vorgelegt von

Wilhelm Weyer
aus Laasphe, Kreis Wittgenstein

Marburg 1927

Gedruckt in der Hofbuchdruckerei Ernst Schmidt, Laasphe

Als Dissertation angenommen am 10. August 1926.

Berichterstatter:
Herr Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Busch.

Tag der mündlichen Prüfung:
22. Dezember 1926.

Gedruckt mit Genehmigung der Fakultät.

Dem Andenken

meines am 13. November 1914 gefallenen

Bruders Heinrich

Vorwort.

Drei Grafen aus der Sayn-Wittgenstein-Wittgensteinischen bezw. Hohensteinischen Linie des Gesamthauses Wittgenstein sind in preußische Dienste getreten und haben es daselbst zu hoher Stellung gebracht: Johann VIII. unter dem Großen Kurfürsten, David August unter Friedrich I. und Wilhelm Ludwig Georg unter Friedrich Wilhelm II. und III. Auf diesen machte mich Herr Pfarrer Bauer zu Laasphe aufmerksam. Er verwies mich auf eine Anzahl Aktenbände im fürstlichen Hausarchiv zu Wittgenstein, in denen sich Briefe des Fürsten Wilhelm an seinen Vater und an seinen Bruder befänden. Eine Durchsicht der Briefe aus der Frühzeit gab mir die Anregung zu der vorliegenden Arbeit und führte mich zur weiteren Abrundung des gewonnenen Bildes in das Hohenzollernsche Hausarchiv zu Charlottenburg, dann in das Geheime Staatsarchiv zu Berlin und schließlich in die übrigen unter den Quellen genannten Archive. Dabei erweiterte sich die Darstellung, die ursprünglich nur die Jugend und den Eintritt in den preußischen Dienst umfassen sollte, um die der ersten politischen Tätigkeit bis zum Jahre 1806. Dieses Jahr bringt einen tiefgehenden Einschnitt in Wilhelms Leben und schließt dessen erste Periode ab.

Der Zweck der Arbeit ist im wesentlichen biographischer Natur. Näheres wird darüber in der Einleitung ausgeführt. Daneben kam es mir darauf an, Neues aus der Geschichte Wittgensteins und anderer westlicher Gebiete (Hessen, Waldeck) soviel zu bringen, als im Rahmen einer Biographie des Fürsten Wilhelm irgend möglich ist.

Zu danken habe ich außer den Behörden und Vereinigungen, die den Druck der Arbeit mit namhaften Beiträgen unterstützten — es sind die beiden Fürstlichen Verwaltungen zu Wittgenstein und Berleburg, der Arbeitgeberverband des Kreises Wittgenstein, der Verein für Geschichte und Volkskunde Wittgensteins und der Verein für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerland samt Nachbargebieten — insbesondere Seiner Durchlaucht dem Fürsten August zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein für die Erlaubnis zur Benutzung seines Archivs, sowie Seiner Magnifizenz Herrn Geheimrat Prof. Dr. Busch, dem derzeitigen Rektor der Universität Marburg, dessen Seminar ich mehrere Semester angehörte, und der der Arbeit in mancherlei Hinsicht seine Förderung angedeihen ließ, ferner den Verwaltungen der einzelnen Archive, deren Beauftragte mir jede gewünschte Hilfe gewährten und mir manche nützlichen Winke gaben. Genannt seien die Herren Domänenrat Marburger und Oberlehrer a. D. Canstein in Laasphe, Archivrat Dr. Dehio vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin und Dr. Schnath vom Hohenzollernschen Hausarchiv in Charlottenburg.

Den größten Dank schulde ich jedoch meinem Bruder. Daß ich ihm die Arbeit widmen kann, darin liegt der größte Teil der Befriedigung die sie mir gewährt. Er ruht im Osten im schlichten Soldatengrab, und niemand von denen, die ihm nahe standen, kann dessen warten. Darum seien ihm hier folgende Zeilen zum Andenken gesetzt. Er war ein Mensch, in dem die besten Seiten des deutschen Wesens Gestalt gewonnen hatten: Tatkraft, Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Treue, Liebe, Güte und Frömmigkeit. Aus kleinen Verhältnissen arbeitete er sich empor, als Meliorationstechniker — er war von der weit bekannten Siegener Wiesenbauschule ausgebildet — errang er sich in zähem Kampfe mit den Behörden und mit ausgezeichnet bestandener Prüfung das Berufseinjährige, er erhielt eine selbständige, leitende Stellung in der Kommunalverwaltung und wurde — lange vor dem Kriege — Offizier in einem Pionierbataillon. Schon als Techniker ließ er mich, seinen einzigen, elf Jahre jüngeren Bruder, von seinen, durch ausgedehnte Nebenarbeit vermehrten Ersparnissen die höhere Schule bis zur Reifeprüfung besuchen und wandte mir auch noch namhafte Unterstützungen während des Studiums zu. Meiner Schwester ermöglichte er den Besuch eines Lehrerinnenseminars, und erst als wir weit genug gefördert waren, gründete er sich einen eigenen Hausstand. Nur ein knappes Jahr genoß er des Glücks, dann kam der Krieg. Seiner hohen Begeisterung und seinem Opfersinn genügten die Brücken und Sprengkommandos, die man ihm anfangs hinter der Front übertrug, nicht. Er meldete sich zur Infanterie und fiel am 13. November 1914 bei Gumbinnen an der Spitze seiner Kompagnie. Wer in seine gütigen, grauen Augen, in sein strahlendes, fröhliches Antlitz geschaut hat, dem wurde wohl ums Herz . . . . . Die vorliegende Arbeit möge einen Teil meiner Dankesschuld an ihn begleichen!

Laasphe, im Oktober 1927.

Der Verfasser.

Inhalts-Verzeichnis.

Einleitung.

Wittgenstein im Urteil seiner Zeitgenossen und der Geschichtsschreibung. Grundsätzliches dazu.

Die deutsche Geschichtswissenschaft besitzt bereits eine Reihe schöner Lebensbeschreibungen von Männern, die im Zeitalter der Befreiungskriege und der Restauration bestimmenden Einfluß auf die Geschicke unseres Vaterlandes ausübten. So haben Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau, Yorck, Blücher, Boyen schon ihre Geschichtsschreiber gefunden. Von einer Anzahl anderer Männer liegen wenigstens eigenhändige Aufzeichnungen vor, außer von Boyen noch von Niebuhr, Schön, Delbrück, die, wenn auch nicht in wissenschaftlicher Abgeklärtheit, von ihrem Leben und von ihren Taten erzählen. Der Mann aber, der an Dauer seiner politischen Wirksamkeit, und, wie behauptet wird, auch seines Einflusses, sie alle übertraf, der Fürst von Wittgenstein, steht immer noch in dem Schatten, den das Urteil seiner Gegner, sowie eine von den Ideen des Verfassungsstaates erfüllte Geschichtsbetrachtung über ihn geworfen haben. Dem gegenüber gilt es, seiner Entwickelung, seinen Beweggründen einmal nachzuspüren und das Urteil seiner Gegner nachzuprüfen, das nun fast ein Jahrhundert von der Geschichtsschreibung unbesehen mitgeschleppt worden ist.

Wittgenstein gilt als der geistige Vater der Reaktion in Preußen. In die bisherige Auffassung dieser Periode der staatlichen Entwickelung Preußen-Deutschlands hat die jüngst erschienene, weit ausgreifende Biographie seines bedeutenderen Bundesgenossen Metternich von Srbik [1] eine Bresche geschlagen, und das Urteil über den Menschen und den Staatsmann erhält darin eine wesentliche Verschiebung zu seinen Gunsten. Vielleicht wird das auch bei Wittgenstein der Fall sein, wenn er einmal eine zureichende Würdigung findet. Srbik deutet das schon an. Die Zukunft werde vielleicht das heute noch aufrecht erhaltene, höchst abfällige Urteil über Wittgensteins Charakter und politisches Denken einigermaßen mildern. Auch hier scheine Steins leidenschaftlicher Schuldspruch mehr als billig nachzuwirken [2].

Von den Äußerungen der Zeitgenossen Wittgensteins über ihn ist diejenige Steins am ersten in die Öffentlichkeit gedrungen und hat sein Bild bis heute festgelegt. Sie lautet: „Fürst Wittgenstein besaß alle Eigenschaften, um ohne Kenntnisse, inneren Halt und Tüchtigkeit eine vorteilhafte Stelle im Leben sich zu verschaffen: schlau, kalt, berechnend, beharrlich, bis zur Kriecherei biegsam. Auf ihn paßte die Maxime qu'un vrai courtisan doit être sans honneur et sans humeur, er strebte nach Geld und geheimem Garderobeneinfluß (den er besitzt und wodurch er

höchst nachteilig auf die großen Geschäfte des preußischen Staates wirkt). Er begann seine Laufbahn am Hofe Carl Theodors bei den Spielpartien der Antichambre. Dann eine Verbindung mit der Äbtissin von Lindau, dessen natürlicher Tochter, suchend, bald darauf ao. 1792 nach einem Beschluß der zur Wahl Franz II. versammelten kurfürstlichen Gesandten in Ehrenbreitstein wegen verdächtiger Verbindung mit dem französischen Gesandten in Mainz verhaftet, entlassen, Oberhofmeister der verstorbenen Königin, Gesellschafter der Madame Ritz, ihr Begleiter nach Italien, Gesandter in Kassel, Chef eines Banquierhauses, zu dem er sich vom Kurfürsten die Fonds verschaffte unter Garantie seines älteren Bruders, Vertrauter des Grafen Haugwitz und Herrn von Hardenbergs, dem er Geld vorschoß, Entrepreneur des Plettenbergischen Konkurses, den er noch mehr verwirrte ...."[3] Unsere Darstellung wird erweisen, was an den Behauptungen Steins zutreffend ist, wird aber auch zeigen, daß Stein der bewegten Vergangenheit Wittgensteins zu nahe gestanden hatte, um gerecht sein zu können, von dem großen politischen Gegensatz der beiden zunächst einmal ganz abgesehen.

Heinrich von Treitschke hat Steins Urteil übernommen und es in der Geschichtsbetrachtung zur Herrschaft gebracht[4]. Aus eigenem hat er hinzugefügt, den arglosen Beobachtern sei der muntere alte Herr mit seinen trivialen Späßchen sehr unschädlich erschienen, selbst ein so gewiegter Menschenkenner wie der alte Heim, der volksbeliebte Arzt Berlins, habe sich durch die gemütlichen Formen des Fürsten völlig täuschen lassen und ihn zärtlich geliebt, aber nichts sei den lauernden Blicken dieser falschen blauen Augen entgangen; mit unversönlichem stillem Hasse habe Wittgenstein alles, was an Stein und die stürmische nationale Bewegung der Kriegsjahre erinnerte, verfolgt. Viele Jahre habe der arglose Hardenberg gebraucht, bis er die biedere Derbheit dieses schlauen Hofmannes endlich durchschaute[5].

Was außer den Stein'schen an zeitgenössischen Äußerungen über Wittgenstein bekannt geworden ist, konnte nur in derselben Richtung wirken. Boyen schrieb in seinen Erinnerungen über ihn: Von Arglist, Gelderwerb und Prinzendünkel zusammengesetzt, habe er nur die gewöhnliche Coterienbildung, keine gründliche Kenntnis besessen[6]. Niebuhr nannte Wittgenstein in einem von Dehio ans Licht gezogenen Schreiben an Altenstein einen Agioateur, er habe gelogen, um dem Sinn des Königs zu schmeicheln, er habe Hardenberg belogen, er kenne keine innere Angst über den Erfolg, wenn er seine Idee „möglicherweise" für ausführbar halte[7]. Indessen seien, wie Dehio einschränkend hinzufügt, diese Sätze in der höchsten Nervenspannung geschrieben, und meint, schwerer wiege, daß Niebuhr noch Jahre später belastende Äußerungen über Wittgenstein getan habe[8]. Altenstein warf Wittgenstein in einer ebenfalls zuerst von Dehio benutzten Denkschrift schleichende Intrigue vor, die sich hinter Kälte und Uneigennützigkeit verberge, als Judengenosse und gemeiner Agioateur habe er auf Kosten des Staates spekuliert[9]. Wie es zu solchen Vorwürfen, die gewiß in ihrer Schwere unberechtigt sind, kommen konnte, wird im folgenden klarer werden.

Indessen hat Wittgenstein auch Freunde gehabt. Ancillon nannte ihn den einzigen Anker, auf den die Wohlgesinnten sich verlassen könnten[10]. Rochow pries ihn als den Schutzgeist des Vaterlandes[11]. Wird man sich auch hüten müssen, diese Stimmen aus dem eigenen

Lager zu überschätzen, so bleibt doch die Tatsache bestehen und fällt schwer in die Wagschale, daß Wittgenstein das Vertrauen des Königs, seiner beiden Gemahlinnen, der Königin Witwe, der Prinzessin Marianne, der Gräfin Voß besessen hat. Die Annahme, daß er der königlichen Familie wegen seiner ausgezeichneten Verwaltung des königlichen Vermögens unentbehrlich geworden sei [12], läßt einen starken, unerklärbaren Rest in diesem Verhältnis zurück, der nur dann verschwindet, wenn man annimmt, daß in Wittgensteins Charakter, zum mindesten neben den von seinen Gegnern behaupteten, andere Züge enthalten waren, die ihn solchen guten Menschen liebenswert machten. Es ist undenkbar, daß eine Persönlichkeit wie Friedrich Wilhelm III. fast ein halbes Jahrhundert lang einer Täuschung erlegen sei, und daß er in dieser Zeit nicht auch Wittgenstein durchschaut hätte wie es Stein tat, sofern dessen Urteil zutrifft.

Schon bisher waren unbestreitbare Verdienste bekannt, die sich Wittgenstein um den preußischen Staat erworben hat. Läßt man sein Verhalten in der noch nicht genügend geklärten Verfassungsfrage beiseite, so bleibt bestehen, daß er 1810 die Abtretung Schlesiens verhinderte [13], daß er Hardenberg als Staatskanzler an die Spitze des Staates brachte und dessen Bund mit dem König stiftete [14]. Die hier dargestellte Frühzeit Wittgensteins weist weitere Verdienste um Preußen auf.

So ist das Bild Wittgensteins, das die angeführten Zeugnisse und Tatsachen nur grob umreißen und es, verschwimmend in der Parteien Haß und Gunst, wiedergeben, verzerrt und widerspruchsvoll. Eine Biographie dieses Mannes ist daher ein wissenschaftliches Bedürfnis.

Was bisher in der zeitgenössischen oder späteren Literatur über ihn gesagt worden ist, entsprang teils der Freundschaft oder Feindschaft gegen ihn, teils dem Bedürfnis, pragmatische Zusammenhänge zu klären, teils einer von vorneherein ablehnenden Haltung gegen seine staatspolitischen Tendenzen. Auch die neuesten Arbeiten von Dehio [15] und Haake [16] stehen unter diesen beiden Gesichtspunkten [17]. Diese werden, ganz allgemein gesagt, nirgends ausreichen, über den Wert oder Unwert irgend eines Lebens etwas Bestimmtes auszusagen. Das kann nur der, der sich auf die Höhe des Standpunktes Antigones zu erheben vermag: Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da. Im letzten liegt auch das Mitleiden beschlossen. Nur in dem Maße, wie wir diese Fähigkeit besitzen, wird sich uns das Leben eines Menschen in seinen Auswirkungen und in seiner Bedeutung erschließen, nur damit wird der zureichende Maßstab für die Tragödie Mensch, sowohl des einzelnen wie der Gesamtheit, gewonnen. Die folgende Darstellung will sich bemühen, das Leben Wittgensteins von diesem Standpunkt aus zu sehen. Den scharfen Worten seiner Zeitgenossen will sie, obwohl ihnen manches Tatsächliche zu Grunde liegt, einen anderen Klang geben und sie von dem Pharisäerhaften und Ungerechten, was in ihnen liegt, reinigen; kurz gesagt, sie möchte Wittgensteins Bild in die Sphäre reiner Menschlichkeit stellen. In dieser hätte aber unseres Erachtens auch ein Mann wie Stein trotz seiner Bedeutung und seiner Fähigkeiten nicht das Recht gehabt, einen seiner Zeitgenossen und Gegner mit solchen Äußerungen zu belasten.

Alles dieses gilt mutatis mutandis auch in Bezug auf das, was

über den Landgrafen von Hessen-Cassel im Laufe des vergangenen Jahrhunderts gesagt worden ist und in dieser Arbeit gesagt wird, allerdings mit dem Unterschied, daß sich hier das Urteil doch auf unumstößliche Tatsachen gründete. Unsere Darstellung wird das Bild als zutreffend erweisen, welches die deutsche Geschichtsschreibung bisher von diesem Fürsten entworfen hatte und wird der jüngst erschienenen Lebensbeschreibung dieses Mannes entgegentreten, die ihn doch in allzu rosigen Farben, die preußischen Staatsmänner und die preußische Politik dagegen in allzu ungünstigem Lichte darstellt [18].

Von der oben geforderten Biographie Wittgensteins soll hier der erste Teil geliefert werden, der die Grundlagen seines Lebens und seiner Charakterentwickelung so sichtbar wie möglich macht und denjenigen, der die folgende Zeit zu schildern unternimmt, in den Stand setzt, die Handlungen Wittgensteins aus der Vergangenheit zu verstehen, die Motive bis dahin zurückzuführen, die Wurzeln dort zu suchen. Freilich wird, wer die Gesamtbiographie Wittgensteins schreibt, manches kürzer, gedrängter fassen, vom Tatsächlichen aber kaum etwas unterdrücken dürfen. Obwohl dieses zu einem großen Teile rein persönlicher Natur ist und zu den politischen Vorgängen oft keine näheren Beziehungen hat, ist seine Kenntnis zum Verständnis des Wesens und Werdens Wittgensteins durchaus nötig. Oft hängt dieses Persönliche auch mit dem wittgensteinischen Territorium so eng zusammen, daß es mit Rücksicht auf dessen Geschichte nicht geraten erschien, es aus der Darstellung fernzuhalten.

Auch vermittelt das Leben Wittgensteins mit seinen fast romanhaften Verwickelungen ein so anschauliches Bild von den Zuständen im mittleren und niederen Adel vor dem Untergang des deutschen Reiches, wie es in der einschlägigen Literatur nirgends zu finden ist. Es hat von diesem Gesichtspunkt aus für denjenigen, der das Zeit- und Kulturgeschichtliche schildert, doch wohl einige Bedeutung. Darin liegt eine weitere Rechtfertigung der Ausführlichkeit unserer Darstellung.

1. Kapitel.

Jugend. Allerlei Versuche, zu einer Versorgung zu gelangen.

Wilhelm Ludwig Georg von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein erblickte am 9. Oktober 1770 als achtes Kind des Grafen Johann Ludwig von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein und seiner Gemahlin Friedericke Luise Charlotte auf Schloß Wittgenstein das Licht der Welt[19]. Dem Geschlecht der Wittgensteiner war durch die Mutter Johann Ludwigs, einer Tochter der Herzogin Amalie Luise von Kurland, und durch die Gemahlin Johanns VIII. nassauisches, um die Wende des 17./18. Jahrhunderts durch eine Tochter des Grafen Franz de Marchaut, Herrn von Verrière und Berlière, auch französisches Blut zugeflossen[20], es sollte mit dem neu geborenen Knäblein, dessen Rufname Wilhelm war, noch einmal Bedeutung über die Grenzen des von ihm beherrschten Ländchens hinaus gewinnen.

Die Mutter Wilhelms, auf Burg Farnbach bei Nürnberg geboren, entstammte dem Geschlechte der Pückler, das seinen Ursprung auf Rüdiger von Bechlaren zurückführte und erst 1690 in den Grafenstand erhoben worden war. Es wies nach Schlesien, Grodiß und Oppeln; der Urgroßvater Wilhelm, ein rühriger, sprachenkundiger, weitgereister Mann, kursächsischer Geheimer Rat und Bayreuth-Ansbachischer Geheimer Ratspräsident, verpflanzte einen Zweig nach Franken; der Großvater war Graf Christian Wilhelm von Pückler, Herr zu Burg Farnbach, Braun (Brünn) und Tanzenheide, Kaiserlich-Königlicher Kämmerer, die Großmutter, die Gräfin Christine Karoline von Löwenstein-Wertheim und Firnbach, mitregierende Gräfin zu Limpurg und Schmiedefeld. Auch hier war von mütterlicher Seite her französisches Blut mit in das Geschlecht gekommen[21].

Die Ehe der Eltern Wilhelms muß auf wirklicher Liebe gegründet gewesen sein. Verlobung und Vermählung geschahen ohne Vorwissen der Mutter Johann Ludwigs und der Vormundschaft. Der Vater, Graf Friedrich, war gestorben, als Johann Ludwig noch minderjährig war. Die Mutter führte die Regentschaft. Johann Ludwig muß sich einige Jahre in Franken aufgehalten haben. Hier hat er die zwei Jahre ältere Gemahlin kennen gelernt. Die erste Zeit der Ehe verbrachte das junge Paar auf Burg Farnbach, bis die Zustimmung der Mutter Johann Ludwigs, die als Mutter die Schwiegertochter mit offenen Armen aufnahm, als Regentin aber ihrem Sohne wegen seiner Eigenmächtigkeit eine Rüge erteilte, und ebenso die venia aetatis im August 1761 auf Burg Farnbach eintrafen. Johann Ludwig kehrte nun mit der jungen Gemahlin nach Wittgenstein zurück und übernahm die Regierung[22].

In den elf Jahren ihrer Ehe hatte die Gräfin ihrem Gemahl neun Kinder geboren, das letzte kam tot zur Welt (27. Juli 1772) und riß auch die Mutter mit ins Grab. Die anderen haben zum Teil ein sehr hohes Alter erreicht. Der Stammhalter, Friedrich Karl, wurde erst mit dem vierten Kinde geboren und ein zweiter Sohn mit dem vorletzten Kinde am 9. Oktober 1770. Es ist Wilhelm. In der Leichenrede für die verblichene Gräfin werden ihre religiöse Gesinnung, ihre Demut und Sanftmut, die Stille des Gemüts gerühmt [23]. Am 9. November 1772 vermählte sich Johann Ludwig mit der Schwester seiner verstorbenen Gemahlin, Wilhelmine Henriette Karoline, Gräfin von Pückler-Limburg, geboren am 30. August 1746, und gab seinen acht Kindern wieder eine Mutter, die ihm noch weitere vier Kinder schenkte [24]. Das Familienleben auf Schloß Wittgenstein war sehr innig. Den Stiefkindern war die Gräfin eine rechte Mutter; bis zu ihrem Ende hingen diese mit inniger Liebe an ihr und begegneten ihr immer mit der größten Hochachtung. Besonders ist das bei Wilhelm der Fall. Bei ihm suchte die Mutter später immer Rückhalt, wenn sie Differenzen hatte mit ihrer Schwiegertochter, der Gemahlin Friedrich Karls, oder mit diesem. Und stets hat Wilhelm den Bruder darauf hingewiesen, was er der Mutter schuldig sei. Ihre Briefe in klarer, ausgeschriebener Handschrift lassen auf Güte und Liebe, aber auch Festigkeit des Willens schließen. In den Briefen, die sie ihren Söhnen nach Holland, der Schweiz und nach Marburg sandte, tritt derselbe religiöse Zug zu Tage, der ihrer Schwester eigen war. Sie zeigen, daß der Geist auf Schloß Wittgenstein keineswegs gräflich, etikettenhaft, sondern herzlich menschlich war, und daß die Eltern sich bemühten, tüchtige Menschen aus ihren Kindern zu machen.

Von Eheirrungen und Seitensprüngen hört man in der Zeit Johann Ludwigs nichts. Die Verordnungen, mit denen er die Unzucht in seinem Lande bekämpfte [25], die eine Folge der Erbuntertänigkeit der Untertanen war, weil die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Ehe außerordentlich erschwerten [26], muten uns zwar wegen ihrer Härte und Einseitigkeit sonderbar an, lassen aber die ernste Auffassung des Grafen in diesem Punkte erkennen, und sind, da das eigene Leben der gräflichen Familie untadelig war, keine Heuchelei wie bei manchem seiner regierenden Zeitgenossen.

Das kleine Ländchen wurde natürlich absolutistisch regiert, wenn auch seine Armut und der Kinderreichtum des Grafen keine glänzende Hofhaltung vertrugen, wie sie sonstwo üblich war. Die Untertanen waren mitunter recht störrisch und führten wegen der überkommenen Pflichten gegen die Herrschaft zahlreiche Prozesse am Reichskammergericht, aus denen diese nicht immer siegreich hervorging. Wilhelm hat später derartige Prozesse am Reichskammergericht „sollizitiert", und daß er in seiner Jugend in die feudalistischen Gedankengänge und Empfindungen seiner Eltern hineinkam, zeigen die Briefe, die er in solchen Angelegenheiten nach Hause geschrieben hat. Hier beginnt seine Entwickelung zum Grandseigneur, der er zeitlebens geblieben ist, und aus dessen Einstellung heraus sein späteres Handeln erwuchs.

Der Vater Johann Ludwigs hatte eine Liebhaberei. Er baute gerne. Das Herrenhaus zu Schwarzenau, der linke Flügel des heutigen Schlosses und eine ganze Anzahl Häuser im Wittgensteiner Lande sind sein Werk. Nicht nur, daß er die Pläne faßte und selbst bearbeitete und

ihre Ausführung überwachte, sondern er beteiligte sich auch mit dem größten Eifer am rein Handwerksmäßigen, an den Maurer- und Zimmerarbeiten. Ein Brief seines Bruders, des Grafen Karl von Sayn aus Ludwigsburg, bestätigt die mündliche Überlieferung darüber. Von dieser Neigung des „gräflichen Zimmermanns" hat Wilhelm nichts geerbt[27].

Auch des Vaters Handschrift war, was man bei regierenden Herren seiner Zeit selten findet, sauber und ausgeschrieben. Auch er sandte seinen in der Fremde weilenden Kindern Briefe mit frommen Wünschen und Ermahnungen. Im Allgemeinen war er eine ruhige und stetige Natur. Doch konnte er gelegentlich auch aufbrausend und jähzornig werden, ein Zug, den man an dem Sohn nicht bemerkt. Der war immer beherrscht. Die Religiosität der Eltern war eine Nachwirkung des Auftretens der Pietisten im Wittgensteiner Land. Von einem Einschlag des Rationalismus, der sich in den Kindern ausprägte, ist nichts bei ihnen zu spüren. Den werden diese ihrem Hofmeister verdanken, den ihnen die Eltern gaben. Es war Johann Heinrich Christian Hinzpeter, der Sohn des gewesenen Oberpfarrers Hinzpeter in Haiger und Großvater des späteren preußischen Prinzenerziehers.

Über Wilhelms frühe Jugend ist wenig zu ermitteln. Ein paar Briefe seiner Geschwister sowie einige Dokumente bringen etwas Licht. Die Geschwister nannten ihn, als er sieben Jahre alt war, den lieben, dicken, mutwilligen Wilhelm[28]. Als Jünglinge haben die beiden Söhne an den bescheidenen Vergnügungen des Landes teilgenommen, am wittgensteiner Scheibenschießen, am Schlittenfahren, an den Jagden, und besonders die „Kläpperjagden" waren Wilhelm, wie Briefe aus späterer Zeit zeigen, ein herbstliches Vergnügen, dem er nicht gerne entsagte. Immer wieder fällt das innige Verhältnis auf, in dem die Geschwister zueinander standen.

Als siebenjähriger Bursche trat Wilhelm zum ersten Mal mit dem öffentlichen Leben in Verbindung. Am 20. April 1777 ernannte ihn der Prinz von Oranien zum Premier-Lieutenant Titulaire bei seinem nassauischen Kreisbataillon[29]. Diese Charge blieb zunächst natürlich ohne praktische Bedeutung, gewann aber auf die Studien Wilhelms später einen gewissen Einfluß.

1783 trat dann das erste größere Ereignis in Wilhelms Leben ein, welches das Einerlei der wittgensteiner Tage unterbrach und den Gesichtskreis des Knaben gewaltig erweiterte. Er unternahm mit seinem Bruder unter Begleitung des Hofmeisters Hinzpeter eine Studienreise nach der Schweiz. Neuchâtel, Lausanne, Genf, Bern, Schaffhausen, Basel, Solothurn waren die Hauptpunkte, die man berührte. Ende Oktober kam man in Neuchâtel an, wohin bereits der Vater einen fürsorglichen Brief vorausgeschickt hatte. Die Wissenschaften zu treiben und eine gute Lebensart anzunehmen, legte er seinen beiden Söhnen ans Herz und schloß seinen Brief mit sehr warmen religiösen Ermahnungen. 1784 kehrten die beiden jungen Grafen nach Wittgenstein zurück. Ein von Wilhelm angelegtes Itinerar, sowie der angeführte Brief der Eltern sind die einzigen Zeugnisse dieser Reise[30]. Merkwürdig ist es, daß in späteren Briefen Wilhelms nie Äußerungen über diese erste Reise fallen. Offenbar haben die Berge der Schweiz, ihre Seen und alle die Herrlichkeiten des Hochgebirges keinen überwältigenden Eindruck auf ihn gemacht, der bisher noch nichts anderes gesehen hatte als seine Wittgensteiner

Berge. Und so sehen wir schon hier bei dem Dreizehn-Vierzehnjährigen einen Zug seines Wesens durchleuchten, der ihm offenbar sein ganzes Leben eigen gewesen ist. Von einem starken Familiensinn und einer starken Neigung zu Wohltätigkeit und Hilfsbereitschaft abgesehen, war die Seite des Gemütes wenig bei ihm ausgeprägt. Der Bruder neigte ins andere Extrem, war auch hochmusikalisch [31]. Im folgenden Jahr 1785 durfte Wilhelm seine Verwandten auf Burg Farnbach besuchen. Von hier aus lernte er in verschiedenen Ausflügen das fränkische Land kennen, zu dem er später auch in amtliche Beziehungen trat [32]. In diese Zeit fallen auch seine ersten Beziehungen zum weiblichen Geschlechte; diese müssen ziemlich nahe gewesen sein, wie aus einem Briefe vom 5. Oktober 1800 an seinen späteren Freund, den Minister von Haugwitz, hervorgeht [33].

Das Jahr 1786 führte ihn dann auf die Universität Marburg [34], wo er am 5. Mai zusammen mit seinem Bruder Friedrich Karl und dem Hofmeister Hinzpeter immatrikuliert wurde [35]. Knapp drei Jahre dauerte hier das Studium, bis Anfang 1788. Auch diese Zeit scheint keinen entscheidenden Einfluß auf Wilhelm ausgeübt zu haben. Nur wenige Male in der ganzen Periode seines Lebens, die hier geschildert wird, erwähnt er diese Zeit; u. a. in dem Gesuch um Aufnahme in die Ballei Marburg des deutschen Ordens vom 1. Oktober 1791, wo er schreibt, er habe sich durch seine akademischen Studien die nötigen militärischen Kenntnisse erworben, sowie in dem Itinerar. Doch ist der Geist des Rationalismus, der damals in Marburg herrschte, auch über ihn gekommen und hat ihn nicht wieder verlassen. Die wenigen Jahre, die er dort verbrachte, waren auch die wenigen Jahre der „Blüte" der Marburger Universität unter hessischem nachreformatorischem Regime. In denselben Tagen, wo der junge Graf die Hörsäle betrat, hielten die vom Casseler Carolinum an die Marburger Universität versetzten Professoren ihre Antrittsvorlesungen, in denselben Tagen versuchte Bering der Philosophie Kants in Marburg Eingang zu verschaffen, doch verbot der Landgraf die Vorlesungen über Kant, obwohl die philosophische Fakultät in einem Gutachten dafür eingetreten war. Aber zu Berings Kolleg drängte sich die akademische Jugend, Kant war ihr Abgott. Jung Stilling hielt die Kantsche Philosophie für unschicklich zur Bildung der jungen Leute, weil Lehrer und Lehrlinge sie nicht richtig verständen wegen der neuartigen Terminologie. So behielt der Geist Wolffs einstweilen die Oberhand in Marburg [36]. Juli 1786 erwartete man Lavater daselbst und auch die jungen Grafen waren auf seine Predigt sehr gespannt. Was sie sonst alles in Marburg getrieben haben, davon war wenig zu erfahren. Außer jenem Hinweis auf die militärischen Studien fand sich nur ein von Wilhelm geschriebenes Kollegheft über Kameralwissenschaften [37]. Es kann nur ein Diktat Jung Stillings sein, der im Februar 1787 von Mannheim nach Marburg gerufen worden war, um Ökonomie, Finanz- und Kameralwissenschaften zu dozieren: Die Grundlage sämtlicher Kameralwissenschaften, die Forstwissenschaft, die Landwirtschaft, die Fabrikwissenschaft, die Handlungswissenschaft waren seine ersten Kollegs [38]. Die Wittgensteiner Grafen sind bald zu ihm in nähere Beziehungen getreten. Sie gehörten wohl zu dem Kreis der vornehmen Studenten, der in Jung Stillings Haus ein und aus ging, und es dauerte nicht lange, daß Jung Stilling auch auf Schloß Wittgenstein zu Gast war, wie aus Briefen

der Schwester Karoline an Friedrich nach Marburg hervorgeht[39]. Er hatte der jungen Gräfin die „Reisebeschreibung der würdigen la Roche“ [40] empfohlen, die sie mit Begeisterung las. Auch ihr Gemahl, der Graf Karl Wilhelm Ludwig zu Isenburg-Büdingen-Meerholz, kannte Jung Stilling und schickte ihm 1791 seinen Bruder Josef. Jung Stilling hatte später besonders gute Erinnerungen an das in Wittgenstein gebraute Bier, das mit dem englischen sehr viel Ähnlichkeit besitze und die Maß zehn Kreuzer kostete, und rühmte es noch im Jahre 1800 dem Geheimen Rat von Kunckell, dem er in Cassel einen Besuch machte[41].

Das oben erwähnte Kollegheft[42] enthält dieselben Gedanken wie Jung Stillings „Versuch einer Grundlehre sämtlichen Kameralwissenschaften, Lautern 1779“, und wie sie sich, in weiterem Rahmen, in seinen übrigen volkswirtschaftlichen Schriften finden, allerdings in viel prägnanterer Form. Es könnte einen bei flüchtigem Durchlesen an der Vaterschaft Stillings irre machen; denn platter Rationalismus, Utilitarismus, Eudämonismus, Naturalismus sind die ersten Eindrücke, die man von dem gewinnt, was da geboten wird. Wer jedoch mit mystischen Gedankengängen vertraut ist, merkt bald, wie auch dieses volkswirtschaftliche Gedankengebäude Jung Stillings auf einer mystisch religiösen Welt ruht und in dieser seine Geschlossenheit und Tiefe empfängt. Rationalismus, Eudämonismus usw. verlieren in dieser Beziehung auf das Ewige ihre Einseitigkeit und erhalten in ihm ihre Begrenzung und wirken nur als seine verschiedenartigen Erscheinungsformen. Jung Stilling versäumte es nicht, diese Beziehung seinen Zuhörern anzudeuten, soweit das nach dem Stande ihrer Entwickelung möglich war. Sie saßen zu den Füßen eines Mannes, der eine viel höhere Bedeutung für seine und die folgende Zeit hatte, als heute gemeinhin noch angenommen wird[43].

Einige Gedanken aus seinem Kolleg mögen angeführt werden: Das Ziel der Erziehung soll sein, alle menschlichen Kräfte zur Glückseligkeit hin zu entwickeln. Jeder hat das Maß seiner Kräfte diesem Ziele dienstbar zu machen. Der Mensch bildet sich aber meistens ein Phantom von Glückseligkeit, indem solche auf Kosten des anderen erstrebt wird. Deshalb ist der Staat nötig. Von Natur hat niemand das Recht, über andere zu herrschen, wenn es ihm nicht übertragen wird. Ehre ist vom Grade der Nutzstiftung des einzelnen in der Gesellschaft bedingt.

Alle Handlungen zum Glück der andern müssen unter der Freiheit des Handelnden vollzogen werden. Alle Handlungen, die nicht die Glückseligkeit des einzelnen bezwecken, dürfen nicht frei sein. Der Regent muß das Ziel seiner Regierung und die Kräfte, die die Glückseligkeit fördern, kennen. Der Regent hat nicht das Recht, die ewige Glückseligkeit seiner Untertanen fördern zu wollen.

Die Freiheit des einzelnen ist beschränkt, soweit er die Freiheit des anderen verletzt. Die Freiheit kann nicht soweit gehen, ein religiöses Bekenntnis zu dulden, das die irdische Glückseligkeit hindert, denn jede Religion legt durch Beförderung der irdischen Glückseligkeit den Grund zur himmlischen, und eine solche, die das nicht tut, ist falsch.

Der Mensch ergreift die richtigen Mittel zur Glückseligkeit von selbst, sobald er sie erkennt. Der Regent muß seine Untertanen über diese Mittel aufklären. Der Regent schützt den Untertanen und verbreitet Licht und Leben, wirkt Liebe und Wohlwollen. Die Obrigkeit ist das wahre Bild der Gottheit und ihre rechtmäßige Statthalterin.

Die Alleinherrschaft ist die natürlichste Regierungsverfassung, sie kommt der patriarchalischen am nächsten. Die beste Verfassung ist die, wo der Alleinherrscher den Adel und das Volk, der Adel das Volk und den Alleinherrscher, das Volk den Adel und den Regenten in den gebührenden Schranken hält. Diesem Ziel kommt die englische Verfassung am nächsten..

Meistens sind die Staaten nach dem Rechte des Stärkeren entstanden, selten auf friedliche Weise. Im Grunde ist jede Eroberung den natürlichen Rechten der Menschheit zuwider, sie ist immer von Seiten des Eroberers ungerecht, kann aber doch ein Segen sein. Der Eroberer ist ein Werkzeug Gottes, soll sich aber selbst nicht darauf berufen.

Jeder Staat ist eine moralische Person. Daher ist die gewöhnliche Kabinettspolitik, vermöge welcher ein Hof den andern immer zu schwächen, zu überlisten und durch sogenannte Handelstraktate zu überborteilen sucht, schlechterdings nicht gerecht.

Die volkswirtschaftlichen Ausführungen Jung Stillings halten sich frei sowohl von der Einseitigkeit des Merkantilismus, als auch der physiokratischen Auffassung. In der Vereinigung beider Standpunkte, die alle Kräfte eines Landes fördert und schützt, sieht er die beste Gewähr für dessen Gedeihen.

Von den hohen Gedanken Stillings hat der siebzehnjährige studierende Graf wenig mit ins Leben genommen. Seine Auffassung, die er später auch seinem Bruder öfter empfahl, war folgende: „Der Mensch soll in seinem Leben in seinem angewiesenen Wirkungskreise so viel als möglich wirken, seine Handlungen aber so abmessen, daß er sich ruhig schlafen legen und auch ruhig wieder aufstehen kann. Des Menschen Leben ist ein eitles Ding. Morgen wird er von diesem Theater abgerufen, und alsdann sind die weitaussehenden Projekte zu Wasser." Bei all seinen Geschäften überlegte er sich, ob sie ihn nicht in Geldverlegenheiten brächten!

Außer Jung Stilling wird Graf Wilhelm die Juristen gehört haben, Robert und Erxleben, Selchow und Hofmann [44]. Er betont zwar später immer, daß er kein Jurist sei, aber seine Handlungen lassen doch erkennen, daß er eine gute Kenntnis rechtlicher Verhältnisse besaß. Er sollizitierte die Prozesse der Familie und war selbst oft in solche verwickelt, in denen er sich klug benahm. Zur damals schon erblühten deutschen Dichtung, sowie auch zur älteren Literatur hat er offenbar kein Verhältnis gewonnen. In seinen zahlreichen Briefen und Schriftstücken findet sich kein einziger Hinweis darauf, niemals werden Goethe und Schiller oder andere genannt, höchstens einmal das Theater, das er in Cassel oder Berlin später besuchte, ohne sich näher darüber auszulassen. Seine nüchterne, lediglich auf das Praktische gerichtete Natur gewährte solchen Dingen keinen Raum [45]. An den studentischen Streichen, die Wilhelm von Humboldt und der Universitätsbereiser Gedicke erwähnen [46], haben sich die Grafensöhne kaum beteiligt, wenn auch der rauhe Ton, der damals in der Studentenschaft Marburgs herrschte, nicht ohne Einwirkung auf sie geblieben zu sein scheint; denn die Briefe Wilhelms an seinen Bruder aus den Jahren 1789/90 sind in der derben, pointierten Weise der Studenten geschrieben und stehen in auffallendem Gegensatz zu der Würde und Haltung, die er in den späteren Briefen nie außer Acht ließ.

Einer Prüfung haben sich die gräflichen Zöglinge beim Abgang

Anfang 1788 nicht unterzogen. Im März 1788 war Hinzpeter Hofprediger und Konsistorialrat in Wittgenstein geworden. Die Erziehung der beiden Grafen war beendet. Den Rest des Jahres haben sie auf Schloß Wittgenstein zugebracht. Zu Anfang des Jahres 1789 trennten sich die Wege der beiden Brüder. Friedrich nahm Kriegsdienst in Holland und bekam dort eine Kompagnie in einem Infanterieregiment. Anfang März exerzierte er bereits fleißig in Breda. Auch im Haag machte er seine Aufwartung. Mutter und Vater sandten ihm herzliche Briefe der Ermahnung. Der Vater schrieb: „Fürchte Gott, hüte Dich vor dem Spiele und den Weibsleuten wie vor der Pest, auch vor einem gewissen Hause in Breda." Die Mutter ermahnte ihn, seiner Erziehung treu zu bleiben. Und Wilhelm teilte ihm das neueste aus Wittgenstein mit [47].

Im Frühjahr 1789 führte Wilhelm einen Streit seines Vaters mit dessen Bruder, dem schon erwähnten Grafen Karl Theodor, durch einen Vergleich in Wetzlar zu Ende. Auskultator am Reichskammergericht, wie vermutet wird, ist Wilhelm nicht gewesen [48].

Im August 1789 machte er eine Reise nach Homberg-Cassel. Sie sollte für ihn von Bedeutung werden. Zweierlei war wohl damit beabsichtigt, einmal sollte sich Wilhelm dem Landgrafen vorstellen, und zum andern hatte er den Auftrag, in Homberg die Statutengelder für den Eintritt seiner Schwester Sophie Karoline in das adelige Damenstift zu Homberg (an der Efze) zu bezahlen, die am 19. August in das Stift eintrat. In Kassel machte er mehrere Besuche auf dem Weißenstein (Wilhelmshöhe), nahm an einem Maskenball teil und kam hier zum ersten Male mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel in Berührung, zu dem er nach einigen Jahren in die engsten Beziehungen trat. Damals hat wohl noch keiner von den beiden Männern geahnt, wie sich ihr Verhältnis gestalten würde. Wilhelm war nur der junge Graf, der Sohn des benachbarten kleinen regierenden Hauses, dem man Höflichkeiten und Liebenswürdigkeiten erwies. Auch Homberg brachte einen Anknüpfungspunkt. Er lernte hier die Personen kennen, u. a. den Direktor des Stiftes, Baron Ernst Joseph Freiherrn von Rau zu Holzhausen auf Nordeck, die ihn in den nächsten Jahren in einen unangenehmen Handel verwickelten. Auch mit dem hessischen Adel trat Wilhelm in Verbindung [49].

Zur selben Zeit waren auch schon nach der Pfalz Beziehungen angeknüpft. Der genaue Zeitpunkt und die Art, wie das erfolgte, ist nicht erkennbar, vielleicht war Jung Stilling, der gute Beziehungen dorthin hatte, der Vermittler. Die Vermutung erscheint nicht unbegründet, daß man in Wittgenstein Wert darauf legte, zur Pfalz in gutem Verhältnis zu stehen. Dem Wittgensteinischen Hause war mit dem Westfälischen Frieden die Grafschaft Sayn auf dem Westerwald entfremdet worden. Die Johanneische Linie des Hauses Sayn starb 1606 mit Graf Heinrich aus. Die Grafschaft Sayn war schon vorher, als pfälzisches Mannlehen, durch Verträge an den ältesten Agnaten der Engelbertischen Linie, Ludwig den Älteren (1558—1606) von Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein gekommen. Nach seinem Tode bildeten sich die drei Wittgensteinischen Hauptlinien, die Sayn-Wittgenstein-Wittgensteinische mit dem Besitz des Stammschlosses Wittgenstein und dem südlichen Teil der Grafschaft Wittgenstein, die Sayn-Wittgenstein-Berleburgische mit dem Besitze der 1258 errichteten Berleburg und des nördlichen Teiles der Grafschaft und die

Sayn-Wittgenstein-Saynische Linie mit dem Besitz der Grafschaft Sayn. Wilhelm, der Sohn Ludwigs, wurde der Stammvater der letzten. Er hatte die Erbtochter der Johanneischen Linie, Anna Elisabeth, geheiratet. Diese Linie pflanzte sich in direkter männlicher Deszendenz nur bis zum Enkel fort: Wilhelm starb 1623, sein Sohn Ernst 1632 und dessen Sohn Ludwig 1636. Ernsts Gemahlin, Luise Juliane von Erbach, führte anfangs die Regierung für den unmündigen Sohn Ludwig, und als dieser starb, auch noch weiter im Namen der übrigen Agnaten, ihrer Schwäger, der Brüder Ernsts, zunächst ohne Hinterhältigkeit. Bald aber betrieb sie die Erbfolge ihrer beiden Töchter Ernestine Johannette, und zwar mit der Behauptung, Sayn sei kein Mannlehen, sondern ein Kunkellehen, und sei nur deshalb an das Wittgensteinische Haus gekommen, weil Wilhelm die Erbtochter der Johanneischen Linie, Anna Elisabeth, geheiratet habe. Dem zweiten Sohne Wilhelms, Christian, könne Sayn nicht zufallen, weil er nicht ein Sohn dieser Erbtochter, sondern der zweiten Gemahlin Wilhelms sei. Der Westfälische Friede brachte der strebsamen Frau vollen Erfolg. Ihre beiden Töchter traten in den Besitz der Grafschaft Sayn, die dadurch an ganz andere Häuser kam. Hachenburg war 1790 im Besitz des kinderlosen Burggrafen Johann August von Kirchberg. Nach seinem Tode hätte es seine Schwester Isabella, die Gemahlin des Erbprinzen Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg-Usingen geerbt. Der andere Teil der Grafschaft Sayn, Altenkirchen, gehörte dem Markgrafen Christian Friedrich Karl Alexander von Brandenburg-Ansbach, der ebenfalls kinderlos war und die Grafschaft auf den Fall seines Todes durch Erbvertrag an Braunschweig-Hannover übertragen hatte. Es ist begreiflich, daß das Haus Wittgenstein den bevorstehenden Heimfall der beiden Grafschaften benutzen wollte, die alten Ansprüche durchzusetzen. Das ganze Jahrzehnt bis zur endgültigen Regelung 1802 geht mit Verhandlungen darüber hin.

Zweifellos war die Erbfolge der Töchter Julianens ungesetzlich gewesen. Aber der pfälzische Kurfürst hatte 1648 seine Lehnsleute nicht schützen können. Den beiden Wittgensteinischen Häusern fiel die Unterhaltung der Saynischen Linie zu. Sie haben über ein Jahrhundert die Wiedergewinnung der Grafschaft Sayn betrieben [50]. Es lag nahe, daß Johann Ludwig seinen Sohn in die Dienste seines Lehnsherren gab; wie denn auch schon früher Angehörige des Wittgensteinischen Hauses in pfälzischen Diensten gestanden haben. Auch blieb dem zweiten Sohne des regierenden Grafen, der mit einer Apanage von nur 1000 Gulden und einem Kapital von nur 6000 Gulden, welche ihm im väterlichen Testament zugedacht wurden, nur ein dürftiges Leben führen konnte, nichts anderes übrig, als sich selbst zu rühren und sich eine Stellung zu schaffen [51].

Am 13. Juni 1789, zwei Tage vor seiner Rückkehr nach München [52], wies Kurfürst Karl Theodor die pfälzische Regierung an, das Geheimratspatent für den Grafen Wilhelm von Wittgenstein, Ritter des kurpfälzischen Löwenordens, auszufertigen, was am selben Tage in Schwetzingen geschah [53]. Es brachte Wilhelm zwar keine Einkünfte, aber in anbetracht seines geringen Alters einen Titel, der in der Welt nützlich werden konnte. Amtliche Dienste waren, wie der Eid erkennen läßt, mit der Ernennung nicht verbunden. Ein weiterer Erlaß Karl Theodors aus München vom 13. Oktober 1790 sprach die Verleihung des kurfürstlich-

ritterlichen Hausordens vom pfälzischen Löwen aus und wies den Sekretär und Referendar des Ordens an, den Rezeptionsakt in das Ordensbuch einzutragen und dem neuen Ritter die Ordenszeichen samt einer Urkunde und der Satzungen zuzustellen. Dieser Erlaß wurde Wilhelm aus Mannheim unter dem 25. Oktober gesandt[54]. Offenbar liegt ein erheblicher Zeitraum zwischen der wirklichen Erteilung des Ordens und der bürokratischen Erledigung dieses Aktes.

Die Verbindung mit dem kurpfälzischen Hofe wurde hergestellt, bevor Wilhelm in persönliche Beziehungen zu ihm trat. Das Itinerar[55] verzeichnet als einzige größere Reise des Jahres 1789 diejenige nach Homberg-Cassel.

Um die Wende des Jahres 1789/90 verließ Wilhelm das Elternhaus für immer[56]. Die erste Hälfte des Jahres verging mit Geschäften in Wetzlar, wo er Prozesse sollizitierte, u. a. über Dienstakkord und Dienstbrot der Untertanen. Zugleich war nun auch er Inhaber einer Kompagnie in einem holländischen Regiment geworden, kam aber selbst nicht nach Holland. Eine Forderung des Sollizitetirs dieses Regiments über 796 Gulden entstand in diesen Monaten und wurde ihm über zehn Jahre lästig. In Wetzlar kleidete sich Wilhelm gründlich ein. Eine Schneiderrechnung über 2540 Gulden liegt darüber vor[57].

In die zweite Hälfte des Jahres 1790 fallen dann einige Reisen nach Mannheim-München, die sich bis ins Jahr 1791 fortsetzten. Von einer Kavaliererziehung Wilhelm am sittenlosen Hofe Karl Theodors[58] findet sich in den Akten keine Spur. Die im Itinerar angeführten Reisen lassen dafür keine Zeit übrig. Auch befand sich der kurfürstliche Hof 1790 bereits wieder in München[59], und dort ist Wilhelm immer nur auf kurze Zeit gewesen. Es unterliegt aber trotzdem keinem Zweifel, daß Wilhelm ziemlich tief in die pfälzisch-bayrische Mißwirtschaft hineingetaucht ist, daß er in dem Kreise, welcher Einfluß auf den Kurfürsten gewann, Eingang fand: Es war derjenige der Bastarde Karl Theodors. Daß Wilhelm über diesen Weg die erstrebte Stellung in der Welt zu finden hoffte, geht aus einem Briefe des kurpfälzischen Geheimen Rates Kunzmann vom 4. November 1790 aus Mannheim hervor[60], in welchem er im Auftrage Karl Theodors Wilhelms Bewerbung um die Fürstin von Lindau ablehnt. Diese war das zweite von den Kindern Karl Theodors und der Josephe Seyffert. Sie war am 9. Dezember 1771 geboren, am 8. April 1782 Koadjutorin der Fürstin Äbtissin zu Lindau und am 6. Juli 1788 dieses selbst geworden. Am 31. Januar 1796 heiratete sie den Grafen Maximilian von Westerholt-Isenburg. Mit ihrem Bruder, dem Fürsten von Bretzenheim, und den Männern der beiden Schwestern, dem Grafen von Leiningen-Guntersblum und dem Grafen von Holstein bildete dieser in den letzten Lebensjahren Karl Theodors einen geheimen Regierungsausschuß, der allmächtig war und die Geschicke seines Landes bestimmte[61]. Der Fürst von Bretzenheim und der Graf zu Leiningen-Guntersblum waren die Brautwerber Wilhelms. Daß dieser mißglückte Versuch — mißglückt wohl, weil der Kurfürst nicht nur eine Legalisierung seiner illegitimen Tochter durch einen Reichsgrafen wünschte, sondern auch eine glänzende Versorgung, welche das arme kleine Gräflein nicht bieten konnte — über Hofkreise zu angesehener Stellung zu gelangen und der dabei erhaltene Korb sehr tragisch genommen wurden, auch in Wittgenstein, beweist ein Brief aus

München vom 15. Januar 1791 an Wilhelms Vater mit eigenhändiger Unterschrift Karl Theodors. Der Vater hatte gehört, daß Wilhelm in München in Ungnade gefallen sei. Der Kurfürst versicherte ihn jedoch des Gegenteils [62].

Am 16. August 1790 war Wilhelm zum ersten Male in München. Im November und Dezember hielt er sich in Wittgenstein auf und berichtete über das Ergebnis der Münchener Reise. Am 30. Dezember fuhr er wieder nach Mannheim und machte von da aus verschiedene kleinere Reisen, u. a. auch nach Koblenz. Zu Anfang des Jahres 1791 ging es, diesmal zu etwas längerem Aufenthalt, wieder nach München, das er erst Anfang April verließ. Er kehrte über Nürnberg, Frankfurt nach Mannheim zurück. Die Reise nach München und Mannheim galten der Sahnischen Angelegenheit, wie die am 17. November 1790 zur Schwarzenau bei Wittgenstein hinterlegte Kostenrechnung beweist. Das Wittgensteinische Haus hoffte diese Kosten — 8666 Gulden — mit noch vielen anderen bei der endgültigen Regelung gemäß dem Vergleich von 1756 zurückzuerhalten [63].

Man war damals in Wittgenstein sehr zuversichtlich. Offenbar hielt man den Umstand für günstig, daß der Lehnsherr von Sahn, Karl Theodor, das Reichsvikariat führte und ein Reichsvikariatshofgericht in München niedersetzte, vor dem man die Sache leichter auszufechten hoffte als vor dem kaiserlichen Hofrate in Wien, der sich ehedem von der Gegenseite hatte bestechen lassen [64].

Karl Theodor griff die Sache sogar selbst auf und ließ die Akten des seit 1642 beim Reichshofrat anhängigen Prozesses anfordern. Dieser jedoch ahnte, daß der Kurfürst die Angelegenheit während seines kurzen Vikariats schnell und im eigenen Interesse entscheiden wollte, und verweigerte die Herausgabe der Akten. Karl Theodor leitete den Prozeß trotzdem bei seinem Vikariatshofgericht ein, welches jedoch nicht nach seinem Wunsche entschied. Der Westfälische Friede, so berichtete es, setze zwar (Art. 4, 6) die Restitution aller durch den Krieg entfremdeten Rechte der Pfalz fest und stelle im Art. 2 völlige Amnestie her, allein die pfälzische Lehnsherrlichkeit über beträchtliche Teile der Grafschaft Sahn sei schon vor dem Kriege von Köln, Trier und Hessen bestritten worden [65], und die Restitution des Westfälischen Friedens gelte nur den durch Kriegshandlungen im Gefolge des 30jährigen Krieges entfremdeten Gebieten. Das pfälzische Recht auf Sahn sei aber mehr durch Prozesse geschädigt und gemindert worden. Ein jus restitutionis aus dem Westfälischen Frieden herzuleiten, sei heute kaum noch möglich, da die Pfalz das im vergangenen Jahrhundert auch nicht erstrebt habe. Der Prozeß sei langwierig, und es bedürfe einer historischen Darlegung der pfälzischen Rechte, einer „Deduktion", doch sei der Weg des Verhandelns sicherer.

Als das Vikariatshofgericht zu diesem Ergebnis kam, war Wilhelm gerade in München. Er griff sofort den Gedanken der Verhandlungen mit den Beteiligten auf und bat den Kurfürsten, die Sache nunmehr durch die Wahlbotschafter in Frankfurt betreiben zu lassen. Das ist dann auch geschehen. Der kurpfalz-bayrische Wahlbotschafter Graf von Oberndorf machte den kurbraunschweigischen von Beulwitz und von Ompteda einen Vergleichsvorschlag. Die Antwort, die sie darauf erteilten, wurde Wilhelm nachträglich von Beulwitz durch einen Brief vom 30. November

bestätigt: Der König von England könne zwar sondieren, wie sich der markgräflich-brandenburgisch-ansbachische Hof, sowie der Burggraf von Kirchberg dazu stellen würden. Doch erkenne er die pfälzische Lehnsherrlichkeit nicht an. Wilhelm betrieb bei seiner Rückreise von München Anfang April 1791 die Sondierung beim Markgrafen in Ansbach persönlich. Er traf aber dort weder Hardenberg noch den Markgrafen. Hardenberg war gerade auf seinem Stammschlosse in Hannover [66]. Das Ergebnis war hier wie dort das gleiche. Ein gewisser Klüber verwies Wilhelm auf Verhandlungen in Hannover, das dortige Ministerium müsse zu einem Vergleich gebracht werden und Wilhelm dann in London mit Hülfe des preußischen und anderen Gesandten diesen Vergleich zustande zu bringen suchen.

Aber die Reise nach Hannover erfolgte erst im nächsten Jahre (1792). Am 5. Mai übergab Wilhelm seine Denkschrift dem dortigen Ministerium und erhielt am 12. Mai eine gründliche Abfuhr. Man verwies ihn in scharfem Tone auf den Rechtsweg und warnte davor, bei einem etwaigen Besitzwechsel in Altenkirchen und Hachenburg Gewalt zu brauchen. Mit einer zahmen Erwiderung trat Wilhelm den Rückzug an und kam am 20. Mai 1792 wieder in Wittgenstein an. Auch Pfalz-Bayern hatte während seines zweiten Reichsvikariats 1792 die Sache wieder aufgegriffen und in einem Patent an den König von Preußen notifiziert, daß es das Besitzrecht Ansbachs an Sayn und dessen Übertragung an Hannover nicht anerkenne. Der König von Preußen erwiderte, daß er das Patent an Hardenberg gesandt habe, da er mit Sayn nichts zu tun habe [67].

Wilhelms erste Reise nach München im August 1790 hing auch mit einer Angelegenheit zusammen, zu welcher seine 1789 in Homberg angeknüpften Beziehungen geführt hatten. Das Homberger Damenstift war schon 1759 von der Freifrau Maria Amalie von Schlitz, genannt von Görtz, geborenen Freiin von Wallenstein, gestiftet worden. Aber es waltete ein unglücklicher Stern über ihm [68]. Erst nach langen Streitigkeiten mit entfernten Verwandten der Stifterin und mit der landgräflichen Regierung wurde es 1783 wirklich eingerichtet. Mit bedeutenden Kapitalien und sonstigem Besitz ausgestattet, sollte es zwölf Damen aus gräflichem oder altadeligem Hause eine Versorgung geben. Zank und Streit unter den Damen wollte die Stifterin bannen, indem sie ihnen einen männlichen Direktor bestimmte, welchem in allen Angelegenheiten die entscheidende Stimme zukam. Den Damen selbst lagen nur die Pflichten der persönlichen Lebensführung ob. Die Mittel des Stiftes sollten ihnen alle Sorgen ums tägliche Brot fernhalten, damit sie sich desto mehr dem Heile der Seele widmen könnten. Alle Jahre, am 16. August, als dem Tage der Stifterin, sollte ein Kapitel stattfinden unter dem Vorsitz des Direktors. Die Stelle des Direktors war mit 600 Gulden, nach anderen mit 1000 Gulden Reichsgeld jährlichen Gehaltes ausgestattet. Den ersten Direktor hatte die Stifterin ernennen wollen, der sollte dann möglichst bald sich einen Nachfolger, einen Koadjutor, bestimmen, damit das Stift nie verwaise. Aber die Stifterin war über der Einrichtung hinweg gestorben, und da das Stift erst 1783 ins Leben trat, bestimmte der Kaiser kraft des Devolutionsrechtes den Direktor und die Stiftsdamen, sowie die Exspektantinnen und ernannte zum Direktor den kaiserlichen Kammerherrn und mittelrheinischen Ritter-

rat Ernst Joseph Freiherrn von Rau zu Holzhausen[69]. Zehn Jahre hat dieser dem Stifte angeblich[70] zu dessen großer Förderung vorgestanden, doch ist es ihm nicht gelungen, die Damen in Schach zu halten, und das, was die Stifterin gerade verhüten wollte, das war im Anfang der neunziger Jahre im Stift in hoher Blüte.

Die hohe Besoldung der Direktorstelle erschien einem jungen Grafen, der nur auf seine Apanage angewiesen war, als eine willkommene Zulage. Das Recht, sich selbst den Nachfolger zu geben, allerdings, wie es sehr unbestimmt und zweifelhaft in den Satzungen hieß, mit Zustimmung der Stiftsdamen, war für den Inhaber ebenso einen Brocken Geldes wert und legte die Ernennung gegen Bezahlung nahe. Der alte Rau hat es auch in diesem Sinne aufgefaßt, zumal er gegen Ende seines Lebens (1790-93) in großen Zahlungsschwierigkeiten steckte. Die ganze von 1790 bis 1796 spielende Ernennung eines Koadjutors war weiter nichts als ein Geldgeschäft[71].

Im Februar 1790 erhielt Rau von Johann Ludwig, dem Vater Wilhelms einen Wechsel über 225 Gulden, dem sich noch mehrere anschlossen. 1791 hatte er eine Schuld bei Wilhelm. Er stand vor dem Bankerott, starb aber 1794 darüber hinweg. Die allgemeine Finanznot der kleinen Herren am Ende des 18. Jahrhunderts zog auch ihn in ihre Kreise. In der ersten Hälfte des Jahres 1790 wurde das Geschäft mit Wilhelm eingeleitet, und in der Kapitelssitzung vom 16. August 1790 machte Rau den Damen die erste Andeutung, daß er Wilhelm zum Koadjutor ernennen wolle. Noch am selben Tage teilte er diesem mit, es habe schwere Auftritte gegeben. Die Sitzung sei sehr stürmisch gewesen. Rau hatte bereits seinem Sohne, dem kurhannöverschen Major der Kavallerie Eugen Friedrich Sigismund am 29. Mai 1789 die Koadjutorie zugestanden. Im Oktober 1790 hatte der junge Rau der preußischen Regierung durch den Grafen Brühl den Antrag machen lassen, das Stift in Preußen aufzunehmen, da man es aus Hessen verlegen wolle. Die preußische Regierung versagte sich aber diesem Wunsche, da das Stift Reichsunmittelbarkeit beanspruchte und die Aufnahme Streit mit den Landgrafen zur Folge gehabt hätte[72]. Der Sohn hatte sich aber auf „unnatürliche Weise gegen den Vater benommen", wie dieser schrieb, sodaß er ihm die Koadjuterie nicht mehr zuwenden wollte. Wilhelm mußte nun erst den jungen Rau abfinden. Mit dem Vater einigte er sich am 27. Juli 1791 in Dillenburg in einem förmlichen, notariellen Vertrag, in welchem ihm die Koadjutorie zugestanden wurde. Am 10. August fand dann in Marburg ein weiterer notarieller Akt statt, der die wirkliche Ernennung Wilhelms verbindlich machen sollte. Am selben Tage wurde auch der Abfindungsvertrag mit dem jungen Rau in Marburg geschlossen. In München hatte ihm Wilhelm schon 8000 Gulden geboten. Die endgültige Abmachung blieb bei dieser Summe, 4000 in einer Obligation und 4000 in bar, davon 1000 sofort, die übrigen nach der wirklichen Ernennung. Die mündliche Abrede zwischen Rau dem Vater und Wilhelm ging ferner dahin, daß ersterer gleich nach der Ernennung Wilhelms die Direktorstelle niederlegen und dafür jährlich 1200 Gulden von der Stiftsbesoldung erhalten sollte. Man fragt sich, ob Wilhelm unter diesen Bedingungen noch ein Geschäft bei der Sache machte. Indessen war die Stiftsbesoldung steigerungsfähig und unter Raus Regime offenbar bis zu der Höhe von

2000 Gulden gesteigert worden. Auch mag Wilhelm mit einem baldigen Tode Raus gerechnet haben.

Während man in Marburg solches beschloß, zog sich in Homberg das Gewitter über Rau schon zusammen. Verhandlungen, den Streit zwischen ihm und den Damen zu schlichten, waren vorausgegangen, aber gescheitert. Von Wilhelm war bei diesen Verhandlungen kaum die Rede gewesen. Rau hatte mehrmals geäußert, daß dieser ihm eine gleichgültige Person sei. Er sprach von seinem Bruder und von seinem Sohn als Nachfolger.

Da die gütliche Einigung nicht gelang, beabsichtigten die Damen Raus Absetzung in eben dem Kapitel, in welchem er Wilhelm zum Koadjutor ernennen wollte. Die Dechantin, Fräulein von Gilsa, schrieb an Wilhelms Schwester, die Stiftsdame, am 1. Juli 1791, Rau würde von den Damen Wasser und Weide aufgesagt. Er habe dem Stift nur Schaden und Schande gebracht, sie werde ihnen hoffentlich nicht in die Parade fahren. Wilhelms Schwester antwortete ihr am 30. Juli in einem von Wilhelm selbst entworfenen Brief, daß die Kassation Raus statutenwidrig sei und sie ihr daher nicht beitreten könne, worauf die Gilsa am 2. August sehr schnippisch und höhnisch und zurechtweisend erwiderte, daß sie es nicht nötig habe, sich von der jüngsten Kapitularin über die Statuten belehren zu lassen. Auch behauptete sie, einen Brief Sophiens zu besitzen, in welchem diese den Damen die Mithilfe Wilhelms angeboten habe, dem es nicht schwer fallen würde, Rau zum Verzicht zu bewegen. Die Antwort auf diesen Brief ist von dem Marburger Hofrat Schönhals, dem „fürstlich hoch- und teutschmeisterischen wirklichen Hof- und Regierungsrat, Syndikus und ersten Rat des hohen deutschen Ritterordens der Ballei Hessens“, entworfen und enthält auch eine Anspielung auf Fräulein vom Stein (ebenfalls Stiftsdame) und ihren benachbarten Adonis. Von Wittgensteinischer Seite wurde der Verdacht ausgesprochen, daß man ihren Bruder, den Freiherrn vom Stein, zum Direktor wünsche. Er ist es auch um die Wende des Jahrhunderts geworden.

Es kam die stürmische Kapitelsitzung vom 16. August 1791. Den Direktor abzusetzen, gelang den Damen zwar nicht, aber als er erklärte, daß er in Übereinstimmung mit der gestern stattgehabten Unterredung mit der Äbtissin und den Damen den Grafen von Wittgenstein zum Koadjutor zu ernennen gesonnen sei und ihn hiermit feierlichst dazu ernenne, da protestierten sie, und Wilhelm konnte, obwohl er in der Nähe weilte, infolgedessen auch nicht sich vorstellen und das statutenmäßig bestimmte Instrument seiner Ernennung in Empfang nehmen. Seine feierliche Ernennung wurde, obwohl sie ohne die Zustimmung der Damen erfolgte, zwar in das Protokoll der Kapitelsitzung eingetragen, doch war der Rechtsanspruch, der sich auf diese unvollständige Ernennung gründete, unsicher. Es ist den Damen auch kaum zu verargen, daß sie Wilhelm ablehnten. In dem sich anschließenden Prozesse begründeten sie diese Ablehnung mit Wilhelms Unfähigkeit, und, nach seiner Verbindung mit den Emigranten, damit, daß er fremde Kriegsdienste genommen habe, die ihn außer Landes führen könnten, und fanden für diese Einwände in den Statuten gewisse Stützen. Auch hatten sie Wind von seinen Abmachungen mit Rau bekommen.

Wegen des Widerspruchs der Damen wandte sich Wilhelm zunächst

mit einer Beschwerde an den Landgrafen, doch gab man ihm zu verstehen, man könne sich in die Angelegenheit des Stiftes nicht einmischen. Darauf ließ er in Wien um die Bestätigung seiner Wahl bitten. Die Damen aber hatten auch eine Eingabe dorthin gerichtet, in der sie die Kassation der Wahl forderten, da sie statutenwidrig und Wilhelm selbst unfähig sei. In Wien riet man sowohl Wilhelm als auch Rau, sich mit den Damen zu vergleichen, was letzterer auch in einer Zusammenkunft mit ihnen auf dem Gilser Berg am 7. Juli 1792 tat. Er nahm die Ernennung Wilhelms zurück und räumte den Damen das Wahlrecht ein. Wilhelm jedoch setzte den Prozeß fort, obwohl die Marburger und Wiener Juristen ihn für aussichtslos hielten. Der Kaiser starb darüber hinweg, und Konfirmations- und Kassationsgesuch gingen an das Reichsvikariatshofgericht in München. Auch hier kam es zu keiner Entscheidung, obwohl der Berichterstatter des Kurfürsten zu einer solchen zu gunsten Wilhelms riet. Die Akten wanderten nach dem Abschluß des Vikariats an den Reichshofrat in Wien zurück. Dort wurde Anfang November 1793 das Konfirmationsgesuch Wilhelms „enthört", seine Ernennung als statutenwidrig bezeichnet und die Anzeige des Vergleichs Raus mit den Damen ad acta dekretiert. Diese Entscheidung wurde sowohl von Wilhelm als auch vom Landgrafen von Hessen-Cassel angefochten. Die Stifterin hatte die Reichsunmittelbarkeit des Stiftes erstrebt, sie war nicht erreicht worden. Der Landgraf beanspruchte die Gerichtsbarkeit für das Stift. Er hatte dagegen, daß das Reichsvikariatshofgericht sich mit der Sache befaßt hatte, als gegen eine Verletzung des privilegium de non evocando protestiert, und gegen die reichshofrätliche Entscheidung wandte er dasselbe ein.

Wilhelm spielte nun den Prozeß an das Oberapellationsgericht in Cassel hinüber, vor dem er von den Anwälten der beiden Parteien mit zunehmender Heftigkeit bis ins Jahr 1796 geführt wurde. Am 12. April 1794 war der alte Rau gestorben. Wilhelm, der damals in Wetzlar weilte, eilte sofort nach Cassel, den Landgrafen zu bitten, ihn in sein Amt einzusetzen. Wir werden sehen, wie gerade dieses Ereignis einen entscheidenden Wendepunkt im Leben Wilhelms bedeutet. Der Landgraf wollte die Einsetzung Wilhelms auch provisorisch vornehmen und trug daher dem Stift auf, in dieser Sache einstweilen keine weiteren Schritte zu tun, d. h., er verbot ihm eine Neuwahl; dadurch blieb es zwei Jahre ohne Direktor.

Das Oberapellationsgericht zu Cassel gefährdete seinen guten Ruf, den es in Deutschland genoß, nicht durch eine vorschnelle Entscheidung zu Gunsten Wilhelms. Dauernde Vertagungsanträge zogen die Sache soweit hinaus, daß die beiden Parteien inzwischen mürbe wurden. Es begannen Vergleichsverhandlungen, die Wilhelm angeboten hatte, und am 18. Dezember 1795 wurde der Vergleich abgeschlossen. Wilhelm ließ sich mit 3000 Reichstalern abfinden und verzichtete auf die Weiterführung des Prozesses. Anfang März 1796 wurde die Summe auch wirklich bezahlt; wir werden noch sehen, wie Wilhelm das Geld dringend zu seiner Reise nach Italien brauchte. Mit einem blauen Auge kam er aus dem Handel. Verdient hatte er dabei kaum etwas und den Ärger und die Sorgen umsonst gehabt.

Neben seiner Auseinandersetzung mit dem Stift lief diejenige mit Rau dem Sohn. Dieser bestand auf seinem Schein, d. h. auf der Obli-

gation, die ihm Wilhelm 1791 gegeben hatte, und auf dem Rest der baren, ihm zugesagten Summe. Er lebte nach dem Tode seines Vaters auf Nordeck in kümmerlichen Verhältnissen. Wilhelm hielt ihn hin und erzwang schließlich die Herausgabe der Obligation durch einen Prozeß vor der Regierung in Marburg. Der Abfindungsvertrag begründete keinen unanfechtbaren Rechtsanspruch, weil Wilhelm nicht Direktor geworden war. Ein von vorneherein nicht ganz einwandfreies Geschäft hatte ihn in diese peinliche Lage gebracht.

Von der landgräflichen Seite ging der Prozeß noch weiter, wurde aber schließlich niedergeschlagen und den Damen das Wahlrecht eingeräumt, als sie den Vergleich mit Wilhelm mitteilten.

Als die Homberger Sache eingeleitet wurde, betrieb Wilhelm auch seine Aufnahme in die Ballei Marburg des deutschen Ritterordens [73]. Auch hier bot sich eine Aussicht auf eine Versorgung. Am 1. Oktober reichte er das Gesuch ein. Die Ballei empfahl die Aufnahme in einem Gutachten, „um die Parität der Konfessionen wieder herzustellen", und am 14. Februar stellte der Administrator des Hochmeistertums in Preußen, Meister des Deutschen Ordens in deutschen und welschen Landen, Erzbischof Maximilian Franz von Köln das Rezeptionsreskript zu Bonn aus. Der Landeskomtur, Freiherr Reutner von Weil, bekam den Befehl, Wilhelm aufzunehmen, die Ahnenprobe zu verlangen, ihn das Probejahr ableisten zu lassen, wenn er das statutenmäßige Alter, das 24. Lebensjahr, vollendet haben würde, und dann noch einmal zu berichten. Im März wurde das Rezeptionsreskript Wilhelm durch Schönhals mit einem Begleitschreiben zugestellt, aus dem hervorgeht, daß Wilhelm bereits bei den Utrechter „After Deutschen Rittern" eingeschrieben war. Es wurde ihm geraten, dort in aller Stille seine Streichung zu bewirken. Die Utrechter würden nicht als deutsche Ordensritter bei den deutschen Höfen anerkannt, sie hätten sich zu Anfang des Jahrhunderts vom Orden getrennt und lebten nicht nach den Ordensregeln. Ihre dereinstige Versorgung sei auch so elend, daß sie kaum erwähnt zu werden brauche, allerdings käme man auch bei der Ballei Hessen nicht sobald zu einer Versorgung. Aber auch die geringste sei dann so hoch, daß man standesgemäß davon leben könne. Wilhelm hat die Streichung nicht vollzogen, er ist bei der Ballei Utrecht bis an sein Lebensende geblieben und auch in den Genuß einer Präbende getreten und hat an den Vorfällen innerhalb des Ordens lebhaften Anteil genommen. Die Marburger Angelegenheit bricht jedoch mit den erwähnten Schriftstücken wieder ab und tritt in tiefstes Dunkel. Keine Spur ließ sich finden, welche Beziehungen Wilhelms zur Ballei Hessen über dieses Rezeptionsreskript hinaus ergibt. Das Noviziat hat er sicher nicht zu der Zeit abgelegt, wo es verlangt wurde (Ende 1794), denn da winkten bereits andere Aussichten, und andere Tätigkeit beanspruchte ihn restlos. Nirgends beruft er sich auf diese Würde, nirgends erwähnt er sie, während solches mit seiner Zugehörigkeit zu den Utrechtern oft geschieht. Vielleicht bereitete die Ahnenprobe Schwierigkeiten, wie das auch bei dem Eintritt seiner Schwester in das Stift Wallenstein der Fall war. Es ist ferner nicht ausgeschlossen, daß die Homberger Sache, sowie Wilhelms noch zu schildernde Schicksale des Jahres 1792 im Wege standen. Übrigens gehörte der Bruder des Freiherrn vom Stein dem Deutschen Orden an [74], er erfuhr auch von den anderen Geschäften Wilhelms, und diese

Tatsache wird nicht ohne Einfluß geblieben sein auf Wilhelms Verhältnis sowohl zum deutschen Orden, als auch zur Familie vom Stein [75].

Noch ein drittes Eisen hatte der junge Graf 1791 im Feuer [76]. Am 14. Mai 1787 richtete der preußische Gesandte in Petersburg, Graf Keller, ein Gesuch an Friedrich Wilhelm II. [77], dem russischen Generalleutnant Christian Ludwig Kasimir von Sayn-Wittgenstein-Berleburg die Erlaubnis zu geben, sich in Preußen niederzulassen. Er könne mit einer Pension von 900 Rubeln in Petersburg nicht mehr leben. Seine drei Kinder hätten von einem Verwandten ihrer Mutter ein ziemlich beträchtliches Gut in Preußen geerbt, welches vom College de pupille in Königsberg verwaltet würde. Der alte General sei mit Narben bedeckt. Dieser russische Generalleutnant ist der Vater des späteren russischen Generalfeldmarschalls Fürsten Ludwig Adolf Peter von Sayn-Wittgenstein-Berleburg. Seine Muße hat der alte General in Deutschland dazu benutzt, Regimenter aufzustellen, in der Hoffnung, damit das kleine Vermögen, welches er mitbrachte, schnell zu vergrößern. Er und der junge Graf Wilhelm, der Vetter aus der Sayn-Wittgenstein-Hohensteinischen Linie, haben sich bald gefunden. Während seiner Reisen nach dem Süden war das Rote Haus in Frankfurt Wilhelms Standquartier, wo die illustren Leute abstiegen. Da kam man in Berührung mit der vornehmen Welt. Schon im Jahre 1790 haben die beiden ihren Plan gefaßt. Der Kampf gegen die französische Revolution gab die Gelegenheit. Gesinnung und Geschäft paarten sich. Brachte der Alte seine militärischen Erfahrungen und einen Teil seines Vermögens mit, so stellte der Junge in den Dienst der Sache die Betriebsamkeit und Regsamkeit der Jugend, die nur die goldenen Aussichten sieht, nicht aber die schweren Hindernisse erblickt. Es ist ein eigentümlicher Charakterzug Wilhelms, der ihn in dem hier dargestellten Abschnitt seines Lebens beherrscht: Ein Gedanke, ein Plan, der eine schwache Aussicht auf Gelderwerb bietet, wird mit Begeisterung aufgenommen, mit Energie betrieben, ohne die Schwierigkeiten abzumessen, und bringt schließlich doch nur eine große Enttäuschung. Diese Epoche mutet uns abenteuerhaft an, und die Begründung und Entschuldigung dieses Charakterzuges muß in der Jugend des Handelnden gesucht werden.

Seit in Paris am 14. Juli 1789 die Bastille gestürmt worden, und der jüngste Bruder des Königs, der Graf Artois, geflohen war, verließ ein großer Teil des französischen Adels das Vaterland und sammelte sich, außer in anderen Ländern, in Deutschland in den Städten am Rhein. Worms und Koblenz wurden die Hauptquartiere der Emigranten auf deutschem Boden. Wilhelm haben seine Reisen nach Mannheim in Beziehung zu den Emigranten gebracht, haben ihn eintauchen lassen in die feindselige Stimmung, die das „Auswärtige Frankreich" gegen das „Offizielle Frankreich" hegte, er hat, als er sah, wie sie sich bewaffneten und den Krieg gegen ihr Vaterland betrieben, den Gedanken gefaßt, ihnen Truppen, ihnen ein Regiment zuzuführen. Mit den Condés in Worms muß er in Verbindung getreten sein; denn als die Aufstellung des Regimentes einsetzte, Ende 1790, waren die beiden königlichen Brüder, die das Regiment schließlich übernahmen, noch nicht in Koblenz. Der alte General kam nach Wittgenstein, um Wilhelms Vater für die Aufstellung des Regimentes zu gewinnen, aber seine „Negoziation" verlief unglücklich. Johann Ludwig ließ sich nicht durch den Ruhm, ein

Regiment des Hauses Wittgenstein im Kampf gegen die Revolution zu stellen, verlocken, die Wünsche der beiden Abenteurer zu erfüllen. Dreierlei begehrten sie, Geld, die Erlaubnis der Werbung in Wittgenstein und dieses als Aufstellungsort des Regimentes. Nichts wurde ihnen zugestanden, wie denn überhaupt die kleinen Territorien Deutschlands sich mit aller Kraft gegen Werbung und Aufstellung der Regimenter der französischen Prinzen wehrten. Einen Vorschuß von 4—500 Karolins hatte der alte General von Johann Ludwig erbeten. Erst kurz vor Abschluß der ganzen Sache erhielt er sie. Es war der einzige Beitrag des Grafen zu den Unternehmen, und er wurde unter besonderer Garantie geleistet. Freilich stellte sich diese zuletzt auch als wertlos heraus. Auch das verlockende Ansinnen des Sohnes, Emigranten in Laasphe aufzunehmen, die Geld ins Land brächten, wies Johann Ludwig zurück.

Das Regiment fand schließlich seinen Standort und Werbeplatz in der günstiger gelegenen Grafschaft Isenburg-Büdingen-Meerholz in der Nähe von Hanau, wo Graf Karl Wilhelm Ludwig residierte, der mit Wilhelms Schwester Karoline vermählt war. In dem Örtchen Marienborn wurde es errichtet. Was bis November 1791 geschah, war nur vorbereitender Natur. Am 2. Mai 1791 schrieb Karoline nach Wittgenstein: „Der würdige General war einige Tage bei uns, er ist nach Marienborn, wegen vieler Geschäfte, da er hoffentlich das Regiment übernehmen wird, ein Glück für den Wilhelm. Der General hat sich bei der Errichtung dieses Regiments von der schönsten Seite gezeigt und hat seine Freundschaft tätig bewiesen." Am 8. Oktober ging Wilhelm wieder mit ihm nach Meerholz, am 11. Oktober war er bereits in Wittgenstein und am 14. Oktober schon wieder in Frankfurt und beabsichtigte, in einigen Tagen nach Koblenz zu gehen, wo sich alles entscheiden würde. Aus dieser schnellen Folge der Daten und Orte ersieht man, mit welchen Mühen und Sorgen die Aufstellung des Regimentes schon damals verbunden war, und zu seinem Geburtstage (9. Oktober) wünschte sich Wilhelm, daß er nicht wieder soviel Ärger und Leid erleben möchte, wie im vergangenen Lebensjahre. Zu den Sorgen um das Regiment kamen diplomatische Aufträge der französischen Prinzen, zu denen Wilhelm bald nach ihrer Ankunft in Koblenz in Beziehung getreten war: Ankauf von Kanonen und anderen Kriegsbedürfnissen, Negoziierung verschiedener Truppen, Durchzug der französischen, zu den Prinzen übergehenden Truppen, Gestattung von Depots und Sammelplätzen für neu zu errichtende Regimenter, Aufnahme der Emigranten und noch manches mehr. Bald wurde er einer ihrer Ratgeber in deutschen Angelegenheiten, und sie bedienten sich seiner auch beim Kurfürsten von Bayern. Im Oktober trat eine Krise in seinem Verhältnis zum bayerischen Hofe ein. Sie war wohl dadurch hervorgerufen, daß der Kurfürst eine andere Stellung zu den Emigranten einnahm [78], mit denen sich sein Geheimrat so tief einließ. „Man will mir jetzt sogar in Bayern den Abschied geben, doch hoffe ich nicht, daß es dazu kommt," schrieb Wilhelm am 11. Oktober seinem Bruder. Dieser war kaum weniger unternehmungslustig, und ihm ging jenes Abwägen der Möglichkeiten noch mehr ab. Damals baute er in Laasphe eine Tuchfabrik, dort, wo heute der rechte Flügel des Wittgensteiner Hofes steht, und setzte große Hoffnungen darauf, aber der Betrieb ver-

langte immer neue Zuschüsse, und der Graf war kein Kaufmann und kein Menschenkenner. So traten zu den Sorgen ums Regiment die geschäftlichen Friedrich Karls. Er verfolgte die Aufstellung des Regiments mit größter Anteilnahme. Immer wieder half er dem Bruder durch Wechsel aus Geldverlegenheiten, und jeder Brief beweist es, wie herzlich brüderlich das Verhältnis der beiden zu einander war.

Zu der schon Mitte Oktober 1791 geplanten Reise nach Koblenz, wo sich alles entscheiden sollte, kam Wilhelm erst Ende Oktober. Seinem Bruder hatte er sie in den rosigsten Farben geschildert. „Meine französischen Geschäfte fangen jetzt an, ins Große zu gehen, und Du mußt mich alsdann auch ein wenig unterstützen. Hernach bin ich im Stand, Dir selbst in Deiner Fabrik beizustehen, und dann wollen wirs der bösen Welt zum Trotz ins Große treiben, und dann werden die großen Mäuler in Wittgenstein einigermaßen gestopft werden (18. Oktober)". Vier Tage später zeigte die Welt ein anderes Gesicht. Der Bruder brauchte Wolle, die Wilhelm bezahlen sollte, aber er hatte auch nichts. „Ich für meine Person bin jetzt so arm wie eine Kirchenmaus und es geht mir so jämmerlich wie jemals, und dennoch muß ich die Reise nach Koblenz machen. Unterdessen, wenn daselbst meine Sachen gut gehen, so ist uns beiden geholfen. Ich fürchte nur, daß, wenn alles richtig ist, uns der gnädige Papa noch Umstände macht."

Am 3./5. November (die Daten schwanken, das Schriftstück selbst war nicht aufzufinden) kam die Kapitulation mit den Prinzen zustande. Es war die erste, welche sie abschlossen. Am 9. November wußte man schon in Frankfurt davon. Der bayrische Ministerresident daselbst, Baron Schmitt de Rossan, berichtete schon am 10. November darüber nach München, zwar in den Einzelheiten nicht ganz zutreffend, aber aus dem Bericht ist die Stimmung, die damals sowohl in Frankfurt als auch in dem Verhältnis zwischen Wilhelm und dem pfalz-bayrischen Hofe herrschte, herauszufühlen. Er mag daher wörtlich folgen: „Je dois mander à Votre Excellence qu'en effet la capitulation pour le régiment de la maison de Wittgenstein-Wittgenstein de 1200 hommes a été signé à Coblence il y a 4 jours, le second fils sera Colonel propriétaire, le comte de Wittgenstein-Berleburg, fils du général russe, sera Colonel commandant, Monsieur de Gerduc du régiment royale Liègeois sera colonel, Monsieur de Riedesel du régiment d'Alsace sera major, M. de Dalwig de Darmstadt, M. de Cunningham et d'autres y entrennt aussi. L'uniforme est bleu et blanc et bleu et rouge. Ou recruteront-ils, comment transporteront-ils, c'est ce qu'on se demande. Les comtes de Wittgenstein, de Solm, de Vogelsberg leur serviront probablement."

Am 15. November kann Schmitt de Rossan berichten, daß die Rekrutierung hauptsächlich in den Grafschaften Isenburg-Büdingen-Meerholz und Wächtersbach geschähe, am 16. November, daß das Hauptdepot in Neuwied sei. Der Magistrat von Neuwied habe jedoch nach einer geheimen Sitzung am 18. November den Obersten Gerduck, der dort die Werbung für das Regiment besorgte, ausgewiesen. Auch in den folgenden Berichten Schmitts findet das Regiment hier und da Erwähnung. Unzutreffend ist, daß die Kapitulation auf 1200 Mann laute, es waren nur 800, 2 Bataillone zu je 400 Mann. Auch war das Regiment kein Wittgensteinisches Hausregiment, sondern nur ein privates Unternehmen Wilhelms. Es war vereinbart, daß er das Regi-

ment aufstelle, einexerziere, und erst dann sollte es von dem Prinzen endgültig übernommen werden. Er hoffte damals, daß in sechs Monaten alles von den Prinzen und dem König von Frankreich wieder bezahlt sei und rechnete mit einem Gewinn von 560 000 Livres. Gleich beim Abschluß hatten die Prinzen einen Wechsel von 200 000 Livres gegeben, aber niemand nahm ihn an. Ein Oberst Schuler aus Marburg und ein Rittmeister Sonneborn aus Laasphe, sowie Frankfurter Juden mußten um Vorschüsse angegangen werden. Am 18. Dezember meinte Wilhelm, daß man bald seine Zuflucht zu dergleichen Leuten nicht mehr zu nehmen brauche, da die französischen Angelegenheiten eine so gute Wendung nähmen. Einstweilen jedoch mußte der Bruder noch aushelfen und verschiedene Bürgschaften unterschreiben, u. a. eine für den Grafen Erlach, der mit seinem Eintritt ins Regiment ein kleines Kapital einschoß und es wie die meisten — verlor.

Ein reges Treiben begann nun in Marienborn, wo das Regiment sich bildete. Die Grafen von Isenburg-Büdingen-Wächtersbach und Meerholz mögen froh gewesen sein, daß damit Geld ins Land kam. Einer von ihnen war Werbeoffizier beim Regiment. Der alte General schoß 40 000 Gulden vor, wofür Wilhelm es ihm vorläufig am 7. Jan. 1792 übertrug. Bis Ende März 1792 hatte man das erste Bataillon fertig. Es wurde am 15. April zu Marienborn besichtigt und auch übernommen. Nicht gerade die saubersten Elemente kamen darin zusammen. Der Oberst Gerduck stand später in dem Verdacht, die Kasse betrogen zu haben, und die Offiziere waren auch keine Kavaliere von bestem Ruf. Man nahm auch Sträflinge an, die der Landgraf von Hessen-Kassel, wie der preußische Gesandte von Hochstätter nach Berlin berichtete, dem Regiment überließ, 200 Mann gegen 25 Gulden für den Kopf, sie hätten, seit sie ins Regiment gesteckt seien, schon mehrere Male rebelliert, einige seien auch desertiert, und im Publikum sei man nicht ohne Sorge, daß daraus in der Frankfurter Gegend gefährliche Räuberbanden entstehen könnten [79]. Die Zahl 200 ist zu hoch gegriffen, doch erhielt Wilhelm eine Anzahl Rekruten vom Landgrafen „geschenkt", einen ganzen Trupp von 82 Mann von Ziegenheim, das waren Gefangene, und er versicherte (8. Januar), daß sie ihm ein großes Glück seien, und daß kein Unehrlicher oder Mörder dabei sei.

Die Prinzen näherten sich dem Zeitpunkt, wo ihr Kredit erschöpft war. Ihre Wechsel waren nicht mehr unterzubringen. Die Lieferanten des Regiments konnten nicht mehr befriedigt werden, die Soldzahlungen gerieten ins Stocken [80]. Vom 8. bis 15. Februar 1792 war Wilhelm wieder in Koblenz und betrieb die Übernahme des Regiments in französischem Sold, noch ehe es fertig war. Er konnte es nicht erreichen, erlangte aber die Zustimmung der Prinzen zur Übertragung an den alten General. Der machte aber die Übernahme davon abhängig, daß Wilhelms Vater die 500 Carolins lieh. Mit beweglichen Worten bat Wilhelm den Vater darum. Der General würde den Wechsel ausstellen, und der Vater brauche ihn nur zu akzeptieren. Der General müßte erst banquerout machen, ehe der Vater zum Zahlen angehalten werden könnte, und alsdann müsse Frankreich ebenfalls einen banquerout machen, da der General ohne Frankreich keinen machen könne.

Ein kümmerliches Leben führte Wilhelm in Koblenz; das Quartier war schlecht und teuer, er saß dauernd am Schreibtisch und wurde immer

magerer. Er hatte eine ordentliche Kanzlei und verbrauchte täglich einen Taler für Papier und einen Dukaten für Porto, und sein ganzer Verbrauch an Geld belief sich täglich auf 40 Gulden, wozu die Regimentskasse zum größten Teil herangezogen wurde. Die Erzeugnisse der Tuchfabrik des Bruders, Unterfutter, suchte er bei den Rüstungen der Prinzen unterzubringen, ohne Erfolg. Die Lieferungen waren schon alle vergeben und in festen Händen. Seine Hoffnungen auf ein gutes Geschäft bei der Errichtung des Regiments verflüchtigten sich immer mehr. Mitte Februar war man sehr skeptisch. Dem Bruder mußte Wilhelm zu dieser Zeit den Kopf zurecht setzen und ihm gegen die Verleumdungen und das Gerede in Wittgenstein Mut machen. Seine „ministerielle" Tätigkeit für die Prinzen war während dieses Koblenzer Aufenthaltes besonders stark. „Von meinem Ministerposten, der äußerst beschwerlich und unangenehm ist, kann ich mich noch nicht ganz losmachen, unterdessen habe ich doch einige Gesandtschaften ausgeschlagen. Ob ich in kurzem noch eine bekomme, weiß der Himmel. Es hängt von der Rückkehr des Prinzen von Nassau, der nach Berlin gegangen sein soll, ab." Sein Verhältnis zu den Prinzen begann sich trotzdem zu lockern, es trat sogar eine Krise ein. Die Nachrichten darüber bewegen sich nur in Andeutungen, aus denen soviel hervorgeht, daß der Vater ihn durch einen ohne sein Vorwissen an die Prinzen gesandten Brief in ein sehr schiefes Licht brachte. Es handelte sich dabei um die 500 Carolins. Auch in der Öffentlichkeit war er sehr vielen Angriffen ausgesetzt. „Und dennoch bei aller Arbeit bin ich von Intriguen, Kabalen und Infamitäten, welche von mir im Druck erscheinen, ganz zerrissen und niedergedrückt. Die französischen Blätter sprechen so öffentlich und schändlich von mir, daß ich mich binnen acht Tagen von den Staatsgeschäften, wo ich unglücklicherweise noch mit verwickelt bin, losmachen werde; sogar in Neuwied werden Sachen in der französischen Zeitung gedruckt, die ich nicht verdiene." Und in dieser Stimmung bot er seinem Vater ein Patent als französischer Oberst — er selbst besaß schon ein solches — und sein ganzes Regiment, Chargen und Dignitäten und alles, was er besaß, an. Und seinem Bruder schrieb er bald darauf: „Ich gebe das Regiment ab, und Gott seis gedankt, wenn ich es los bin."

Mitte Februar begab er sich wieder nach Frankfurt, wo er bis Anfang April blieb. Die Sorgen verließen ihn auch hier nicht. Für das zweite Bataillon wurde ihm die Werbung im Gebiete des Schwagers des alten Generals, in der Grafschaft Bentheim-Tecklenburg-Rheda, zugestanden, auf diejenige im Berleburgischen hoffte er. Der eigene Vater jedoch blieb fest in dieser Frage, und so bat ihn der Sohn, wenn er die Werbung nicht erlauben wolle, solle er sie wenigstens dulden, und wenn Graf Gustav von Sayn [81], dem sie übertragen war, einmal einen Stiefvogel im Wittgensteinischen anwerben sollte, „so werden Hochdieselben so gnädig sein, die Augen zuzumachen. Ich kann es durch die mir gnädigst geschriebenen Briefe beweisen, daß Sie mir die Werbung nicht erlaubt haben." Der Vater mochte in dieser Frage noch bedenklicher geworden sein, seit Wilhelms Beispiel Schule gemacht hatte. Eine ganze Anzahl seiner Standesgenossen drängte sich Ende 1791, Anfang 1792 an die Prinzen heran, und erboten sich, Regimenter aufzustellen, so der Fürst von Waldeck, doch fehlte es ihm an Geld, der Fürst von Salm, Prinz Friedrich von Hessen-Kassel, der Ritter Sankt

Stanislaus, die Fürsten Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst und Bartenstein [82], doch waren die Kapitulationen, welche die Prinzen mit diesen Herrn abschlossen, nicht mehr so günstig, wie diejenige Wilhelms. Zur Begutachtung der Anträge hatten sie ihn nach Koblenz gerufen. Selbst der Graf von Berleburg hatte den Prinzen einen entsprechenden Antrag machen lassen durch den Fürsten von Nassau-Siegen. Doch ist es nicht zum Abschluß gekommen. Die Mitstände sahen der Aufstellung bewaffneter Verbände in der Nähe ihrer Gebiete mit Bedenken zu. Als die Fürsten Hohenlohe in ihrem Lande nach der am 3. Februar 1792 geschlossenen Kapitulation mit der Aufstellung begannen, beschloß der Kreistag des fränkischen Kreises bereits am 11. Februar, bei den Fürsten Vorstellung zu erheben, daß er die Anwesenheit bewaffneter Truppen der Reichsverfassung zuwiderlaufend erachte. Im selben Sinne äußerten sich die Untertanen der Fürsten. Am 3. März beschwerte sich auch Schwäbischhall beim Kreistag. Es sei dies alles angeführt, um damit ähnliche Schwierigkeiten Wilhelms zu beleuchten und begreiflich zu machen, daß er sich über die mangelnde Hülfe seiner Verwandten und die übrigen Anstände bitter beklagte. Ein Lichtblick war ihm in dieser Frankfurter Zeit, daß er von mancher Seite auch Förderung erfuhr: „Ich hätte nimmermehr geglaubt, daß ich soviel Protektion bei großen Herren finden würde. Der Landgraf läßt mir alle Posttage durch seinen Minister Schönes sagen." Dieser befand sich gerade damals auf einer Inspektionsreise in jenen Gebieten [83].

Johann Ludwig war nun endlich bereit, die 500 Carolins zu leihen.

Am 8. März 1792 fuhr Wilhelm mit dem alten General zur Besichtigung nach Meerholz. Die Wechsel über die 500 Carolins, welche der Vater endlich geschickt hatte, waren bei keinem Bankier unterzubringen, weil sie Domizilwechsel waren und den Ort nicht enthielten, wo sie zahlbar waren. Der General gab sie auf der Rückreise nach Frankfurt-Koblenz zu Wilhelms größtem Vergnügen an Geldwucherer und endossierte sie. Sie seien dadurch außer allem Risiko, da das Endossement besser sei als die Kompensation. Der alte General würde sie zudem nächste Woche wieder auslösen und zurückschicken, aber es kam anders. Wilhelm glaubte die Geschäfte in Koblenz in 2—3 Tagen beenden zu können, doch wurde er bis über die Mitte des April dort festgehalten. Von den Prinzen forderte er seinen Abschied als Oberst und hatte von nun an außer einigen Kleinigkeiten nichts mehr mit ihnen zu tun. Er wünschte, diese Retirade mit 30 000 Livres in dem Sack machen zu können, doch das wäre zu viel auf einmal, schrieb er. Immerhin tröstete er sich wieder mit Hoffnungen. Sein Vorteil beim Regiment bestehe in der Hälfte des Gewinnes und in einer jährlichen Pension von 3000 Livres des Generals an ihn, und nach dem Tode desselben würde das Regiment ihm wieder zufallen. Zur längst geplanten und vom Vater gewünschten Reise nach Wittgenstein und daran anschließend nach Hannover kam er immer noch nicht. Er könne sich kaum drehen und wenden vor Geschäften, so entschuldigte er sich, als er nach Frankfurt zurückgekehrt war. Er liefe um Geld und liehe es zu 30 und 40 Carolins für den General und habe ihm auf diese Weise 2500 Carolins verschafft. Aber nun sei sein Latein zu Ende. Und wiederum bestürmte er den Vater um einen Zuschuß. Der Angst um die französischen Dinge sei man überhoben, da der Kaiser und der König förmlich erklärt hätten,

den Prinzen beizustehen. Wäre dieses auch nicht geschehen, dann Gute Nacht Verfassung! Wir hätten auch eine kleine Nationalversammlung bekommen, wobei die heutigen Philosophen, Aufklärer, Schriftgelehrten, Advokaten und dergleichen, die überhaupt an allem Schuld sind, eine große Rolle gespielt haben würden.

Dem Schauplatz seines Wirkens wurde Wilhelm für etwa 3—4 Wochen durch die schon erwähnte Reise nach Hannover entrückt. Er hatte die Überzeugung gewonnen, daß im Wege Rechtens in der Sahnischen Sache nichts mehr zu erreichen wäre, und schlug dem Vater immer wieder vor, den von Pfalz-Bayern angeregten Vergleich, der in einer Abfindung der Wittgensteinischen Ansprüche durch eine Geldsumme bestand, anzunehmen und weiter zu betreiben. Johann Ludwig lag zur selben Zeit wieder im Streit mit seinen Untertanen, die beim Reichskammergericht eine Klage, libelli petitorii, Dienst- und Holzlieferung belangend, eingereicht hatten. Wilhelm riet dem Vater, sich selbst nach Wetzlar zu begeben, um die Sache persönlich mit den Richtern zu besprechen. Das nütze mehr als alle Schriften; doch müsse die Reise von Zeit zu Zeit wiederholt werden, zunächst wäre es von Vorteil, durch Ausnützung der drei Termine, die man zur Beantwortung der Schrift erhielte, die Sache gründlich zu verzögern. Über die Holzlieferung sei ein gewisses Kodizill von Ludwig dem Älteren (1558 bis 1605) [84] vorhanden. Es ist die Holzordnung dieses aus der Reihe der wittgensteinischen Grafen bedeutend herausragenden Mannes vom Jahre 1579.

Als Wilhelm am 20. Mai 1792 von Hannover in Wittgenstein wieder ankam, war zu dem Verdruß über den Mißerfolg seiner Reise noch ein anderer getreten. Der alte General hatte die Wechsel über die 500 Carolins in einer Weise benutzt, die den Vater sehr beunruhigte. Da wurde Wilhelm der Boden unter den Füßen daheim bald zu heiß. Er ging wieder nach Frankfurt-Koblenz in das Zentrum seiner bisherigen Tätigkeit. Was er dort im einzelnen von Ende Mai bis Ende Juli betrieb, ist aus den Akten nicht festzustellen. Die wenigen Briefe, die aus dieser Zeit vorliegen, sprechen nur immer wieder von Geldnot und Wechseln. Er scheint auch einmal in Kassel gewesen zu sein. Am 14. Juni erfolgte endlich die schriftliche, endgültige Übertragung des Regiments an den alten General zu Koblenz. Der zweite Punkt der Zessionsurkunde bestimmte, daß jene Versicherungsurkunde, welche Wilhelm und sein Bruder dem General wegen eines bei der Errichtung des Regiments entstehen könnenden Verlustes am 17. Dezember 1791 ausgestellt hatten, solange in seinen Händen bleiben sollte, bis man am Ende der Errichtung erfahren könnte, ob ein wirklicher Schaden obschwebe. Das ist später verhängnisvoll geworden, ebenso wie der Umstand, daß auch die Erklärung Wilhelms vom 7. März 1792, wonach der Alte die 40 000 Gulden vorgeschossen und ihnen nur dadurch ermöglicht habe, die Errichtung des Regiments zu vollziehen, und daß infolgedessen alle Zahlungen der Prinzen an den General zu erfolgen hätten, solange diese Urkunde in seinen Händen sei und er nicht bis zum letzten Kreuzer indemnisiert worden sei, im Besitze des Generals blieb. Sie befand sich auch in seinem Nachlaß, als er am 7./16. Mai 1797 starb.

Alle die schönen Sicherungen, die sich Wilhelm selbst in der Zessionsurkunde zugestehen ließ, konnten ja nur wirksam werden, wenn die Sache völlig gelang, sie waren ein Fetzen Papier, wenn das Regiment und die

Sache der Prinzen Schiffbruch erleiden würden. Indessen waren die Herzen der Emigranten hochgeschwellt, als die Abtretung des Regimentes erfolgte. Man glaubte noch im Laufe des Sommers als Sieger nach Frankreich zurückkehren zu können. Die Sorgen des Finanzministers Calonne, der die prinzlichen Truppen nur mit Mühe ins Feld bringen und bald nicht mehr unterhalten konnte, kannten die Fernerstehenden nicht [85]. Wilhelm ließ sich vom alten General sein Gehalt als Eigentümer und Oberst des Regiments bis zur Zession zusichern. Der General versprach ihm, von seinem eigenen Gehalt als Eigentümer jährlich 100 Carolins zur Entschädigung für seine Mühen. Er versprach, die 500 Carolins des Vaters von der ersten Zahlung der Prinzen wieder zu erstatten, die Wechselzinsen zur Kasse des Regiments zu schlagen, das Regiment nicht ohne Zustimmung Wilhelms zu verkaufen, Wilhelm die Regimentsrechnungen zur Einsicht vorzulegen, und setzte sein ganzes Vermögen für die Wilhelm zu zahlende Entschädigung ein. (Auch Wilhelms Patent als französischer Oberst vom 5. November 1791 fand sich in dem Nachlaß des Generals.) Die Prinzen bestätigten die Zession. Wilhelms Beziehungen zu ihnen waren damit im wesentlichen erloschen.

Inzwischen hatte ihn die Lebhaftigkeit des Geistes dahin getrieben, sich mit anderen Dingen zu befassen. Er war ja nun beschäftigungslos. Er mag diese Zeit haben kommen sehen, seit ihn der Geldmangel genötigt hatte, das Regiment aufzugeben. So versuchte er schon im März, Aufträge von anderer Seite zu erhalten. Er benutzte die Gelegenheit der Übersendung eines Briefes der Prinzen an den Kurfürsten von Bayern, in welchem sie diesen baten, die Emigranten im ganzen Reiche ebenso wohlwollend zu behandeln, wie der verstorbene Kaiser, und trug der bayrischen Regierung seine weiteren Dienste an. Er könne über die Angelegenheiten der Prinzen, mit denen er dauernd in Beziehung stehe, berichten. Er kenne ihre Verhältnisse und sei ihr Ratgeber in deutschen Angelegenheiten. In einem weiteren Briefe nach München berichtete er über die Audienz, in der er des Kurfürsten Antwort den Prinzen überreicht habe. Sie wären sehr erfreut gewesen und hätten sich sehr wohlwollend ausgesprochen. Der Zudrang der Emigranten sei zur Zeit sehr stark. Der Kurfürst von Trier habe die Aufnahme in seinen Landen sehr beschränkt, der Herzog von Zweibrücken dagegen eine unbegrenzte Zahl zugelassen. Den Prinzen flössen starke Mittel zu, woher, wisse niemand. Die Gemahlin von „Monsieur", „Madame" werde am 11. d. Mts. über München und Tirol nach Turin reisen. Die Prinzen schlössen noch beständig Kapitulationen, um neue Regimenter zu errichten. Er für seine Person sei jetzt außer aller Konnexion mit ihnen, und nur eine Zeit lang habe er seinen Namen dazu geben müssen; ein russisch-kaiserlicher Generalleutnant, Graf von Wittgenstein, der aus Petersburg vor kurzem hier angekommen sei, hätte seine Angelegenheiten mit ihnen, wie er vermute, auf Befehl ihrer Russisch-Kaiserlichen Majestät übernommen. Er werde deshalb Ende dieser Woche nach Frankfurt gehen. Wenn man in München Berichte aus Koblenz wünsche, so könne er solche infolge seiner guten Beziehungen liefern. Auch erbot er sich dem Kurfürsten zu anderen Aufträgen. Bei der Erteilung des Geheimratspatents habe man ihm zugesichert, sich in vorkommenden Fällen seiner zu bedienen.

Man hat in München die weiteren Dienste Wilhelms nicht be-

anspruchte, man hielt ihn dort vielleicht nicht für den richtigen Mann, weil er sich zu tief mit den Emigranten eingelassen hatte. Der Kurfürst war, wie man weiß, durchaus nicht emigrantenfreundlich gesinnt [86]. Als der Krieg ausbrach, hat er bald gute Beziehungen zum offiziellen Frankreich gesucht. Wilhelm muß diese Gesinnung nicht verborgen geborgen geblieben sein, daher die merkwürdige Stelle in dem Bericht über das Regiment, zu welchem er nur einige Zeit seinen Namen habe hergeben müssen, daß er mit den Prinzen nun außer aller Konnexion stände. Man spürt darin das Bedürfnis, seine Beziehungen zu ihnen viel harmloser darzustellen, als sie in Wirklichkeit waren. Die Sendung Lipowskys im März 1792 an die rheinischen Höfe und zum General Kellermann in Landau, den Krieg zu verhindern und die eigene Neutralität anzukündigen [87], wird ihm nicht unbekannt geblieben sein. Sollte aus dieser Lage auch sein weiteres Handeln zu erklären sein?

Es muß ihm bald klar geworden sein, daß er von München keine weiteren Aufträge zu erhoffen habe. Von den Geschäften, die er bis dahin begonnen hatte, war noch keins gelungen. Die Errichtung des Regiments war ein Fehlschlag, die Ernennung zum Coadjutor ebenso. So stand der junge Graf Mitte Juni, als er sich von den Prinzen in Koblenz verabschiedet hatte, eigentlich wieder als Privatmann da. Die zwei Jahre emsigsten Mühens, mit dem er an einer Existenz geschafft hatte, waren ohne Frucht geblieben, und schon schwebte seiner lebhaften Phantasie ein anderes Ziel vor Augen, bei dem er wieder seinen ganzen Eifer und seine ganze Kraft einsetzte, es aber auch ohne vorherige Prüfung der Hindernisse und Gefahren, sowie der Möglichkeit der Erreichung begann. Als sich die Verbündeten zum Einmarsch in Frankreich rüsteten, und der Krieg wirklich anfing, da kamen denen, die ihn geschürt hatten, doch allerlei Bedenken. Manche Emigranten waren nun zum Frieden geneigt, da ihre Güter in dem voraussichtlichen Kriegsgebiet lagen. Selbst die Prinzen wurden bedenklich, als sie sahen, daß die Stimmung in Frankreich doch nicht so stark für eine Gegenrevolution anschwoll, wie sie gehofft hatten. Mit der ihm eigenen feinen Witterung für die Stimmung derer, mit denen er in Verbindung stand, merkte Wilhelm dieses bald, und er begann darauf zu sinnen, wie der Ausbruch des Krieges doch noch zu vermeiden sei. Die Vorstellung von der drohenden Macht der Verbündeten, so sah man sie ja außerhalb Frankreichs allgemein an, sowie von der zu erwartenden Heftigkeit des Krieges bestärkte ihn in diesem Gedanken. Ein weiterer Beweggrund war die Wiedererlangung der von ihm ins Regiment gesteckten Gelder, die ihn einen schnellen Ausgang des Krieges wünschen ließ. Und so übernahm denn das junge, noch nicht 22 Jahre alte Gräflein eine Friedensvermittlung auf eigene Faust und fühlte sich gar bald in die Rolle eines Wohltäters der Menschheit hinein. Der Versuch, die französische Nationalversammlung zu sondieren, gewann einen unwiderstehlichen Reiz für ihn.

Eine zufällige Begegnung mit dem französischen Gesandten in Kopenhagen, Marquis de Vibraye, welche auf dessen Durchreise im Museum zu Kassel erfolgte, sowie das Gespräch mit ihm, erweckten in Wilhelm das Bewußtsein, durch seine Bekanntschaft mit den Prinzen ein besonders geeigneter Vermittler zu sein, und ebenso den Wunsch, mit Geschäftsträgern oder Stimmführern der Franzosen bekannt zu werden. Vibraye hatte selbst den Eindruck, daß die Vernünftigen in Frankreich

den Krieg zu vermeiden wünschten, versagte sich aber selber der Vermittelung und empfahl Wilhelm den französischen Gesandten Monsieur de Villars in Mainz als die geeignetste Persönlichkeit, die bestimmte Auskunft über die Lage in Frankreich geben könne.

Um sich den Prinzen gegenüber zu salvieren, entdeckte sich Wilhelm dem Chevalier d' Arch, einem Manne von hervorragendem Charakter, welcher das Vertrauen des Bischofs von Arras besaß, der im Staatsrat der Prinzen eine große Bedeutung hatte. Arch sollte ihm den Sondierungsplan mitteilen, beide sollten über die Nachrichten, die Wilhelm erhielt, auf dem laufenden gehalten werden. Den Prinzen selbst sich zu offenbaren, hielt Wilhelm nicht für ratsam, um sich nicht zu kompromittieren. Auch würden diese ja doch nicht ihres Herzens Meinung sagen, solange nichts Greifbares vorläge, um sich selber nicht zu kompromittieren. Wilhelm wollte sich nun auch gegen die andere Seite, die Verbündeten (Preußen und Österreich), sichern und schrieb an den Kaiserlichen Minister am kurpfalz-bayrischen Hofe, den Grafen von Lehrbach, er habe Bekanntschaft mit einigen französischen Demokraten und sei in der Lage, dem kaiserlichen Hofe wichtige Aufschlüsse über die Stimmung der französischen Nationalversammlung zu geben und entwickelte ihm seinen Plan. Wenn er jedoch die Sache für schädlich halte, so bleibe sie unausgeführt. (Lehrbach kannte er seit seinem ersten Aufenthalt in München von der Sayn'schen Sache her.) Der Wink Lehrbachs blieb jedoch zu lange aus, er erreichte Wilhelm erst acht Tage vor der Gefangennahme, und Wilhelm begann die Sache, ohne ihn abzuwarten, in der Annahme, daß Schweigen Billigung sei.

In Frankfurt suchte er mit dem elsäßischen Deputierten Röderer in Verbindung zu treten. Der versagte sich aber, weil er sich aus den französischen Angelegenheiten zurückziehen wollte. Nun knüpfte Wilhelm mit dem französischen Gesandtschaftssekretär Monsieur de Comps in Mainz an (die preußischen Akten nennen ihn Lebombe), nachdem er zuvor dem Grafen Oberndorf, dem damaligen ersten kurpfalz-bayrischen Wahlbotschafter in Frankfurt, sein Vorhaben „einigermaßen" mitgeteilt hatte. Am 4. oder 5. Juli fand die erste Zusammenkunft mit de Comps in dessen Wohnung in Mainz statt. Wilhelm wollte erfahren, wie die Nationalversammlung zu einem etwaigen Frieden stände. Wenn sich eine Verhandlungsmöglichkeit ergäbe, wollte er diese höheren Ortes mitteilen, und wenn man ihn dann nicht zum Unterhändler mache, so sei eben sein Geschäft zu Ende gewesen, und dann würde ihm das moralische Bewußtsein genügt haben, der Menschheit gedient zu haben. Doch wußte Wilhelm sehr gut, daß, wenn sein Plan ohne greifbaren Erfolg blieb und bekannt würde, er lächerlich wirken und sogar die Reinheit der Absicht angezweifelt werden würde. De Comps äußerte sich in der Unterredung mit der einem offiziellen Vertreter nötigen Achtung vor der Verfassung, die wenigstens die Klugheit erforderte, ließ aber durchblicken, daß Frankreich der Ruhe bedürfe. Nach der Krönung sollte in Mainz ein Kongreß gehalten werden, an welchem die Majestäten von Preußen und Österreich teilnehmen würden, ebenfalls verschiedene andere deutsche Reichsstände, sowie fremde Gesandte. Der Gegenstand der Verhandlungen sollten die französischen Angelegenheiten sein. Da sei, so äußerte de Comps, der Ort zur Vermittelung, die durch eine Person von Rang erfolgen müßte, da seien die Bedingungen Frankreichs vorzu-

tragen. Wilhelm erbot sich, diese Person zu beschaffen, bat aber de Comps um die französischen Bedingungen und um gehörige Vollmacht. Als solche Bedingungen gab de Comps an: Den Königlichen Prinzen sollten ihre Revenüen und ihre Rechte, sowie dem Adel die nur sequestrierten Güter unter der Bedingung der Übernahme der gesetzlichen Steuerpflicht wieder gegeben werden, die Güter der Geistlichkeit sollten zum Staatswohl verwandt werden, die Ablösung durch eine Pension erfolgen. Die Rechte des Königs anbelangend, würde man gegen denjenigen sich näher erklären, der die Vorschläge übermittele. Den deutschen Reichsständen, die durch die Revolution Schaden erlitten hätten, würden alle Gebiete zurückgegeben und ersetzt.

Es war nicht leicht zu einer Unterredung mit de Comps zu gelangen. Wilhelm mußte mancherlei Mittel dazu anwenden, es war die einzige, die er mit ihm hatte. Eine zweite, die unter der Form einer Einladung zum Essen bei de Comps stattfinden sollte, kam nicht mehr zustande. Doch erfolgte ein Schriftwechsel durch eine Mittelsperson. Nach der ersten Unterredung kehrte Wilhelm nach Frankfurt zurück und eröffnete dem Grafen von Oberndorf „einiges" davon und fragte ihn nach einer Person, welche die französischen Vorschläge auf dem Fürstenkongreß machen könne. Damals stand man in Frankreich unter dem Eindruck der Vorgänge vom 20. Juni und der daran sich anschließenden Adressen der Departements und Städte, der Armee, Lafayettes, Luckners an den König. Wilhelms Hoffnungen entflammten sich unter diesen Eindrücken immer mehr. Er wandte sich mündlich mit seinem Antrage an den dänischen Minister Freiherrn von Wächter, welcher der Vertrauensmann der Höfe und der Prinzen war, und bat ihn, beide davon in Kenntnis zu setzen. Er versprach auch, die Vorschläge auf dem Kongreß vorzutragen, wenn sie einigermaßen vernünftig wären und der Gesandte die Vollmacht dazu hätte. De Comps hatte in der Zusammenkunft gerade Wächter als den geeignetsten Vermittler bezeichnet und Wilhelm gebeten, eine Zusammenkunft mit ihm zu vermitteln. Wächter war nun auch dafür zu haben, verlangte jedoch, daß eine solche heimlich erfolge, und daß de Comps sie herbeiführe. Wilhelm schrieb daraufhin sofort diese Fortschritte der Sache an de Comps, und da er durch seine Verbindung mit den Prinzen bei einem Vertreter der französischen Demokratie sich belastet dünkte, suchte er durch verschiedene Insinuationen sehr angelegentlich diese ungünstigen Eindrücke, welche das Vertrauen de Comps beeinträchtigten, zu entfernen. Wilhelms Seele war geschwellt von Hoffnungen, er schmeichelte sich, selbst Unterhändler zu werden, aber das Gebäude brach jäh zusammen. Sein Diener, der den Brief nach Mainz gebracht hatte, wurde dort in der Zeit, in der er auf die Antwort de Comps wartete, auf seltsame Weise verhaftet und über die Absicht seiner Sendung vernommen. Wilhelm hat nie erfahren, durch wen das geschah. Der Diener konnte nichts Bestimmtes aussagen, da er nichts in Händen hatte und auch nichts wußte; doch vermutete Wilhelm, daß er seinen Namen und den seines Herrn genannt habe, obwohl ihm das verboten war. Er kam ohne Antwort nach Frankfurt zurück.

Dieser merkwürdige Vorfall veranlaßte Wilhelm, die ganze Sache dem Kurfürsten von Mainz vorzutragen und ihn zu fragen, wie er sich weiter verhalten solle. Er begab sich, obwohl es schon spät war, sofort zu ihm und wurde auch noch vorgelassen. Statt sich über die Behand-

lung seines Dieners zu beschweren, teilte er dem Kurfürsten die ganze Sache mit und bat, einem seiner vertrauten Beamten es näher ausführen zu dürfen, und stellte ihm die Entscheidung anheim. Auch händigte er ihm den ausführlichen Entwurf seines Briefes an den Grafen von Lehrbach aus. Am nächsten Tage wiederholte er seine Bitte schriftlich. Er war sich darüber klar, daß die Sache nun schief stand, und wollte seine Lage durch ein unbefangenes Benehmen und durch diese Flucht in die Öffentlichkeit bessern. Am dritten Tage wurde er zum zweiten kurmainzischen Wahlbotschafter, Herrn von Albini, beschieden und setzte große Hoffnungen auf die Zusammenkunft mit ihm. Aber er wurde unfreundlich empfangen und verhört und mit beleidigenden Äußerungen überschüttet, sodaß er nicht zu Wort kommen konnte. Albini beschuldigte ihn, ganze Aktenstöße in die französische Gesandtschaft geschickt, französische Kuriere befördert zu haben, und dergleichen mehr, Anklagen, die dann auch durch die Zeitungen gingen.

Nach diesem Verhör wurde Wilhelm in ein anderes Zimmer geführt. Dort waren außer Albini auch der erste kurmainzische Wahlbotschafter, Freiherr von Fechenbach, und der zweite kurböhmische Wahlbotschafter, Freiherr von Bartenstein, und der zweite kurbrandenburgische Wahlbotschafter, Graf von Görtz, anwesend. Wilhelm war anfangs verwirrt. Die Versammlung erschien wie ein Gericht, das er nicht anzuerkennen geneigt war. Nach einigem Schwanken blieb er jedoch und begrüßte die von ihm geschätzten Herren als Zeugen seiner unschuldigen Enthüllungen, obwohl er befürchten mußte, den Grafen von Oberndorf damit zu verletzen, da er als kurpfälzischer Geheimrat in kurbayrischen Diensten stand und außerdem Ritter des kurpfälzischen Hausordens vom goldenen Löwen war. Seine Beziehungen zu Bayern erloschen nach diesem Vorfall ganz.

Wilhelm teilte den Herren nun seine Absicht mit, von seiner Unterredung mit de Comps, sowie von der geplanten de Comps mit Wächter schwieg er, in der Hoffnung, die Sache nach seiner Entlassung noch weiter spinnen zu können. Die Herren glaubten Wilhelm aber nicht, daß er nur die Stimmung der Nationalversammlung habe auskundschaften wollen, er mußte ihnen auch genau die Mittel zur Ausführung seines Planes angeben. Albini bezweifelte alles, was er sagte, und beschuldigte ihn immer noch der unglaublichsten Dinge. Wilhelm bat, seine Aussagen zu protokollieren, um sie noch berichtigen zu können. Das wurde aber abgeschlagen. Die Herren Görtz und Bartenstein waren sehr liebenswürdig und human. Sie schienen in Erfahrung bringen zu wollen, ob Wilhelm nicht etwa Aufträge von seinem Hofe, Bayern, habe, die den Gesinnungen Preußens und Österreichs zuwider wären. Deshalb fragten sie auch, wie weit der Graf Oberndorf in seine Pläne verwickelt sei. Man verlangte, Wilhelms Bedienten zu hören und seine Papiere zu sehen.

Wilhelm erklärte sich bereit zu einer Untersuchung seiner Papiere in Gegenwart der anwesenden Herren und unter der Bedingung, daß es dem Grafen von Oberndorf nicht mitgeteilt würde. Man schickte daher einen geheimen Kabinettssekretär und einen Kanzleibeamten in Wilhelms Wohnung voraus, und er selbst wurde auf 5 Uhr zur Fortsetzung der Untersuchung zu Herrn von Albini beschieden. Als er sich verabschiedete, sagte ihm Herr von Fechenbach, man verließe sich auf sein Wort, daß

er die Stadt nicht verlassen würde, bevor die Sache untersucht sei und weitere Maßregeln getroffen wären, damit man jetzt nicht selbst genötigt wäre, solche zu treffen. Wilhelm gab sein Wort unter der Bedingung, daß von allem, was vorgefallen wäre, kein weiteres Aufsehen gemacht und insbesondere von dem von ihm gegebenen Wort gegen die kurpfälzische Wahlbotschaft keine Eröffnung gemacht würde. Wilhelm betrachtete den Stadtarrest als sich selbst auferlegt und beendet, wenn die Bedingungen nicht gehalten würden. Diese Bedingungen waren nötig, um die Exterritorialität der kurpfalz-bayerischen Wahlbotschaft zu behaupten, deren Gerichtsbarkeit er unterstand.

Als er zuhause ankam, erfolgte eine genaue Haussuchung. Er übergab seine Papiere in seinen Koffern und in seinem Büro, ebenso sein Portefeuille und seine Schatulle. Die Papiere aus dem Büro wurden in zwei kurmainzischen Portefeuilles versiegelt und fortgetragen. Um 5 Uhr fand sich Wilhelm wieder bei Herrn von Albini ein. Dem war es aber zu warm, die Untersuchung der Papiere zu beginnen, und er verschob sie auf einen anderen Tag. Wilhelm wollte ihm jetzt Genaueres mitteilen, bat aber, es streng geheim zu halten, der Öffentlichkeit wegen, die es schlimm deuten könne. Wie erstaunt war er aber, als ihm Graf Oberndorf sagen ließ, er sei ersucht worden, ihm Stadtarrest aufzuerlegen, bis gewisse Sachen arrangiert seien. Wilhelm fühlte die Kränkung, die darin lag. Man hatte sich nicht auf ihn verlassen und die Bedingungen nicht gehalten. Aus der selbst auferlegten Haft war die des Richters geworden, und ihm ward inne, daß gerade seine Offenheit den Zweck verfehlt und das Entgegengesetzte gewirkt hatte. „Wer hatte mich gezwungen, dem Kurfürsten voon Mainz alles zu entdecken? Wie war ich schuldig, mich von Kurmainz verhören zu lassen, ihm meine Papiere auszuliefern? Wer hielt mich ab zu verschwinden, wenn ich etwas Unrechtes getan hätte?" So fragte er naiv.

Nun war die Sache in der Öffentlichkeit und nun kam es darauf an, dem Schaden, den sie ihm bringen konnte, zuvorzukommen. Er begab sich sofort zum Grafen von Oberndorf und enthüllte sich ihm ganz. Dieser riet ihm, den Botschaftern vor allen Dingen schriftlich mitzuteilen, was vorgefallen sei, um Preußen und Österreich den Argwohn zu nehmen, da sie durch ähnliche Fälle bereits mißtrauisch geworden seien[88]. Aber besonders an der Meinung der Prinzen war Wilhelm damals viel gelegen. Belohnung und Ersatz der Kosten des Regiments waren hin, wenn sie ihn fallen ließen. Wilhelm beschloß daher, sich bei ihnen zu rechtfertigen, bevor er ihnen verdächtig gemacht werden konnte. Er begann ihnen zu schreiben, merkte aber bald, daß es mündlich gemacht werden müsse, schon allein deshalb, weil sie lange Schriftstücke nicht läsen. Außerdem war ihm das Zeugnis des Chevaliers d' Arch unentbehrlich, auch machte die ganze Geschäftsführung der Prinzen es nötig, das Schreiben an Calonne durch einen Boten überbringen zu lassen, noch besser war es aber, es selbst zu überreichen. Da die höchste Eile not tat, weil die Prinzen ihre Truppen sammelten und Koblenz zu verlassen sich anschickten, so entschloß sich Wilhelm, selbst nach Koblenz zu reisen. Graf Oberndorf erlaubte es ihm unter der Bedingung, daß er von Fechenbach davon benachrichtige und ihm bemerke, daß er in einigen Tagen wieder zurück sei und auf ausdrückliche Erlaubnis Oberndorfs reise.

Wilhelm begab sich nun zu dem Marquis de St. Simon, dem Geschäftsträger der Prinzen in Frankfurt, und besorgte sich der Eile wegen von ihm eine Empfehlung an die Prinzen. Darauf wurde er zu Herrn von Albini gerufen, der nun mit den anderen Herren die Papiere in Wilhelms Gegenwart untersuchen wollte. Wilhelm lehnte das jetzt ab, da ihm ein sehr angesehener Herr der kurpfalz-bayrischen Wahlbotschaft davon abgeraten habe. Herr von Albini gab ihm sehr deutlich sein Mißfallen zu verstehen. Bald darauf fuhr Wilhelm im Wagen ab, nachdem er Fechenbach vorher benachrichtigt hatte, daß er das gegebene Wort zurücknähme. Das wurde ihm aber als Wortbruch gedeutet, und Oberndorf hat bald darauf erklärt, daß er unter „Benachrichtigung Fechenbachs" Einholung von dessen Erlaubnis verstanden habe. Die kurpfalzbayrische Wahlbotschaft sympathisierte zwar mit Wilhelm, wagte es aber nicht, öffentlich für ihn einzutreten.

Wilhelm stieg in Koblenz in dem Hause ab, in welchem er acht Monate gewohnt hatte, wo er noch den alten General und den Chevalier d' Arcy anzutreffen hoffte; aber sie waren seit einigen Stunden fort, vermutlich nach Bingen. Die Prinzen reisten fast im selben Augenblick dahin ab (am 12. Juli, dem Tage, wo sie nach Frankfurt zur Krönung aufbrachen [89].) Dem Chevalier d' Arcy schickte Wilhelm seinen Bedienten nach, daß sie in Braubach bleiben sollten, wo er sie einholen und dann nach Bingen begleiten wolle. Er blieb nur noch in Koblenz, um dort mit dem General Grafen de la Chapelle im Bureau de guerre den Prinzen zu sprechen, mit dem er bei Aufstellung des Regiments oft zu tun gehabt hatte. Der sollte ihm helfen, den Verdacht der Zweideutigkeit gegen die Prinzen zu beseitigen; ihm wollte er persönlich Rechenschaft geben. Auch sollte er ihm einen französischen Offizier als unzertrennlichen Begleiter in Koblenz mitgeben, doch lachte ihn der General aus. Seine Leistungen für die Prinzen, sowie die Verbundenheit seines Schicksals mit dem ihrigen schlössen jeden Verdacht aus. Er war auch nicht zu überzeugen, nachdem ihm Wilhelm alles erzählt hatte. Doch versprach er, bei den Prinzen für ihn einzutreten. Er gab ihm den Rat, mit dem Chevalier d' Arcy zu Herrn von Calonne zu gehen, wodurch die Sache beigelegt werden würde. Wilhelm war nun sehr beruhigt, weil Chapelle an seine Unschuld glaubte, und eilte in seine Wohnung, um sofort nach Bingen abzureisen. Da kam ein kurfürstlicher Adjutant und verhaftete ihn und brachte ihn auf die Festung. Zu Fuß und von Soldaten umringt, wie ein gemeiner Verbrecher, zog er in die Feste Ehrenbreitstein ein und ward in einen ihrer Türme verschlossen.

Am anderen Morgen nahm man ihm sämtliche Briefe ab, die er noch bei sich hatte, darunter auch den einzigen, den er von de Comps erhalten hatte, welcher die Antwort auf denjenigen war, den sein Bedienter nach Mainz gebracht hatte, und dessen Inhalt in nichts weiter bestand, als daß er an einem bestimmten Tage selbst zu ihm nach Mainz kommen und bei ihm zu Mittag essen möchte, wo man sich alsdann weitläufiger aussprechen könnte.

Nicht einmal seinen Bedienten ließ man Wilhelm; neun ganze Wochen brachte er auf der Feste zu, kein Mensch durfte ihm schreiben, keiner ihn besuchen, er erfuhr in der ganzen Zeit nichts von dem, was um ihn her vor sich ging. Er wurde nicht verurteilt, der Grund seiner Haft wurde ihm nicht mitgeteilt, es wurde kein Verfahren eröffnet, kein

Verhör angestellt, keine Untersuchung geführt, man schien ihn der gänzlichen Vergessenheit überliefern zu wollen, und man hatte ihm alle Mittel genommen, sich derselben auf irgend eine Weise zu entreißen. Er hatte gleich zu Anfang den kurtrierischen Minister Duminique um eine Erleichterung seines Arrestes gebeten, wenigstens soweit es seine Gesundheit durchaus erfordere, und um Gestattung eines Schreibzeuges. Er antwortete im gütigen Tone, daß der Kurfürst von Trier an seiner Verhaftung gar keinen Anteil hätte, sondern das diese lediglich auf Requisition zweier höchster Höfe geschehen sei. Es stände daher nicht in seiner Macht, die Bitte zu gewähren. Endlich öffnete sich das Gefängnis, und man kündigte Wilhelm die Freiheit an. Auch jetzt teilte man ihm die Ursache seiner Gefangennahme nicht mit. Der Befreiung konnte er sich nicht lange freuen; denn die Zeitungen hatten inzwischen seinen Namen und seine Ehre mit abscheulichen Beschuldigungen in den Staub gezogen. Eine schlimme Erfahrung war es für ihn, der, wie er meinte, nie jemand etwas zu leide getan, sondern im Gegenteil gedient hätte, wem er nur konnte. Am meisten ging ihm der Vorwurf, sein Wort gebrochen zu haben, nahe. Alle übrigen Beschuldigungen mußten sich nach der Freilassung widerlegen lassen. Er war der Ansicht, daß man *ihm* das Wort gebrochen hatte.

Diese Darstellung der Gefangennahme Wilhelms fußt auf einer Niederschrift von ihm selbst, die er gleich nach seiner Befreiung anfertigte [90]. Wir dürfen sie im wesentlichen für zutreffend halten, da die Vorgänge, so wie sie dargestellt sind, innere Wahrscheinlichkeit besitzen und dem Charakter Wilhelms durchaus entsprechen. Zudem werden sie durch die amtlichen preußischen Berichte über die Gefangenhaltung bestätigt [91]. Am 28. Juli übersandte Schulenburg aus Koblenz dem König Friedrich Wilhelm II. eine Depesche des Legationssekretärs Harnier und eine des Barons vom Stein, des preußischen Gesandten in Mainz, und fügte diesen Depeschen die eigene Ansicht hinzu. Die Prüfung der Papiere habe tatsächlich Verbindungen mit den „factieux de la France" ergeben, aber sie seien harmloser Natur. Der mainzische Kanzler, Herr von Albini, sei daher der Meinung, die verbündeten Höfe sollten die Sache niederschlagen, während Baron vom Stein rate, den Gefangenen nur noch besser zu verwahren und ihn nach Wesel abzuführen. Schulenburg hielt den mittleren Weg für geeignet, da beide Extreme zu Inkonvenienzen führen würden. Er schlug den Ausweg vor, dem Erzbischof von Trier die Sorge für den Gefangenen zu übertragen. Auf ein Gesuch von Wilhelms Vater und Wilhelms Mutter an Schulenburg um Freilassung ihres Sohnes, die vom kaiserlichen Hofe schon genehmigt sei, antwortete Schulenburg beruhigend. Beim König befürwortete er die Bitte der Eltern. Dieser verlangte jedoch, bevor er die Freilassung genehmigte, Einblick in die abgehaltenen Verhöre. Schulenburg überreichte ihm diese mit einer eigenen Darstellung des Falles, die derjenigen Wilhelms entspricht. Ende August entschied der König, wie Österreich vorgeschlagen hatte, Wilhelm freizulassen, ihm jedoch aufzuerlegen, sich nach Wittgenstein zu begeben und den Vater für das fernere Betragen des Sohnes verantwortlich zu machen. Anfang September wurde Wilhelm dann wirklich freigelassen und ging in die Verbannung nach Wittgenstein. Die Sache hatte großes Aufsehen in der Welt gemacht. Der alte Rau auf Nordeck verbat sich seinen Besuch auf

das entschiedenste, und sowohl in Frankfurt als auch in Wien ließ Wilhelm unter der Hand anfragen, was man über sein „désastre" spreche.

Das Schicksal des Regiments muß noch geschildert werden. Es ist nicht weniger tragisch als dasjenige Wilhelms. Als dieser abtrat, hatte der alte General einen gewissen Ballon an die Spitze gestellt. Es rückte mit dem Corps der Prinzen in zweiter Linie dem preußischen Corps nach[92]. Bei dem „Versuch auf Thionville" wurde es eingesetzt und nahm, nachdem dieser scheiterte, auch an der Belagerung teil. Bei dem schrecklichen Rückzuge, dessen grausige Einzelheiten bekannt sind[93], wurde es am 7. Oktober von dem nördlichen, aus den Niederlanden gekommenen Clerfahtschen Corps aufgenommen und gelangte mit diesem nach endlosen Qualen und Entbehrungen schließlich im Gebiet von Lüttich an. Es zählte damals noch 450 Mann, wovon auf dem Marsche Clairfaits hinter die Roer immer mehr umkamen oder davonliefen. Schon vor Verdun hatte man davon gesprochen, das Regiment abzudanken, weil die Prinzen es nicht mehr bezahlen konnten. Der unglückliche Ausgang von Wilhelms Affäre diente ihnen zum Vorwande, sich zu drücken. Der alte General mußte viel Grobheiten seinetwegen erdulden. Man sann darauf, das Regiment zu verkaufen, und bot es den Österreichern an. Wilhelms Vater wollte es dem Herzog von Braunschweig, den er gut kannte, anbieten, aber ehe es geschah, kam die Auflösung. Die Lage war so, daß niemand mehr Lust hatte, ein solches Regiment zu erwerben, und man wäre froh gewesen, es ohne Schaden loszuwerden. Der alte General schrieb vom Haag aus, wo er die prinzlichen Wechsel unterzubringen versuchte, an viele, erhielt aber nicht einmal Antwort. Ende November erfolgte die völlige Auflösung. Ein amtlicher Bericht darüber, den sich Wilhelm am 1. März 1817 durch den Berliner österreichischen Gesandten Grafen von Zichy von der Kanzlei des Hofkriegsrates in Wien erbat, stellte die Vorgänge folgendermaßen dar: Beim Rückzug aus der Champagne ging das Regiment auseinander. Graf Ballon bot es, es war noch 400—450 Mann stark, dem Feldzeugmeister Clerfaht an, und zwar unentgeltlich, nur unter der Bedingung, daß er bei den zwei zu bildenden Kompagnien als Hauptmann in österreichische Dienste übernommen würde. Das Regiment sollte dem Grün Laudon Freicorps zugeteilt werden. Die Übergabe war für den 1. Dezember vorgesehen, aber die Leute weigerten sich, und der größte Teil ging auseinander, nur 84 Mann erklärten sich bereit. Der Tag der Übergabe wurde deshalb bis zum 31. Dezember verschoben. Zu diesem Zeitpunkt hatte Ballon 112 Mann zusammen. Er konnte infolgedessen nicht übernommen werden und erhielt für jeden Mann 10 Gulden.

Schon gleich nach dem Zusammenbruch des Regiments bestürmten die Lieferanten und Offiziere den alten General um Zahlung der Lieferungen und Gehälter. Da er von dem Prinzen nichts erhielt, zog er sich zurück, daß niemand seine Adresse wußte. 1794 machte er das Experiment noch einmal und stellte ein Regiment für die holländische Republik auf. Wilhelm setzte große Hoffnungen darauf und erwartete, daß er mit dem Gewinn am neuen die Schulden des alten Regiments bezahlen könne. Aber auch diesmal endete die Sache mit einem Fehlschlag, und der alte General hinterließ nach seinem Tode 1797 nichts als Schulden, sodaß die Nachkommen die Annahme der Erbschaft ver-

weigerten. Sein Schwager, der Graf von Bentheim-Tecklenburg-Rheda, der Gemahl seiner Schwester, wurde vom Reichskammergericht zum Nachlaßvollstrecker eingesetzt. Er übertrug dieses Geschäft seiner Justizkanzlei. Da sich niemand meldete, die Erbschaft anzutreten, so verfügte das Reichskammergericht die Vorladung der Gläubiger und betraute den Regierungssekretär Achhoff mit der Eintreibung der Aktiva. Und als Aktivum wurde eben jene Verschreibung Wilhelms für die 40 000 Gulden, die ihm der Graf vorgeschossen hatte, betrachtet, weil sich die Urkunde noch im Nachlaß des alten Generals befand. Die 40 000 Gulden waren allerdings noch nicht zurückerstattet, aber Wilhelm hatte doch dem General das Regiment abgetreten, und damit sei, wie er immer wieder in dem nun folgenden Prozeß betonte, auch diese Forderung auf den Eigentümer des Regiments zurückgefallen. Die Gegenseite war von ihrem absoluten Recht auf die Summe auch nicht völlig überzeugt, sie suchte deshalb wiederholt durch einen Vergleich mit Wilhelm auseinanderzukommen. Das ganze folgende Jahrzehnt ging mit Verhandlungen darüber hin, die ohne Ergebnis verliefen und durch die Katastrophe von 1806/07 unterbrochen wurden. Wilhelm wollte offenbar keine Opfer mehr für die Sache bringen. Er suchte ihre Erledigung hinauszuziehen und erhoffte von einer Restauration in Frankreich die Bezahlung der Schulden des Regiments. Außer dem Gericht drängten nun auch die Lieferanten. Als Wilhelm sie an den alten General verwies bezw. an seinen Nachlaß, erwiderten sie ihm, er habe die Lieferungen bestellt und die Wechsel unterschrieben, mit dem General hätten sie nichts zu tun, und manchen Drohbrief empfing er, und von diesem und jenem mußte er sich in die Erinnerung zurückrufen lassen, wie hoch und heilig er damals im Roten Haus in Frankfurt versichert habe, mit seiner Ehre und seinem ganzen Vermögen dafür einzustehen, daß sie nichts einbüßen sollten.

Als „Monsieur" Ludwig XVIII. den französischen Thron bestiegen hatte, brachte der 21. Dezember 1814 ein Gesetz über die Liquidation der prinzlichen Schulden. Wilhelm sandte nun einen Vertreter nach Paris, um dort die Entschädigung für das Regiment betreiben zu lassen. Es war der Chevalier le Normand de Bretteville, nun Maréchall de Camps au service de la Majésté le Roi de France. Er hatte auch als Offizier in Wilhelms Regiment gedient. Bei dessen Auflösung war er in die Dienste der Prinzen zurückgetreten und wollte sich nun mit einer kleinen Pension nach Paris zurückziehen. Hardenberg hatte die Sache dem Herzog Richelieu und dem preußischen Gesandten in Paris, Grafen von Goltz, auf das dringendste empfohlen, und Wilhelm selbst richtete eine Eingabe unmittelbar an Ludwig XVIII., in welcher er diesem seine treuen Dienste ins Gedächtnis zurückrief und um eine Befriedigung der Gläubiger bat, deren Ansturm er die ganzen Jahre ausgehalten habe.

Zu den Ansprüchen der Gläubiger traten dann auch bald solche aus der Verwandtschaft des alten Generals. Sein Sohn, der russische Feldmarschall, erklärte sich 1816 bereit, die Erbschaft anzutreten, wenn Wilhelm die Forderung seines Vaters über die bewußten 500 Carolins und diejenige des Bruders über 3630 Carolins, die zusammen etwa 45 000 Gulden ausmachten, übernähme. Wilhelm wies dieses Ansinnen freundlich, aber bestimmt, zurück. Später meldete sich auch die Schwester

des alten Generals, die Gemahlin des oben erwähnten Grafen Keller, mit einem Anspruch auf Grund der 40 000 Gulden, und schließlich kam 1826 auch jener Graf Erlach und bat Wilhelm um Rückzahlung der seiner Zeit von ihm ins Regiment eingeschossenen Summe, die mit Zinsen auf 18 000 Gulden angewachsen sei. Er war inzwischen fast 70 Jahre alt geworden, und das Schicksal hatte ihm übel mitgespielt. Er erklärte sich bereit, sich mit einer kleinen Präbende zu begnügen, die Wilhelm ihm verschaffen sollte.

Inzwischen war durch den Wandel der Dinge der Prozeß an das preußische Oberlandesgericht in Paderborn übergegangen, und dieses hatte einen Prokurator eingesetzt. Er legte die Hand auf die Liquidationszahlungen, die in Paris geleistet wurden. Diese waren auf 18 160 Francs festgesetzt. Aus besonderer Freundlichkeit gegen Wilhelm wurden weitere 54 836 Francs bewilligt. Die Gelder wurden aber nicht bar ausgezahlt, sondern in das französische Schuldbuch eingetragen. Doch konnten diese Inskriptionen an der französischen Börse mit 60 bis 70 Prozent verkauft werden. Der Prokurator wollte diese Liquidationssumme zur ganzen Erbmasse schlagen, während sie nach Wilhelms Auffassung nur zur Befriedigung der Gläubiger des Regiments bestimmt sei. Daher mußte Bretteville in Paris gegen die Aushändigung an den Prokurator Protest einlegen, ohne Erfolg zu haben.

Wilhelms Agent in Paderborn hatte inzwischen festgestellt, daß keiner der Gläubiger eine von Wilhelm unterschriebene Forderung besäße, daß er ihnen also persönlich nicht verpflichtet sei. Nun galt es, ihn auch vor weiteren Ansprüchen des Prokurators zu schützen, und deshalb ging man zum Angriff über. Wilhelm ließ im April 1822 in Paderborn die „Diffamationsklage" gegen den Prokurator einreichen. Der Erfolg war, daß dieser dazu verurteilt wurde, über die Ansprüche aus den beiden Urkunden von 1792 auf ewig zu schweigen. Damit war Wilhelm endlich von der ganzen Affäre des Regiments befreit. Allerdings nur juristisch, moralisch blieb er auch weiter an der Befriedigung der Gläubiger interessiert. Noch im Jahre 1829 hört man von französischen Bewilligungen. Im übrigen erfolgte, nachdem Wilhelm dem Prozeß entrückt war, die Befriedigung der Gläubiger nach demselben Verfahren, wie heute bei einem Konkurs.

Fast 40 Jahre hatte die Regimentsangelegenheit Wilhelm beschäftigt. Aus welchen Gründen er sich in dies Unternehmen als kaum 21jähriger stürzte, geht aus der Darstellung hervor. Dunkle Hintergründe des Charakters darin zu suchen, dazu liegt kein bestimmter Anhaltspunkt vor. Es ist bekannt, daß die Emigranten den Zusammenbruch der Monarchie in Frankreich wesentlich beschleunigt haben. Ihr Treiben am Rhein, ihre ganze unheilvolle Politik, wie sie in den Werken von Heigel, Sybel, Häusser und vor allem von Daudet dargestellt ist, hat kein gutes Urteil erfahren. Muß dieses auch auf Wilhelm ausgedehnt werden? Nachdem er die Sache einmal begonnen hatte, entglitten ihm die Fäden, und die Entwickelung der Dinge trieb ihn, wenn er nicht erheblichen Schaden erleiden wollte, sie auch zu vollenden, noch mehr zu wagen, um wenigstens den Einsatz wieder herauszubekommen, und als er sie völlig aus der Hand gegeben hatte, da kam die Anknüpfung mit den Demokraten aus demselben Beweggrund. Reife des Urteils und des Charakters vermißt man allerdings in dieser Zeit noch bei ihm.

In seinen späteren Jahren erinnerte er sich nicht gern an die Regimentsangelegenheit und sprach nicht mehr davon. Als im September 1836 sein Neffe, der Erbprinz Alexander, der Sohn seines Bruders Friedrich, bei der Durchreise des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Düsseldorf nach Paderborn in Hohenlimburg hatte aufwarten und in Iserlohn an einem Diner hatte teilnehmen dürfen, wo er auch die übrigen königlichen Prinzen kennen lernte, da schrieb er kurz darauf dem Onkel nach Berlin: „Der Kronprinz erkannte mich gleich wieder .... während der Unterhaltung kam das Gespräch auf Sie, lieber Onkel, unter anderem wurde ich auch gefragt, ob ich keine Auskunft darüber geben könne, daß Sie in früheren Zeiten ein Husarenregiment errichtet hätten .... Alle königlichen Prinzen wünschten Auskunft darüber. Der Kronprinz sagte noch, man könne nie dahinter kommen. Wenn man Sie frage, antworteten Sie: „Mein gnädigster Herr, das sind so Sachen .....“

So hatte also die ganze Sache mit einem schweren Fehlschlag geendet, und doch hat sie Wilhelm großen Gewinn gebracht. Sie wurde ihm zum Sprungbrett in die große Welt, in die er den Weg suchte, seitdem er das Vaterhaus verlassen hatte. Sie hatte ihn mit vielen Menschen zusammengeführt, die an leitender Stelle standen, und diese Bekanntschaften pflegte er in der ihm eigenen, zuvorkommenden, sich an die Art des anderen anschmiegenden, dienenden Weise. Schon hier zeigt sich das merkwürdige Geschick Wilhelms, den anderen in seiner Art bald zu erkennen, darauf einzugehen, sein Vertrauen zu gewinnen, sich in sein Herz einzuschleichen, und schon hier sehen wir den Keim zum Diplomaten in ihm. Seine Geschäfte führten ihn an verschiedene Höfe, München, Mainz, Hannover und insbesondere an den der Prinzen in Koblenz, und er fand Gelegenheit, sich die äußeren Formen der Diplomaten anzueignen, sich in den Ton und in den Geist der Höfe einzuleben. Wenn von einer höfischen Erziehung bei ihm die Rede sein kann, so ist sie in dieser Epoche seines Lebens erfolgt, und es ist begreiflich, daß solche Erziehung den eben geschilderten Zug seines Charakters, die Anschmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit aufs beste ergänzte. Gleichzeitig lernte der junge Graf dabei das Gebiet seiner zukünftigen Tätigkeit, West-, Mittel- und Süddeutschland, gründlich kennen, die einzelnen Höfe, die politischen Strömungen im alten deutschen Reich, die kleineren Herren; die beiden Kaiserwahlen in Frankreich erhöhten die Möglichkeit, den Organismus des alten deutschen Reiches zu begreifen und zu erspähen, wo der Hebel anzusetzen, wo die Tür offen sei, miteinzuschlüpfen in dieses Getriebe, und selbst ein Rad darin zu werden. Das wichtigste Ergebnis der Regimentsaffäre war jedoch, daß er mit Preußen, seinem Könige und einen Teil seiner Diplomaten, wenn auch zunächst auf eine recht zweideutige Art, in Berührung gekommen war.

2. Kapitel.

Anknüpfung mit Preußen. Anfänge im preußischen Dienst.

Vom September 1792 bis zum April 1793 blieb Wilhelm, von einer Reise nach Marburg und nach Dillenburg abgesehen, in der Stille in Wittgenstein. Erst im April 1793 trat er aus seiner Zurückhaltung heraus und begab sich über Frankfurt nach Burg Farnbach, Nürnberg, Erlangen, Kastell und Wertheim. Die Reise galt der Regelung von Familienangelegenheiten [94]. Doch gab sie Gelegenheit, beim Aufenthalt in Frankfurt mit dem preußischen Hauptquartier, vielleicht auch mit dem König selbst, in Verbindung zu treten. Auf welche Weise das geschehen ist, liegt im Dunkeln. Am 16. Februar hatte Wilhelms Bruder vom Könige den Roten Adlerorden erbeten und erhalten. Wilhelm richtete am 19. Juli von Wittgenstein aus dieselbe Bitte an den König und wurde am 29. desselben Monats aus dem Hauptquartier von Türkheim mit dem Orden dekoriert. Der König schrieb dazu: „Sehen Sie die Insignien als ein Merkmal meines Wohlgefallens an dem teutschen Biedersinn und edlen Patriotismus an, den Sie zugleich geäußert haben, und seien Sie versichert, daß ich dagegen stets sein werde Ihr wohlaffektionierter Friedrich Wilhelm." Die Erfahrungen, die Preußen im Kriege gemacht hatte, ließen Friedrich Wilhelm II. die Anknüpfung Wilhelms mit den französischen Demokraten bald in einem andern Lichte erscheinen. Preußen beschritt im folgenden Jahre ja denselben Weg. Aber die gnädige Gesinnung, die in der Ordensverleihung zu Tage tritt, war offenbar vorbereitet; denn in Verbindung mit ihr tritt im Leben Wilhelms zum ersten Male jener in der preußischen Geschichte dieser Jahre soviel berufene Name Ritz auf: Ritz jun. bescheinigt am 24. August den Empfang der Gebühren von 500 Gulden, und aus einem zweiten Briefe geht hervor, daß in diesem Betrage auch ein erhebliches Douceur für ihn selbst enthalten war. Das Verhältnis Wilhelms zu dieser Familie ist bald sehr fest geworden [95].

Wilhelm setzte große Hoffnungen auf diese neuen Beziehungen zum preußischen Hofe. Seiner lebhaften Phantasie schwebte bereits kurz nach der Verleihung des Ordens vor, mit preußischer Hilfe die Regimentsangelegenheit, besonders nach der finanziellen Seite hin, ins Reine zu bringen. In diesem Sinne machte er dem damals in Rheda weilenden alten General eine Andeutung. Der erwiderte ihm am 8. September 1793, nachdem er ihn beglückwünscht hatte, daß zwar seine (Wilhelms) verdrießliche und höchst unangenehme Epoche ein Ende zu nehmen scheine, was aber die Ordensverleihung mit der unglücklichen Regimentsangelegenheit zu tun habe, sei ihm nicht klar, es sei denn, daß der König von Preußen die Prinzen als Schuldleute annehmen wollte [96].

Um die Wende 1793/94 finden wir Wilhelm in Kassel, wo er Wechselangelegenheiten mit den Hofagenten Feidel und den Ankauf von Feldfrüchten für das Wittgensteiner Ländchen besorgte. Er ist bald wieder heimgekehrt. Im Februar 1794 schickte ihn der Vater nach Wetzlar. Am Reichskammergericht schwebten wieder allerlei Klagen der Untertanen gegen den Landesherrn und umgekehrt. 1790 hatte das Reichskammergericht in einem Urteil gewissen Orten aufgetragen, entweder einen neuen Dienstakkord zu machen oder die Dienste in natura zu präsentieren. Jetzt hatte ein Teil der Untertanen einen solchen Dienstakkord geschlossen, und der Graf wünschte, daß das Kammergericht ihn konfirmiere und die noch fehlenden Untertanen zum Beitritt anhielte. Das Kammergericht erklärte sich, obwohl der alte Graf sich auf Wilhelms wiederholten Rat selbst dorthin bemüht hatte, und Wilhelm die Damen und Herren vom Gericht mit Fasanen und Darlehen hofierte, außer Stand, dem Wunsche des Grafen nachzukommen. Wilhelm fand Zutritt in der besten Gesellschaft Wetzlars. Die Mainz-Koblenzer Affäre war vergessen [97].

Es schwebten in Wetzlar ferner Prozesse um die Wagnersche Scheuer, um den Nachtwächter und die Mauer der Stadt Laasphe, die sehr baufällig war und nur noch gegen Diebe benutzt wurde; es hing dort der Prozeß der Richsteiner Erben, die Berleburger Sache, die Pücklersche Erbschaftssache, der Prozeß ums Arfelder Pfarrhaus, der wegen der Widerspenstigkeit der Niederlaaspher, welche das Anfahren von Material zur Ziegelhütte verweigerten. Die Richter beklagten sich, daß Wittgenstein ihnen so viel Arbeit mache [98].

Vom 6.—14. April war Wilhelm wieder in Wetzlar und hörte zum ersten Mal von Friedensgerüchten und Friedensvorschlägen, hörte, daß die preußischen Truppen auf einen Befehl von Berlin am Rhein stehen bleiben sollten [99]. Aber zunächst brachte eine andere Nachricht eine entscheidende Wendung in seinem Leben hervor, nämlich diejenige vom Tode des alten Rau am 12. April 1794. Wilhelm erhielt sie durch Schönhals in Marburg, der ihm schrieb, daß jetzt der wahre Zeitpunkt wäre, seine Rechte in dem Stift geltend zu machen, und daß er nach Marburg kommen sollte, um dort das Nötige zu verabreden. Sofort folgte Wilhelm diesem Rufe, die Dinge in Wetzlar unerledigt zurücklassend, und fuhr an demselben Tage, an dem er die Nachricht erhielt, nach Marburg. Der Schwierigkeiten gab es bei der Regierung daselbst schon genug wegen der von Rau hinterlassenen Papiere. Wilhelm schickte sofort einen Notar ins Stift, um dort seinen Antritt als Direktor zu erklären. Als dieser mit dem Protest der Damen zurückkam, reiste Wilhelm nach Kassel und reichte dort das Gesuch an den Landgrafen ein, ihn sogleich als Direktor einzusetzen oder wenigstens die nötigen Kommissarien zu bestellen. Der weitere Verlauf des Prozesses ist oben geschildert worden. Ende Juli schickten die Damen einen Bericht nach Kassel, der viele Injurien und besonders als Beilage einige Briefe Raus mit sehr unziemlichen Ausdrücken gegen Wilhelm enthielt. Die Notwendigkeit, diese zu widerlegen, erforderte, daß Wilhelm wieder in den Besitz seiner damals in Frankfurt beschlagnahmten Papiere käme, und dieser Gedanke, zusammen mit noch einem anderen, führte Wilhelm nach Berlin, da er vermutete, daß seine Papiere dort lägen [100].

Während des dreimonatigen Aufenthaltes in Kassel betrieb er dort

auch im Auftrage seines Vaters den Anschluß des wittgensteinischen Kontingentes für den Reichskrieg an Hessen-Kassel, und als sich dieses versagte, an Waldeck[101]. Dort bekam Wilhelm schon damals vom Fürsten den Auftrag, die Grafschaft Pyrmont für 1,8 Mill. Taler zu verkaufen, um damit die Waldeckische Schuld von 1,2 Mill. Taler zu bezahlen. Er bot sie dem Landgrafen an. Er kaufte Feldrequisite für seinen Vater und für Berleburg[102], und schließlich übernahm er es hier, wie schon früher einmal, seinem Bruder eine Frau zu besorgen. Von einer Prinzessin von Ballenstedt ist die Rede, die er mit Hülfe einer Prinzessin von Hessen-Philippstal dem Bruder freien wollte. Auch am Hofe zu Kassel war er damals schon gern gesehen. Als seine Schwester Luise mit ihrem Gemahl Emil Friedrich Adolf von Bentheim-Tecklenburg-Rheda durch Kassel kam, wünschte die Landgräfin, die „liebe Luise" zu sehen[103].

Das wichtigste jedoch, was er seinem Vater im strengsten Vertrauen aus Kassel mitteilen konnte, waren die dort herumschwirrenden Friedensgerüchte. Zwei neutrale Mächte, wahrscheinlich Dänemark und Schweden, hätten von Frankreich den Auftrag, den Frieden unter bewaffneter Vermittelung anzubahnen. Bei diesem Frieden solle ein gewisses Arrangement mit den französischen Prinzen und ihren Schulden getroffen werden. „Monsieur" sei deshalb schon auf seiner Rückreise, um sich gleich nach Berlin zu begeben, und der Herzog von Angoulème, der Sohn des Grafen von Artois, sei vor einigen Tagen des nachts hier durchgefahren, um seinem Onkel bis Frankfurt entgegen zu gehen. Der König solle, wie man versichere, am 10. August wieder in Berlin eintreffen und den ersten September nach Frankfurt kommen, wo der eigentliche Kongreß gehalten würde. „Wenn ich mich jetzt wegen meiner Forderungen nicht melde, so ist zu befürchten, daß weder ich noch der General von den Prinzen etwas erhalte, so aber hoffte ich, den Landgrafen zu bewegen, daß er sich wegen dieser Forderungen für mich beim König verwendet. Man versichert, daß sehr vieles vom preußischen Minister Haugwitz abhängt." Am 29. Juli hatten sich diese Gerüchte verdichtet, in Berlin würde die Sache mit den Prinzen arrangiert. Der Landgraf war Ende Juli in Nenndorf, und Wilhelm wartete sehnsüchtig auf seine Rückkehr, um seinen Rat zu erbitten. Sein Entschluß war, nach Berlin zu gehen und dort seine Forderungen persönlich zu übergeben.

Der wahre Kern dieser Gerüchte ist bekannt. Preußen schickte sich an, aus der Koalition auszutreten, und mit der französischen Revolution seinen Frieden zu machen, und auch das Reich war kriegsmüde. Es ist bezeichnend, daß Wilhelm bereits Ende Juli um Dinge Bescheid wußte, die erst, wenn auch in etwas anderer Form, während des Oktobers in Erscheinung traten[104]. Zweierlei führte ihn somit nach Berlin, einmal die Herausgabe seiner beschlagnahmten Papiere, und zum anderen, die Anerkennung seiner Forderungen an die Prinzen bei dem künftigen Frieden persönlich zu betreiben. Die Wege in Berlin waren bereits geebnet, die Beziehungen Wilhelms zur Familie Ritz hatten sich inzwischen so befestigt, wann, wie und wo, ist nicht zu erkennen, daß man den Plan faßte, Wilhelm mit der Tochter Friedrich Wilhelms II. und der Madame Ritz, späteren Gräfin Lichtenau, mit Marianne Diderike (statt Friederike, wie Friedrich Wilhelm sein Lieblingskind aus dieser

Verbindung nannte) Wilhelmine, Gräfin von der Marck, zu verheiraten[105]. Sie war damals erst 14 Jahre alt. Am 8. Juli 1794 überraschte Wilhelm in einem Briefe aus Kassel seinen Bruder mit diesem Plan. Die Sache sei entschieden, durch Briefe arrangiert, er brauche nur die Reise zu machen, um sich vorzustellen. Er werde sich 8—10 Tage in Berlin aufhalten, und dann je nach den Umständen entweder gerade nach Wittgenstein kommen oder zum König ins Hauptquartier reisen, wo die Sache kürzer und geschwinder als mit der Fürstin von B. erledigt werden könne. Bis Mitte nächsten Monats sei alles in Ordnung. Der König gäbe der Gräfin 1,5 Mill. Taler Mitgift, diese Summe sei groß genug, um nach der Beschaffenheit der Umstände auch in einen sauren Apfel zu beißen. Aber er brauche 500 Carolins zu der Reise. Er habe nun „unsern lieben Mayer“ nach Kassel kommen lassen, der wolle das Geld vorschießen gegen die Bürgschaft des Bruders. Wenn die Entscheidung der Stiftsangelegenheit sich nicht solange hinauszögere, dann bedürfe es der Bürgschaft gar nicht, dann könnte er seine Direktorstelle an den Herrn von Gilsa um 10 000 Gulden verkaufen. Und für den Fall, daß die Heirat einigem Anstand unterworfen sein könnte, wäre seine Ernennung zum Direktor des Stiftes dann da, wenn die Wechsel fällig würden[106].

Der Bruder verweigerte ihm zunächst den erbetenen Dienst mit dem Hinweis, daß man einen solchen Schritt nicht ohne Vorwissen der Eltern tun dürfe. Wilhelm bat acht Tage später um so dringender um die Wechsel. Er werde sich den Eltern sofort eröffnen, wenn die Sache mit dem König im reinen sei, er habe ohnedies Hoffnung, in preußische Dienste zu treten, die Eltern wüßten das. Er wolle zunächst nach Nenndorf, um mit dem Kurfürsten zu reden, und von da nach Berlin, welches nur 30 Meilen von Nenndorf entfernt sei, von dort werde er den Eltern schreiben, daß er seine Reise dahin gemacht habe, um seine Dienstanstellung persönlich zu betreiben. Warum sollte er ihnen jetzt schon von einer Sache schreiben, die noch nicht völlig arrangiert sei? Sie würden sich dann nur ängstigen. Wenn die ganze Sache sich zerschlüge, so sei es doch gewiß, daß er als Gesandter angestellt werde. Sein Glück sei alsdann schon gemacht, und er hätte eine anständige Versorgung. Der Bruder wisse, wie sehr tief er mit den Prinzen stecke, die Sache in den Niederlanden gehe schief, es sei mehr als zu gewiß, daß an einem Frieden gearbeitet würde, da die Mächte den Krieg gegen Frankreich unmöglich länger fortsetzen könnten, ohne daß sie wagen müßten, alles zu verlieren. Natürlich werde man der Prinzen bei dieser Befürchtung wenig gedenken können. Er würde alsdann die Summe von 112 000 Livres verlieren, worüber er dem alten General eine Versicherung gegeben habe. Der König von Preußen allein könne ihm zu dieser Forderung verhelfen, und durch sein Ansehen könne er die Prinzen anhalten, ihn zu bezahlen. Empfehle er die Sache dem König nicht jetzt, so verliere er dieses Geld in Zeit von etlichen Monaten gänzlich und wäre dadurch nicht allein ruiniert, sondern natürlich auch sehr beschimpft. Jetzt sei der einzige Augenblick, wo er diesem großen Unglück noch zuvorkommen könnte. Ob die Heirat sein Glück sein werde, müsse die Zeit lehren, unterdessen müsse es bei den jetzigen Umständen nun einmal sein. Er (Friedrich) wisse, wie er hierüber denke. Wenn es die Vorsehung nicht zu seinem besten fände, so werde sie auch Mittel und Wege haben,

diese Sache zu verhindern. Er verließe sich hierinnen gänzlich auf den Gott, der ihn schon so oft wunderbar geführt und ihn bei seinem großen Kummer und Elend bis hierher erhalten habe. Seine Wege seien alle weislich und unerforschlich, und er werde alles so lenken, wie es von jeher von ihm nach seiner unermeßlichen Güte bestimmt werde. Er habe ihm sein Anliegen empfohlen und gebeten, daß er die Sache so regieren möchte, wie es zu seinem wahren Wohle gereiche. Es ist das einzige Mal in dem ganzen hier dargestellten Lebensabschnitt, daß man religiöse Töne bei Wilhelm vernimmt [107].

Wenn auch seine Phantasie in diesen Briefen, in denen es sich darum handelte, die Wechsel von seinem Bruder zu bekommen, den Stand des Heiratsplanes weit günstiger dargestellt haben mag, als es der Wirklichkeit entsprach, so hat er doch tatsächlich bestanden und wurde immer wieder während der nächsten drei Jahre erwogen. In Kassel und Frankfurt und in den Berliner Hofkreisen lief er bald als Gerücht um. Er ist ebenso aufzufassen wie derjenige von 1790. Die Andeutung in den Briefen über den Eintritt in preußische Dienste und die Anstellung als Gesandter weisen in dieselbe Richtung. Wilhelms Weg ging über den Kreis der Lichtenau, der Heiratsplan verknüpfte ihn noch fester damit und sollte seine Ziele fördern. Wir werden sehen, wie er bald abgewandelt wurde. Verwunderlich und ganz undurchsichtig ist, wie er von Kassel aus eingeleitet werden konnte.

Wie so oft, half der Bruder aus der Verlegenheit und schickte die erbetenen Wechsel, aber die Abreise Wilhelms nach Berlin verzögerte sich noch bis zum 5./6. August. Als er in Berlin ankam, war alles ausgeflogen. Der König und der Kronprinz befanden sich in Polen. Wilhelm hatte Gelegenheit, sich die Stadt und ihre Umgebung anzusehen, die ihm als Sohn der Berge gar nicht gefiel. Man sehe nichts als Sand und keine Waldungen, der Geruch in der Stadt sei unerträglich, wenn die Straßen gesäubert würden, schrieb er. Der Mann, an den er wegen seiner Sache mit den Prinzen adressiert war, erbot sich, seine Forderung zu verkaufen, allerdings mit 10—15 % Verlust und Auszahlung in preußischem Gelde. Wilhelm wäre froh gewesen, sie zu diesen Bedingungen loszuwerden. Aber diese Aussicht zerschlug sich wieder. Daß er dem König nicht aufwarten konnte, bedauerte er am meisten, denn von ihm wollte er einen Befehl erwirken, daß ihm seine noch fehlenden Sachen wieder zugestellt würden. Dem Marquis Lucchesini, den er offenbar in Frankfurt schon im Roten Haus kennen gelernt hatte, schrieb er dieserhalb, ebenso einem anderen Bekannten nach Polen. Er traf in Berlin einen Bekannten aus Ansbach, den Geheimen Legationsrat von Faudel, und sprach mit ihm über die Saynische Sache. Ein Vergleich sei jetzt leicht zu erreichen, meinte dieser, da die Saynischen Lande von Preußen administriert würden [108]. Wilhelm fand bald Anschluß an die Kreise der Gesellschaft dadurch, daß er sich in die troisième Classe du nouveau Club, einer Vereinigung zur Pflege der gesellschaftlichen Beziehungen, aufnehmen ließ [109]. Er war auch mit gewissen Aufträgen des Landgrafen von Hessen-Kassel nach Berlin gekommen, und die Tatsache, daß ihm der hessische Regierungsrat von Heister mitgegeben wurde, läßt darauf schließen, daß es sich wohl um ernstere Dinge handelte. Aber auch diese Aufträge konnte Wilhelm in den ersten Wochen seiner Anwesenheit in Berlin nicht ausführen, und seine Be-

richte an den Landgrafen handeln nur von der Besitzergreifung Polens sowie von den Friedensmöglichkeiten, die damals am 1. September in der Hauptstadt wieder gering geschätzt wurden. Er konnte auch nicht oft schreiben, weil er befürchtete, daß seine Briefe erbrochen würden, und daß man ihm seine Berichterstattung an den Landgrafen übel auslege. Er schlug diesem den oben schon genannten von Faudel als einen Mann mit großen Konnexionen vor [110]. Der Landgraf verzichtete jedoch zunächst auf dessen Dienste. Erst später ist Faudel hessischer Ministerresident in Berlin geworden und hat in Treue eine Unmenge Berichte nach Kassel gesandt. Schon damals war Wilhelms Verhältnis zu ihm sehr vertraut, es erleichterte ihm seine spätere Tätigkeit in mancher Hinsicht, vielleicht bildete es auch die Brücke zum Kreise der Lichtenau und vielleicht war Faudel, der zu den Intimsten dieses Kreises gehörte, derjenige, welcher den Heiratsplan eingeleitet hatte.

Am 1. September hoffte Wilhelm in einem Briefe an seinen Bruder in vier Wochen alle Geschäfte berichtigt zu haben, es hänge jetzt nur noch von der Rückkehr des Königs ab, die am 26. September erfolgte [111]. Am 30. September schrieb er, seine Geschäfte gingen, wie sie gehen sollten, seine Abreise könne er noch nicht bestimmen. Der König sei noch in Potsdam, eine Audienz habe er noch nicht erlangen können, immerhin hatte er Bischoffwerder und Struensee kennen gelernt. Anfang Oktober wurde er dann beim König vorgelassen, und der Erfolg bestand darin, daß er sogleich mit königlichen Aufträgen nach Kassel zurückfuhr. Auch nach Frankfurt führten ihn diese Aufträge. Seine Geschäfte in Berlin seien ganz nach seinem Wunsch ausgefallen, schrieb er dem Bruder. Regiments- und Heiratsangelegenheit waren jedoch nicht weiter gediehen, dafür aber die Anstellung in preußischen Diensten durch die ihm erteilten Aufträge angebahnt. Diese bezogen sich auf die damals in Frankfurt aufgelegte preußische Anleihe von vier Millionen, die 1793 gut gezeichnet worden war, 1794 aber ins Stocken geriet, sowie auf eine neue, in Kassel beim Landgrafen aufzunehmende [112]. Dessen grundsätzliche Zustimmung konnte er bald nach Berlin melden und fuhr Anfang November selbst wieder dorthin. Der Landgraf war bereit, eine Million Taler zur energischen Fortsetzung des Krieges zu leihen. Doch verlangte er dafür das unbeschränkte Generalkommando über die Armee am Rhein, die 80 000 Mann stark sein müsse [113].

Auf diese Forderung erfolgte von Berlin aus eine Höflichkeit, man verlieh dem Erbprinzen den Schwarzen Adlerorden zur Erinnerung an seinen Aufenthalt in Berlin im Herbst 1794 [114]. Wilhelm wurde beauftragt, den Orden zu überbringen. So eilte er nach Kassel zurück. Am 5. November hatte er es verlassen, am 14. November war er bereits wieder da, traf aber den Landgrafen nicht an. Er reiste ihm nach Hanau nach und verschob die Überreichung des Ordens bis zur Rückkehr, da er ihn erst davon unterrichten wollte. In Hanau gab es lange Konferenzen, u. a. mit dem Herrn von Hardenberg und dem Präsidenten von Waitz, deren letzte am 22. November abends war, und bei denen es sich um die sogen. Hardenbergische Anleihe handelte, die von den kleineren Fürsten, Prälaten, Ständen und Herren aufgebracht werden sollte [116].

Am 26. November 1794 konnte er endlich dem Erbprinzen den Orden umhängen. Der Landgraf war tief gerührt, was ihn jedoch nicht hinderte, den Abschluß der Anleihe hinauszuzögern. Er unterhielt

Wilhelm mit politischen Gesprächen, u. a. über den Anschluß Hessens an den Frieden, den Preußen abzuschließen sich anschickte. Er verlangte 5 % Zinsen für die Anleihe, da er selbst einen Teil dazu leihen müßte, und er wünschte, daß diese Tatsache auch in die Obligation aufgenommen würde. Auch teilte er die übrigen Wünsche dem König in einem Schreiben mit. Wilhelm sollte ein ähnliches in Berlin übergeben und erhielt den Auftrag, über die noch schwebenden Fragen die Auffassung des Landgrafen mitzuteilen. Wilhelm bat, daß man ihm auf diese Fragen nicht eher antworte, als bis er in Berlin die näheren Umstände mitgeteilt habe, über die er schriftlich nicht berichten könne. Am 10. Dezember traf er wieder in Berlin ein und bat sogleich um eine Audienz. Die Anleihe war fertig. Er hatte es erreicht, daß sie auf 1,5 Millionen erhöht wurde[116]. In die Obligation wurde der 5. und 6. Abschnitt der am 26./31. Juli 1792 in Koblenz geschlossenen Konvention, von der unten noch die Rede sein wird, noch einmal feierlich übernommen (Entschädigungsfrage und Kurwürde). Bezeichnend für Wilhelms damalige Stellung in Berlin ist folgender Brief des Königs, den er am Tage nach der Audienz, am 12. Dezember, an die Gräfin Lichtenau schrieb: „Beste Freundin, Heute muß Ihnen ein mahl mit ridicule sachen behelligen ärgern Sie sich nur nicht darüber und vergeben Sie es der schwachen menschheit. Stellen Sie sich nur mahl vor, das Tempelton aus jalousie gantz verrückt wirdt und das über Pajet und macht soviel lerm darüber, das ich es hier in meiner Einsiedelei erfahren mus, und auf der besondersten art, Wittgenstein ist hier dem hats Tempelton geklagt und hat es durch Wittgenstein an Bischofswerder sagen lassen und das er so entsetzlich unglücklich währe und würde bei ihm hierher kommen um es Ihm zu klagen, da er doch ein ehrlicher mann währe und sich bei Ihm raths zu erholen, und Sie hätten ihn nach Cassel geschickt um den prétext des Erbprintzen Heirats halber aber blos um Ihn zu entfernen, er wollte Ihnen noch eine schöne Fête geben und ein schönes andenken presentieren und dann auf immer weg gehn, das schlimmste währe wenn Tempelton und Pajet als junge hitzige Köpfe an ein ander kämen und sich gar schlügen und das währe nicht gut und würde einen schlimmen efect machen und dann sagt Tempelton Pajet währe falsch und machte Ihnen die Cour um zu intriguiren und gesandter Hier zu werden, Sie werden über al den unsin lachen aber ich avertire Ihnen hiervon das Sie doch auf eine gute art Tempelton wieder ruhig machen und alles evitiren, das keine ridiculen sachen vor sich gehen und nach und nach sich die leute vom halse schaffen da wir so sehr wichtige dinge sonst zusammen tractiren so ist es nersch das ich mit solchen unsin Ihnen incommodire, aber es ist aus wahrer freundschaft um alle unannehmlichkeiten bei zeiten vor zu beugen und aus dem wege zu gehen, ... Gott Seegne Sie, ich richte mir so ein um wils Gott den 18. das ist donnerstag zum dableiben nach Berlin zu kommen. und Montag hofe Ihnen noch zu besuchen.“[117]

Wilhelm war also inzwischen auch zu der Gräfin Lichtenau selbst in Beziehungen getreten, aber diese waren damals doch noch rein verstandesmäßiger Natur, Mittel zum Zweck, und was die beiden jungen Leute als ihr größtes Unglück betrachtet hätten, nämlich Aufträge, die sie aus der Nähe der Angebeteten entfernten, das nahm Wilhelm nicht nur an, das erstrebte er sogar, mehr als die weibliche Gunst der Gräfin.

So war er denn auch derjenige, der mit dem in dem Brief erwähnten Auftrag nach Kassel gesandt wurde [118].

Der Landgraf hatte durch Wilhelm seine Wünsche in bezug auf die Fortsetzung des Krieges und des Generalkommandos noch einmal beim König vorbringen lassen, er hatte darüber eine mündliche Aussprache mit diesem gewünscht und durch Wilhelm die Einladung dazu nahelegen lassen. Er wollte jedenfalls auch in Berlin für seine Fürstenbundspläne persönlich werben, denen man sich bisher versagt hatte [119]. Der König antwortete jedoch ausweichend, es werde sich in Kürze entscheiden, ob die Fortsetzung noch nötig sei, auch er wünsche eine Aussprache mit dem Landgrafen und werde wegen der Reise baldigst das nötige erlassen. Der Landgraf versah den Bericht Wilhelms über diese Angelegenheit mit der Randbemerkung, daß, da wegen des Generalkommandos keine feste Zusicherung gemacht sei, und wenn sie nicht erfolge, er es vorziehe, zu anderer Zeit dem König aufzuwarten, und bestand nun darauf, daß die Bemerkung, er habe einen Teil der Anleihe selber geliehen, in die Obligation aufgenommen würde. Preußen waren die Forderungen des Landgrafen sehr unangenehm. Wilhelm wurde angewiesen, ihm die Reise nach Berlin ganz auszureden. Am 23. Dezember schrieb er ihm, daß die Einladung noch nicht erfolgt sei, weil seine (des Landgrafen) Reise wegen seiner bekannten Gesinnung kriegerisch gedeutet und deshalb dem Friedenswerk schädlich werden könnte. Seine Anwesenheit im eigenen Lande sei zur Zeit wegen der schwierigen Verhältnisse notwendig, auch sei über den Hauptzweck der Reise, nämlich die Erteilung des Generalkommandos und die Fortsetzung des Krieges nicht endgültig zu bestimmen. Wenn er aber anderes mit dem Könige zu besprechen wünsche, so sei er diesem willkommen, wie denn überhaupt Wilhelm dem Landgrafen mit der Freundschaft des Königs außerordentlich schmeichelte. Der Landgraf hatte inzwischen schon denselben Entschluß gefaßt, wie aus einem Briefe vom 24. Dezember hervorgeht, der sich mit demjenigen Wilhelms kreuzte [120].

Versagte man dem Landgrafen das Generalkommando und die Fortsetzung des Krieges, so köderte man ihn mit etwas anderem. Man trug ihm die Vermählung seines Sohnes, des Erbprinzen Wilhelm, mit der Tochter des Königs, Friederike Christine Auguste, an und man stattete seine Söhne von der Gräfin Schlotheim, die jungen Grafen von Hessenstein, mit Präbenden in den Stiftern Halberstadt, Minden und Kamin aus. Wilhelm erhielt, wie schon erwähnt, diese Aufträge und eilte Ende Dezember nach Kassel zurück [121]. Die Heirat mit der Gräfin von der Mark war scheinbar zunächst aufgegeben. Schon Ende November hatte Wilhelm seinen Vater gebeten, Gerüchte, die über die Heirat umliefen, nicht zu glauben. Er würde einen solchen Schritt nie ohne Vorwissen und Genehmigung der Eltern tun. Da der König zu Zeiten ihn allein sehe und mit ihm allein speise und er in der königlichen Equipage abgeholt würde, so hätte man gleich diesen Schluß gezogen. Man habe ihm zwar davon gesprochen, jedoch auf eine Art, die nichts mit Gewißheit bestimmen ließe, er würde sich nie damit abgeben, es sei denn, daß der König direkt mit ihm rede [122].

Wilhelms Geschäfte wuchsen so sehr, daß er sich den Hofrat Greuhm, mit dem er schon seit 1789 in Verbindung stand, zur Erledigung seiner Korrespondenz holte. Man bot ihm in Berlin einen Rat

oder einen Sekretär an, er zog jedoch Greuhm vor. Am 13. Januar 1795 kam dieser in Kassel an und war von nun an die rechte Hand Wilhelms. In Wittgenstein freute man sich des schnellen Emporsteigens des Sohnes. Seine ehemaligen Beziehungen zu Bayern wollte er damals verleugnet wissen. „Ohngeachtet ich nicht in preußischen Diensten angestellt bin, so bitte ich den pfälzischen Geheimrat auf meiner Adresse wegzulassen", schrieb er damals seinem Vater[123].

Am Neujahrstag Abend 1795 kam Wilhelm in Kassel an. Der Landgraf war gerührt über die Verleihung der Präbenden, wie ihn ja alles tief erfreute, was die Beachtung seiner illegitimen Sprößlinge zu erkennen gab, er war überrascht über den Heiratsantrag. In den ersten Tagen des Januar fand die Unterredung statt. Wilhelm begann sie mit einer Aussprache über die von Hessen im zukünftigen Frieden begehrten Entschädigungen und die Kur, und rückte dann mit dem vom König geäußerten Wunsche nach einer Eheverbindung der beiden Häuser heraus. Der Landgraf begriff den politischen Zweck dieser Ehe sogleich und behauptete, sie sei schon lange sein Herzenswunsch gewesen. Man würde die in London schon schwebenden Verhandlungen sofort abbrechen, wenn ein befriedigendes Arrangement mit Preußen zustande käme[124]. Er glaubte, den ehrenvollen Antrag des Königs nicht ausschlagen zu können, da die hessische Politik schon zu sehr von der preußischen abhängig sei, um den König vor den Kopf stoßen zu können[125].

Kaum hatte der Landgraf erfahren, daß man in Berlin wünsche, er ließe durch einen außerordentlichen Gesandten für seinen Sohn um die Prinzessin Auguste anhalten, als er den Oberhofmarschall von Veltheim dazu ausersah. Wilhelm hatte in Berlin Anweisung erhalten, die Entsendung des ersten Ministers Friedrich Sigmund Waitz von Eschen zur Aufstellung der Ehepakten zu betreiben. Der Landgraf kam diesem Wunsche aber durch die Entsendung Veltheims zuvor. Wilhelm war diese Eile sehr ungelegen. Er hätte lieber zuerst das Darlehnsgeschäft beendet gesehen und wäre lieber selber vor Abgang des Kasseler Bevollmächtigten nach Berlin zurückgekehrt, um längeren Vortrag zu halten. Da die Million noch nicht ausgezahlt war, bat Wilhelm, Veltheim nicht eher eine befriedigende Antwort zu erteilen, bis er selbst mündlich berichtet habe[126].

Bischoffwerder und Struensee beglückwünschten Wilhelm am 10. Jan. zum Abschluß der beiden Geschäfte. Der Landgraf und der König bedachten ihn mit einer wertvollen Tabaksdose, der Wert der königlichen wurde auf 2000 Louisd'ors geschätzt. Das Begleitschreiben dazu war sehr huldvoll. Es hob hervor, daß Wilhelm die „discussions", mit denen er in Kassel betraut war, auf eine Art beendet habe, welche so ehrenvoll seine Talente und sein Attachement für das königliche Interesse verriete[127]. In der Freude über diesen Erfolg ahnte Wilhelm damals noch nicht, daß ihn auch diese Angelegenheit ähnlich wie diejenige des Regiments, über 40 Jahre in wenig angenehmer Weise in Anspruch nehmen sollte. Die Ehe, die er hier stiftete, wurde bald sehr unglücklich[128].

Den ganzen Januar wurde Wilhelm noch in Kassel festgehalten. Bei einigen kurzen Reisen nach Frankfurt nahm er jedesmal den Rückweg über Wittgenstein. Der Vater begehrte seine Anwesenheit dringend, dem Bruder hatte er über das Ergebnis einer Brautwerbung zu be-

richten. Einmal war die für Friedrich Erkorene eine Nassau-Weilburger Prinzessin, durch die man die Saynische Sache leichter zu regeln hoffte, das andere Mal eine Tochter des Landgrafen von Hessen-Homburg [129]. Das erste zerschlug sich dann, das zweite spielte bis zum Anfang des nächsten Jahres.

Am 25. Januar 1795 konnte Wilhelm nach Berlin berichten, daß die Anweisung zur Zahlung der Million erfolgt sei [130]. Zur selben Zeit legte ihm der Landgraf nahe, seine Einladung nach Berlin in die Wege zu leiten. Am 27. Januar war Wilhelm in Frankfurt und verhandelte mit Hardenberg über die von diesem betriebene Anleihe. Am selben Tage begab er sich mit ihm ins preußische Hauptquartier zum Generalfeldmarschall Möllendorf. Der habe, da der Friede wahrscheinlich nicht zustande kommen würde, weil Frankreich die Rheingrenze fordere, beim König darauf angetragen, den Krieg mit allen Mitteln fortzusetzen, so berichtete Wilhelm dem Landgrafen am 24. Januar darüber [131]. Im selben Sinne wurde auch Veltheim in Berlin am 30. Januar in einer Audienz beim König beschieden, und noch am 1. Februar erhielt der Landgraf eine entsprechende amtliche Zusage mit detailliertem Plan aus Berlin [132]. Der Landgraf hatte eine sehr deutliche Vorstellung davon, was ein Sonderfrieden Preußens für Hessen in Anbetracht seiner Lage bedeuten würde, und suchte Fortsetzung des Krieges [133]. In Kassel besorgte Wilhelm wieder den Ankauf von Feldfrüchten für das Wittgensteiner Land, dessen Ackerbau die Bevölkerung nicht völlig ernähren konnte, und teilte seinem Vater dann auch Näheres über die von Hardenberg betriebene preußische Anleihe mit. Diese solle in den westlichen bedrohten Kreisen aufgelegt werden. Die Reichsstände wolle man zwar nicht zwingen, sich zu beteiligen, wohl aber einen Druck auf sie ausüben, Wittgenstein solle 10—20 000 Gulden aufbringen. Wilhelm empfahl dem Vater, das Geld auf das Land aufzunehmen [134].

Nachdem die Auszahlung der Kasseler Anleihe gesichert war, reiste Wilhelm am 10. Februar wieder nach Berlin. Obwohl ihn der König schon am 10. Februar zur persönlichen Vorstellung aufforderte, fand diese erst nach dem 17. statt [135]. Wilhelm merkte sogleich bei seiner Ankunft, daß die Friedensstimmung in Berlin sehr stark geworden war und teilte dieses auch dem Landgrafen mit. Er fügte hinzu, daß daher vermutlich dessen Reise nach Berlin in dieser Beziehung erfolglos sein werde. Seinem Vater schrieb er gleich am 13. Februar, daß er mit dem Anlehen (15 000 Gulden beim Landgrafen für die preußische Anleihe) so langsam wie möglich vorgehen solle, es seien Ursachen eingetreten, die ihn zu diesem Rat bestimmten. Am 2. März konnte er diesen Rat dahin ergänzen, daß die Anleihe nicht mehr erforderlich sei, weil die preußische zurückgezogen sei [136]. Was Wilhelm mit seiner ersten Reise nach Berlin erstrebt hatte, die Herausgabe seiner in Frankfurt beschlagnahmten Papiere, erreichte er jetzt. Albini schrieb ihm, daß sie noch im Kompostell zu Frankfurt lägen, und der kurfürstliche Amtmann sei angewiesen, sie demjenigen auszuhändigen, welcher sich durch Vollmacht ausweisen könnte. Am 11. Mai 1795 nahm Wilhelm sie selber in Empfang, als er zum ersten Male wieder in Frankfurt war.

Am 2. März 1795 bewarb er sich um die freigewordene Oberhofmeisterstelle bei der Königin. Aus seinem Gesuch geht hervor, daß sie zunächst ohne Gehalt war, da die Königin dieses für andere Zwecke

ausgab. Wilhelm sprach aber die Hoffnung aus, daß er mit anderen Aufträgen betraut, und daß er ein Gehalt empfangen würde, wenn eine andere Hofbesoldung frei würde. Die Königin sei mit seiner Person einverstanden, darum möge ihn der König ernennen[137]. Dieser schrieb gleich darauf der Gräfin Lichtenau: „Beste freundin, ich werde Wittgenstein seine bitte gerne erhören, und habe nur ehrenhalber sogleich an die Königin geschrieben, da er doch an ihrem Hofe den titul verlangt so erfordert die höflichkeit das ich ihr deshalb schreibe so bald sie antwortet so gebe ich ihm den Titul"[138]. Die Lichtenau hatte sein Gesuch beim König befürwortet. Die wirkliche Ernennung zog sich noch bis Ende April hin, obwohl Wilhelm sie schon Ende März für sicher hielt. Am 1. Mai schrieb er seinem Vater aus Berlin, daß er vorgestern beim König in Potsdam gewesen sei, der habe ihn da zum Oberhofmeister der Königin ernannt und ihm zugleich verschiedene Aufträge erteilt. Heute habe er die erste Audienz als Oberhofmeister bei der Königin gehabt. Am 12. Mai ergänzte er diese Nachricht aus Frankfurt wie folgt: Der König gebe ihm aus seiner Schatulle 800 Louisdors, er habe dies nicht von Berlin melden wollen, da er nicht wünsche, daß man es dort in Erfahrung brächte. Er habe zugleich die Tafel bei Hofe und noch verschiedene andere kleine Akzidenzien. Diese Charge sei nächst dem Oberkammerherrn die erste in Berlin und sehr ehrenvoll. „Wie sehr haben sich die Umstände geändert, und was werden diejenigen Leute dazu sagen, die mir vor einigen Jahren den Kopf abschlagen wollten! Doch dieses ist vergessen und vergeben, und ohngeachtet ich diesen Leuten wohl schaden könnte, so würde ich mir doch nie den Gedanken erlauben"[139]. Dem Kurfürsten von Bayern teilte er seine Ernennung mit, und mit dessen Glückwunsch waren seine Beziehungen zu Bayern zu Ende[140].

Wenn diese Ernennung zunächst auch nur ein Hofamt einbrachte, so war Wilhelm damit doch in preußische Dienste eingetreten. Man gab ihm mit ihr die nötige moralische Ausrüstung für seine weiteren Missionen. Dem preußischen Oberhofmeister schenkte man in der Welt ein willigeres Ohr als dem Grafen von Wittgenstein. Die Scharte von 1792 war nun auch vor aller Welt ausgewetzt.

Der Landgraf war am 2. März in Berlin angekommen, Wilhelm hatte ihm bis Potsdam entgegen fahren müssen und ihn von den Stimmungen in den amtlichen Kreisen und am Hofe unterrichtet. Er speiste am selben Tage mit ihm beim König[141]. Es wird ihm die Aufgabe zugefallen sein, dem Landgrafen die Berliner Politik nahe zu bringen. Leicht war das nicht, und es gelang auch nicht vollkommen. Graf von Goltz war gerade in Basel gestorben und Hardenberg ging ab, ihn zu ersetzen. Was man an bestimmten Forderungen an den Landgrafen stellte, wurde nicht alles erreicht. Er gestand zwar zu, eine weitere halbe Million zu leihen, aber man hatte auf mehr gerechnet. Die Verpflegung des Hohenloheschen Corps zu übernehmen, hatte er nicht zugestanden. Seine Abreise erfolgte den Berliner Kreisen offenbar zu schnell. Wilhelm erfaßte diese Lage und eröffnete den maßgeblichen Männern eine andere Aussicht. Am 6. März 1795 schrieb er unter Darlegung des Mißerfolgs beim Landgrafen einem Berliner Herrn, daß er sich zutraue, die Stände des oberrheinischen Kreises dazu zu bewegen, das Hohenlohesche Corps zu verpflegen, wenn er den Auftrag

dazu bekäme. Der Herr (Haugwitz?) sollte ihm diesen Auftrag verschaffen[142]. Der Vorschlag fand keinen Beifall. Aber Wilhelms rühriger Geist führte ihn auf eine andere Möglichkeit, wieder einen Auftrag von Bedeutung zu erlangen. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß im Domstift zu Bamberg angeblich bare, auf Millionen sich belaufende Bestände lagerten, und daß auch mehrere Reichsstände bereit seien, Geld zu leihen. Seit Anfang April betrieb er daher seine Entsendung in die fränkischen Provinzen. Man ging darauf ein, und der König gab Struensee den Auftrag, Wilhelm mit den nötigen Vollmachten zu versehen. Das geschah am 21. April. Den Ständen wurde die preußische Vermittlung angeboten, sie in den Frieden einzuschließen. Mit Rücksicht auf andere finanzielle Operationen von größerer Ausdehnung und Tragweite hielt man es für sehr wichtig und wesentlich, diese Negoziation auf keine Weise in die Öffentlichkeit zu bringen. Es durfte nur mit denjenigen verhandelt werden, die an der Spitze des Staates ständen[143].

Wilhelms Abreise von Berlin erfolgte erst am 1. Mai. Inzwischen war der Baseler Friede geschlossen. Er hoffte, daß die Sorgen des Krieges nun auch von seinem Vater genommen würden. Im März war das wittgensteinische Quintuplum ausmarschiert. Im April mußte der Vater 100 Römermonate bezahlen[144]. Das sei zwar hart, aber bestimmt das letzte Mal, tröstete ihn Wilhelm. Wittgenstein wurde schon damals vom preußischen Durchzug verschont.

Faudel hatte Wilhelm begleiten sollen, war aber krank geworden. So blieb denn Greuhm sein Adjunkt. In Gotha blieb er einige Tage und begann dort das Anleihegeschäft, aber ohne Erfolg. In Fulda traf er den Fürstbischof nicht an[145]. Den Schwager und die Schwester überraschte er für einige Stunden in Wächtersbach und kam am 11. abends in Frankfurt an. Dort fand er eine Menge Geschäfte vor, zu deren Erledigung er acht Tage brauchte. Dann widmete er sich den Aufträgen des Königs und kündigte seinen Besuch in Wittgenstein an, der allerdings nicht sehr angenehm sein würde, weil sich der Auftrag des Königs auch an das Gesamthaus Wittgenstein richte. Allerdings würden die Folgen umso erfreulicher sein[146].

Der Landgraf gehörte zu den ersten, die er, durch Vermittelung des ihm befreundeten hessischen Ministers von Wittorf, um einen Beitrag zur Anleihe anging. Man sei zwar guten Willens, aber die Kassen seien zur Zeit erschöpft und es habe sich mancherlei zugetragen, worüber man nur sprechen könne, schrieb Wittorf. Der Landgraf war in schlechter Stimmung. Nicht günstig wirkte es auch, daß Ende Mai der General Rüchel, von Möllendorf gesandt, darum bat, erstens den Durchmarsch des preußischen Corps durch Hessen zur Verstärkung des Hohenloheschen zu gestatten, was auch geschah, und zweitens ein Corps von mehreren tausend Mann sofort in die Demarkationslinie einmarschieren und den preußischen Truppen anschließen zu lassen, was aber aus politischen und finanziellen Gründen abgelehnt wurde[147].

Wilhelm wandte sich ferner nach Nürnberg an den dortigen preußischen Residenten von Soden und bat um Aufklärung über die Anleihemöglichkeiten. Der schrieb ihm, daß vor mehreren Monaten Hardenberg schon angefragt habe, doch seien die Bedingungen so scharf gewesen, daß er Abstand genommen habe. Wilhelm suchte ferner Verbindungen mit Bamberg und Würzburg, um dort die Verhältnisse der maßgebenden

Persönlichkeiten kennen zu lernen. Dann wollte er schnell an die dortigen Männer herantreten, daß ein gewisser Hof (der kaiserliche) von dem Geschäft nichts erführe und die Hand auf die Gelder legte. Er knüpfte mit dem herzoglich-württembergischen und dem markgräflich-badischen Hofe an, und dort schienen einige Aussichten zu winken. Seine Absicht war nun, persönlich sich nach Karlsruhe und Stuttgart zu begeben, und so war auch das Vorgehen in Bamberg und Würzburg gedacht, wenn die einleitenden Schritte ähnlich ausfielen. Bei den geistlichen Fürsten war besondere Vorsicht und Zartheit geboten. Der Säkularisationsgedanke lag in der Luft, und mancher Fürst fürchtete für seine Zukunft. Hätte man einen Druck auf sie ausgeübt, so würde man sie an die Seite des Kaisers getrieben und die damals am Reichstag schwebenden Verhandlungen ungünstig beeinflußt haben[148]. Im Laufe des Sommers schrieb Wilhelm mehrmals an seinen Bruder, daß er schwere Besorgnisse für die Reichsverfassung hege. Sein erster Bericht an Struensee, dem er die Lage offener mitteilte als dem König, war nicht sehr hoffnungsfreudig. Struensee erwiderte, er habe das vorausgesagt. Wilhelm hatte um diplomatische Unterstützung gebeten, Struensee meinte, die nütze wenig, das Interesse der Geldgeber sei die Haupttriebfeder. Es sei sehr delikat, den Fürsten und Ständen zu sagen, der König von Preußen lasse ihnen Protektion angedeihen, deshalb sollten sie Geld leihen. Die Geldnegoziation sei zur Zeit im Reiche ein kitzlich Ding. Eine öffentliche Anleihe werde kaum zu erhalten sein, eine private vielleicht viel eher, aber die würde nicht sehr hoch sein[149].

Ende Mai reiste Wilhelm nach Karlsruhe und Stuttgart, wo er am 31. Mai ankam. Er besuchte hier seine beiden Onkel, die Kammerherren Karl und Fritz, die er in kümmerlichen Verhältnissen antraf, und deren Vormund er war. Ihm selbst ging es gesundheitlich im Sommer 1795 recht schlecht. Ein sogenannter Magenhusten quälte ihn lange, oft war er unpäßlich. Mit dem Ergebnis des Stuttgarter Aufenthaltes war er gar nicht zufrieden. Der Herzog stand selber im Begriff, eine Anleihe aufzunehmen. Die Landschaft in Stuttgart schien zu gewinnen zu sein, aber einigen Personen mußte ein Benefice von 1 % zugestanden werden, indessen blieb die Reise ohne greifbares Ergebnis, und Struensee erwog den Gedanken, die ganze Negoziation abzubrechen. Das sicherste sei immer noch, in Kassel zu versuchen, wo notorisch Geldbestände lägen. Struensee hätte lieber gesehen, wenn Wilhelm dem Landgrafen mündlich Vortrag gehalten hätte, statt Wittorf in die Sache hineinzuziehen. Man dachte daran, in Frankfurt eine öffentliche Anleihe aufzulegen. Auf Wilhelms Anfrage teilte Struensee ihm mit, daß sich die Fürsten auch an dieser beteiligen könnten. Eine solche war ihnen auch lieber, da sie dafür in aller Stille zeichnen konnten. Hätten sie Preußen eine Anleihe gewährt, so wäre der Kaiser bald mit dem gleichen Ansinnen an sie herangetreten. Unter diesen Umständen ist die Reise nach Franken unterblieben, obwohl Hardenberg Wilhelm am 14. Juli zu einer Aussprache nach Ansbach einlud. Von Bamberg und Würzburg hört man den ganzen Sommer nichts mehr. Wilhelm hatte beabsichtigt, von Stuttgart über Franken nach Kassel zu reisen, aber er war zu krank.

Neben diesen Geldgeschäften behielt Wilhelm die Heirat seines Bruders im Auge. Da er selbst nicht geheiratet und scheinbar das meiste vernichtet hat, was Aufschluß über seine Beziehungen zu Frauen geben

könnte [150], so ist es wertvoll, folgenden Brief vom 29. Juni wörtlich anzuführen, weil er seine Anschauungen darüber wiedergibt: „Bester Bruder, man kann den Weibern nicht ins Herz sehen, ein schönes Gesicht, glatte Worte und die Sanftmut eines Weibes ist ebenso betrügerisch, wie das falsche Geld. Doch ist keine Regel ohne Ausnahme. Wenn man leider mit den Weibern in Geschäften soviel zu tun hat als ich, so lernt man sie kennen. Ich betrachte eine Heirat wie einen Handel mit einem abwesenden Kaufmann. Nur ist hier der Unterschied, daß man die Ware dem Kaufmann wieder zurückschicken kann, wenn sie die Probe nicht hält. Das Zurückschicken einer Frau ist aber ein äußerst unangenehmes und verdrießliches Geschäft . . . . . . Nur erlaube mir noch, ein Wort hinzuzufügen, und zwar als ein Freund, der Dich zärtlich liebt und Dein Glück wünscht. Ich gebe Dir vollkommen recht, daß Du bei Deiner Heirat besonders und vorzüglich auf die gegenseitige Liebe und das beiderseitige Gefallen Rücksicht nimmst, wenn unterdessen hiermit auch ein anderer Vorteil, besonders das Glück oder eine Verbesserung für die Familie, stattfinden kann, so muß jedes Glied, besonders aber der Stammhalter derselben, wegen seiner Kinder, seines Hauses und folglich seines eigenen Vorteils besonders hierauf Rücksicht nehmen. Das Heiraten macht sich von selbst, wenn dieser Vorteil aber einmal aus den Händen gelassen ist und man sich zu bloß gegeben hat, so kann man hier auch nachher keinen Anspruch mehr machen, dies ist hier der Fall. Wenn Du bei dieser Sache vorsichtig und nicht zu geschwind zu Werke gehst, so wollte ich mich wohl anheischig machen, wenn die Heirat zustande kommt, für Dich und Dein Haus einen ganz großen Vorteil zu ziehen."

Mitte-Ende Juli reiste Wilhelm über Wittgenstein nach Kassel. Er war immer noch nicht gesund, und in Wittgenstein bekam er wieder einen ziemlich heftigen Anfall, dessen Nachwirkungen ihn in Kassel noch sehr hemmten. Seine Bemühungen um die private Anleihe bei einzelnen Reichsständen waren gescheitert. Struensee gab ihm nun den Auftrag, für die demnächst bei Metzler in Frankfurt öffentlich aufzulegende Fünf-Millionen-Anleihe [151] zu werben. Diesem Zwecke galt die Reise nach Kassel. Der Landgraf sollte zu einem erheblichen Beitrag gleich bei der Eröffnung gewonnen worden, um seine Standesgenossen anzuspornen. Wilhelm glaubte dem König seine Beteiligung in Aussicht stellen zu können. Den ganzen August hatte er sich eifrig darum bemüht, aber die Zeit war zu ungünstig. Der Landgraf ließ in Basel durch Waitz über Hessens Beitritt zum Frieden unterhandeln. Preußen hatte ihm den Weg dahin geebnet [152]. Er wünschte dann auch die tatkräftige diplomatische Unterstützung Preußens bei den Verhandlungen in Basel, und Wilhelm hatte sowohl Bischoffwerder und Haugwitz als auch dem König darüber berichtet, doch schrieb Haugwitz, daß das Streben Hessens, durch Sonderverhandlungen zum Frieden zu kommen, zwar edel sei, daß aber Hardenberg nicht ermächtigt werden könne, diese Separatfriedensverhandlungen zu unterstützen, und Bischoffwerder äußerte sich auf die Berichte Wilhelms vom 13., 16., 22. und 26. August, in denen Wilhelm vorgeschlagen hatte, dem Landgrafen offiziell zu raten, daß dieses schwierig sei. Man könne ihm nicht verdenken, daß er auf seine Sicherheit bedacht sei, aber den König von Preußen könne seine Vermittelung bald leid werden, weil alle den Frieden verzögerten. Er könne den Baseler Gesandten bald einmal abrufen. Hessen erhielt also von Berlin eine glatte

Absage[153]. Der Landgraf hegte noch einen anderen Wunsch, er wollte an die Stelle des Herzogs von Braunschweig treten, der sich seit 1794 aus den preußischen Militärdiensten zurückgezogen hatte[154]. Sein Vater habe diese Stelle bereits innegehabt, und ihm selber sei sie beim Regierungsantritt vom hochseligen König angeboten worden, als ihm der Schwarze Adlerorden überreicht worden sei. Er habe sie aber damals mit Rücksicht auf seine Regierungsgeschäfte ausgeschlagen. Wilhelm bekam den Auftrag, die Sache nun offiziell in die Wege zu leiten. Der Landgraf wollte nicht, daß sie von ihm selber ausginge. Auch hierin versagte sich Preußen; die Feldmarschallswürde sollte ihm erst bei der Vermählung des Erbprinzen erteilt und dazu benutzt werden, um einen Druck zur Beschleunigung dieser Angelegenheit auszuüben. Doch hielt man es für geraten, auch diese vorerst einmal auf sich beruhen zu lassen. Es waren kritische Zeiten im Verhältnis Hessens zu Preußen. Die Schwierigkeiten, denen Waitz in Basel begegnete, häuften sich. Wilhelm wurde auf einmal in Kassel nicht mehr für bevollmächtigt genug gehalten zum Abschluß der Anleihe. Die Kassen seien leer, war ein anderer Vorwand, mit dem man sich seinen Werbungen zu entziehen versuchte. Man fürchtete den Vormarsch der Franzosen, wenn der Frieden nicht zustande käme. Waitz erhielt den festen Auftrag zum Abschluß; nur wenn Preußen Gegenbefehl erteilt hätte, hätte man anders verfahren. Am 22. August war der Landgraf wegen der Friedensgeschäfte in allerübelster Stimmung. Ein Kurier aus Basel hatte die Bedingungen gebracht und war mit dem Befehl zum schnellsten Abschluß zurückgegangen.

Der Landgraf beabsichtigte nun mit seinem Sohne nach Ballenstedt und von da nach Berlin zu reisen, um ihn dort vorzustellen. Das Verhältnis zwischen den beiden war damals schon so schlecht, daß der Erbprinz die gemeinsame Reise sehr unangenehm empfand. Man fürchtete öffentliche Ausbrüche der Mißstimmung. Der Landgraf verweigerte dem Prinzen einen eigenen Etat und hatte ihn auf dem Weißenstein immer um sich. Der Erbprinz hegte schon lange den Wunsch, die Reise zu machen, der Vater hatte sie ihm aber bisher versagt mit Rücksicht auf die Kosten. Nun hatte der junge Herr Wilhelm durch einen Vertrauten bitten lassen, zu bewirken, daß er allein reisen dürfe. Wenn von Berlin aus ein entsprechender Wunsch geäußert würde, sei es noch so einzurichten, schrieb Wilhelm. Dem Landgrafen selbst hatte er von der Reise nach Berlin abgeraten, sie unterblieb auch. Wilhelm durchschaute schon damals den Charakter des Landgrafen, und erkannte den schwachen Punkt seiner Politik: „Es ist schlimm, daß der Landgraf kein System in seiner Politik hat, und sich bald zu diesem, bald zu jenem treiben läßt." Den Schlüssel zu dieser Haltlosigkeit glaubte Wilhelm in seinem Geiz und in seinem Eigennutz, in seiner Gewinnsucht zu finden, und erkannte hierin das Mittel, ihn nach den preußischen Wünschen zu lenken. „Der Landgraf ist in Verlegenheit, daß bei einem künftigen Friedenskongreß Hessen-Darmstadt den Vorzug haben soll, einen Deputierten zu entsenden. Er hofft auf Kriegsentschädigung durch Säkularisation. Diese Stimmung zwischen Furcht und Hoffnung dürfte alle Negoziationen im gegenwärtigen Augenblick sehr erleichtern und ein förmliches Anlehen, sowie auch eine allenfallsige Punktation in Rücksicht der abzufassenden Ehepakten sehr befördern," so schrieb Wilhelm am 9. August 1795[155]. Furcht und Hoffnung waren nicht nur im gegenwärtigen Augenblick die Trieb-

federn beim Landgrafen, sie sind es geblieben, und Wilhelm hat sie während seiner Verbindung mit ihm immer wieder zu spannen verstanden.

In der Anleiheangelegenheit hatte er damals freilich einen harten Stand, und die geschilderten Rückwirkungen der preußischen Politik auf dieses Geschäft waren nicht leicht auszugleichen. Zu den Hemmungen der Anleihe traten damals auch noch ähnliche Wünsche von anderer Seite an den Landgrafen. Am 2. August war der Flügeladjutant des kommandierenden Generals Wallmoden, Herr von Dübing, in Hofgeismar und überbrachte eine Depesche, welche unter Drohungen die Komplettierung der in englischen Subsidien stehenden hessischen Truppen und die Zuführung dreier Regimenter verlangte. Der Landgraf lehnte es ab und begann als Antwort auf die Drohungen die Anlage eines Forts der Bastille in der alten Neustadt jenseits der Fulda. Im Baseler Frieden mußte er die englischen Subsidien preisgeben und seine Truppen aus Holland zurückrufen. Einem Anleihebegehren des Kaisers konnte er sich jedoch nicht entziehen. Eine kleinere Anleihe gab er gleich her, über eine größere wurde verhandelt, und Wilhelm hatte große Mühe, diese zu verhindern. Bezüglich der preußischen Anleihe zog er es bald vor, sich an der öffentlichen zu beteiligen, bald wünschte er eine private.

Mitte September machte Wilhelm eine Reise über Wittgenstein nach Frankfurt. Sie galt häuslichen Verhältnissen. Der Vater war schwer krank, und die Franzosen hatten inzwischen den Rhein überschritten und nötigten nun auch Wilhelm zu einem ernsten Schritt. Am 20. September lagen sie nur elf Stunden von der Grenze Wittgensteins, und so drohend ihre Nähe war, so riet Wilhelm doch seinem Vater ab, das Land zu verlassen. Das französische Hauptquartier befand sich in Rechtenbach bei Wetzlar. Wilhelm entschloß sich, dorthin zum kommandierenden General Tilly sich zu begeben und ihn zu bitten, seinen Angehörigen eine Sauvegarde zu stellen, die sie vor Ausschreitungen und Plünderungen schütze. Er teilte sein Vorhaben auch dem König mit und wiederholte die schon am 13. September gelegentlich des Rheinübergangs der Franzosen ausgesprochene Bitte um den königlichen Schutz für Wittgenstein. Am 23. September war Wilhelm bei General Tilly. Er wurde freundlich aufgenommen. Tilly nahm die für Wittgenstein schon ausgefertigten Requisitionsscheine zurück und sagte zu, die Grafschaft auch weiterhin zu verschonen, auch mit Durchmärschen. Da Tilly vom Convent Anweisung erhalten hatte, die hessischen Truppen genau so zu behandeln wie die preußischen, so bat Wilhelm den Landgrafen um ein kleines Kommando für Wittgenstein, wozu auch Tilly geraten hatte. Der Landgraf bewilligte das Kommando, das einige Jahre in Wittgenstein geblieben ist. Wilhelms Bericht über diesen Besuch an den König und an den Landgrafen[166] bringt noch einige interessante Einzelheiten. Die Division Tillys bestehe nur aus 25—26 000 Mann. Die Kavallerie sei gut, die Infanterie weniger. Auf die Versicherung, daß er in königlichen Diensten stehe, sei er höflich aufgenommen, die Requisition zurückgenommen und für die Zukunft verboten worden. Tilly habe ihn zum Abendessen eingeladen. Der König genieße bei der französischen Armee tiefste Verehrung, der General habe ihm einen eigenhändigen Paß gegeben. Ein Kommando königlicher Husaren habe ihn noch in derselben Nacht nach Wetzlar zurückgebracht. Die französischen Truppen hätten „vive le roi!" gerufen. In Wetzlar sei man voller Dank für den königlichen Schutz,

besonders beim Reichskammergericht, und auch die Bewohner seien nicht mehr kaiserlich, sondern preußisch gesinnt.

Den Aufenthalt in Frankfurt benutzte Wilhelm zu verschiedenen Abstechern nach Homberg in der Heiratsangelegenheit seines Bruders. Weilburg war fallen gelassen, Homburg ins Auge gefaßt, aber man wurde dort bis zum Anfang des nächsten Jahres hingehalten und kam nicht weiter. Wilhelm merkte das gleich nach seinen ersten Besuchen, „die Prinzessin sei eine sehr diffizile Person," schrieb er. Es war Auguste, die auch noch verschiedene andere Anträge ausschlug und erst mit 42 Jahren den Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin heiratete[157]. Die deutschen Verhältnisse sah Wilhelm in trübem Lichte. „Es sieht in dieser armen Welt verteufelt windig aus, und ich muß offenherzig zugeben, daß ich für die deutsche Reichsverfassung allerhand dunkle und furchtsame Gedanken habe. Mündlich ein mehreres davon," meinte er seinem Bruder gegenüber (1795).

Den ganzen Oktober blieb Wilhelm in Frankfurt und warb für die nunmehr bei Metzler und Willemer aufgelegte öffentliche Anleihe, ohne Erfolg. Der Landgraf zog seine Zusage wieder zurück. Wilhelm köderte ihn mit der „bewußten Sache" (Feldmarschallswürde und Generalkommando), deren Entscheidung in Berlin der Landgraf erwartete. Ein neues Anleiheanerbieten könne manches zu einem guten Ende führen, er solle ihn ermächtigen, einen gewissen Betrag nach Berlin zu melden. Am 12. Oktober war Wilhelm im kaiserlichen Lager und hatte Gelegenheit, sich eine mörderische Kanonade anzusehen, von der er eine große Entscheidung erwartete. In derselben Nacht erhielt er von verschiedenen Ständen Estafetten, daß sie sich dem mainzischen Frieden anschließen wollten, eine Notiz, die ein Licht darauf wirft, daß Wilhelm auch auf anderem Gebiete tätig war.

Mitte Oktober muß ihm die Klarheit gekommen sein, daß all sein Mühen umsonst sein würde, und eine gewisse Verzagtheit bemächtigte sich seiner. Dem Bruder schrieb er, die Sachen nähmen eine besondere Wendung, und er sei des hiesigen Lebens, wo man Tag und Nacht keine Ruhe habe, herzlich müde. Anfang November war er wieder in Kassel, er litt noch immer an seinem heftigen Magenhusten. Dem König berichtete er, der Friede Hessens mit Frankreich sei ratifiziert, ein französischer Gesandter namens Marchand sei in Kassel angesagt, was den Landgrafen sehr in Verlegenheit setzte, da er die Verbreitung französischer Ideen fürchtete. Ein französischer Gesandter kam erst im März 1796, es war Rivals. Der Landgraf habe ein holländisches Susidienangebot erhalten und sei nicht abgeneigt, 10—12 000 Mann zu stellen, aber nur mit Preußens Zustimmung. Die hessischen Truppen seien vollständig durcheinandergeworfen, die Regimenter möglichst weit von ihren Kantonements entfernt, damit die heimgekehrten Gefangenen die französischen Ideen nicht verbreiteten.

Ende November kam dann auch von Homburg die ausweichende Antwort, die man als Ablehnung auffassen konnte, und nun rückte Wilhelm mit einer „anderen Frau im Hosensack" an: „Das Grabmal des Kaisers Günther" wurde als nächstes „negoce" in Aussicht genommen, die Standeserhebung gleichzeitig betrieben, die Wilhelm durch diesen Kanal, beim Grabmal des Kaisers Günther, leichter zu erreichen hoffte. Der Vater Wilhelms hatte nämlich, seit die jüngere Berleburger Linie,

die nur zwei Fünftel der alten Grafschaft Wittgenstein besaß, 1792 in den Fürstenstand erhoben worden war[158], diese Ehrung auch für sein Haus ins Auge gefaßt. Das Zurückbleiben der älteren Linie, welche die übrigen drei Fünftel der Grafschaft inne hatte, war ihm sehr schmerzlich. Der Berleburger Fürst, Christian, war ein Mann, dessen Tätigkeitsdrang über die Grenzen seiner kleinen Grafschaft hinauswuchs, der in den politischen Kreisen des Reiches sich bewegte[159]. Johann Ludwig dagegen ging in seinem patriarchalischen Regiment vollständig auf und hat nicht versucht, über sein Land hinaus zu wirken. Den maßgebenden Kreisen in der Reichspolitik war er kaum mehr als bekannt. Nun lag er schwerkrank darnieder. Man reichte das von Wilhelm verfaßte Gesuch im Januar 1796 in Wien ein. Wilhelm hoffte durch das Grabmal des Kaisers Günther eine Beförderung der Wünsche seines Hauses. Unter dieser dunklen Bezeichnung[160] verbirgt sich die Prinzessin, die der Bruder 1796 wirklich geheiratet hat, Friederike von Schwarzburg-Sondershausen, Tochter des Prinzen August II. von Schwarzburg-Sondershausen und der Prinzessin Christine von Anhalt-Bernburg. Ihr Bruder war kaiserlicher General. Johann Ludwig starb, bevor sein Gesuch zur Erledigung kam.

Es nahte sich der Zeitpunkt, wo Wilhelm seinen Mißerfolg in der Anleihesache unumwunden nach Berlin melden mußte. Drei inhaltsschwere Briefe schickte er am 12. Dezember ab, einen an den König, den anderen an Bischoffwerder, den dritten an Struensee. Der Bericht an den König spricht zunächst davon, daß ihm der Landgraf über die holländischen Subsidien noch einiges gesagt habe, was er nur mündlich vortragen könne (dahinter verbirgt sich der Wunsch Wilhelms, wieder in Fühlung mit dem König zu kommen), ferner, daß der Erbprinz nun einen eigenen Etat von 100 000 Talern bekommen habe, und nun erst, daß er bei dem ihm erteilten Anleiheauftrag noch keinen Erfolg gehabt habe, obwohl er sich die größte Mühe beim Fürstbischof von Bamberg und Würzburg gegeben habe. Es sei alles fruchtlos geblieben, da die beiden dem kaiserlichen Hofe besonders ergeben seien, doch habe er tüchtig für die Frankfurter Anleihe geworben; nun sei er ohne Aufträge; ob er nach Berlin kommen solle, solche zu empfangen? Bischoffwerder schrieb er, daß die Anleihe aussichtslos sei, da jeder wegen der schweren Zeitläufte sein Geld festhalte, er sei sehr geknickt über die Erfolglosigkeit. Von Struensee habe er für seine Reise 2000 Taler bekommen, seine Auslagen betrügen zwar das doppelte, er wolle aber auch die 2000 Taler derjenigen Kasse zurückgeben, die ihm dafür angewiesen würde. Er möge seinen Eifer beim König bezeugen. Der Landgraf wünsche sein Corps in holländische Subsidien zu geben, Preußen solle es vermitteln, er (Wilhelm) habe ihm allerlei mündlich darüber auszurichten. Der Landgraf wolle in dieser Sache selbst nach Berlin, er habe ihn jedoch zurückgehalten[161]. Der Brief an Struensee war nicht zu finden, aber die Antwort liegt vor, und aus ihr kann man entnehmen, daß Wilhelm schon zu fest im Sattel saß, als daß ihn der Mißerfolg herausgeworfen hätte. Struensee beruhigte ihn sehr herzlich und versicherte ihn seines unbegrenzten Vertrauens.

Ende Dezember reiste Wilhelm über Wittgenstein für kurze Zeit nach Frankfurt. Die Prinzessin von Schwarzburg-Sondershausen wurde nun nach Arolsen gerufen, der Prinz Georg, der Bruder des regierenden

Fürsten, war ihr Schwager. Dort sollte sie Friedrich sehen. Wilhelm empfahl ihm aber, sich vorher einen gewissen Zahnarzt aus Kassel kommen und sich Zähne einsetzen zu lassen. Wenn auch dieser Heiratsplan scheitere, werde man sich sofort beim Grafen Erbach im Odenwalde umsehen, der habe drei schöne Töchter.

Die Andeutungen über die mündlichen Mitteilungen, die er zu machen habe, erreichten ihren Zweck. Wilhelm wurde nach Berlin gerufen und begab sich Mitte Januar dorthin und steckte bald wieder tief in Geschäften. Aus dem Dunkel, das über diesen lagert, treten nur diejenigen etwas hervor, die er für den Landgrafen und Erbprinzen besorgte: Die Angelegenheit der holländischen Subsidien, die schlecht voran kam, die Feldmarschallswürde, der Abschluß eines Kartells über die Auslieferung der Deserteure, prinzliche Aufträge an den König. Indessen konnte er sich diesen nur kurze Zeit widmen, denn er erhielt von der Gräfin Lichtenau eine Einladung, sie in Rom zu besuchen. Mitte Mai 1795 war diese nach Italien gereist, zunächst nach Pisa, wie Faudel nach Kassel berichtete [162], um das dortige Bad zu gebrauchen. Aus Wilhelms Briefen an die Gräfin aus den Jahren 1795 und 1796 [163] ergibt sich unzweifelhaft, daß er nun in die intimsten Beziehungen zu ihr getreten war. An den König schrieb er am 7. Februar: „Da es Eurer Königlichen Majestät Allergnädigst bekannt ist, daß man meine Anwesenheit in Italien wünscht, wenn es Allerhöchst Denenselben nicht unangenehm sein dürfte, so ist meine Absicht, den 10. oder 11. meine Reise dahin zu machen. Die Freude des Wiedersehens ist der einzige Lohn für die weite beschwerliche Reise . . . ." [164]

Am 16. Februar kam er von Berlin los. An den Bruder hatte er von einer Reise nach Wien geschrieben, wo er die Sahnische Sache betreiben wolle. Er reiste über Wittgenstein nach Frankfurt; daheim sah er den Vater zum letzten Mal. Dem Bruder redete er ernst ins Gewissen, gegen die Zurückbleibenden, Mutter und Geschwister, freundlich zu sein. Sich selbst bestellte er in dem Hofrat Greuhm einen Vertreter für die Eröffnung des Testamentes [165]. Nach Frankfurt wurde ihm dann die glücklich vollzogene Verlobung des Bruders mitgeteilt. Am 9. März brach er nach Wien auf. Dort trat er mit dem Fürsten Colloredo wegen der Standeserhöhung in Verbindung. Das Gesuch des Vaters wich von der gebräuchlichen Form ab. Es wurde nahegelegt, ein neues einzureichen, in welchem auch die Verlobung Friedrichs zu erwähnen sei. Schließlich ließ man das vorliegende Gesuch doch gelten, aber es waren Leute in Wien, die sich alle Mühe gaben, die Sache zu hintertreiben. Besonders unangenehm war es Wilhelm, den preußischen Gesandten Lucchesini bemühen zu müssen, weil er die Sache geheim halten wollte, besonders in Berlin, der versprach, sich ihrer mit Energie anzunehmen. Der erwartete Tod des Vaters (27. März) müßte geheim gehalten und die Taxe, etwa 20—24 000 Gulden, sofort hinterlegt werden. Wenn dieses nicht geschähe, sei alles umsonst. Die weitere Reise ging über Brixen, Trient, Bologna und Florenz. In Rom kam Wilhelm am 20. Mai an. Der preußische Ministerresident beim heiligen Stuhl, der Abate de Ciovani, meldete seine Ankunft am 20. Mai dem Könige und fügte hinzu, daß er hoffe, dieser Tage die Ehre zu haben, ihn Seiner Heiligkeit vorzustellen. Wilhelm selbst berichtete am 29. dem König u. a., er habe sogar eine Privataudienz beim Papst erhalten und sich ihm —

eine Ausnahme — mit Hut und Degen nähern dürfen[166]. Bezeichnend ist wiederum, daß er sich auch in Italien in eine vornehme Gesellschaft aufnehmen ließ, in die der Arkadier. Er empfing den Namen Elpino Ladonio in La Campano del Serbotja. Bald war er auch hier mit Geschäften überladen, wie er dem Bruder schrieb. Über die Standeserhebung erhielt er von Wien schlechte Nachrichten[167].

Die Rückreise, die am 9. Juni begonnen wurde, ging über Loretto Ankona, Rimini Ferrara, Padua, Venedig, wo man sich 14 Tage aufhielt, Triest, Laibach, Graz, Wien, Prag, Dresden. Anfang Juli kam er wieder in Berlin an.

Schon in Prag hatte er erfahren, daß er in Berlin das schöne Palais des Markgrafen von Ansbach beziehen solle. Er freute sich dessen sehr. Er befand sich wohl, als er wieder in Berlin war, und hatte, wie er schrieb, alle Ursache, mit der Reise zufrieden zu sein. Er hatte die Rückreise in der Begleitung der Gräfin Lichtenau gemacht. Diese war sofort nach ihrer Ankunft zum König nach Charlottenburg gefahren und brachte acht Tage bei ihm zu[168]. In diesen ersten Tagen des Juli ist Wilhelm sozusagen an einem Abgrund vorbeigetaumelt. Er stand in Gefahr, sein Schicksal dauernd an dasjenige der Gräfin Lichtenau zu ketten. Ein Brief, den Friedrich Werner von Podewils, der ein hervorragendes Mitglied der Berliner Hofgesellschaft und von 1795 an Oberhofmarschall war, am 26. Juni an seine Schwester[169] Sophie Christiane Dorothea, Gräfin von Hordt, (Tochter des Grafen und Kabinettsministers Friedrichs des Großen, Heinrich von Podewils und seiner zweiten Frau, einer Gräfin Schulenburg) schrieb, gibt Aufschluß über diese Vorgänge: „. . . . . non contente de cela (daß ihr der König ihr Haus und ihre Güter in Charlottenburg kauft) Me. de Lichtenau va épouser le Comte de Wittgenstein et on a eu le projet de faire ce dernier Grand Maréchal et moi Grand Chambellan, mais actuellement il semble, qu' on a changé d'avis. Mr. Faudel me dit, que la veille de soir il avoit été à Marquard (Besitzung Bischoffwerders bei Potsdam) chez le Gen. Bischhoffwerder ou se trouvoit le Roi, le Cte. de Wittgenstein et lui. Qu' on lui avoit demandé s' il mêconnoissoit, qu' ayant répondu qu' oui, on l'avoit chargé de me proposer de devenir Grand Chambellan avec l'ordre de l'aigle noir et le Titre de Ministre, mais sans appointemens, que je devois par contre ceder ma place au Comte de Wittgenstein, qui était trop jeune et pas assez riche pour la remplir . . . . . hat antworten lassen, daß er annähme, wenn man nicht mehr Aufwand von ihm verlange als bisher . . . . . Je suppose que la Comtesse de Lichtenau ne veut pas, que son futur aye la première place Civile, mais elle veut être la femme du Grand Maréchal . . . . . . Faudel geht noch am selben Abend nach Marquard, um Podewils Antwort zu überbringen . . . . . Le lendemain je recois une Lettre du Cte. de Wittgenstein, qui me remercie en termes généraux de toutes mes complaisances et que de Pirmont il m'écriroit plus amplement. L'honnêteté exigeant que je lui réponde je le fis, mais aussi poliment et vaguement, je viens de recevoir il y a trois jours de lui une lettre de Pirmont ou il me dit qu'il est bien faché de devoir me dire, qu'on a changé d'avis que le poste de Gr. Chambellan sera donné à un Etranger . . . . . Vous me demanderez qui epousera la contesse de la Marcke on repond à cela Dieu sait. Elle veut se marier par inclination et dédaigne le petit Wittgenstein . . . . .

Der Plan der Heirat Wilhelms mit der Gräfin Lichtenau erscheint auf dem Hintergrunde eines anderen Planes und erhält dadurch ein seltsames Licht. Es ist oben erwähnt, daß Wilhelm vom Fürsten von Waldeck den Auftrag hatte, die Grafschaft Pyrmont zu verkaufen. Die

Gräfin Lichtenau erzählt nun selber [171], daß man in Pyrmont 1796 die Absicht gehabt habe, die ganze Grafschaft für sie zu kaufen, und ein Brief des Fürsten von Waldeck bestätigt das [172]. Die Gräfin behauptet, der Plan sei an ihrer Uneigennützigkeit gescheitert. Den Plan der Heirat und des Kaufes Pyrmonts wird man miteinander in Verbindung bringen dürfen, und eigenartige Perspektiven eröffnen sich damit für Wilhelms Leben. Doch war es ein Glück, daß man „changé d'avis" hatte. Verdankte er es seiner Klugheit, daß die Pläne sich zerschlugen? Als das Verhängnis über die Lichtenau hereinbrach, war seine Stellung schon so fest, daß er ihrer nicht mehr bedurfte.

Faudel berichtete am 5. Juli, daß Wilhelm nach Pyrmont geschickt werde, für die Ankunft des Königs und der Gräfin alles vorzubereiten [173]. Mit einem Befehl an alle königlichen Postämter, ihm jede Unterstützung angedeihen zu lassen, trat er am 7. Juli die Reise an. In Pyrmont quartierte er den Herzog von Broglio und sein Gefolge von 70 Personen aus dem Schlosse aus und besorgte Betten, Wäsche, Trinkgläser, Weingläser, Tafelgeschirr usw. und hatte am 15. alles zum Empfang des Königs bereit [174]. Er berichtete darüber an Ritz und an die Gräfin, von der sich der König den Brief erbat. Dem Landgrafen hatte er im Vertrauen den Reiseplan des Königs mitgeteilt und setzte ihn auch später von der wirklich erfolgten Ankunft des Königs auf seine Bitte in Kenntnis. Der König reiste am 13. Juli nach Pyrmont ab. Die Lichtenau folgte ihm am 15. In ihrem Gefolge befand sich auch die Gräfin von der Marck. Der königliche Aufenthalt daselbst kam, weil seine Ankündigung zu überstürzt war, recht teuer zu stehen. Hätte man acht Tage früher davon gewußt, so wären 1500—2000 Taler erspart worden. Dem Kämmerer des Königs, Ritz, sandte Wilhelm Ende Juli Anfang August die Rechnungen und betonte dabei, daß er manches selbst bezahlt habe, um nicht in den Verdacht zu kommen, in seine Tasche gewirtschaftet zu haben. Er habe mit gutem Grunde der Gräfin eine der Rechnungen vorgezeigt und dieselbe ersucht, Seiner Majestät hiervon untertänigst Nachricht zu geben [175]. Der König war bereits am 7. August in Berlin zurück, die Gräfin blieb noch bis Ende August. Wie weit Wilhelm darin ging, Ritz zu schmeicheln, zeigt ein Brief vom 20. August aus Kassel, der das Begleitschreiben für die Sendung zweier Käse an Ritz ist, wie sie als ein wittgensteinisches oder waldeckisches Landesprodukt von daselbst befindlichen Menoniten angefertigt würden. Zu weiteren Sendungen sei er bereit [176], und in einem Briefe vom 16. Dezember aus Kassel heißt es: „je vous prie, monsieur, de disposer de moi, dans toutes les occasions et d'être persuadé que je mettrai tous mon zèle pour vous bien servir et que je me croirai fort heureux, si je pourrai vous être bon à quelque chose. In derselben Weise verkehrten ja auch bedeutendere Männer mit Ritz.

Als Wilhelm noch in Pyrmont weilte, hatte ihm der Bruder geklagt, es ständen wieder starke französische Requisitionen bevor. Wilhelm hatte ihm geschrieben, wenn die Franzosen Geld verlangten, so müsse man sich mit der Unmöglichkeit entschuldigen und ihnen einige Geiseln mitgeben. Er sei Bürge, daß der Bruder dann nichts zu zahlen brauche und auch die Geiseln gut behandelt würden. Am 23. Juli verwandte sich Wilhelm beim König für Wittgenstein und erreichte, daß dem preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt anbefohlen wurde, sich sofort zum fran-

zösischen kommandierenden General zu begeben, um darauf zu dringen, daß die Requisitionen erlassen würden. Gleichzeitig ging der Marquis Marescotti, mit dem Wilhelm seit der Reise nach Italien in enger Verbindung stand, und der auch zum Kreise der Lichtenau gehörte [179], mit Briefen Wilhelms an den preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt Formey und an den General Jourdan ab. Die Beitreibung der Requisitionen wurde auf dessen Befehl ausgesetzt, bis die Antwort aus Paris eintraf. Diese fiel günstig aus, und Wittgenstein blieb befreit, nicht aber Berleburg, weil Wilhelm von dort keinen Auftrag hatte, sich für dieses einzusetzen. In Berlin dachte man daran, Wittgenstein und Berleburg in die Demarkationslinie einzubeziehen. Das ist aber nicht geschehen, weil es große Kosten und Umstände verursacht haben würde.

Wilhelm kam am 11. August wieder nach Kassel und betrieb dort die Hochzeit des Erbprinzen. Der Landgraf jedoch wollte sie noch hinausschieben wegen der Jugend der Verlobten [180] und erteilte eine abschlägige Antwort. Bischoffwerder ließ Wittorf den Schwarzen und Waitz den Roten Adlerorden durch Wilhelm anbieten, wenn sie die Genehmigung des Landgrafen zur Hochzeit noch in diesem Winter durchsetzen würden [181]. Das Verhältnis zwischen diesem und seinem Sohne war gerade damals wieder besonders schlecht. Wilhelm vermittelte zwischen beiden. Am 27. August schrieb er dem König, daß die unglückliche Spannung täglich zunähme, es sei zu harten Auseinandersetzungen zwischen Vater und Sohn gekommen, sodaß sich der Landgraf beim Ministerium beschwert habe. Der Prinz habe Wilhelm ins Vertrauen gezogen und ihn gebeten, vom König die Einladung noch in diesem Herbst zu erwirken. Er wolle sich gerne bald vermählen und in Hanau residieren. Der König solle ihm behilflich dazu sein. Die Minister billigten diese Lösung, die Trennung zwischen Vater und Sohn. Anfang Oktober reiste der Erbprinz wirklich nach Berlin. Der Landgraf hatte recht lange an einem vollkommen schicklichen Begleiter gesucht [182]. Wilhelm hatte unterdessen wieder den Auftrag erhalten, auf die Beschleunigung der Hochzeit zu dringen, da sich der König durch die Verzögerung compromitiert fühle. Sie fand dann schließlich am 13. Februar 1797 statt.

Ende August kamen die ersten Nachrichten von den Erfolgen des Erzherzogs Karl in Süddeutschland nach Kassel. Was Wilhelm an Meldungen über den Kriegsschauplatz zuging, gab er sofort nach Berlin weiter, Wahres und Falsches. Das Volk war offenbar sehr erbaut über den österreichischen Vormarsch; denn von überall hörte man von Mißhandlungen der sich zurückziehenden Franzosen durch die Bauern; so aus dem Darmstädtischen, dem Nassau-Siegenschen, wo man ihnen die Wagen mit Geld wegnahm. (Wilhelms Bericht vom 18. September [183].) Der Landgraf war sehr beunruhigt über den Vormarsch der Österreicher, und Wilhelm folgte ihm deshalb Anfang September nach Hofgeismar, um wegen etwaiger Entschließungen, die er vom preußischen Standpunkte aus zu hemmen oder zu fördern hatte, in seiner Nähe zu sein. Man entschloß sich, strengste Neutralität zu wahren [184]. Auch Wittgenstein brachte der kaiserliche Vormarsch Unangenehmes, nämlich kaiserliche Requisitionen, die man nicht abwälzen konnte. Man hegte im geheimen den Wunsch, die Franzosen möchten wieder vorrücken, da Wilhelms Einfluß in Berlin Requisitionen von dieser Seite zu verhüten imstande war [185]. Verschiedene kleinere Stände des oberrheinischen Kreises hatten, um diesen Nöten zu

entgehen, den Plan gefaßt, sich unter Hessens politischen und militärischen Schutz zu stellen und unter dessen Führung den Frieden mit Frankreich anzubahnen, der, solange die einzelnen Stände isoliert blieben, kaum wegen der Verschiedenheit der Interessen erreichbar sei. Wilhelm, dessen Haus auch darunter war, hatte den Auftrag erhalten, in diesem Sinne beim Landgrafen vorstellig zu werden. Er glaubte, daß eine Stärkung Hessens im Westen auch für Preußen förderlich sei. Die Vereinigung der Stände wollte sich auch die Zustimmung Frankreichs und Preußens und deren Garantie verschaffen. Der Plan ist damals nicht zur Ausführung gekommen, zehn Jahre später aber von Wilhelm wieder aufgenommen worden [186].

Die 800 Louis d'or, welche Wilhelm für seinen Oberhofmeisterposten aus der königlichen Schatulle erhielt, gewährten ihm zwar eine ausreichende Grundlage für sein Leben, empfindlich blieb aber der Mangel jeglichen Vermögens. Nur mit solchem hätte er auch einer einmal eintretenden Krise in seinen Beziehungen zum preußischen Hofe ruhig ins Auge sehen können. Zu Vermögen zu gelangen, diente ein Plan, den er im Jahre 1796 faßte, und der ihn für diese erste Periode seines Lebens neben seinen Beziehungen zur Gräfin Lichtenau in den Augen seiner Zeitgenossen am meisten belastet hat. Eine genauere Darstellung dieses Planes und seiner Ausführung wird die Sache doch in milderem Lichte erscheinen lassen, wird mehr das Gefühl des Mitleids mit diesem jungen Menschen wecken, als dasjenige der Verachtung, dem sich eigentlich alle Geschäfte, auf die er so große Hoffnungen setzte, zerschlugen [187].

Schon am 29. April 1796 hatte Wilhelm seinem Bruder aus Rom geschrieben, daß er ihm bei seiner Rückkehr einige Mittel an die Hand geben wolle, seine Einkünfte zu vermehren, ohne dem Lande lästig zu fallen. Am 26. August teilte er ihm aus Kassel mit, daß er die ganze Zeit mit dem Oberpostmeister und Bankier Ruppel operiert habe, woraus ein Werk zustande gekommen sei, welches ihm gewiß Vergnügen mache, und wovon er großen Nutzen haben werde, aber es sei zunächst bares Geld nötig. Er müsse zum Abschluß des Geschäftes zwei Tage nach Kassel kommen. Das geschah Anfang September. Am 2. dieses Monats richtete Graf Friedrich an den Landgrafen folgendes Gesuch: „Die Credit-Cassen-Societät zu Wittgenstein wünscht bei der gegenwärtigen Stockung der Geschäfte zu Frankfurt am Main ein Comptoir in Eurer hochfürstlichen Durchlaucht Landen zu haben, und das gnädigste Privilegium, dahier in Kassel und, wenn es nötig würde, auch im Hanauischen und im Schaumburgischen ein Comptoir unter der Benennung gräflich-wittgesteinisches Creditkassen und Geldnegotiationscomptoir einzurichten und dazu ein schickliches Haus kaufen oder mieten zu dürfen, von hoch denenselben zu erhalten . . . . . ."

Das geheime Ministerium befürwortete dieses Gesuch und sandte es dem Landgrafen nach Hofgeismar, wohin ihm Wilhelm sofort nachreiste. Die Posteinnahmen würden durch das C. C. C. (so kürzen wir die lange Bezeichnung Credit-Cassen-Comptoir in Zukunft ab) vermehrt, die Geldzirkulation erleichtert und vermehrt. Wenn der Landgraf aber Bedenken trage, möge ein Gutachten der Oberrentkammer und des Oberkriegszahlamtes eingefordert werden, so riet das Ministerium. Der Landgraf schloß sich diesem letzten Vorschlag an. Er äußerte sich wenig vorteilhaft über die Sache, er hatte den Verdacht, es handle sich um eine

Art frommer Stiftung oder Freimaurerei. „Du weißt am besten, daß wir uns nicht mit solch lächerlichen Projekten, sondern nur mit Geldverdienen abgeben wollen," schrieb Wilhelm dem Bruder. Die Sache zog sich durch den ganzen September hin und machte Wilhelm schließlich mißmutig: „Ich habe dies alles vorausgesehen, ich habe dem Herrn Landgrafen so manche Dienste mit eigenen Kosten geleistet. Wenn aber von einer kleinen Gefälligkeit die Rede ist, so denkt man hieran nicht mehr." Die Bank sollte sich mit Einnahme, Auszahlung, Versendung und Überwechselung von Geldern für eigene und fremde Rechnung befassen und die durch die gegenwärtigen Zeitumstände auf mancherlei Weise erschwerte Kommunikation zwischen dem südlichen und nördlichen Teil Deutschlands erleichtern und die Zahlungen aus dem einen Teil in den anderen auf einen wohlgelegenen und vollkommen sicheren und dabei von Wittgenstein nicht sehr entfernten Platz hinleiten. Aus dem Gutachten des Kommerzienkollegiums geht hervor, daß es in Kassel an einem christlichen angesehenen Handelshaus, das Wechselgeschäfte betrieb, fehlte und das Comptoir vielleicht für die Folge bei dem Verkauf der englischen Wechsel, wobei jetzt nur die jüdischen Bankiers konkurrieren, der herrschaftlichen Kasse nützlich sein könne. Der Landgraf erteilte am 27. September seine Zustimmung zu der Ausstellung des Privilegs. Graf Friedrich dankte ihm dafür am 18. Oktober und stellte die Eröffnung für die allernächste Zeit in Aussicht. Die Mitaufsicht über die zu führenden Geschäfte übertrug er zwei Beamten des Landgrafen, dem älteren Kriegsrat Harnier und dem Kommerzienrat Bohle, zwei in Geldgeschäften erfahrenen Männern. Die Einrichtung des C. C. C. ging sehr langsam, man begann ohne Kapitalien. Von einer wirklichen Tätigkeit des Instituts hört man erst ein Jahr später.

Dem Namen nach hatte Wilhelm also mit der Sache nichts zu tun, aber er war der geistige Urheber. Er besorgte das Privileg in Kassel, er betrieb später die Geschäfte des C. C. C., sein Bruder gab nur den Namen für das Unternehmen her. Die im Gesuch erwähnte Kreditkassensozietät zu Wittgenstein gab es gar nicht. Das C. C. C. war kein Ableger eines bereits vorhandenen Instituts, sondern eine durchaus selbständige Gründung. Daß man sich dieser Finte bediente, geschah wohl, um den Kredit zu stärken. Als Wilhelm dem Bruder die Gewährung des Privilegs mitteilte, fügte er hinzu: „Der heutige Tag ist Dir eine Revenue von jährlich 10 000 Talern wert." Wie bitter sollte er sich auch diesmal wieder täuschen!

Am 15. Oktober reiste er nach Berlin. Häusliche Sorgen wegen der kaiserlichen Requisitionen, die Entwickelung des C. C. C., die Sahnsche Sache beschäftigten ihn. Ein gewisser Hofrat Friedrich Haas aus Wetzlar war dafür gewonnen worden, eine Deduktion der Sahnischen Sache zu verfassen. Wilhelm hielt deren Abschluß schon damals für bevorstehend. Doch wurde Haas erst 1798 fertig.

Zahlreiche Fahrten zwischen Berlin und Potsdam zu dem König verzeichnet das Itinerar zu dieser Zeit. Vom König liegt ein aus dieser Zeit stammender Brief an die Gräfin Lichtenau vor, aus dem hervorgeht, daß Wilhelm zu diesem Kreise immer noch die besten Beziehungen hatte, aber auch, daß er sich in einer eigentümlichen Stellung zwischen der Lichtenau, dem König und der Königin befand: „. . . . .Stellen Sie sich vor, was mir heute Wittgenstein verzählt, S. hat sich vergangene

Woche in seinem Hause mit Schwarzkopf vermählt, ich habe recht gut contenance gehalten, es ist gewis recht das alles zwischen uns gebrochen ist. Witgenstein hat schelte von der Königin bekommen weil Sie glaubt er hat Ihnen ihre commision nicht bestellt, ich wollte Ihnen aber doch gerne mündlich sprechen ehe Sie Ihn sprechen werden. Sie hat gar keinen Caracter und mit solchen leuten mus man sich in acht nehmen . . . . . ." [188]

Die Heirat mit der Gräfin von der Marck wurde wieder erwogen, und diesmal schien sie Wirklichkeit werden zu sollen, wie aus einem Briefe Wilhelms an seinen Bruder hervorgeht. Er habe niemals geglaubt, daß eine Verbindung mit ihm und der Gräfin von der Marck stattfinden würde. Die Umstände hätten aber in der kurzen Zeit eine solche Wendung genommen, daß er nichts anderes, als eine baldige Verlobung vermuten könne. Es werde des Bruders und seines Hauses Schaden nicht sein und vorzüglich dürfte hierdurch die Deduktion des Hofrates Haas einen sehr großen Nachdruck erhalten. Er würde alsdann meistenteils wahrscheinlich in der dortigen Gegend wohnen. Am 9. Jan. 1797 heißt es, seine Sache mit der Gräfin von der Marck werde immer wahrscheinlicher und ernstlicher. Jedoch am 31. Januar schreibt er, sie sei noch immer in der nämlichen Lage und wolle nicht so, wie er es wünsche, und wie er zu hoffen Ursache gehabt hätte, vor sich gehen, und schließlich am 6. Februar: „Meine Sache mit der Gräfin von der Marck lasse ich gewisser Ursachen halber wieder ganz zurückgehen. Mündlich ein Mehreres davon [189]." Es ist dies die letzte Nachricht über den Heiratsplan und überhaupt die letzte Nachricht über Beziehungen Wilhelms zu Frauen. Er ist ledig geblieben. Seine Beziehungen zum Kreise der Lichtenau sind durch das Scheitern des Planes nicht erloschen. Aus der letzten Notiz scheint hervorzugehen, daß man schon damals beabsichtigte, Wilhelm im westlichen Deutschland zu verwenden, d. h. in Kassel. Die Gräfin von der Marck heiratete noch im selben Winter den Grafen zu Stolberg-Stolberg. Die Ehe wurde unglücklich, ebenso wie zwei weitere, welche die Gräfin geschlossen hat.

Am 13. Februar fand die Hochzeit des Erbprinzen, durch den Tod der Gemahlin Friedrichs des Großen im Januar abermals verschoben, statt. Der Landgraf erhielt bei dieser Gelegenheit das lang erstrebte Feldmarschallspatent, und das Regiment von Coethen. Am 24. Februar reiste er wieder von Berlin ab, das Erbprinzenpaar am 15. März [190].

In Wittgenstein waren die Kaiserlichen nicht dazu zu bewegen, die Requisitionen zu erlassen oder zu mildern. Sie gingen, als sie den passiven Widerstand des Grafen Friedrich merkten, den ihm Wilhelm empfohlen hatte, zu Schikanen über. Als die Franzosen Ende April wieder vorrückten, setzte Wilhelm auch diesmal alle preußischen Stellen in Bewegung, Wittgenstein die Lasten des Krieges zu ersparen. Mitte März konnte der preußische Gesandte Baron von Hochstätter in Frankfurt nach Berlin berichten, daß er vom General Hoche einen sehr vorteilhaften Brief für Wittgenstein erhalten habe. Graf Friedrich hatte bereits 12 000 Gulden an die Franzosen bezahlt, auch dafür setzte sich Preußen ein, daß er sie zurückerhielt. Schon damals, kaum ein Jahr nach seinem Regierungsantritt setzte die Geldverlegenheit des Grafen Friedrich ein [191]. Er suchte ein Anlehn von 100 000 Gulden beim Landgrafen in Kassel. Als der alte General damals in Rheda starb, schrieb Wilhelm seinem

Bruder: „Alles, was Du von ihm zu fordern hast, ist ohne Rettung verloren, es sei denn, daß Du die Forderung wegen der gelieferten Tücher bei der Republik Holland geltend machen kannst. Ich selbst werde durch den Tod desselben in die größte Verlegenheit gesetzt, da ich fürchte, daß verschiedene von den Gläubigern mir gegenwärtig auf den Hals fallen werden." [192]

Als sich Wilhelms diesmaliger Aufenthalt in Berlin dem Ende zuneigte suchte er wieder Anknüpfung mit dem Kämmerer Ritz. Am 31. Mai bat er ihn um die Erlaubnis, ihm einen der Käse schicken zu dürfen, die er wieder bekommen habe. Er käme selbst öfter nach Charlottenburg, habe sich den ganzen Winter vergeblich bemüht, ihm aufzuwarten und deshalb bis jetzt keinen neuen Versuch gewagt, um nicht aufdringlich zu erscheinen. Am 6. Juni reiste Wilhelm nach Pyrmont ab, und von hier aus setzte ein regerer Briefwechsel mit Ritz ein [193]. Es war nicht unangebracht, sich wegen der kommenden großen Ausgaben, vielleicht auch wegen des kommenden Amtes der Zustimmung des Königlichen Schatzhüters zu versichern.

Seine Aufgabe war, für den Empfang des Königs in Pyrmont alles in Bereitschaft zu setzen. Wilhelm mietete daselbst den zweiten und dritten Stock des Badehauses. Für Ritz stellte er zwei besonders schöne Zimmer mit einem besonderen Ausgang zur Verfügung und quartierte deshalb die Kavaliere des Herzogs von Mecklenburg, der im ersten Stock wohnte, in Privathäuser aus [194]. Am 24. Juni kam der König in sehr krankem Zustand in Pyrmont an [195], am 10. August verließ er es wieder und reiste über Kassel nach Potsdam. Die Gräfin Lichtenau hatte sich auch eingestellt [196]. Wilhelm hatte seinen Sekretär Greuhm auf ihr Verlangen nach Hamburg schicken müssen, um dort französische Schauspiele zu besorgen, wofür dieser ein ansehnliches Geschenk aus der königlichen Kasse erhielt [197]. In Pyrmont ging es glänzend her. Wilhelm kam kaum zu sich selber vor Geschäften. Er lebte in so großer Verwirrung, da ßer nicht einmal Zeit zum Frühstück fand. Am 26. Juli morgens war er mit der Gräfin Voß auf dem Königsstein, am 5. Aug. fuhr er mit ihr in die Berge spazieren, am 8. August nahm sie das Dejeuner bei ihm, und dann reiste der Kronprinzliche Hof, welcher auch vom 23. Juli bis zum 8. August in Pyrmont gewesen war, in bester und heiterster Laune ab [198].

Dieser letzte Aufenthalt des Königs in Pyrmont gewann dadurch auch politische Bedeutung, daß daselbst das preußisch-hessische Verhältnis durch eine Abmachung über den kommenden Frieden befestigt wurde. Nach der sogenannten Mainzer Konvention vom 26./31. Juli (Koblenz-Wilhelmsbad) 1792 hatte Hessen mit 6000 Mann am ersten Koalitionskriege an der Seite Preußens teilgenommen. Dieses hatte dafür in der Konvention versprochen, Hessen die Kur und die Erstattung der Kosten zu verschaffen [199]. Das hessische Ministerium hätte damals die Konvention lieber vermieden gesehen. Die Verpflichtung Preußens war in sehr schwammiger Form abgefaßt. Nun kam hier in Pyrmont eine neue Abmachung zu Stande, welche die Entschädigungen zum Gegenstand hatte, die sogenannte Pyrmonter Konvention vom 21. Juli 1797, auf preußischer Seite von Haugwitz, auf hessischer Seite von Waitz abgeschlossen. Preußen und Hessen versprachen sich darin, daß, wenn beim kommenden Frieden der Grundsatz der Säkularisation Anwendung finden

sollte, sich gegenseitig zu helfen, daß Preußen diejenigen geistlichen Besitzungen erhielte, welche in seinem jetzigen Gebiet oder am meisten zu seiner Konvenienz lägen, daß Hessen-Kassel die Kurwürde, das Bistum Paderborn mit dem am linken Ufer der Weser liegenden Teil der Abtei Corvey und die im hessischen Territorium inklavierten kurmainzischen Ämter und die gefürstete Abtei Fulda bekäme. Beide Teile verbanden sich, diese Abmachungen der französischen Republik mitzuteilen und sie zum Beitritt zu diesen Grundsätzen und Vereinbarungen einzuladen [200].

Es ist merkwürdig, daß die P. C., so sei die Phrmonter Convention von nun an abgekürzt, die preußischen Entschädigungen nicht namentlich aufführt. Das legt den Schluß nahe, daß Preußen in erster Linie andere Zwecke mit ihr verfolgte. Man wußte in Berlin, daß Österreich jede Vergrößerung Preußens bekämpfen würde, daß es überhaupt die Säkularisationen nur in ganz beschränktem Umfange zulassen wollte [201]. Zu gleicher Zeit drängte Frankreich, daß Preußen den Grundsatz der Säkularisation anerkenne und seine Anwendung öffentlich verlange ,was auch am 3. Juli in Phrmont geschah [202]. Zur Durchsetzung der preußischen Entschädigungswünsche gegenüber dem Kaiser war es von erheblichem Wert, einen Bundesgenossen von der Bedeutung des Landgrafen an der Seite zu haben, der durch das über den wirklichen Verlust ungeheuerlich hinausgehende Ausmaß seiner Forderungen das Odium des in der Säkularisation liegenden Verfassungsbruches und der Preisgabe des linken Rheinufers mit auf sich nahm. So wurde Hessen-Kassel, seit Friedrich dem Großen militärisch bereits die Vormauer Preußens, nun auch zu seinem moralischen Prellbock. Der Landgraf seinerseits suchte für seine Wünsche den Schutz und die Fürsprache des damals noch kaum geschwächten Preußens, ohne das er auf eine Erfüllung dieser Wünsche nicht rechnen konnte. Die P. C. war in diesem Zusammenhang der erweiterte Ausdruck der von Wilhelm aufgestellten Formel, daß der Landgraf nur durch Furcht und Hoffnung, nämlich die versprochenen Gebiete zu erhalten oder nicht zu erhalten, zu lenken sei. Sie stellte sich aber bald als eine lästige Fessel heraus und wurde im Grunde beiden Vertragschließenden zum Verhängnis, doch blieb der größere Vorteil auf preußischer Seite. Es sollte Wilhelms Verdienst werden, die Hoffnungen des Landgrafen auf die territorialen Zuwendungen der P. C. langsam zu dämpfen, ihn aber trotzdem so lange wie möglich im engen Anschluß an Preußen zu erhalten. Es ist wohl möglich, daß Wilhelm erheblichen Anteil am Zustandekommen der Konvention gehabt hat, wenn dieser auch nur darin bestanden haben mag, als Vertrauensmann die stimmungsmäßigen Voraussetzungen für den Abschluß zu schaffen und zu fördern. Er stand in den freundschaftlichsten Beziehungen sowohl zu Waitz als auch zu Haugwitz. Seine Art zu vermitteln, seine Kunst zu glätten, werden beim Abschluß mitgewirkt haben.

Nachdem dieses enge Verhältnis zwischen Preußen und Hessen hergestellt war, galt es, dieses auch weiterhin zu pflegen und die Konvention wirklich zu einem politischen Faktor zu machen. Das wurde nun von beiden Seiten versucht. Die preußischen Herren suchten sich dazu den jungen Grafen von Wittgenstein aus. Es gab wohl keinen geeigneteren Vertreter Preußens für Kassel.

Die Beziehungen zu Hessen-Kassel waren lange Zeit von dem preußischen Gesandten am fränkischen Kreise, dann auch von demjenigen

am oberrheinischen Kreise aufrecht erhalten worden. Nun richtete man eine ständige Gesandtschaft in Kassel ein, die Wilhelm übertragen wurde [203]. Die Tatsache, daß Frankreich schon im März 1796 seinen Vertreter nach Kassel geschickt hatte, Rivals, nötigte auch dazu. Am 14. August 1797 überreichte Wilhelm dem Landgrafen, der darüber sehr gerührt war, sein Beglaubigungsschreiben. Er bekam 6000 Taler Gehalt, ein Drittel davon zahlte die Legationskasse, den Rest die Dispositionskasse. Sein Amt als Oberhofmeister behielt er bei. Ein Drittel des Jahres sollte er in Berlin, zwei Drittel in Kassel zubringen [204]. Greuhm wurde ihm als Legationssekretär beigegeben. Er war am Ziel. Aber es war bei der zunehmenden Gebrechlichkeit des Königs auch die höchste Zeit. Die Versorgung, der er so manchen Gedanken gewidmet hatte, der so mancher gescheiterte Plan gegolten hatte, war erreicht.

---

3. Kapitel.

Die Gesandtschaft in Kassel. Preußisch-hessisches Einvernehmen trotz verschiedener Störungen bis zum Reichsdeputationshauptschluß 1802/03.

Mit einem freundlichen Auftakt begann Wilhelms Tätigkeit in Kassel wieder [205]. In jenen Tagen kam nämlich das kaiserliche Hofdekret, welches dem Landgrafen die Strafe von 2000 Mark feinlötigen Goldes erließ, die über ihn verhängt worden war, weil er 1787 die Grafschaft Bückeburg besetzt hatte [206]. Die Fürsprache des Königs von Preußen hatte zur Niederschlagung dieser Strafe gute Dienste geleistet. Die Frage der Anerkennung der Batavischen Republik führte jedoch bereits zu einer kleinen Mißstimmung zwischen Preußen und Hessen. Beide hatten vereinbart, sich Holland gegenüber stets gleichmäßig zu verhalten. Preußen hatte zwar lose Beziehungen zu Holland wieder angeknüpft [207], nicht aber die Anerkennung ausgesprochen. Nun tauchte in Kassel ein gewisser Raet van Boegelskamp auf und begehrte als Gesandter der Batavischen Republik angenommen zu werden. Preußen wünschte die Abweisung Boegelskamps. Auf Drängen Waitzens und des französischen Gesandten Rivals empfing ihn der Landgraf, ohne den Rat Preußens abzuwarten, weil er durch freundliche Beziehungen zur Batavischen Republik die der holländisch-ostindischen Compagnie gewährten Anleihen zurückzuerhalten hoffte. Er richtete sogar eine Gesandtschaft im Haag ein und ernannte einen gewissen Bosset daselbst zum Ministerresidenten.

Der Tod Friedrich Wilhelms II. am 16. November 1797 brachte zunächst eine kurze Ruhe im diplomatischen Betriebe zu Kassel. Für Wilhelm hätte er zu einer gefährlichen Klippe werden können. Es ist merkwürdig und aus den Akten nicht erkennbar, weshalb sich an seiner Stellung nichts änderte, und weshalb sich das Verhältnis, in welchem er zum verstorbenen König gestanden hatte, sogleich auf den neuen und seine Gemahlin übertrug. Ohne Anstand wurde er, der durch die Gräfin Lichtenau und ihren Kreis hochgekommen war, von Friedrich Wilhelm III., der noch am Todestage seines Vaters der Gräfin den Prozeß machen ließ, in seinem Amte bestätigt. Lombards Stellung war beim Thronwechsel einige Zeit wegen seiner angeblichen Beziehungen zur Lichtenau gefährdet [208]. Wilhelms wirklich vorhandene Beziehungen zu ihr sind ihm in seiner weiteren Entwickelung kein Hemmnis gewesen. Zwar vermied er es, der Einladung zu der Beerdigung des Königs Folge zu leisten, er reiste erst Ende Januar 1798 nach Berlin und blieb nur bis zum 9. Februar. Aber er wurde dort glänzend aufgenommen. Veltheim schrieb darüber dem Landgrafen: „Über die hier viel Aufsehen erregende, ganz besonders ausgezeichnete, sehr gnädige Aufnahme des Grafen Wittgenstein sowohl bei I. M. dem Könige als bei der regierenden und verwitweten Königin habe ich mich sehr gefreut. Der

Graf ist beinahe täglich bei einer der Königinnen gebeten, eine Auszeichnung, deren sich während der Krankheit des Königs nur sehr wenige hier rühmen können[209]." Zweierlei hat ihn vermutlich damals vor dem Sturz bewahrt, einmal, daß er neben seinem Staatsamt noch ein Hofamt führte, in welchem er sich die besondere Zufriedenheit der Königin Witwe erworben hatte. Die Rücksicht auf diese stand einer Entlassung im Wege. Zum andern hielt man ihn für unentbehrlich auf dem Posten in Kassel. Geeigneter Ersatz war nicht vorhanden. Schon bald schrieb das Kabinett in einem Bericht an den König über die einzelnen Gesandtschaften über Wilhelm: „Erstattet gute Berichte, ist voll Eifer für den königlichen Dienst und ganz besonders in Kassel auf seinem Platze[210]." Wilhelm hat dann unter dem durch seine Sittenreinheit bekannten Könige und seiner Gemahlin Luise einen immer wachsenden politischen Einfluß von einer Dauer ausgeübt, wie er keinem seiner Zeitgenossen beschieden sein sollte. Das spricht für seinen Charakter. Gute Menschen, wie die von allen verehrte Königin Witwe, wie die Königin Luise, wie Friedrich Wilhelm III., die Prinzessin Wilhelm, die Gräfin Voß, sind auf die Dauer von schlechten Menschen nicht zu täuschen. Es müssen trotz vieler, vieler Schattenseiten doch Werte in Wilhelm geruht haben, die ihn solchen Menschen liebenswert machten. Diese Tatsache steht den scharfen Urteilen mancher seiner Zeitgenossen gegenüber und verdient die größte Beachtung[211].

Am 17. Oktober war der Friede zu Udine (Campoformio) geschlossen worden. Preußen und Hessen einigten sich nun über ein gemeinsames Vorgehen in Rastatt. Der Baseler Friede, die Convention secrète vom 5. August 1796 zwischen Preußen und Frankreich und die Phrmonter Convention, deren Inhalt von Frankreich ebenfalls mit einigen Zusätzen wegen eines besseren Arondissements gutgeheißen worden war, sollten als Grundlagen der Verhandlungen dienen. Man sicherte sich gegenseitige Unterstützung zu, man wollte den Grundsatz der Unverletzlichkeit der erblichen Besitzungen sowohl durch Frankreich als auch durch den Kaiser zur Anerkennung zu bringen suchen. Zur Säkularisation sollte Frankreichs Zustimmung erstrebt werden. Doch könne dieses Vorgehen Republikanisierungen in den geistlichen Territorien zur Folge haben, wenn die Zeit zwischen Verhandlung und Besitzergreifung zu lange sei. Daher sollten die Manöver so vorbereitet werden, daß Preußen und Hessen diejenigen geistlichen Gebiete, über deren Zusprechung Einigung erzielt sei, sogleich provisorisch in Besitz nehmen, die Proklamationen an die neuen Untertanen in gleichem Sinne und mit den gleichen Wendungen abgefaßt sein[212].

Indessen wartete der Landgraf die gemeinsamen Verhandlungen in Rastatt nicht ab, er schickte Waitz im November nach Paris, um den Boden daselbst vorzubereiten[213]. Er teilte Haugwitz seine Sendung mit und bat um Verhaltungsmaßregeln und um diplomatische Unterstützung, erhielt aber eine hinhaltende Antwort. In Paris begann bereits, was sich in Rastatt dann fortsetzte, daß Frankreich den einen gegen den andern ausspielte, so hier Hessen gegen Preußen. Man erkannte in Paris die P. C. an. Man gab sogar die von Waitz mit 400 000 Frcs. bezahlte Zusicherung, daß Frankreich einer sofortigen Besetzung der Länder der P. C. ruhig zusehen werde. Der badische Vertreter, Reitzenstein, schrieb nach Karlsruhe, er glaube, daß Waitz gute Geschäfte ge-

macht habe. Mit 20 000 Mann verfügbarer Truppen und einem Koffer voll Millionen habe er tüchtig Quadratmeilen gekauft[214]. Waitz kam 1798 über Rastatt aus Paris zurück. Es galt nun auch, die preußische Zustimmung zur sofortigen Besetzung einzuholen, und der Kurfürst beschloß, Waitz nach Berlin zu senden. Dort war diese Reise aber sehr unerwünscht, und Wilhelm erhielt den Befehl, sie zu verhindern. Das gelang zwar nicht. Waitz traf am 23. Februar in Berlin ein. Wilhelm hatte bereits von seinem kurzen Aufenthalt in Berlin den Befehl mitgenommen, den Landgrafen von der Besetzung, die er schon vorbereitete, mit allen Mitteln abzuhalten, und Waitz wurde in einer Note eröffnet, Preußen erwarte zuversichtlich, daß der Landgraf noch keine Anstalten zur Okkupierung der in der P. C. immer unter gewissen Voraussetzungen als Entschädigung für ihn beabsichtigten Länder treffe, sondern deshalb den Gang der allgemeinen Unterhandlungen und die weiteren Eröffnungen der Berliner Regierung abwarten und sich auf jedem Fall dem bestehenden freundschaftlichen Verhältnis gemäß mit ihr gehörig konzertieren werde[215]. Über Fürstenbundpläne, die Waitz damals betrieb[216], geht aus den Akten Wilhelms nichts hervor. Waitz kehrte Anfang März sehr enttäuscht von Berlin zurück, und der Landgraf war ebensowenig mit dem Ergebnis seiner Aktion zufrieden. Er begann, seine Gunst dem französischen Geschäftsträger Rivals zuzuwenden. Er verzichtete notgedrungen einstweilen auf die Besetzung, die ihm ohne den Rückhalt Preußens doch zu gewagt erschien. Das Bückeburger Abenteuer hielt ihn vor einer Wiederholung zurück.

Noch während Waitz in Paris verhandelte, gelangte bei der Besetzung von Mainz durch die Franzosen das Gerücht nach Kassel, dem Landgrafen solle in Rastatt die Abtretung Hanaus an Darmstadt und Schaumburgs an Preußen zugemutet werden. Er begann daraufhin zu mobilisieren und Truppen nach Hanau zu schicken. Gleichzeitig sandte er den Oberhofmarschall von Veltheim nach Berlin, sich von Preußen seinen Besitzstand garantieren zu lassen. Wilhelm machte ihn auf den schlechten Eindruck dieser Maßnahmen aufmerksam und drückte sein großes Erstaunen darüber aus, daß er sie Preußen verheimlicht habe. Es kam sogar zu Auseinandersetzungen zwischen dem Landgrafen und Rivals. Die Franzosen trafen schwere Gegenmaßregeln. Wilhelm vermittelte und vermochte den Landgrafen, die Truppen zurückzuziehen und dem französischen Geschäftsträger zu erklären, es habe sich um Verlegung der Regimenter in andere Garnisonen gehandelt. Wilhelm wurde vom Berliner Kabinett bescheinigt, daß er sich in dieser Angelegenheit sowohl dem Landgrafen als auch Rivals gegenüber klug benommen und sie zur Zufriedenheit des Königs durchgeführt habe.

Über die Ankunft Veltheims und den Zweck seiner Sache hatte Wilhelm schon vorher das Kabinett unterrichtet, sodaß man ihn zu behandeln wußte. Veltheim hatte auch den Auftrag, für die Tätigkeit Waitzens in Paris Unterstützung zu fordern. Man erklärte sich in Berlin bereit, die P. C. dem französischen Gesandten in Rastatt überreichen zu lassen. Der Landgraf wünschte jedoch eine Aktion in Paris. Zur selben Zeit war der Major von Heister in geheimer militärischer Sendung in Berlin. Er sollte die Partei des Herzogs von Braunschweig beobachten, sollte die Bewilligung der dem Landgrafen für den Gouverneurposten in Wesel zustehenden Gage, sowie die Übertragung des

Generalats oder der Inspektion über sämtliche westfälischen Regimenter und des Kommandos der Observationsarmee an den Landgrafen betreiben. Auch darüber hatte Wilhelm das Kabinett vorher unterrichtet, sodaß der König Heister von selbst zu einer Audienz aufforderte und von den Wünschen des Landgrafen anfing. Man vertröstete ihn auf die erste Gelegenheit, wo man ihm ein seinen militärischen Fähigkeiten entsprechendes Kommando geben würde [217]. Im übrigen wurde Wilhelm angewiesen, die weitgehenden militärischen Wünsche des Landgrafen zu bremsen.

Eine weitere Angelegenheit war geeignet, die Stimmung für Preußen in Kassel zu verschlechtern. Der Landgraf beabsichtigte, Verbindung mit dem Kaiser zu suchen und den Grafen von der Lippe als Gesandten nach Wien zu schicken, um die hessischen Entschädigungswünsche daselbst zu befördern. Wilhelm meldete das sofort nach Berlin mit der Bemerkung, daß er in der Lage sei, die Sendung des Grafen zu hintertreiben, wenn er den Befehl dazu erhalte. Man schrieb ihm, er solle die Sache auf schickliche Weise, die nicht auf- und mißfiele, aus der Welt schaffen. Er hatte Erfolg darin.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die preußisch-hessischen Beziehungen durch alle diese Dinge eine starke Trübung erlitten. Wilhelm benutzte die Furcht des Landgrafen vor der im Anfang des Jahres 1798 überall in Deutschland geübten revolutionären Propaganda Frankreichs [218], um in einem äußerst geschickten Briefe an den Landgrafen sich dessen Sympathie wieder zu gewinnen. Der Brief, in welchem er auch Mißtrauen zu säen sucht zwischen dem Landgrafen und seinen Ministern, insbesondere Waitz, möge ungekürzt wiedergegeben werden, weil er Wilhelms Art grell beleuchtet.

„Am vergangenen Mittwoch habe ich ein Schreiben von des Königs Majestät erhalten, worin mir allerhöchst dieselben bemerkten, wie Sie sich schmeichelten, daß Eure Hochfürstliche Durchlaucht von der aufrichtigen Freundschaft überzeugt wären, die Sie höchst denenselben so gänzlich gewidmet hätten, und daß Eure Hochfürstliche Durchlaucht versichert sein könnten, daß Höchstdero Interesse mit dem Ihrigen so genau verbunden wäre, daß sie bei dem gegenwärtigen wichtigen Augenblick gewiß keine Gelegenheit versäumen würden, um den Wünschen und Absichten von Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht entgegenzukommen.

Nun aber hielten S. M. diesen Augenblick für ebenso kritisch und der bei allen Schritten die größte Vorsicht erforderte und bei dem nur durch gemeinschaftliche Maßregeln dasjenige bezweckt werden könnte, welches den Absichten der beiden Allerhöchsten und Höchsten Höfe entsprechen könnte.

Zugleich haben mir seine Majestät befohlen, Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht untertänigst zu bemerken, daß sie zuverlässige geheime Nachrichten erhalten hätten, daß sich in den Staaten Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht, besonders denjenigen, die am nächsten am Rhein gelegen wären, Leute aufhielten, die sehr bös gesinnte geheime Absichten hätten, und die unter dem Namen Propagandisten bekannt sind.

Welchen Schaden und Nachteil das Handwerk dieser Unruhestifter in den gegenwärtigen Zeiten schon verursacht hat, kann den tiefen Einsichten von Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht nicht entgangen sein.

Wahrscheinlich ist die Absicht und der Auftrag dieser Menschen, das Revolutionssystem in dem Herzen unseres deutschen Vaterlandes weiter fortzupflanzen. Seine Königliche Majestät haben sich über diesen Gegenstand noch weiter zu äußern geruht und mir aufgetragen, Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht hiervon die untertänigste Anzeige zu machen, indem Sie überzeugt wären, daß Höchstdieselben solche Befehle zu erteilen geruhen würden, daß besonders in den Landortschaften das wachsamste Auge auf dergleichen Neuerungsprediger gehalten und ihnen ihr Handwerk, doch auf eine solche Art, gelegt würde, daß man dabei soviel als möglich alles öffentliche Aufsehen vermeide, welches in dem gegenwärtigen Augenblick ebenfalls sehr gefährlich werden könnte.

Indem S. M. mir anbefohlen haben, Eurer Durchlaucht hiervon untertänigste Anzeige zu machen, so schmeicheln Sie sich, daß Höchstdieselben hierin bloß den aufrichtigsten Beweis des freundschaftlichen Zutrauens von S. M. finden werden.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die geheimen Nachrichten, die S. M. über diesen Gegenstand erhalten haben, aus sehr höherer und zuverlässiger Hand kommen, vorzüglichst da Allerhöchst dieselben wünschen, daß Eure Hochfürstliche Durchlaucht hiervon nur diejenigen Gebrauch zu machen geruhen, den die dagegen zu treffenden Vorsichtsmaßregeln erheischen. Besonders da S. M. in dem Fall, daß man hiervon Kenntnis erhielte, der Kanal verstopft werden würde, woher diese Nachrichten gezogen werden.

Sollte diese gefährliche Art Menschen, die sich zu diesem Handwerk gebrauchen lassen, auch merken, daß ihre Absicht erraten sei, so werden sie solche und andere Maßregeln treffen, wovon man vielleicht leider zu spät Kenntnis erhielte. Ich würde es daher auch als eine Gnade ansehen, wenn Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht weiter keine Erwähnung von diesem Brief zu machen geruhten, ihn vernichteten und den Inhalt davon bloß als ein Zeichen meiner treuesten Verehrung im Herzen behielten und ihn so benutzten, wie es die erhabenen und großen Regententugenden und Einsichten von Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht zum voraus versichern.

Ich habe dem Herrn Minister von Waitz hiervon einige Eröffnung mit der Bitte gemacht, es zu Höchstdero Wissenschaft gelangen zu lassen, ich zweifle daher auch nicht, daß dieses geschehen ist [219]. Meine Pflicht und meine unbegrenzte Ehrerbietung gegen Eure Hochfürstliche Durchlaucht gebietet mir aber, Höchstdenenselben selbst die untertänigste Anzeige davon zu machen. Es ist nicht Furcht, welches meinen allergnädigsten Monarchen bewegt, Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht hiervon Kenntnis geben zu lassen. Es ist wahre Freundschaft gegen Höchstdero Person und natürliches Mißfallen an den gegenwärtigen besonderen Ereignissen.

Man sucht gegenwärtig diejenigen Regenten sicher und sorgenlos zu machen, die noch eigene innere Energie, Tätigkeit und Geisteskräfte besitzen und diesem unseligen Revolutionssystem durch weise Maßregeln und durch ein erhabenes und liebreiches Betragen gegen die Untertanen die Spitze bieten, um ihre böslichen Absichten dadurch unvermerkt zu vereiteln. Unter diesen Regenten stehen Eure Durchlaucht an der Spitze, Höchstdieselben gehen diesen Fürsten mit dem erhabensten Beispiele voran.

Das Glück und die Gnade gehabt zu haben, die großen Regenteneigenschaften und die weisen Maßregeln von Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht im Stillen und in der Nähe zu beobachten, rechtfertigen mich zu diesem Urteil, welches keineswegs eine leere Schmeichelei eines Ministers oder Hofmannes ist. Um aber die oben bemerkten und, wenn ich mich des Ausdrucks bedienen darf, selbstdenkende und selbstregierende Regenten noch sicherer zu machen, ist es nötig, daß man diejenigen Personen durch allerhand wunderbare Eingebungen und Insinuationen zu entfernen sucht, die diesem Neuerungssystem ebenfalls entgegen sind und die Regenten vielleicht auf Schritte aufmerksam machten, die ihren Absichten entgegen sein dürften. Ich bin sehr weit entfernt, mich bei meiner jugendlichen Erfahrung unter die Klasse solcher Diener und Männer zu setzen, die den Fürsten in diesem wichtigen Augenblick nützlich sein können.

Meine Treue gegen meinen Monarchen und meine persönlichen Verhältnisse als Mitglied einer reichsständischen Familie, die im kleinen das nämliche Interesse der großen Fürsten hat, ist unterdessen nicht minder groß als die Erfahrung alter treuer Diener. Da man die patriotischen Gesinnungen meines Monarchen und seinen Abscheu gegen das Neuerungssystem kennt, so ist es mir seit meiner letzten Rückkunft aus Berlin doch sehr auffallend gewesen, daß man durch besondere wunderbare Erzählungen vielleicht die Absicht gehabt hat, mich der Gnade zu berauben, Eure Hochfürstliche Durchlaucht nicht mehr so öfters zu sehen, als ich mich sonst dieses großen Vorzugs schmeicheln durfte.

Man kennt meine Gesinnungen, man weiß meine Verhältnisse als Gesandter: Die Clique der Revolutionsmänner denkt, man muß diesen Mann von dem Fürsten soweit als möglich entfernen, weil er nicht in unsere Idee entriert, und nicht nützlich, wohl aber durch die Unterhaltung der engsten Verbindung zweier Mächte, die innere Energie besitzen, schädlich sein kann.

Verzeihen Eure Hochfürstliche Durchlaucht, daß ich mir die Freiheit nehme, dieses untertänigst zu bemerken; wäre Eure Hochfürstliche Durchlaucht nicht Fürst und Regent und Höchstdieselben würden die Lage der Dinge durch die verschiedenen Äußerungen, die man sich gegen mich erlaubt, ganz kennen, so würden Sie, Gnädigster Herr, meinen Verdacht nicht so lächerlich und übertrieben finden, als es gegenwärtig wohl das Ansehen hat.

Viel, sehr viel würde die andere Partei gewonnen haben, wenn sie es dahin bringen könnte, zwischen Hessen und Preußen nur eine Gleichgültigkeit oder ein unglückliches Mißtrauen zu erregen.

Ich werde mich unterdessen nie irre machen lassen und mich freuen, Gelegenheit zu finden, um zu bestätigen, daß ich ein ebenso treuer Diener von Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht als von meinem Monarchen bin, und daß ich nie die Absicht Seiner Majestät, die engste und genauste Freundschaft mit Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht als so naher Verwandter und Alliierter zu unterhalten, aus dem Gesicht verlieren werde . . . .[220]"

Obwohl sich der Landgraf derartigen Schmeicheleien nicht leicht zu entziehen vermochte, blieb die politische Atmosphäre in Kassel infolge der Berichte aus Rastatt schwül. Doch war die Anwesenheit Wilhelms für Preußen ein erhebliches Gegengewicht gegen die in Kassel zu immer größerem Einfluß gelangende französische Partei.

Im April 1798 begab sich der Landgraf über Hanau, Koblenz, Köln nach Wesel, um die Festung zu inspizieren. Waitz begleitete ihn bis Hanau und reiste von dort nach Rastatt. Seine Berichte lauteten ungünstig. Die Konvention sei kaum durchzusetzen. Die Franzosen schoben die Schuld auf Preußen. Sie ermunterten Waitz aufs neue, die Gebiete der P. C. zu besetzen und boten ihre diplomatische Unterstützung an; sie legten ihm nahe, daß sich Hessen mit Kurpfalz, Zweibrücken, Baden und Württemberg vereinige, die ebenfalls besondere Konventionen wegen ihrer Entschädigung mit der französischen Regierung geschlossen hätten, ein Gedanke, der in dieser und anderer Form die hessischen und französischen Politiker noch das ganze Jahr beschäftigte [221]. Preußen hatte anfangs wirklich für Hessen die Gebiete der P. C. in Rastatt gefordert [222], aber es wurde ja selbst, wie bekannt, dort durch die österreichische Gegnerschaft und durch das französische Spiel von Schritt zu Schritt zurückgetrennt, bis es selber mit Österreich den Verzicht auf Entschädigungen aussprach. So mag es wohl stimmen, wie Waitz in Kassel erzählte, daß Görtz [223] mehrmals geäußert habe, daß die P. C. keine Aussicht auf Verwirklichung habe; und Preußen ließ schließlich durch Wilhelm erklären, daß man in Rastatt für Hessen nichts tun könne.

Waitz redete dem Landgrafen zu, auf den neuen Vorschlag Frankreichs, die Länder der P. C. zu besetzen, einzugehen. Wilhelm versäumte keine Gelegenheit, sowohl ihm als auch dem Landgrafen zu erklären, wie nachteilig es sein würde, wenn sie den französischen Einflüsterungen Gehör gäben, und er hatte die größte Mühe, die Besetzung zu hintertreiben. Auf eine Beschwerde des Landgrafen in Berlin über den Mißerfolg Waitzens mußte Wilhelm Ende Juli antworten: der König erkenne die Verluste, die der Landgraf im Krieg egehabt habe, an und bemühe sich auch weiter um seine Entschädigung, aber die Verhältnisse hätten sich seit dem Abschluß der P. C. sehr geändert. Das Reich brauche Frieden und Ruhe. Hessens große Ansprüche brächten neue Verwickelungen. Grade die vornehmen Stände sollten auf dem Kongreß ein Beispiel von Mäßigung und Uneigennützigkeit geben, was das einzige Mittel zum Frieden sei. Wilhelm wurde anbefohlen, daraufhin zu wirken, „daß nicht bei diesem Fürsten die französischen Insinuationen zu vielen Eingang fänden, bei denen man seiner Vergrößerungsbegierde ein so weites Feld geben zu wollen scheine, in der Tat aber nur die Anstiftung immer mehrerer Irrungen im Reiche zur Absicht habe (28. Juli 1798)."

Zu einer solchen neuen Insinuation führte, nachdem die P. C. in Rastatt unter den Tisch gefallen war, die Besetzung der dem hessischen Gebiete enklavierten mainzischen Ämter Fritzlar und Neustadt mit Amöneburg durch die Franzosen. Es war eine Nachwirkung der Besetzung von Mainz, welches der Friede von Campoformio den Franzosen überlassen hatte. Hatten schon allerlei französische Forderungen in bezug auf Ehrenbreitstein, das Fort Kastell und den Brückenkopf Neuwied den Landgrafen geärgert, so fühlte er sich nun besonders dadurch verletzt, daß er als Zehnteninhaber von Amöneburg durch die französischen Kontributionsforderungen mitbetroffen wurde. Sein Empfinden lehnte sich dagegen auf, als Neutraler und im Frieden mit Frankreich lebend Kontributionen und Requisitionen bezahlen zu sollen, und er kam wieder auf allerhand kriegerische Gedanken. Wilhelms Verhältnis zu ihm besserte sich durch diese Zwischenfälle wieder, er wurde als einziger Gesandter

eingeladen, dem Landgrafen nach Hofgeismar und Nenndorf zu folgen. Aber die hessischen Minister, insbesondere Waitz, versuchten nun wenigstens, eine Abschlagszahlung auf die P. C. zu erhalten, und rieten dem Landgrafen, sich mit den Franzosen in der Weise zu verständigen, daß sie ihm die Besetzung überließen. Sie waren bereit dazu, wenn er an die rechtsrheinischen Truppen die entsprechenden Kontributionen bezahle. Waitz schlug vor, darauf einzugehen. Wilhelm riet jedoch ab. Es könne dem Landgrafen teuer zu stehen kommen, wie die Besitzergreifung Bückeburgs, auch hoffe man, daß er so etwas nicht ohne vorherige Verständigung mit Preußen tue (26. Aug. 98). Am 5. Sept. wurde Wilhelms Haltung in dieser Frage lobend anerkannt. „Der Landgraf würde sich in sehr schlimme Händel verwickeln und seinem Interesse mehr schaden als nützen, wenn er den Antrag befolgen und die mainzischen Ämter in Besitz nehmen wollte. Ihr habt daher sehr wohl getan, dem Herrn von Waitz in der angezeigten Art die Idee völlig auszureden. Es scheint jetzt vielmehr auf eine andere Betrachtung anzukommen, die dem Landgrafen dringender sein muß, nämlich seine eigene Neutralität zu behaupten und, jedoch ohne zu voreilige und Ombrage erweckende Anstalten, seine eigenen Staaten gegen Belästigungen zu sichern, wenn die französischen Truppen, wie es den Anschein gewinnt, weiter vorrücken und die geistlichen Länder in Besitz nehmen sollten."

Aufgegeben war die Idee der Besetzung Fritzlars und Neustadt-Amöneburgs allerdings noch nicht. Waitz fragte nun selber in Berlin an, wie man sich dazu stellen würde. Man erwiderte ihm, daß es dabei vornehmlich auf das Interesse des Kurfürsten von Mainz ankomme, und daß es dem Landgrafen überlassen bliebe, sich um dessen Zustimmung zu bewerben, nach deren Eingang man in Berlin keinen weiteren Anstand bei der Sache finden würde. Waitz reiste Mitte September wieder nach Rastatt. Er nahm seinen Weg über Fulda. Wilhelm hatte in Erfahrung gebracht, daß er es mit Bestechung des fuldischen Präsidenten von Bibra zu erreichen suchen wolle, daß die bischöfliche Regierung zur Besetzung Fuldas vielleicht die Hand böte. „Es macht Eurer Aufmerksamkeit Ehre, den geheimen besonderen Auftrag in Erfahrung gebracht zu haben, welchen der Herr von Waitz in Fulda ausrichten sollte. Man kann es mit Ruhe darauf ankommen lassen, welche Antwort er erhalten wird," war die Antwort des Kabinetts auf Wilhelms Meldung. Waitz fand denn auch keine Gelegenheit in Fulda, über diese politischen Pläne zu sprechen. Auch mit der Entwicklung der Rastatter Angelegenheiten war er gar nicht zufrieden. Der Krieg zwischen Frankreich und Östreich sei unvermeidlich, so berichtete er, Fulda werde auch von Hessen-Darmstadt als Entschädigung beansprucht. Waitz erlangte schließlich im November in Rastatt die Zustimmung des mainzischen Kanzlers von Albini zur Besetzung der kurmainzischen Ämter unter der Garantie Preußens und des Kaisers. Man bat nun auch um die Genehmigung in Paris, aber dort blitzte man mit dem Antrag der Besetzung ab, und alles stellte sich, wie Wilhelm längst vermutet hatte, als eine Intrigue eines gewissen Basse heraus, den Waitz in Paris kennengelernt hatte. Anfang Dezember erklärte Frankreich seine Einwilligung zur Besetzung Fritzlars, diejenige Neustadts und Amöneburgs könne es jedoch nicht gestatten, da man die beiden Ämter zur Verpflegung der Truppen noch gebrauche. Auch rückte Albini von der mainzischen Zustimmung wieder ab, die Be-

setzung Fritzlars allein erschien zu unbedeutend, und so blieb die Sache einstweilen auf sich beruhen.

Waitz betrieb in Rastatt aber noch viel wichtigere Dinge als die Besetzung der mainzischen Ämter. Der Landgraf war nach dem Scheitern der preußisch-französischen Bündnisverhandlungen in Berlin zu einem wichtigen Posten in dem nunmehr von Frankreich aufgenommenen Fürstenbundsplan ausersehen. Er sollte das ganze nördliche Deutschland bis zur Weser zu einem Nordbund unter dem Schutze Frankreichs vereinigen, Süddeutschland sollte zu einem Südbund zusammengefaßt werden, und östlich von diesen beiden Preußen und Östreich als selbständige Mächte weiter bestehen [224]. Rivals mußte beim Landgrafen darüber sondieren. Doch führte die Sache zu nichts [225]. Mancherlei von dem, was aus Rastatt nach Kassel berichtet und von Wilhelm nach Berlin weitergegeben wurde, muß in diesen Zusammenhang gestellt werden. So erklärte Anfang Dezember 1798 die französische Gesandtschaft in Rastatt, daß sie angewiesen sei, in Propositionen die Kurwürde Hessens zu verlangen. Ferner wünsche die französische Regierung, daß der Landgraf die Länder der P. C. besetze. Wilhelm zögerte nicht, auf das gefährliche und lächerliche dieses Vorschlages hinzuweisen. Waitz ging jedoch nicht sogleich von dieser Idee ab. Wilhelm gestand zu, daß die preußische Regierung die französische jederzeit in der Frage der Kurwürde unterstützen würde. Damit hatte er zuviel gesagt. Denn das Berliner Kabinett teilte ihm am 21. September mit, daß man einen französischen Antrag auf Erteilung der Kurwürde an Hessen auf dem Reichsfriedenskongreß nicht gerne sehen würde, weil ein solcher Antrag eine Angelegenheit des Reiches sei, wobei es auf die Zustimmung Frankreichs gar nicht ankommen könne. Dergleichen Einmischungen könnten nicht anders als von gefährlicher Konsequenz für die Selbständigkeit des Reiches sein und würden ohne Zweifel auch selbst den Wunsch des Landgrafen bei dem kaiserlichen Hofe weiter hinaussetzen [226]. Der Landgraf erhielt zugleich eine Note im selben Sinne, und Wilhelm bekämpfte hinfort den französischen Kurwürdenantrag.

Eine gute Gelegenheit, der Annäherung Hessens an Frankreich entgegenzuwirken, gab die Reise des Landgrafen Anfang Oktober nach Wesel. Er hatte Wilhelm gebeten, beim französischen Gesandten zu sondieren, ob man in Frankreich diese Reise politisch auffassen würde. Es ist nicht ersichtlich, ob Wilhelm wirklich die richtige Meinung Rivals dem Landgrafen wiedergegeben hat, als er ihn über die Reise beruhigte, oder ob er, was sehr verlockend gewesen wäre, trotz des etwaigen Abraten Rivals den Landgrafen zur Reise gedrängt hat. Auf alle Fälle konnte es nicht in Wilhelms Absicht liegen, diese zu verhindern. Ihre Wirkung auf die Franzosen lag jedenfalls in seinem Sinne und unterstützte seine Ziele; denn sie waren darüber sehr unzufrieden. Die preußischen Militärdienste widersprächen der Souveränität des Landgrafen, hieß es in Paris, und dieser war über diese Äußerung sehr aufgebracht und zornig auf Waitz, und Wilhelm schürte das Feuer kräftig. Auch von Rastatt kamen ähnliche Klänge nach Kassel. Der Landgraf müsse sich unabhängiger benehmen. Er müsse mit andern bedeutenderen Fürsten sich zusammenschließen und das Reichsfriedensgeschäft zu Ende führen und dann die Länder der P. C. mit französischer Genehmigung besetzen. In Paris verhandelte Steuben mit Talleyrand über diesen Fürstenbundsplan. Aber er besaß die Unvorsichtigkeit, den Landgrafen an die Aus-

zahlung der versprochenen Geschenke und Bestechungsgelder zu erinnern. Das wirkte gerade in entgegengesetztem Sinne. Der Landgraf vermutete eine Intrigue, und der Zugriff auf seine Kassen war ihm äußerst unangenehm.

Einen Bericht Kopps aus Paris aus den ersten Dezembertagen, daß man dort mit Preußen sehr unzufrieden sei, und daß es und seine Alliierten nichts zu erwarten hätten, verdächtigte Wilhelm gegenüber dem Landgrafen mit der Bemerkung, daß diese Nachrichten von Basse stammten, und machte diesen so schlecht, daß Kopp den Befehl erhielt, jeden Verkehr mit ihm abzubrechen.

Anfang Dezember 1798 holte Frankreich in Kassel zum entscheidenden Vorstoß aus. Der französische Gesandte machte Waitz im Namen seiner Regierung den Antrag, daß Hessen mit Frankreich eine Allianz schlösse. Waitz gab zunächst eine ausweichende Antwort. Der Landgraf befahl, die Allianz auf schickliche Weise abzulehnen. Als Köder hatte Frankreich nunmehr die Besetzung Amöneburgs genehmigt. Doch wurde jetzt auch Waitz stutzig und mißtrauisch und vermutete hinter dieser Schwenkung andere Absichten. In Berlin hielt man eine solche Allianz für verfassungswidrig. Am 12. Dezember war sie endgültig abgelehnt. Der französische Gesandte war darüber sehr überrascht und erklärte Waitz: „Der Landgraf liebt das Direktoire nicht, und dieses liebt ihn ebenso wenig, seine Minister aber sind ohne Einfluß." Auch Talleyrand war über die Ablehnung der Allianz sehr ungehalten. Ende Dezember machte er Kopp neue, aber sehr unbestimmte Eröffnungen. Doch blieb die Allianz abgelehnt, und das Verhältnis Hessens zu Frankreich war auch im folgenden Jahre sehr kühl [227].

Der Faden der zahlreichen Geschäfte, die Wilhelm bisher neben seiner amtlichen Tätigkeit betrieben hatte, reißt auch in den Jahren 1797/98 nicht ab. Das Vordringen der Franzosen im Jahre 1797 unter Hoche, der am 18. April bei Neuwied den Rhein überschritt und über den Westerwald allmählich südöstlich bis zur Nidda vorrückte, gab Wilhelm Anlaß, für das Land seiner Väter wiederum den preußischen Schutz zu erwirken. Ende September 1797 versuchte ein französisches Kommando, sich für den Winter in Wittgenstein häuslich einzurichten. General Hoche gab auf preußische Fürsprache hin die Zusage, das Kommando abzuberufen. Er starb aber am 18. September in Wetzlar [228], bevor der Befehl erteilt war. Sein Nachfolger, General Lefèbre, übernahm das Versprechen seines Vorgängers, und Wittgenstein blieb verschont [229]. Es hatte auch 1798 Ruhe vor feindlichen Überfällen. Der Herzog von Braunschweig legte ein Kommando von sechs Mann in die Grafschaft, um sie vor Marodeuren zu schützen. Graf Friedrich wurde die preußischen Soldaten aber bald leid und wollte sie zurückschicken. Wilhelm warnte ihn davor, weil er damit auch den preußischen Schutz aufgäbe. Er warnte ihn auch vor einem anderen Fehler, den er zu begehen im Begriffe stand. Er wollte kaiserliche Obligationen kaufen in der Hoffnung, daß sie bald wieder steigen würden, das Geld dazu hätte er leihen müssen. Wilhelm schrieb ihm Ende 1797: „Wenn Du meinem treuen Rate folgen willst, so bitte ich Dich inständig, alle wichtigen Sachen in Ruhe zu lassen, bis der Reichsfriede geschlossen ist, alle Ausgaben, sie bestehen in bauen, verbessern und dergleichen, beruhen zu lassen, bis man einmal mit Gewißheit weiß, ob Du regierender Graf von Wittgenstein

bleibst, oder Amtmann werden wirst, oder ob man Dir in irgend einem Flecken ein Gut zur Entschädigung geben wird. Wenn Du Dich selbst lieb hast, so behalte diese Nachricht für Dich und sage keinem Menschen ein Wort davon, damit Du Dich danach richten kannst. Die gescheiteste Politik für einen mindermächtigen regierenden Herrn ist gegenwärtig, jeden Taler dreimal herumzudrehen, ehe man ihn ausgibt. Der andere Bogen wird Dir mehr sagen." (Leider ist dieser nicht mehr erhalten[230].)

Die Sahnische Sache suchte Wilhelm auch auf den Kongreß zu Rastatt zu bringen. Das bevorstehende Ableben des Inhabers von Hachenburg, des Burggrafen Johann August von Kirchberg, trieb zur Eile. Als es in der ersten Hälfte des Jahres 1799 erfolgte, versäumte Graf Friedrich nicht, zur Wahrung der wittgensteinischen Ansprüche die Formalitäten zu erfüllen, nämlich in Hachenburg gegen die Besitzergreifung durch Nassau-Weilburg protestieren zu lassen und den Lehnsherrn von Sahn, den Kurfürsten von der Pfalz, zu bitten, Nassau-Weilburg am Besitz zu hindern und ihn damit zu belehnen. Den durch Kassel reisenden preußischen Gesandten von Dohm bat Wilhelm um Unterstützung in Rastatt, und auch dem Vertreter des Wetterauischen Grafenkollegiums daselbst, dem Grafen von Solms-Laubach, übertrug er die Sache zur Beförderung. In Paris ließ er sie durch den Geheimrat Plitt betreiben, und auch der Landgraf beauftragte Waitz, sich dort dafür einzusetzen. Dem preußischen Ministerium schickte Wilhelm ein Schriftstück von 20 Bogen über die Angelegenheit. Die Haas'sche Deduktion wurde in dieser Zeit endlich fertig, und Wilhelm verteilte 24 Stück an den Gesandten in Rastatt, und ebenso ließ er sie den Abgeordneten in Regensburg zustellen. Die Hoffnungen gingen auf und nieder. Und als von Paris die Nachricht kam, daß dort nur noch die Unterstützung des Königs von Preußen nötig sei, fuhr Wilhelm am 22. Januar 1798 sofort nach Berlin. Aber der preußische Gesandte berichtete im März 1798 aus Rastatt, die Sache eigne sich nicht für den Kongreß, und Solms-Laubach schrieb im Januar 1799, daß sie trotz der guten Deduktion dort nicht zur Sprache kommen würde, weil es sich um eine Erbbesitzung handele. Auch entscheide dort nicht das Recht, sondern die Politik. Zudem bekäme sie durch den bevorstehenden Krieg ein ganz anderes Gesicht. In Regensburg hatte die Deduktion eine vorzügliche Aufnahme gefunden. Der wittgensteinische Agent daselbst, Bösener, schrieb am 14. August 1798, daß sie allgemein zu Gunsten Wittgensteins gewirkt habe, der bayrische Komitialgesandte, Graf von Lerchenfeld, erstattete am 30. August 1799 einen vorzüglichen Bericht an seinen Herrn, sowohl über die Sache, als auch über die Deduktion, deren Hauptausführungen die Rechtslage darstellten, und deren Anhang einen gütlichen Vergleich vorschlüge[231]. Wilhelm hatte sich ja längst darein gefunden, daß sein Haus nicht wieder in den Besitz des Landes kommen würde, und seine Gedanken richteten sich auf einen solchen Vergleich, welcher eine gründliche Entschädigung bringen sollte. Im März 1798 hatte er in Kassel den fürstlich-löwensteinischen Geheimrat Hinkeldey getroffen. Der schlug ihm einen Vergleich auf folgender Grundlage vor: Abfindung der wittgensteinischen Ansprüche durch ein Kapital, Zahlung von 300 000 Reichstalern für Prozeßkosten, Konsense und Sustentationsgelder. Wilhelm suchte die Sache hinfort auf dieser Grundlage zu Ende zu führen[232].

Nachdem er zu ständigem Wohnsitz in Kassel gelangt war, richtete er sich dort häuslich ein. Er mietete das Palais des Prinzen Friedrich von Hessen-Rumpenheim auf der Oberneustadt, in der Bellevue und Philippinenstraße für 80 Carolins jährlich. Eine Anzahl Rechnungen für Tischler-, Polsterer- und andere Handwerkerarbeiten, sowie für Geschirrlieferungen, geben Zeugnis von einer gründlichen Herrichtung seines neuen Heims. Am 23. September 1798 stieg die verwitwete Königin auf der Durchreise nach Hanau bei ihm ab und richtete viel Verwirrung an. Auf der Rückreise Mitte November blieb sie eine gute Woche in Kassel und wohnte hier in Wilhelms Haus [233].

Sobald Wilhelm nach seiner Ernennung zum Gesandten nach Kassel gekommen war, widmete er sich der endgültigen Einrichtung des C. C. C. Noch Ende 1797 verhandelte er mit dem Oberpostmeister Ruppel. Dieser wollte die Sache gleich ins große treiben und der Gründung seinen eigenen Namen in Verbindung mit dem eines jüdischen Hofagenten Simon geben. Wilhelm lehnte beides ab, das letzte besonders der Ehre wegen, das erste, weil für den Anfang nur die Zinsen von 1000 Carolins riskiert werden sollten. Ruppel schied darum wieder aus, und als Interessenten am C. C. C. erscheinen Wittgenstein (Wilhelms Bruder), die beiden Direktoren Bohle und Harnier und Greuhm. Die ersten Geschäfte machte man noch Ende 97, bevor die feierliche Eröffnung erfolgt war, und auf den Anteil Friedrichs fiel dabei ein Gewinn von 200 Gulden, ohne daß man bare Fonds nötig gehabt hätte. Das Geld für den wittgensteinischen Anteil beschaffte Wilhelm, indem er zwei Tabatieren versetzte, die eine vom König, die andere von der Königin. Am 1. Januar 1798 trat es dann ins Leben. Aber gleich gab es Krisen. Der Austritt Ruppels hatte zu einer Verstimmung Greuhms geführt, welcher seinem Herrn schon damals öfter sehr lästig zu werden begann. Am 27. Februar 1798 bestand der ganze Fonds aus 2000 Carolins. Um einige kleinere Anleihen wurde das C. C. C. angegangen; die Dillenburger begehrten 100 000 Gulden, die Wittgensteiner Bauern 12 000 Gulden, die nassauischen Gemeinden ebenso, aber es winkten bald größere Aussichten, für die man die Bestände zusammenhalten mußte. Die Verbindungen des C. C. C. gingen schon damals nach Hamburg. Der dortige Korrespondent war Wolf Levin Popert, der über eine Million kommandiere, wie Wilhelm schrieb [234].

Erst durch ein großes Geschäft kam das C. C. C. richtig in Gang [235]. Am 31. Dezember 1797 schrieb Haugwitz an Wilhelm, der König wünsche zur Sanierung der in Unordnung geratenen Finanzen eine Anleihe. Er solle beim Landgrafen über Bereitwilligkeit, Höhe des Kapitals und der Zinsen sondieren. Er sei wegen seiner Kenntnis des „locals" und seiner Art, sich zu benehmen, am besten dazu geeignet. Die Sache müsse vorläufig geheim bleiben. Der Landgraf lehnte jedoch mit dem Hinweis auf seine leeren Kassen, sowie auf die 4—5 Millionen Subsidien, die von England noch ausstünden, ab, wenn Preußen sich für deren Auszahlung einsetze, so sei er erbötig, eine Million zu leihen. Als Wilhelm Anfang Februar von Berlin zurückkehrte, nahm er eine ausführliche Instruktion für die Führung der Anleiheverhandlungen mit. Der König begehrte zunächst 3 Millionen. Bei der bald folgenden Anwesenheit Waitzens in Berlin klopfte Struensee wegen der Beteiligung des Landgrafen auf den Busch. Waitz meinte, daß der Landgraf eine so große Summe aus

politischen Gründen öffentlich wohl nicht leihen, sich aber an einer öffentlich aufgelegten Anleihe wohl beteiligen würde, und schlug vor, diese dem C. C. C. zu übertragen. Man war damit einverstanden. Das C. C. C. erbot sich, 3 Millionen zu 4 % Zinsen zu beschaffen und verlangte 5 % Provision für die erste, 6 % für die zweite und 7 % für die dritte Million. Die Direktoren trauten sich nicht, auf diese Bedingungen einzugehen. Wilhelm aber riß sie in seinem Eifer mit. So zeigte er sich auch hier als die fördernde Kraft. Struensee riet dem König, diese Bedingungen anzunehmen, gleichzeitig aber die Anleihesumme auf 10—12 Millionen Gulden zu erhöhen. Einen anderen Anleiheauftrag, den man in Berlin dem Finanzrat Eckard übertragen hatte, demselben, der später die Tuchfabrik Friedrichs in Laasphe, den heutigen Wittgensteiner Hof, kaufte, zog man wieder zurück und schickte den Finanzrat Labaye nach Kassel zum endgültigen Abschluß der Bedingungen. Die Verhandlungen Labayes mit den Direktoren in Kassel verliefen nicht ohne Krise. Er suchte den Gewinn des C. C. C. herunterzuhandeln und sein Risiko zu erhöhen und drohte, als man sich nicht gefügig zeigte, mit seiner Abreise. Wilhelm überwand die Krise und schloß unter folgenden Bedingungen ab: Die erste Million ist zahlbar in drei Monaten, die beiden anderen nach einem Jahr. Der König stellt zwei Generalobligationen zu je fünf Millionen auf das C. C. C. aus, die auf dem Rathaus zu Kassel verwahrt werden, auf Grund deren das C. C. C. die Partialobligationen au porteur zu je 1000 Gulden ausfertigen läßt. Das C. C. C. bekommt für die ersten drei Millionen 6 %, für die übrigen sieben 5½ % Provision. Wilhelm selbst trat der Öffentlichkeit gegenüber nunmehr in den Hintergrund und betraute Greuhn mit seiner Vertretung. Er blieb aber das geistige Haupt des C. C. C. und warb für größere Zeichnungen. So richtete er am 30. Mai 1798 ein langes Schreiben an den kurkölnischen Kammerpräsidenten von Spiegel, Domherrn zu Hildesheim. Wilhelm hatte ihn vor einigen Monaten besucht und ihm den preußischen Anleiheplan eröffnet. Hildesheim und Paderborn standen im Geruch, Geld zu haben. Spiegel hatte Wilhelm damals angedeutet, daß der Fürstbischof und die beiden Kapitel Preußen wohl kein Darlehen gewähren würden, weil dann auch Österreich ein solches begehre. Er hatte deshalb zu einer öffentlichen Anleihe geraten. Die sei nun aufgelegt, schrieb Wilhelm, und köderte diesen Hintermann mit der Zusicherung, daß die Anleihe bestimmt sei, zum Schutze der deutschen Reichsverfassung verwendet zu werden, und daß er eine etwaige Mitwirkung Spiegels zur Kenntnis des Königs bringen würde, der sich gewiß nicht undankbar erzeigen würde.

Spiegel antwortete am 2. Juni und riet Wilhelm, dem reichen Fürsten von Hildesheim, der ganz antifranzösisch gesinnt sei und die Auflösung des Reiches fürchte, einen Besuch zu machen und ihm die Lage zu schildern. Dann würde er selbst Kapitalien einsetzen und auch seine beiden Kapitel dazu bewegen. Auch solle Wilhelm dem Domdechanten zu Hildesheim und Paderborn einen durch Ministerialnote einzuleitenden Besuch machen. Spiegel schildert dann diese beiden Männer, und zeigt ihre Schwächen, an denen Wilhelm einsetzen müsse. Wie weit er diesen Ratschlägen gefolgt ist, und ob aus dieser Richtung Zeichnungen erfolgten, ist nicht ersichtlich.

Die Anleihe wurde von verschiedenen Seiten gehemmt. Die französische Regierung bezeigte ihr ihr ganz besonderes Mißtrauen und ihre

Eifersucht und suchte sie zu stören. Rivals eröffnete dem Landgrafen schon im Juni, daß, wenn er sich bei der Anleihe beteilige, die französische Regierung mit einem ähnlichen Antrag kommen werde. Wilhelm hatte die größte Mühe, den Landgrafen wieder zu beruhigen. Darauf stellte der französische Minister La Croys (Croix) dem Kasseler Gesandten im Haag, Bosset, eine Note zu, daß man durch ihn dem Landgrafen folgenden Anlehnsantrag mache: Er sollte 16 Millionen Libre leihen. In dieser Summe sollten die Forderungen des Landgrafen an die Provinz Holland und an die ostindische Kompagnie mit 3 Millionen Gulden enthalten sein. Wilhelm hielt es für sicher, daß der Landgraf ablehnen würde mit dem Hinweis auf die Beschaffenheit seiner Kasse, die weder ein preußisches noch ein französisches Anlehen ermögliche. Der holländische Gesandte in Kassel, Raet, hatte einen großen Anteil an diesen Machenschaften. Wilhelm mußte mit der größten Vorsicht zu Werke gehen, daß weder Rivals noch Raet von seinen Privatnegoziationen mit dem Landgrafen und auch von der nachherigen wirklichen Überlassung der Gelder etwas in Erfahrung brächten. Am 5. September konnte Wilhelm melden, daß die erste Million voll sei und bereits am 15. März 1799 waren die drei Millionen zusammen, die das C. C. C. für das erste Jahr garantiert hatte, doch wäre erst am 1. Juli die Frist abgelaufen. So hatte die Anleihe trotz des schlechten Anfangs im Juli und August doch noch einen guten Fortgang genommen. Der Ausbruch des Krieges brachte jedoch eine erhebliche Stockung. Seit der Mitte des Jahres 1799 wurde kein Stück der Obligationen mehr abgesetzt. In Frankfurt wurden sie bald mit 5—6 % Verlust angeboten. Am 10. Januar 1800 forderte Labaye das C. C. C. auf, einen Plan zur besseren Fortführung der Anleihe einzureichen. Am 27. Januar geschah dieses. Das wesentliche an dieser Denkschrift war, daß das C. C. C. die Erhöhung des Zinsfußes auf 6 % und der Provision auf mindestens 10 % forderte, um die Anleihe weiterhin wirksam propagieren zu können. Struensee riet darum zur Fortsetzung der Anleihe in der bisherigen Form oder zur Schließung. Diese sei in politischer Beziehung vielleicht das beste. Haugwitz dagegen hielt die Schließung der Anleihe aus denselben Gründen für verderblich. Die Anleihe wurde erst am 31. Dezbr. 1800 geschlossen und brachte insgesamt 2 360 427 Taler (knapp 5 Millionen Gulden) [236].

Die Ablehnung des französischen Allianzantrages durch Hessen Ende 1798 rief in Kassel naturgemäß den Wunsch nach einer Gegenleistung hervor. In Berlin ahnte man das und suchte Zeit zu gewinnen, indem man Wilhelm beauftragte, den Landgrafen dahin zu bringen, der von Berlin aus erfolgten Einladung zu dem am 13. Januar beginnenden Karneval erst gegen Ende desselben zu folgen. Unpäßlichkeit des Königs lieferte den Vorwand. Wilhelm selbst erhielt die Erlaubnis mitzukommen, wenn der Landgraf es wünsche. Am 20./21. Januar reiste dieser ab. In Berlin ließ er eine Denkschrift vom 25. Januar überreichen [237], die eingangs auf die Mainzer Konvention, auf die Leistungen der hessischen Truppen im ersten Koalitionskriege sowie auf die hessischen Verluste auf dem linken Rheinufer hinwies und diesen den preußischen Gewinn in Polen und Franken gegenüberstellte und dann vorschlug, daß Hessen im wieder ausbrechenden Kriege zwischen Österreich und Frankreich einen Truppenkordon zwischen der Eder und der Fulda längs der hessischen

Grenze ziehe, wodurch man eine zusammenhängendere Verbindung der Demarkationslinie am Niederrhein und den obersächsischen Landen bezwecke. Dieser Kordon mache die Besetzung der enklavierten mainzischen Ämter Amöneburg und Fritzlar nötig. Dazu sei die Zeit so günstig wie nur möglich. Die französische Regierung sei damit einverstanden. Preußen solle in Rastatt den Mainzer Gesandten darauf vorbereiten. Die französische Allianz habe man abgelehnt. So suchte man auf diesem Wege in den Besitz der mainzischen Ämter zu gelangen. Die preußische Antwort auf diese Denkschrift vom 10. Febr. 1799 war sehr ölig und schmeichelnd, aber hinhaltend, man sei mit dem Kordon einverstanden, da Frankreich nichts dagegen habe, aber auch die mainzische Zustimmung müsse vorher eingeholt worden. Dazu wolle Preußen behülflich sein und habe seinen Gesandten in Rastatt entsprechend angewiesen. Doch führte die ganze Aktion zu keinem Ergebnis. Der Landgraf war ferner mit der Absicht nach Berlin gekommen, an dem Subsidienangebot teilzunehmen, welches England Anfang Januar bei den Verhandlungen in Berlin gemacht hatte [238]. Er war bereit, 16 200 Mann zur Verfügung zu stellen und wollte die Sache mit Grenville unter Preußens Vermittelung ins reine bringen. Er hatte außerdem einen gewissen Bauermeister als Gesandten nach London geschickt. Sein Verhältnis zu Frankreich kühlte sich dadurch immer mehr ab. Der französische Gesandte in Berlin, Sieyes, schnitt den Landgrafen und erwiderte nicht einmal seinen Besuch. In Paris schwärzte er ihn an, und dem Kasseler Gesandten Rivals machte er Vorwürfe, ihn falsch über den Landgrafen unterrichtet zu haben; der sei nicht friedliebend und Frankreich ergeben, er habe in Berlin nur vom Kriege gesprochen. Im März begann der Landgraf Truppen bei Kassel zusammenzuziehen. Auf die französische Anfrage nach dem Grunde dieser Maßregel antwortete man: Um sie dem preußischen Könige im Juni in der Parade vorzuführen. Am 26. März schrieb Wilhelm nach Berlin, der Landgraf habe ihm einen Bericht seines Pariser Gesandten Kopp vorgelesen, aus welchem herborginge, wie übel man in Paris über ihn denke. Wilhelm riet ihm, die französische Regierung nicht weiter zu provozieren, sondern sie zu schonen und keinen Anlaß zu Mißhelligkeiten zu geben, aber auch keine Furcht zu zeigen. Das hessische Ministerium hielt an dem Plan, die mainzischen Ämter zu besetzen, fest, und hätte es gern gesehen, daß sich der Landgraf darüber mit Frankreich verständigte. Der zeigte aber keine Lust, da er die darauf ruhenden französischen Kontributionen mit 20—25 000 Carolins hätte ablösen müssen. Die Minister forderten Wilhelm nach seiner Rückkehr mehrere Mal dazu auf, den Landgrafen zu dieser Ausgabe zu bewegen. Wilhelm hielt die Besetzung durch Hessen für geeigneter, Hannover zu schützen, erbat aber in Berlin zuvor besondere Anweisung für diese Sache. Preußen blieb bei seinem Standpunkt, daß der Landgraf vorher die Zustimmung Mainzens und Frankreichs einzuholen habe. Darauf verzichtete der Landgraf, wie Wilhelm vermutete, aus Geiz. Auch betonte Preußen, daß die Besetzung nur temporell und militärisch sein könne, was ihm durchaus nicht gefiel. Preußen war ferner mit dem Verzicht des Landgrafen einverstanden: Wenn er selbst von der Besetzung der mainzischen Ämter abgekommen sei, so solle ihn niemand wieder darauf bringen. Zur Zeit würde sie in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck machen.

Inzwischen war der Kongreß zu Rastatt abgebrochen worden. Es liefen Nachrichten von Vorteilen der Kaiserlichen über die Franzosen in Kassel ein. Der Landgraf war sehr vergnügt, erwartete eine vollständige Änderung der Lage und wollte mit den Franzosen nichts mehr zu tun haben. Wiederum legte ihm Wilhelm nahe, in seinen Äußerungen über die französische Regierung vorsichtiger zu sein. Auch Rivals gab ihm zu verstehen, er möge in seiner Freude über die österreichischen Erfolge sich mehr zurückhalten. Der Landgraf war darüber sehr betreten. Wilhelm beruhigte ihn und riet ihm, das freundschaftliche Verhalten Rivals mit Dank anzunehmen. Es sei auch der Wunsch des preußischen Königs, vorsichtiger zu sein. Die Frage der Besetzung der mainzischen Ämter ruhte trotzdem nicht. Ende April gelangte die Nachricht nach Kassel, Hessen-Darmstadt werde sie besetzen. Nun wollte der Landgraf zuvorkommen. Waitz hielt ihn aber davon ab, sowohl mit Rücksicht auf den Kaiser als auf Frankreich, und Wilhelm wirkte im selben Sinne. Der Landgraf fügte sich, war aber nunmehr bereit, in Paris die kleine Summe zu opfern. Davon riet Wilhelm nicht ab, aber auch nicht, wie Waitz es wünschte, zu. Er vermutete, das Gerücht wäre nur ein Manöver der Pariser Drahtzieher, die den Landgrafen prellen wollten. Als sich indessen die Nachrichten über die Pläne Darmstadts verdichteten, beschloß der Landgraf, nun einige Bataillone von Ziegenhain nach Hirschberg in Marsch zu setzen (25. April). Der Weg dahin ging über die mainzischen Ämter; dort sollten die Truppen wie von ungefähr halt machen, um weitere Befehle zu erwarten. Im Verein mit den Ministern hielt Wilhelm den Landgrafen mit Mühe von diesem Schritt solange ab, bis in Berlin Rat geholt sei. Wenn Darmstadt die französische Genehmigung zur Besetzung erhalten habe, so sei sie bezahlt, und es setze sie auch durch. In Berlin wußte man am 3. Mai noch nichts von der Hessen-Darmstädtischen Absicht. Bald stellten sich die Nachrichten darüber als falsch heraus. Der Landgraf beruhigte sich und Wilhelm erhielt den weiteren Befehl, dem Begehren der hessischen Minister sich zu versagen, den Landgrafen zu Verhandlungen mit Paris über die Besetzung zu bestimmen und dafür Geld auszugeben.

Am 24. Mai reiste der Landgraf nach Wesel, um dort den König, der sich mit seiner Gemahlin Ende Mai—Anfang Juni 1799 auf einer Reise in die westfälischen Provinzen begab, in seiner Eigenschaft als Gouverneur zu empfangen. Von den schwerwiegenden Verhandlungen um den Beitritt Preußens zur Koalition, von der Konferenz in Petershagen, den in Kassel bei der Anwesenheit des Königs im Juni fortgesetzten Beratungen [239] tritt in den Akten Wilhelms um diese Zeit noch nichts zu Tage [240]. Wilhelm holte die Königin in Minden, wo sie sich vom König trennte, ab und begleitete sie bis Hildburghausen. In Kassel trafen die Majestäten dann wieder zusammen und begaben sich von da über Hildburghausen, Ansbach nach Hanau-Wilhelmsbad [241], wohin auch der Landgraf und Wilhelm eingeladen wurden. Auch hier fanden politische Besprechungen statt.

Nach der Rückkehr des Königspaares nach Berlin erhielt Wilhelm am 2. August streng vertrauliche Aufklärungen über die gescheiterten Koalitionsverhandlungen [242] mit dem Auftrage, sie dem Landgrafen — ebenfalls im strengsten Vertrauen — mitzuteilen. Besonders die Abreise Panins und Grenvilles wirkten niederschmetternd auf diesen. Seine Sub-

sidienhoffnungen zerrannen damit in der preußischen Neutralität[243]. Und zu dieser Enttäuschung trat die Furcht, daß das Kriegsglück die alliierten Heere in seine Nähe führen könnte und diese ihn dann zwingen würden, ohne Subsidien mitzutun. Es gelang Wilhelm nicht, ihn völlig zu beruhigen. Dazu drohte Frankreich, seinen Gesandten aus Kassel abzurufen, wenn der Landgraf nicht wieder einen an Steubens Stelle nach Paris schicke. Statt es zu tun, war es dem Landgrafen sehr recht, wenn die französische Gesandtschaft aus Kassel verschwände. Ende August besetzten die Franzosen Frankfurt und wollten das hanauische Dorf Bockenheim zum Hauptquartier machen. Der Landgraf war in größter Sorge und gab den Befehl, seine Truppen zusammenzuziehen. Er war bereit, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Die Franzosen nahmen darauf von der Besetzung Bockenheims Abstand und zogen auch aus Frankfurt ab[244].

Die Frage der Abstimmung über den Reichskrieg in Regensburg versetzte den Landgrafen in weitere Beklemmung. Er ließ durch Wilhelm in Berlin fragen, wie er seinen Gesandten daselbst instruieren sollte, da er mit Preußen in dieser Frage zusammengehen wolle. Preußen aber lehnte es ab, die Verantwortung für den hessischen „Ungehorsam" gegen den Kaiser zu übernehmen. Es ließ durch Wilhelm mitteilen, es werde in Regensburg erklären, daß es gemäß den Konventionen neutral bleibe. Hessen solle seine Nichtteilnahme mit lokalen Verhältnissen begründen. Wenn der Landgraf sich scheue, solche Erklärung öffentlich abzugeben, sollte er durch das Wiener Ministerium dem Kaiser seine Absicht kund tun lassen. Waitz beantragte auf diesen Rat hin, einen Gesandten nach Wien zu schicken. Wilhelm jedoch setzte es durch, daß das nicht geschah. Es war wieder der Graf von der Lippe dazu ausersehen.

Indessen tröstete man den Landgrafen mit etwas anderem. Preußen schwang sich zu der Forderung an Frankreich auf, die linksrheinischen Gebiete Preußens, sowie Holland, zu räumen, eine Forderung, die durch die Niederlage der Engländer und Russen im September in Belgien[245] bald zu einer Blamage wurde[246]. Als Wilhelm Anfang September dem Landgrafen die Konzentration der preußischen Truppen um Wesel und deren Zweck mitteilte, war dieser indessen hoch erfreut. Seine Begeisterung erhielt dadurch einen weiteren Antrieb, daß er nun von England um die längst begehrte Stellung eines Korps angegangen wurde. Er hoffte, daß seine Gebiete durch die verbündeten Heere so gedeckt würden, daß er nichts zu fürchten habe und plante, beim allgemeinen Vorrücken auch ein eigenes Korps an den Rhein zu senden, die Grafschaft Katzenelnbogen zurückzugewinnen. Wittgenstein dämpfte diese Begeisterung und fand darin die Unterstützung der hessischen Minister. Er eröffnete dem Landgrafen, daß er sich zuvor der Zustimmung Preußens zu einem solchen Vorgehen versichern müsse, wenn es nicht ins Gegenteil umschlagen solle. Preußen könne sich nicht durch sein eigenwilliges Vorgehen in einen Krieg verwickeln lassen, um das hessische Land zu schützen. Der Landgraf verstand das, Waitz aber noch mehr. Bereits Anfang September erhob Frankreich gegen die geplanten englischen Subsidien Widerspruch.

Der Entwickelung in Holland sah der Landgraf gespannt zu und erwartete als Folge der anfänglichen englischen Fortschritte eine Staatsumwälzung. Er ließ daher den holländischen Gesandten nicht mehr bei

Hofe zu[247]. Wilhelm erklärte ihm, daß das voreilig und Frankreichs wegen sehr unklug sei, er steckte ihm ferner bei dieser Gelegenheit, daß er den Gesandten seiner Zeit angenommen habe, ohne sich der Zustimmung Preußens zu versichern, und erreichte es, daß der holländische Gesandte wieder zugelassen wurde. Von Berlin aus kam dann der Wink, der Landgraf möge sich mit den englischen Subsidien nicht übereilen.

In seiner Betriebsamkeit versuchte sich der Landgraf auch dem anderen Teilnehmer der Koalition zu nähern, Österreich, vermutlich des Schutzes Hanaus wegen. Mitte September erfuhr Wilhelm durch einen sehr vertrauten Mann, daß er durch Estafette den auch in Kassel akkreditierten Würzburger kaiserlichen Gesandten Grafen von Schlick nach Kassel gerufen habe, um sich mit ihm über die Annäherung der kaiserlichen Armeen an sein Gebiet zu besprechen. Wilhelm berichtete am 18. September 1799 nach Berlin, er werde versuchen, den Inhalt der Unterredung zu erfahren und den Landgrafen von einem übereilten Schritt abzuhalten, wozu ihn sei Haß gegen Frankreich, sein Wunsch, in dem Kriege eine Rolle zu spielen und seine Subsidienbegehrlichkeit verleiten könnten. In der Ratssitzung teilte dann der Landgraf, wie Wilhelm schon vier Tage später melden konnte, mit, er habe dem Grafen Schlick erklärt, er könne nicht eher dem Zuge seines Herzens folgen, als bis Mainz von den Verbündeten befreit sei, er bemühe sich aber unter der Hand, einen Subsidienvertrag mit England abzuschließen. Der Graf von Schlick habe erklärt, der Landgraf müsse erst sein Kontingent stellen und, wenn England seine übrigen Truppen nicht begehre, sie dem K a i s e r in Subsidien geben. Das sei dem Landgrafen sehr unangenehm gewesen, denn das Kontingent bringe überhaupt keine Subsidien ein, und an den kaiserlichen Subsidien sei auch nichts zu verdienen. So endete die Zitation Schlicks mit einem schweren Hereinfall, dessen sich die Minister freuten. Zwei von ihnen äußerten sich sogar, daß es nur nötig sei, daß Wilhelm eine bestimmtere Sprache wegen der allzeit einzuholenden Billigung Preußens rede. Wilhelm verbürgte sich dafür, den Landgrafen zu lenken, seine von Geldbegierde geleitete, falsche und zweideutige Politik zu Gunsten Preußens zu wenden. Von Berlin wurde Wilhelm daraufhin bestätigt, daß er den Landgrafen in der Hand habe, und er erhielt den Auftrag, ihn ohne Wanken an das preußische Neutralitätssystem zu fesseln.

Der landgräfliche Gesandte im Haag, Bosset, fragte in Kassel an, ob er dem holländischen Direktorium folgen solle, wenn die Verbündeten Amsterdam eroberten und die statthalterliche Regierung errichteten. Er erhielt den Befehl, sich zu dieser als Gesandter zu begeben. Wenn es nun anders käme, so sei das eine Beleidigung der französischen Regierung, stellte Wilhelm dem Landgrafen dar und riet, daß der Gesandte während der Krise abwesend, auf Urlaub, sich befinden solle, worauf der Landgraf aber nicht einging.

Das Berliner Kabinett gab inzwischen Wilhelm den bestimmten Befehl, den Landgrafen abzuhalten, seine Truppen vorrücken zu lassen oder in englische Subsidien zu geben. Wilhelm schrieb nach Berlin, das Letzte würde wegen des Geldvorteils sehr schwer sein. Auch sei der Landgraf wegen der politischen Lage in der größten Unruhe. Das bestärkte Wilhelm in der Vermutung, daß er dem Grafen Schlick gewisse Versprechungen gemacht habe, die ihm nun unangenehm und bedenklich seien. Am 10. Okt.

1799 erhielt Wilhelm den weiteren Befehl, seinen bewährten Einfluß aufzubieten, daß der Landgraf den übereilten Schritt, mit dem er sich Schlick gegenüber eingelassen hatte, rückgängig mache. Er sollte ihn zu überzeugen versuchen, daß es seine Sicherheit und sein bestes Interesse erfordere, sich an das preußische Neutralitätssystem zu halten und in einer stets gerüsteten Position ruhig und still die weiteren Ereignisse des Krieges abzuwarten. Es lasse sich noch ein sehr verschiedener Ausgang desselben annehmen, und die Franzosen seien durchaus noch nicht so erschöpft, daß er sich nicht mit einem Subsidienvertrag mit Österreich sehr kompromittiere. Sie hätten immerhin noch Ehrenbreitstein und Mainz. Es könne Preußen einmal unmöglich werden, Hessen aus der Not zu helfen, wenn es sich durch voreilige Verträge in solche bringe.

Anfang Oktober nahm der englische Subsidienantrag bestimmtere Form an. Der Landgraf erklärte in einer Ratssitzung, daß England 12 600 Mann begehre. Er solle einen Vertragsentwurf senden und auch die noch aus früheren Verträgen herrührenden 3 000 000 Taler erhalten. Die Minister warnten nachdrücklich davor, auch nur einen Vertragsentwurf nach England zu schicken. Der bleibe dort nicht geheim, und dann sei Hanau verloren. Der Landgraf erklärte sich darauf bereit, noch zu warten, bis aus Berlin Nachricht da sei. Inzwischen nahm er auch den Befehl an Bosset zurück, weil die Verbündeten in Holland keine Fortschritte mehr machten. Die Nachricht aus Berlin ging dort am 23. Oktober ab. Sie riet dem Landgrafen, den Abschluß des Vertrages ja nicht zu überstürzen. Die Expedition der Verbündeten in Holland sei gescheitert, der Erzherzog Karl ziehe sich vom Oberrhein zurück. Die Franzosen hätten die Hände freier denn je. Einen Subsidientraktat mit England würden sie dem Landgrafen sehr verargen und ihm ihre Abneigung durch eine Diversion von Mainz aus sehr deutlich fühlen lassen. Von Preußen könne er in diesem Falle keine Deckung und Unterstützung erwarten. Der Landgraf verschloß sich diesen Erwägungen nicht. Wilhelm fügte hinzu, daß ihn Preußen fallen lassen werde, wenn er seine eigenen Wege gehe.

Er versprach Wilhelm Anfang November, die Sache vorläufig auf sich beruhen, den Faden aber nicht abreißen zu lassen und ihn zu geeigneter Zeit wieder aufzunehmen. Das geschah bereits Ende Dezember wieder. Er wies Bauermeister in London an, die Sache so einzuleiten, daß die Londoner Regierung einen Vertrag sende. Wilhelm schrieb Bauermeister privat — er hatte ihn in der Hand, weil er ihm beim Landgrafen eine Besoldungszulage beschaffen sollte —, er möge die Sache sabotieren, was denn auch geschah. In England gab man übrigens den Gedanken damals überhaupt auf, weil man fürchtete, der Landgraf werde bei dieser Gelegenheit die rückständigen Subsidien fordern.

Anfang November beschwerte sich der französische Gesandte in Kassel, daß der hessische Gesandte in Regensburg ohne Instruktion sei wegen der Abstimmung über den Reichskrieg. Der Landgraf war darüber sehr unruhig und hegte den Verdacht, daß die französischen Generäle am Rhein sich freuen würden, eine Gelegenheit zu finden, in Hessen einzumarschieren. Man rechtfertigte die Nichtabstimmung in Regensburg damit, daß man sich dem Grafen Schlick gegenüber bestimmt erklärt habe, nicht am Reichskrieg teilnehmen zu wollen wegen des Friedens mit Frankreich. Rivals versprach, in Paris für eine bessere

Stimmung für den Landgrafen zu werben. Wilhelm meinte Ende 1799, daß man sich in Paris wohl jetzt mit Wichtigerem zu beschäftigen habe, als mit der hessischen Zweideutigkeit. Aber bei der ersten besten schicklichen Gelegenheit werde man sie dem Landgrafen unter die Nase reiben.

Der Krieg des Jahres 1799 ist an den Grenzen Wittgensteins vorbeigegangen. Mit preußischer Unterstützung war seine Neutralität durch General Colland wieder anerkannt worden, aber die inneren Zustände des Ländchens verschlechterten sich immer mehr. Es gährte unter den Bewohnern, und im April fürchtete man Unruhen. Man versicherte sich für diese hessischer militärischer Unterstützung. Die Wirkungen der allgemeinen Geld- und Kreditnot drangen nun auch nach Wittgenstein[248]. Die Geldverlegenheit des regierenden Grafen steigerte sich langsam und konnte auch durch die Geschäfte des C. C. C. nicht beseitigt werden, das 1798 mit einem Gewinn von 1200 Laubtalern für Friedrich abgeschlossen hatte.

Wilhelm versuchte im Mai 1799, seinem Bruder ein Darlehen vom Landgrafen zu verschaffen; aber es gab eine Menge Umstände und Weitläufigkeiten, und Wilhelm schrieb, er wolle lieber vom Feidel, einem Juden, 1000 Carolins borgen, als vom Landgrafen fünf Reichstaler. Gegen Ende des Jahres 1799 handelte es sich um die Erhöhung einer bereits bestehenden Anleihe auf 140 000 Gulden, die mit einer anderen für das Haus Wittgenstein hochwichtigen Sache zusammenhing, nämlich der Erhebung in den Fürstenstand. Wilhelm hatte die Bemühungen darum wieder aufgenommen, doch könne er die abschließenden Schritte in Wien nicht tun, bevor das Anlehen nicht gewährt sei; denn eher sei man nicht im Stande, die Gebühren zu bezahlen. Am 26. November 1799 schrieb Wilhelm seinem Bruder: „Heute schon erhalte ich die Nachricht von Wien, daß die Sache in Richtigkeit ist. Ich statte daher Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht meine untertänigste Gratulation ab. Nur der einzige Umstand ist mir unangenehm, daß das Diplom nicht auf den Namen meines seligen Vaters, sondern auf Deinen und meiner Brüder Namen ausgefertigt werden muß. Hierüber werde ich nun einen großen Galopp mit meiner Mutter bekommen, da sie für meine Brüder pro rata auch dazu beitragen muß. Ich werde dieses aber durchsetzen, da ich solches als ein Glück für meine Brüder ansehe, besonders da ich vermute, daß sie sich am Ende sämtlich dem Militär widmen müssen, und da es in diesem Dienst von der größten Hilfe ist . . . . Dir kostet die Sache 22 018 Gulden Wiener Währung, und ich und meine Brüder müssen jeder ein Drittel dieser Summe zahlen . . . .“ Am 10. Dezember 1799 heißt es dann: „Solange man das hessische Anlehen nicht hat, kann man die Wiener Sache nicht beschleunigen, da man solange nicht die Unkosten und Gebühren bezahlen kann. Die Verhandlungen darüber mit dem Landgrafen über die Anleihe zogen sich aber noch das ganze folgende Jahr — 1800 — hin. Er war diesmal zäher als bei früheren Anleihen und verlangte besondere Sicherheiten. Aber in Wittgenstein gab es kaum noch etwas zu verpfänden. Man sann daher auf andere Wege. Die Verwaltung war offenbar schlecht und unwirtschaftlich. Man hoffte durch eine gründliche Reform die Einnahmen zu steigern und die Ausgaben zu vermindern. Seit Januar 1800 standen die beiden Brüder mit einem tüchtigen hessischen Verwaltungsbeamten, dem Geheimen Kammerrat von Waitz, einem Bruder des Ministers und des Kriegsrates in Ver-

bindung. Waitz kam nach Wittgenstein und gewann die Überzeugung, daß die Verwaltung verbessert werden könnte. Er erklärte sich bereit, das zu übernehmen, und Wilhelm war froh darüber, da er fürchtete, daß es sonst zur völligen Unordnung käme. Waitz wurde nun dem Landgrafen als Gutachter für die begehrte Anleihe vorgeschlagen, aber es machte keinen Eindruck auf diesen, daß einer seiner Beamten die wittgensteinische Verwaltung führen solle. Er bestand auf einer Verpfändung der Revenuen des Landes, wozu der Konsens der Agnaten nötig war, den zu beschaffen die größte Mühe bereitete. Die bitterste Bedingung des Landgrafen war jedoch, daß mit der Anleihe andere Schulden abgetragen werden sollten. Man hatte sie aber nicht begehrt, um hypothekarische Schulden, sondern Wechsel und Kassenschulden sowie rückständige Besoldungen und Warenrechnungen damit zu bezahlen.

Im März 1801 wurde die Anleihe vom Landgrafen endlich genehmigt, im Mai erfolgte die Auszahlung, Mitte Juni war das Geld schon ausgegeben, aber es genügte nicht, um auch nur die dringendsten Schulden loszuwerden, nicht einmal die Hälfte davon konnte man mit der Kasseler Anleihe tilgen. Eine andere von 220 000 Gulden wurde gleichzeitig bei dem Bankhaus Ruppel und Harnier negoziiert. Waitz übernahm die Verwaltung in Wittgenstein. Die Hoffnungen, die man auf ihn setzte, konnte er nicht erfüllen, obwohl er einige Erfolge hatte. Eine kaiserliche Kommission in Wittgenstein, d. h. die Zwangsverwaltung, erschien unvermeidlich. Wilhelm schrieb 1801, wenn es dazu komme, dann wolle er den König um einen Gesandtschaftsposten in Schweden, Portugal, Spanien, Rußland oder Neapel bitten. Hütten, Bergwerke und Fabriken des gräflichen Kaufmannes brachten nichts ein, sondern erforderten immer wieder Zuschüsse. Unter der Bevölkerung brachen die gefürchteten Unruhen wirklich aus. Wilhelm vermittelte, wie schon einmal 1796, als zwei Gemeinden gegen den Grafen aufsässig waren, seinem Bruder ein hessisches Kommando von 1 Offizier und 30 Mann, welches die Ordnung wiederherstellte. Auch das K. C. C. wurde in die Verlegenheiten hineingezogen. Es hatte Mühe, um von einem Monat zum andern die beträchtlichen Unkosten, die es verursachte, zu berichtigen. Das wenige Geld, das es besaß, steckte in Papieren, die man ohne großen Schaden nicht veräußern konnte. Mitte September 1800 mußte man doch dazu schreiten. „Es ist unmöglich," schrieb Wilhelm am 18./19. Sept. seinem Bruder, „daß die vielen Wechsel und Deine Schuld beim C. C. C. länger als einen Monat gehalten werden können, ohne daß diese Sache zu einem öffentlichen Ausbruch kommt." Die Verwirrung wurde erhöht durch den auf das Ende des Jahres 1800 festgesetzten Schluß der preußischen Anleihe. Die Gelder mußten bis dahin abgeliefert werden. „Du kannst Dir leicht denken, daß Du auch Anstalten machen mußt. Ich sehe nicht ein, wie das C. C. C. bezahlt werden kann, wenn das hiesige Anlehen nicht bis dahin zustande gekommen ist, und alsdann geht der Spektakel los. Das ganze C. C. C. kann über dieser Sache zum Teufel gehen." (6. November 1800.) Im Dezember war Wilhelm dauernd unterwegs, um Geld zu negoziieren. Er schwächte seinen eigenen Kredit für den Bruder auf mehrere Jahre, aber es gelang, das C. C. C. in das nächste Jahr hinüber zu retten.

Zu dieser finanziellen Not traten im Jahre 1800 dann auch noch schwere Schicksalsschläge in der Familie. Die Mutter starb im März

und vertraute Wilhelm — ihrem Stiefsohn — durch ihr Testament ihre noch unmündigen Kinder an[249]. Und hier, wie in der Folgezeit, zeigte sich, wie er der geistige und moralische Halt dieses Hauses war, der Vertrauensmann seiner Angehörigen. Sie nannten ihn denn auch alle den lieben, guten Wilhelm, und den Zug seines Wesens, der ihm dieses Vertrauen einbrachte, wird man in demselben Sinne zu werten haben, wie sein Verhältnis zur Königin-Witwe, zur Königin Luise, zur Gräfin Voß, zum König. Die jüngeren Brüder waren Wilhelm schon zu Lebzeiten der Mutter stets Anlaß zu schwerer Sorge gewesen. Sie blieben es dauernd. Die ihm im Testament übertragene Vormundschaft über sie brachte manchen Ärger, einmal durch den Charakter der drei Brüder, und zum andern durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes, welche die Bereitstellung der für die Erziehung der Kinder notwendigen Mittel sehr oft verzögerten.

Kaum einen Monat nach dem Tode der Mutter kam die Kunde von dem der Schwester in Meerholz. Sie ertrank bei einem Spaziergang in ihrem Park in einem Kanal[250]. Auch im Ländchen dieser armen Frau gingen die Wogen der Geldnot hoch. Es kam dort im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zur Zwangsverwaltung, die Wilhelms Energie von Wittgenstein abzuwenden gelang. Mitten in all diesen Nöten betrieb er die Standeserhöhung weiter. Ein Gesuch vom 5. Februar 1800 an den Kaiser mußte im März 1801 durch ein anderes ersetzt werden, in welchem von Wilhelms Verhältnis zum preußischen Hofe nicht die Rede war. Am 18. Juni 1801 erteilte der Kaiser die Fürstenwürde, zunächst für Wilhelm und seinen Bruder cum privilegio usus et non usus und mit der weiteren Bestimmung, daß die Brüder der beiden Grafen dem Gesuche „adhärieren" könnten, sobald sie mündig geworden seien. Das Diplom gelangte aber erst 1803 in die Hände des Grafen Friedrich, weil sich die Zahlung der Taxe und der Douceurs bis dahin hinauszog. Wilhelm hat auch das noch auf sich genommen. Von den 29 830 Gulden ließ er in Wien durch den wittgensteinischen Agenten von Stubenrauch, der die Sache auch dort geführt hatte, am 6. Januar 1801 7393 Gulden, am 10. April 1802 7000 Gulden, am 10. August 1802 6000 Gulden, am 9. Oktober 1802 1200 Gulden, am 21. Januar 1803 8000 Gulden zahlen. Im tiefsten Geheimnis hatte sich das Ganze abgespielt. Besondere Douceurs hatten den Behörden in Wien gegeben werden müssen, damit sie schwiegen. Als Stubenrauch die Absendung des Diploms ankündigte, schrieb Wilhelm seinem Bruder, er solle es nicht in Anwesenheit fremder Personen öffnen. Die Angelegenheit wird uns noch weiter beschäftigen[251].

Übrigens war Wilhelm auch dem Postmeister Ruppel behülflich, beim Landgrafen eine Anleihe für den Kurfürsten von Bayern zu besorgen, und erhielt dafür 200 Dukaten von diesem, wie es hieß „für eine verlorene Wette"[252].

Was die politische Tätigkeit Wilhelms anlangt, so begann das neue Jahrhundert verhältnismäßig ruhig. Von verschiedenen Anleiheforderungen, die an den Landgrafen herantraten, und denen Wilhelm entgegen zu wirken hatte, war die schwedische die bedeutungsvollste[253]. Der Landgraf selbst hatte zwar kein Zutrauen zu Schweden, aber Waitz schlug vor, die Anleihe Mecklenburg zu geben, dieses solle sie sogleich weiter an Schweden übertragen, und wenn dieses mit der Rückzahlung säume, solle

Mecklenburg mit russischer Unterstützung Wismar und Neukloster, welche für die Anleihe verhypothekt werden sollten, verlangen. Auf seine Anfrage erhielt Wilhelm vom Berliner Kabinett den Auftrag, diese Anleihe zu hintertreiben. Mecklenburg dürfe in die schwedische Anleihe nicht hineingezogen werden. Wilhelm hatte soviel politischen Sinn, in diese Stellungnahme zu der Anleihe schon vorher hineinzugleiten, und erhielt dafür wieder eine besondere Anerkennung Berlins. Bei seinem nun bald folgenden Aufenthalt in Berlin bekam Wilhelm weitere mündliche Instruktionen für diese Sache, die sich jedoch im Mai 1800 offenbar zerschlug [264].

In einer ganzen Reihe von Angelegenheiten häuslicher Art der landgräflichen Familie spielte Wilhelm eine hervorragende Rolle. Er war der Vermittler zwischen Vater und Sohn. Es ist bekannt, daß diese beiden Männer grundverschieden in ihrem Wesen waren. 1800 spitzte sich das Verhältnis immer mehr zu. Der Sohn residierte mit seiner Gemahlin in Hanau und geriet dort in schlechte Gesellschaft und in Schulden. Als der Landgraf und Wilhelm von Mitte Januar bis Mitte Februar in Berlin waren, da wünschte die Königin-Mutter, daß der Erbprinz bald einmal mit seiner Gemahlin nach Berlin käme. Wilhelm schrieb dem Landgrafen, daß er es verstanden habe, die Reise des Erbprinzen um 8—10 Monate aufzuschieben, und wenn diese Zeit um sei, ließe sie sich leicht nochmal um acht Monate aufschieben. Der Landgraf scheute die Kosten der Reise [265]. Im März 1800 unternahm man es, die Schulden des Erbprinzen zu regeln. Von seinem Hofmeister wurde verlangt, daß er die Gläubiger nenne. Er weigerte sich jedoch. Wilhelm schlug nun vor, eine unabhängige Person als Gläubiger vorzuschieben, und sandte jemand nach Hanau, der diese Sache einfädeln sollte. Die Schulden waren übrigens unbedeutend. Dem König war diese Regelung um seiner Schwester willen sehr angenehm. Auch der Landgraf selber benutzte Wilhelm als Vertrauensmann zwischen sich und seinem Sohne. Er beriet die Schuldenangelegenheit mit ihm; Wilhelm vermochte allerdings nicht, die berechtigten Wünsche des Erbprinzen durchzusetzen. Der Etat wurde auf 50 000 Reichstaler erhöht, aber die Schulden wollte der Landgraf nicht bezahlen, die sollte der Erbprinz aus seiner Schatulle verzinsen und außerdem das schriftliche Versprechen geben, keine wieder zu machen. Er weigerte sich dessen aber, solange die alten nicht beglichen seien. Der Vater beabsichtigte darum, ihn durch einen Kassenführer und Hofintendanten zu überwachen. Ende März traf der Erbprinz selber in Kassel ein. Er lehnte es ab, die Überwachung anzuerkennen. Die Minister unterstützten ihn in dieser Haltung. Es kam zu einem schweren Auftritt. Der Vater wollte seinen Sohn zum Zorne reizen und ihm dann seine Bedingungen diktieren. Wilhelm hielt sich in diesem Stadium so fern als möglich, um nicht hinein verwickelt zu werden. Die Einigung kam Anfang April zustande. Der Etat wurde erhöht und der Erbprinz mit seinen Beamten darauf verpflichtet. Das Verhältnis zwischen Vater und Sohn besserte sich wieder. Wilhelm erhielt den Auftrag, dem Landgrafen auf schickliche Weise den Dank des Berliner Hofes auszusprechen [266].

Ende August gab es einen neuen Zwischenfall in der landgräflichen Familie. Der Erbprinz war im Beisein seiner Schwägerin, der Erbprinzessin von Oranien, gegen seine Gemahlin tätlich geworden. Die Landgräfin bat Wilhelm, die Erbprinzessin zum Vergeben zu bewegen.

Dem Vater dagegen wäre eine solche Vergebung gar nicht recht gewesen, denn er wollte den Sohn gedemütigt sehen und die Gelegenheit benutzen, den Etat wieder zu kürzen. Er war für eine Trennung auf ein Jahr. Wilhelm sah die Gefahren, welche eine solche Trennung infolge des Charakters des Erbprinzen nach sich ziehen würde, sehr deutlich und riet dringend ab. Einige saure Tage und eine schlaflose Nacht bereitete ihm diese Sache. Die Minister und Kammerjungfern schürten das Feuer und wollten die Trennung. Wilhelm arbeitete für die Versöhnung und erstrebte, daß die Erbprinzessin Sicherheit gegen eine etwaige Wiederholung solcher Auftritte bekäme. Er verdiente sich dadurch ihren Dank. Dem König schrieb sie, daß ihr Wilhelm die besten Dienste geleistet habe. Der Erbprinz wurde vom Landgrafen nach Eschwege abkommandiert. Da er bereit war, sich bei seiner Gemahlin zu entschuldigen, reichte diese die Hand zur Versöhnung. Sie fuhr über Eschwege nach Hanau zurück und nahm den Erbprinzen mit. Wilhelm entwarf eine Punktation, nach welcher dieser nicht mehr über den Hofstaat seiner Gemahlin verfügen und so keine Gelegenheit zu Schikanen finden konnte. In Hanau versuchte man ihn der schlechten Gesellschaft zu entziehen und verpflichtete ihn, an den Hanauer Kammersitzungen teilzunehmen. Ende Oktober sprach auch der König seine völlige Zufriedenheit zu Wilhelms Vorgehen in dieser Angelegenheit aus[257].

Auch gelegentlich des Liebesverhältnisses des Grafen von Taube mit der Tochter des Landgrafen, der Prinzessin Karoline, zeigte sich, daß Wilhelm das Vertrauen der landgräflichen Familie besaß. Er besprach diese delikate Sache mit der Landgräfin, um Schlimmeres zu verhüten, weil er glaubte, es ihr schuldig zu sein. Aus den kurzen Andeutungen, die er über diese Sache nach Berlin richtete, geht hervor, daß er der Entdecker dieses Liebesverhältnisses und die treibende Kraft war, es wieder zu lösen. Auch die Gräfin Schlotheim stand mit ihm darüber in Verbindung[258]. Anfang August ersah ihn diese übrigens zum Paten bei dem neugeborenen Grafen von Hessenstein, was sich Wilhelm als große Ehre anrechnete, und wofür er besonderen Dank des Landgrafen erntete[259].

Eine weitere häusliche Angelegenheit, die Wilhelm allerdings auch von Amts wegen in Anspruch nahm, war der bald eintretende Tod der verwitweten Landgräfin Philippine von Hessen-Kassel, der Gemahlin des Landgrafen Friedrichs II., geb. Prinzessin von Brandenburg-Schwedt. Sie lebte mit ihrem kleinen Hofstaat in Berlin. Der Landgraf suchte sie noch 1799 und Anfang 1800 in seine Lande zurückzuziehen, damit sie dort ihr Geld verzehre. Er wollte offenbar ihren Nachlaß in seine Gewalt bekommen. Sie starb am 1. Mai 1800 und setzte in ihrem Testamente ihren Hofmarschall von Wintzingerode zum alleinigen Erben ein. Der Landgraf war in seinem Geize über gewisse Bestimmungen dieses Testaments sehr gekränkt. Er wollte Waitz zu Verhandlungen nach Berlin senden, um Wintzingerode in hessische Dienste zu ziehen. Gleichzeitig sollte eine vertraute Kammerjungfer der Landgräfin durch erhebliche Präsente gewonnen werden, darüber bestimmt auszusagen, ob Wintzingerode mit der Landgräfin in heimlicher Ehe gelebt habe. Dann wollte man die ganze Hinterlassenschaft beanspruchen. Dieses gemeine Doppelspiel wurde von dem Regierungsrat Kopp inszeniert, der auch einer der Gegenspieler Wilhelms in Kassel und mit den

politischen Verhältnissen, besonders aber mit den preußischen Militärdiensten des Landgrafen nicht zufrieden war. Da Waitz sich weigerte, den schmutzigen Auftrag zu übernehmen, wurde Kopp damit betraut. Zwei Fragen waren außerdem zu erledigen: Die Rückgabe der Ehegelder an den König von Preußen — 18 000 Gulden — sowie die Gewährung von Pensionen an die Bediensteten der Landgräfin. Wintzingerode wurde dafür gewonnen, das Silber und die Juwelen der Landgräfin herauszugeben, bevor die Pensionen für den hinterlassenen Hofstaat vom Landgrafen genehmigt waren. Das preußische Kabinett hielt es für unpassend, sich mit der Pensionsangelegenheit zu befassen, gab Wilhelm aber den Auftrag, sie energisch zu betreiben. Dessen Rat, sich gütlich mit den Pensionisten zu einigen, empfand der Langraf sehr unangenehm. Es bedurfte der Einmischung des russischen Hofes, der mit der verstorbenen Landgräfin verwandt war, und Zinszahlungen an den Landgrafen zu leisten hatte, welche ihm ein Druckmittel in die Hand gaben, um die Erfüllung der Forderungen der Bediensteten zu erreichen. Der russische Gesandte in Berlin, von Krüdener, schrieb nach Kassel, der russische Hof wünsche, daß der Landgraf die im Testoment bestimmten Pensionen zahle. Dieser hätte es gern gesehen, wenn Haugwitz mit Krüdener darüber verhandelte, was Wilhelm ziemlich lächerlich fand. Im November 1800 gewährte der Landgraf endlich einige magere Pensionen, im Mai 1801 schließlich unter russischem Druck an alle Personen, für die der russische Hof eingetreten war. Die Summe der beanspruchten Pensionen betrug nur 3700 Taler. Der Landgraf kürzte sie in der endgültigen Bewilligung noch wesentlich. Sein Verhalten in dieser Angelegenheit blieb nicht ohne politische Folgen.

Auch die Rückzahlung der Ehegelder fiel ihm äußerst schwer. Er machte allerlei Winkelzüge, bevor er sie sich abrang. Im Juli 1800 wollte er die Verpflichtung gegen Kommissariatsforderungen, die er an Preußen hatte, und auf den künftigen Todesfall einer noch lebenden Prinzessin kompensieren. Wilhelm wurde aufgetragen, ihm höflichst, aber bestimmt mitzuteilen, daß man auf baldige Erfüllung seiner Verpflichtung bestimmt warte. Das geschah denn auch am Ende des Jahres [260].

Sparsamkeit, bezw. Geiz waren es ebenfalls, die den Landgrafen im Jahre 1800 zu einer Maßnahme führten, welche später schlimme Folgen zeitigen sollte. Er verminderte die Kavalleriepferde auf 30 bei einer Schwadron, von denen 15 immer auf Urlaub waren, da die Kavalleristen, wenn sie in Urlaub gingen, ihre Pferde mitnehmen mußten. Diese Maßnahme erschwerte später die Mobilmachung erheblich [261]. Der Landgraf verkaufte ferner eine Anzahl Gewehre an den von Albini aufgebotenen mainzischen Landsturm [262], zwar nicht direkt, aber die Franzosen erfuhren davon und machten Schwierigkeiten. Rivals Stellung in Kassel war erschüttert, seit Anfang des Jahres 1800 lief das Gerücht um, er werde abberufen, doch erfolgte das erst später.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1800 wurde die politische Lage wieder sehr gespannt [263]. Das begann mit der Verlegung des preußischen Regiments Prinz Ludwig Ferdinand in das Hochstift Paderborn. Der Landgraf witterte Annexionsabsichten dahinter. Wilhelm beruhigte ihn darüber, deutete aber wiederum an, daß sich die Verhältnisse seit dem Abschluß der P. C. so geändert hätten, daß man vielleicht auf ein ganz anderes System käme, von dem er allerdings ebenso wenig wisse, wie

von einer Konvention mit dem Fürstbischof über die Entlassung seines Militärs. Waitz trat daraufhin wieder mit dem Vorschlag hervor, daß man jemand nach Paris sende, die französische Regierung zu vermögen, zum Besitze der mainzischen Ämter und der Bistümer Fulda und Corvey behülflich zu sein. Der Friede stehe bevor, aber kein Kongreß. Österreich würde sich in Italien, Bayern und Salzburg, Preußen mit Paderborn, Münster, Hildesheim und Osnabrück entschädigen und Hessen mit den mainzischen Ämtern und Corvey und Fulda. Waitz verlangte aber zu diesem Geschäft in Paris eine halbe Million Livres, von denen ein Teil auch für die Madame Bonaparte bestimmt sein sollte. Wilhelm vermutete, daß der Landgraf dafür nicht zu haben sein werde, weil es Geld kostete. Er hatte das alles von Waitz erfahren, weil er ihm versprach, den Plan beim Landgrafen zu unterstützen. Er bearbeitete diesen aber so, daß er sobald nicht zustimmen würde. Von Berlin erbat er sich nun einen Befehl, ob er Waitzens Plan fördern solle oder nicht. Er hatte den Wunsch des Berliner Kabinetts schon damit vorweg genommen, daß er die Bestechungsnegoziation Waitzens bekämpfte.

Das Verhältnis des Landgrafen zu Frankreich erfuhr gerade damals wieder eine Trübung, als die letzten der Regimenter, die aus französischer Gefangenschaft heimgekehrt und von ihren Kantonements und Garnisonen weit entfernt worden waren, nun in ihre alten Standorte zurückkehrten, und zwar nach Hanau und Hirschfeld, was bei den Franzosen großes Aufsehen erregte.

Der Landgraf setzte seine ganze Hoffnung wieder auf Preußen, da er gehört hatte, dieses vermittle den Frieden. Hinter dem Rücken seiner Minister gab er Wilhelm einen Brief an Haugwitz. Er brachte darin die P. C. in Erinnerung und bat um Zustimmung zur Besetzung der mainzischen Ämter. Preußen solle durch seinen Gesandten in Paris die Sache in Ordnung bringen, da er Waitz nicht dahin senden wolle. In Berlin hatte man wieder nur schöne Worte für ihn. Die Berufung auf die P. C. lehnte man ab, da sie sich auf den Zustand der damaligen Dinge bezöge, welcher sich bekanntermaßen seither völlig verändert habe. Ein Grund zur Besetzung der mainzischen Ämter liege nicht mehr vor, da sie infolge des Waffenstillstandes vom 15. Juli nicht mehr gefährdet seien. Eine Änderung des Besitzstandes würde im jetzigen Augenblick sehr bedenklich sein. Als jedoch die Friedenspräliminarien zwischen Österreich und Frankreich unterzeichnet worden waren, und die preußische Vermittelung abgelehnt wurde, geriet der Landgraf in große Bestürzung. Waitz kam wieder mit seiner Bestechungsaktion, und die hessischen Minister unterstützten ihn. Sie beantragten, einen Gesandten nach Paris zu schicken. Aber der Landgraf wollte nicht. Er entschloß sich vielmehr dazu, Napoleon zu schreiben, ihn als Friedensstifter zu beglückwünschen und ihm sein Interesse zu empfehlen. Der Brief ging auch wirklich an Kopp in Paris ab, obwohl die Minister damit nicht zufrieden waren. Wilhelm verheimlichte dem Landgrafen die ganze Sache, da er vermutete, daß der König von Preußen dieses Schreiben nicht billige (20. August)[264].

Mittlerweile schwanden die Friedensaussichten. Der Krieg begann wieder. Am 10. September war Kopp aus Paris zurückgekehrt. Seine Tätigkeit daselbst war ziemlich erfolglos gewesen, er hatte keine Audienz bei Napoleon erhalten und den Brief an Talleyrand abgeben müssen

und war dann, ohne den preußischen Gesandten gesehen zu haben, wieder abgereist. Die Antwort auf den Brief sollte nachgesandt werden. Wilhelm gegenüber schwieg der Landgraf noch immer über die Sache. Wilhelm tat dasselbe, nahm sich aber vor, wenn die Gelegenheit, darüber zu sprechen, sich gäbe, ihm seine Verwunderung darüber auszusprechen, in holländischen Zeitungen gelesen zu haben, er habe sich mit Napoleon in Privatunterhandlungen eingelassen. Kopp hatte erklärt, man müsse in Paris bedeutende Summen opfern, wenn man etwas erreichen wolle, dazu wollte sich der Landgraf aber nicht verstehen.

In Berlin wuchs das Mißtrauen nach diesem Seitensprung gegen ihn. Man legte Wilhelm besonders ans Herz, sein ferneres Benehmen und seine Gesinnungen gegen die französische Republik zu beobachten, und wünschte, daß er den Landgrafen dahin brächte, sich nicht in Unterhandlungen einzulassen, die fruchtlos seien und ihn kompromittierten. Die Lage wurde noch gespannter, als in Kassel das Gerücht auftauchte, Preußen habe mit Frankreich ein Abkommen über die Grafschaft Schaumburg geschlossen. Ferner erzählte Kopp, daß er sehr begründete Vermutungen habe, Berlin und Paris ständen in Entschädigungsverhandlungen auch über Paderborn. Die Nachricht wurde durch ein weiteres Gerücht aus Karlshafen scheinbar bestätigt. Der Bischof habe sein Militär entlassen, und der Oberst Lecoq vermesse das Land. Der Landgraf schlug in einer Ratssitzung eine Vereinigung verschiedener Höfe, Sachsen, Hessen, Hannover u. a., vor, die sich in Paris ihren Besitzstand garantieren lassen sollten, ein Plan, der weittragende Konsequenzen gehabt hätte, und der in der Folgezeit in mancherlei Form immer wieder erwogen worden ist. Die Minister erklärten ihn aber wegen der Verschiedenheit der Interessen für unausführbar [265]. Sie meinten sogar, die Abtretung Schaumburgs sei gar nicht so schlimm, da man sicher gut dafür entschädigt werden würde; doch lehnte sich das Legalitätsempfinden des Landgrafen dagegen auf. Wilhelm schrieb nach Berlin, wenn man die Erwerbung Schaumburgs ins Auge fasse, so wolle er sie ihm schon schmackhaft machen und ihn an diesen Gedanken gewöhnen. In Kassel vermehrte man die Besorgnisse des Landgrafen wegen Paderborns und Schaumburgs, damit erreicht würde, daß Waitz nach Paris geschickt würde. Aber man wartete ja noch immer auf die Antwort Napoleons, und das Verhältnis zu Frankreich war nicht das beste.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes und die Übergabe von Philippsburg, Ulm und Ingolstadt waren dem Landgrafen sehr unangenehm. Berlin ließ durch Wilhelm erklären, daß die Gerüchte über Indemnisationsverhandlungen mit Frankreich sowie über die Abtretung Schaumburgs und den Erwerb Paderborns am französischen und an gewissen deutschen Höfen ihren Ursprung hätten. Der Landgraf tue Preußen Unrecht, wenn er solche Gerüchte glaube. Es werde nur mit ihm die Entschädigung betreiben. Die Maßnahmen, die er gegen Mainz und Hannover angedroht habe, würden ihm nichts nützen, sondern ihn nur kompromittieren, ebenso der Zusammenschluß mit Sachsen und Hannover. Mit Entrüstung sollte ihn Wilhelm von seinem ungerechtfertigten Verdacht abbringen und ihm die Vereinigung mit Sachsen und Hannover ausreden. Am 16. Oktober war dieser Plan denn auch fallen gelassen. Waitz bemühte sich dauernd um seine Sendung nach Paris. Napoleon ließ sich durch Rivals entschuldigen, daß er noch nicht geantwortet habe.

Um dieselbe Zeit wurde Lucchesini in Paris preußische Gesandter. Friedrich Wilhelm III. legte dem Landgrafen in einem sehr gnädigen Handschreiben nahe, mit diesem in Verbindung zu treten, was denn auch geschah. Auf eine Note, die Kopp im Dezember Talleyrand einreichte, erhielt er eine hinhaltende Antwort. Sie gipfelte in der Bemerkung, daß die Entschädigungen von Preußen abhingen.

Das Jahr 1801 brachte am 9. Februar den Luneviller Frieden, und mit diesem wurde die Entschädigungsfrage noch beherrschender als zuvor. Ihr bisheriger Verlauf hatte die Richtung festgelegt, in der sie sich in Kassel bewegen sollte. Preußen war nicht mehr geneigt, die P. C. gelten zu lassen. Wilhelm fiel die nicht einfache Aufgabe zu, den Landgrafen trotz dieser Haltung Preußens auch weiter vor dessen Wagen zu spannen [266]. Das war um so schwieriger, als sich sein Verhältnis zu ihm getrübt hatte, was sich durch einen Zwischenfall im Februar noch steigerte. Es wäre schon damals fast zu einer Beschwerde des Landgrafen über ihn in Berlin gekommen [267], wie es später zu einer ähnlichen Krise, aber in dramatischerer Form, kam. Über politische Dinge schwieg sich der Landgraf Wilhelm gegenüber aus. Doch fand dieser andere Kanäle, aus denen ihm zufloß, was er in Erfahrung zu bringen wünschte. Ein solcher war auch die Gräfin Schlotheim, waren die Dechiffranten, war der Minister Waitz, der in ihm einen Freund sah, obwohl Wilhelm seine Pläne bekämpfte. Gute, zuverlässige Nachrichten, nicht nur aus Kassel, sondern auch besonders aus Rußland, bezog er von dem russischen Staatsrat Alopäus, der in seinem Vaterlande in Ungnade gefallen war, nun in Kassel lebte und dort auf einen Umschung in Rußland und auf seine Wiederanstellung im diplomatischen Dienst, am liebsten in Berlin wartete (er wurde dort im August 1802 Gesandter) und Wilhelm blieb bis zum Kriege 1806 in freundschaftlichen Beziehungen zu ihm.

Auch dem Berliner Kabinett waren diese Beziehungen Wilhelms zu Alopäus sehr wertvoll. Es forderte ihn öfter auf, sie weiter zu pflegen, da Alopäus immer zuverlässige Nachrichten aus Rußland habe.

Die Entwickelung der Dinge sollte Hessen-Kassel indessen bald wieder zu einer Annäherung an Preußen zwingen. Der Landgraf ärgerte sich über die Fortschritte der französischen Waffen und über die russische Feindschaft gegen England, seiner Subsidienforderungen wegen; er ärgerte sich über den zwischen dem Erzherzog Karl und Moreau in Steyer am 25. Dezember 1800 abgeschlossenen Waffenstillstand [268]. Waitz jedoch freute sich darüber und betrieb seine Sendung nach Paris. Er ging Wilhelm um Unterstützung an. Der aber bemühte sich, alle Anschläge zu vereiteln, erbat sich indessen eine Instruktion aus Berlin, welche Richtung er den politischen Maßregeln des Landgrafen in betr. der kommenden Dinge geben sollte. Am 14. Januar war endlich die Antwort Napoleons auf den Brief des Landgrafen da. Rivals hatte ihre Absendung während seines viermonatigen Urlaubs eifrigst betrieben. Sie war zwar äußerst freundlich, jedoch legte sich Napoleon nicht fest, er sprach die Erwartung aus, daß der Landgraf nun auch Demarchen tue, die dieser Freundschaft entsprächen. Waitz meinte, seine Sendung nach Paris sei eine solche. Vor Wilhelm hielt der Landgraf die Antwort Napoleons geheim. Auch die hessischen Minister rieten nun, einen Spezialgesandten nach Paris zu schicken und ihm Verfügung über eine ansehnliche Summe zu geben. Ende Januar kam die erbetene Instruktion

von Berlin. Wilhelm solle nicht so tun, als ob er den Inhalt des napoleonischen Briefes gerne wissen wollte. Des Landgrafen Sorge um seine Angelegenheiten sollte er als natürlich billigen und ihm dabei eröffnen, daß Preußen im Einverständnis mit Rußland präparatorische Einleitungen treffe, Deutschland zu ordnen, und daß es sich Hessens dabei besonders annehme. Es sei bereits allerlei geschehen, und der Landgraf würde wohl daran tun, diesen Schritten nicht durch einseitige und zu weit führende Demarchen vorzugreifen. Von der Absendung Waitzens könne und möge die preußische Regierung nicht geradezu abraten, sondern überließe sie der Willensmeinung des Landgrafen. Dieser griff nun zwar zu einer selbständigen Maßregel, aber zu einer halben. Er beabsichtigte, Steuben, der in Paris noch beglaubigt war, dorthin zurückzusenden mit nur 1000 Livres Monatsgehalt, womit er auch noch am Friedenskongreß teilnehmen sollte. 50 000 Livres wurden ihm zu Bestechungszwecken zur Verfügung gestellt. Beides war viel zu wenig. Er bekam daher die Erlaubnis, auch noch andere Aufträge in Paris zu übernehmen; so vertrat er daselbst auch Sayn-Wittgenstein-Berleburg[269]. Waitz war sehr unbefriedigt und bemühte sich, wenigstens eine Woche mit nach Paris geschickt zu werden.

Der Landgraf wäre gerne auch diesen Winter zum Karneval nach Berlin gereist, um mit Haugwitz zu verhandeln. Wilhelm hatte große Mühe, ihn davon abzuhalten, und zog sich daher öfter seinen Unwillen zu. Es wurde ihm bestätigt, daß die Anwesenheit des Landgrafen diesmal in Berlin unerwünscht sei. Der Landgraf lud daher den preußischen König ein, bei seiner diesjährigen Reise nach Wesel über Kassel zu kommen. Wilhelm mußte aber danken und ablehnen, weil Kassel schwerlich an der Route läge. Der Landgraf empfand recht deutlich, daß in diesem Schneiden eine Züchtigung lag, und die war ihm sehr bitter. Er fühlte auch das Bedürfnis und die Notwendigkeit, wieder in ein besseres Verhältnis zu dem russischen Kaiser zu kommen, weil er fürchtete, daß dieser Württemberg die Kur verschaffen würde und nicht Hessen. Er bat in Berlin um eine Empfehlung und fragte, ob er selbst dem Kaiser schreiben solle, oder ob Preußen es übernehmen wolle, das Verhältnis wieder einzurenken. Waitz empfahl die Absendung eines Spezialgesandten nach Berlin. Aber der Landgraf knauserte, wie er auch bei der Sendung Steubens knauserte, indem er ihm für deren Dauer das hessische Beamtengehalt strich und die Sendung selbst immer wieder hinaus schob. Berlin riet dem Landgrafen, er solle dem russischen Kaiser schreiben, wie das Hessen-Darmstadt und Nassau-Oranien auch getan hätten. Preußen wolle den Brief durch seine Gesandtschaft vermitteln. Die hessischen Minister regten an, Veltheim mit dem Briefe nach Petersburg zu schicken.

Die von Frankreich gewünschte schnelle Ratifikation des Luneviller Friedens fand Hessen also diplomatisch ganz ungerüstet. Es ging notgedrungen dabei mit Preußen. Der hessische Komitialgesandte in Regensburg erhielt Anweisung, ebenso zu stimmen wie der preußische. Dieser Anschluß an Preußen hat während der ganzen Regensburger Verhandlungen bestanden. Er lag begründet in der Haltung des Kaisers in der Entschädigungsfrage. Um Preußen scharte sich die Opposition gegen ihn. Es fand in seinem Vorgehen gegen den Wunsch des Kaisers, sich die Erledigung der Entschädigungsfrage vom Reichstag übertragen zu lassen,

den Beistand nicht nur — wie bekannt — Bayerns [270], sondern auch Hessens.

Der Landgraf war über das zweite „kaiserliche Kommissionsdekret über die Erstattung eines Reichsgutachtens über die reichsständische Mitwirkungsart bei der weiteren zur gänzlichen Berichtigung des Reichsfriedensgeschäftes noch erforderlichen Übereinkunft" sehr beunruhigt. Er ließ durch seine Regierung in Berlin seine Bedenken vorbringen und um Rat bitten. Er teilte auch den Briefwechsel in dieser Sache mit dem Kurfürsten von Bayern mit (27. März). Anderseits wurde seine Regierung vom preußischen Kabinett gebeten, ihre Meinung in dieser Sache zu äußern. Am 3. April wurde Wilhelm beauftragt, in Kassel zu erklären, auf die Anfrage über das kaiserliche Dekret könne noch nicht geantwortet werden, und im engsten Vertrauen sollte er hinzufügen, daß, wenn von einer Mitwirkung des Reiches bei der Bestimmung und Verteilung der Entschädigungen etwas Gedeihliches erwartet werden solle, zuvörderst die größeren Mächte sich darüber geeinigt haben müßten. „Wir sind im Begriff solches unsererseits mit dem französischen Gouvernement unter russischer Mitwirkung zu tun, und wir werden dabei unserer mehrmaligen Versicherung zufolge uns das Interesse des Landgrafen gleich unserem eigenen angelegen sein lassen. In der Zwischenzeit ist es nun äußerst wichtig, daß es mit der bevorstehenden Beratung des Reichstages zu keinem Abschluß komme, und es würde daher gut sein, wenn der landgräfliche Komitialgesandte, ohne ihm jedoch diese noch geheim zu haltenden Rücksichten mitzuteilen, angewiesen würde, sich das Protokoll bis auf weiteres offen zu halten." Hessen stand mit Bayern im Meinungsaustausch über das Vorgehen in der Entschädigungsangelegenheit und schloß sich dessen Ansichten im wesentlichen an. Es ist diejenige, die im preußischen Erlaß an Wilhelm zum Ausdruck kommt.

Inzwischen gab es wieder eine Krise zwischen dem Landgrafen und seinem Sohn. Der Erbprinz hatte gegen den Regierungsrat Kopp und andere hochstehende Personen Drohungen ausgestoßen, daß es ihnen bei einem Regierungswechsel schlimm ergehen würde. Der Landgraf erbat daher für Kopp das preußische Legationsratspatent, um ihm Exterritorialität zu verschaffen. Es hatte sich eine Partei gebildet, die alle unbesonnenen Handlungen des Erbprinzen sammelte und den Landgrafen zu bewegen suchte, mit Vorwissen des preußischen Königs eine Denkschrift daraus zu machen, sie dem Kaiser einzureichen und mit dessen Zustimmung beim Tode des Landgrafen eine Regierungsadministration einzusetzen, durch welche dem Erbprinzen die Hände gebunden würden. Der Landgraf war nicht abgeneigt. Auch Wilhelm legte man diese Idee vor und bat ihn um die Meinung des Königs. Aus der Art und der Person des Fragenden schloß Wilhelm, daß der Landgraf selber dahinter steckte. Er riet, mit der Sache zu warten, bis dieser im Sommer mit dem König in Wesel darüber gesprochen habe. Die Berliner Weisung in dieser Frage ging dahin, daß die Testamentsbeschränkung zu verhindern sei. Dem König dürfe die Tutel nicht zugespielt werden. Wenn der Erbprinz so etwas brauche, so sei Preußen dazu geeignet und berufen aus verwandtschaftlichen und politischen Gründen. Wilhelm bekämpfte dieser Instruktion gemäß die Testamentsbeschränkungs- und Administrationsidee und erreichte es, daß der Landgraf sie fallen ließ. Am 6. Mai kam das erbetene Legationsratspatent für Kopp an. Der Landgraf war sehr

gerührt und die treibende Kraft in dieser Angelegenheit — Kopp — damit ausgeschaltet.

Anfang April kamen hoffnungsvolle Nachrichten aus Paris. Basse war wieder am Werk. Nach Wilhelms Vermutung hatte Waitz ehemals eine Übereinkunft mit ihm getroffen, 1,5 Millionen Livres für die Gebiete der P. C. zu opfern. Der Landgraf hatte sich schließlich 25 000 Taler für die Bestechungsaktion abgerungen und vermehrte sie bis in den Mai hinein um wöchentlich 5000 Taler bis auf 37 500 (Mitte Mai). Zur Besserung des Verhältnisses zu Rußland war der von Berlin empfohlene Brief abgegangen. Krüdener schrieb an Alopäus, daß er sich über das Empfehlungsschreiben des Landgrafen nach Petersburg sehr wundere, da dieser in der Frage der Pensionen dem russischen Hofe wenig entgegengekommen sei. Noch jetzt befänden sich manche von der Dienerschaft der verstorbenen Landgräfin in tiefer Not. Der Kaiser würde kaum geneigt sein, etwas für den Landgrafen zu tun. Alopäus riet ihm, dem neuen Zaren Alexander zur Thronbesteigung durch Entsendung eines Ministers oder Generals zu gratulieren, vorher aber die Pensionsangelegenheit zu erledigen. Wilhelm unterstütze diesen Rat kräftig. Auf welche Weise ihm der Landgraf folgte, ist oben dargestellt: Er genehmigte die Pensionen mit großen Abstrichen, die Entsendung eines Generals oder Ministers unterblieb jedoch, weil sie zu teuer war.

Ende März hatte Preußen Hannover besetzt. In Kassel geriet man darüber in große Aufregung[271]. Wilhelm mußte beruhigen und die Besetzung als mit dem Seekrieg zusammenhängend und auch im Interesse des Landgrafen liegend, erklären, man habe der Besetzung durch eine andere Macht zuvorkommen wollen.

In den Verhandlungen zwischen Preußen, Rußland und Frankreich über die Besetzung Hannovers hatte Napoleon dem Zaren Paul auch vorgeschlagen, die Besetzung durch die vom russischen General Sprengporten 1801 aus Frankreich in die Heimat zurückgeführten russischen Kriegsgefangenen und eine französische Division zu bewerkstelligen[272]. Sprengporten war auf seiner Reise nach Frankreich auch durch Kassel gekommen, und Wilhelm hatte über sein Auftreten daselbst berichtet. Nun stand die Rückführung bevor. Sie sollte in Deutschland über Koblenz, Wetzlar, Kassel erfolgen. Schon im Februar verhandelte man darüber. Der Landgraf war sehr unzufrieden damit, daß man den Zug nicht durch Westfalen leite. Wilhelm wußte jedenfalls, daß die südliche Linie für Preußen wünschenswerter sei. Der Landgraf erreichte schließlich, daß der Transport an seiner Residenz vorbeiging, über Wetzlar, Alsfeld, Hirschfeld.

Ein Geldgeschäft des Landgrafen mit dem Kaiser, nämlich der Austausch der Kupferamtsobligationen ohne Aufgeld in Hofkammerobligationen, gab Gelegenheit zu einem neuen Seitensprung in dieser Richtung. Der Geheime Rat von Kunckell schlug vor, daß der Umtausch durch eine Staatsperson — ihn selber — vorgenommen würde, die gleichzeitig mit dem kaiserlichen Hofe wegen der Entschädigungsansprüche verhandeln sollte. Wilhelm legte den Ministern nahe, daß das Verdacht bei der Berliner Regierung erregen würde, und sie „überzeugten sich von dem Nachteil, den es für das landgräfliche Interesse haben müsse, wenn sich ein so kleiner Fürst eine doppelseitige Politik erlaube". Wilhelm bat um eine Instruktion für den Fall, daß diese Idee wieder aufgenommen

würde. Der Landgraf sei unzuverlässig, sobald sein Interesse nur irgendwie berührt erscheine. Nur durch Furcht und eine bestimmte Sprache könne er gelenkt werden. Die Sendung Kunckells wurde zwar aufgegeben, aber Mitte Mai hieß es, Veltheim ginge in Privatgeschäften nach Wien. Er solle nebenbei den Kaiser um Verwendung für die hessischen Entschädigungswünsche bitten. Wilhelm riet in einer Unterredung mit Waitz dringend davon ab. Der Kaiser würde als Gegenleistung ein Darlehen verlangen. In der Ratssitzung erreichte es Waitz, daß der Landgraf Veltheim vorläufig keine Aufträge dieser Art erteilte. Er bekam sogar ein Verbot mit, sich in politische Unterhandlungen einzulassen.

Steuben war inzwischen nach Paris abgereist. Er berichtete, er habe einen Entschädigungsplan gesehen, der von Preußen genehmigt sei, der dem Kurfürsten von Mainz Fulda zuspräche, die hessischen Ansprüche aber gar nicht erwähne. In Berlin war man über diese Meldung Steubens entrüstet, und Wilhelm mußte sie dementieren. Ende Juni mußte Steuben, der anfangs hoffnungsvolle Berichte geschickt hatte, Wasser in seinen Wein gießen. Er sandte eine Note Talleyrands, in der betont wurde, daß Frankreich zwar Hessen mit Vergnügen unterstütze, daß man aber auch überzeugt wäre, daß die hessischen Wünsche und Absichten, besonders bei der Lage der Dinge und bei den vielen zu entschädigenden Ständen dem Verluste angemessen sein müßten, den Hessen auf dem linken Rheinufer erlitten habe. Damit war der Gedanke der Entschädigung nach dem wirklichen Verlust zum ersten Male ausgesprochen — von Frankreich —, und er war sehr bitter für den Landgrafen. Steuben meldete weiter, man habe ihm auf das bündigste versichert, Hessen möge sich wegen Fulda keine Mühe machen. Man habe es Mainz zugesagt. Waitz wollte nun selber nach Paris. Mit Wilhelm redete der Landgraf über solche Dinge nicht mehr. Dieser erhielt den Befehl, sich wegen der Entwickelung der Steubenschen Negoziation in Paris „geschlossen" zu halten und nur das, was ihm vom Landgrafen mitgeteilt würde, entgegenzunehmen. Paris suche Herzöge für die Cisalpinische Republik, und hätte sie Braunschweig und Württemberg angeboten, aber Ablehnungen erhalten. Steuben sei der Unterhändler. Ob das der Landgraf wisse? Anfang Juli war dieser wieder offener gegen Wilhelm. Waitz hatte dazu beigetragen, indem er Preußens Bereitschaft, Hessen zu unterstützen, bei ihm betonte. Während sich der Landgraf im Juli auf 14 Tage nach Nenndorf begab, brachte Wilhelm mit Waitz einige Zeit in Hofgeismar zu. Er hatte wieder eine Angelegenheit des Erbprinzen zu regeln übernommen. Hinter dem Rücken des Landgrafen erbat er für ihn beim Könige eine Anleihe von 50 000 Reichstalern. Er vermittelte die Reise des Erbprinzenpaares nach Berlin, welche für den Oktober festgelegt wurde. Der Landgraf wünschte einen späteren Termin, um mit eingeladen zu werden. Im August war Wilhelm in Wilhelmsbad. Die Erbprinzessin wünschte, daß er mit nach Berlin käme, und so wurde er für Anfang Oktober nach Berlin befohlen.

In Geismar stand Wilhelm mit Waitz in regstem Gedankenaustausch, der auch in Kassel noch fortgesetzt wurde. In den Berichten und Briefen darüber spiegeln sich die einzelnen Phasen der Entwickelung, welche zur Übertragung der Erledigung der Entschädigungsfrage an eine aus Böhmen, Brandenburg, Sachsen, Mainz, Bayern, Hessen-Kassel,

dem Hoch- und Deutschmeister und Württemberg bestehenden Reichsdeputation führte[273]. Bemerkenswert ist, daß nun auch Preußen Ende Juli den Grundsatz der Entschädigung nach dem wirklichen Verlust in Kassel aussprechen, daß es jedoch Ende September durch Wilhelm mitteilen ließ, es habe sich mit dem Kaiser vertraulich verständigt, daß man daneben mehr nach politischen als bloß konstitutionellen Rücksichten, und nicht nur nach jenem Maßstabe zu Werke gehen wolle. Als über die Reichsdeputation eine Einigung erzielt war, mußte Wilhelm in Kassel besonders betonen, daß man, obwohl sich Hessen-Darmstadt sehr darum bemüht habe, doch Hessen-Kassel hineingebracht habe. Der Landgraf war denn auch hocherfreut darüber und wies seinen Komitialgesandten an, im Sinne Preußens zu stimmen. Waitz jedoch hielt nicht viel von der Deputation. Er glaubte damals noch, sie käme nicht zustande, und der Reichstag würde alles beschließen. Er erwartete von Frankreich das Heil, doch war er nicht klug genug, Wilhelms Gegenspiel zu durchschauen. Er teilte ihm immer wieder vertrauliche Dinge mit.

Man verhehlte sich in Kassel natürlich nicht, daß man mit dem Grundsatz der Entschädigung nach dem wirklichen Verlust schlecht fahren würde. Man beabsichtigte daher, auch eine Entschädigung für die Aufhebung des englischen Subsidientraktates zu fordern. Wilhelm hielt diesen Antrag für grotesk, da dieser Vertrag Hessen Millionen eingetragen und die durch seinen Anschluß an den Baseler Frieden erfolgte Aufhebung Hessen vor 50jährigem Ruin bewahrt habe. Tatsächlich hatte dieser Subsidienvertrag dem Landgrafen sechs Millionen eingebracht, denen ein Verlust von nur 2,5 Millionen durch den Feldzug 1792 gegenüberstand[274]. Waitz gegenüber sprach Wilhelm es damals wiederum aus, daß sich seit dem Baseler Frieden und der P. C. die Umstände derart verändert hätten, daß die darin festgesetzten Abmachungen wohl einigen Veränderungen unterworfen sein würden. Er war jedoch diesem Gedanken unzugänglich, gestützt auf französische Versprechungen, die mit Bestechung realisiert werden sollten. Ende September kamen aber ungünstige Berichte von Steuben aus Paris. Sie enthielten unter anderem die holländische Forderung, daß die preußische Entschädigung nicht in Münster erfolge. Daran zerbrach die P. C. Der Landgraf jedoch sah die Meldung Steubens in rosigerem Lichte, er griff den Gedanken, daß das preußische Los anderswohin fallen solle, freudig auf und unterhielt Wilhelm damals immer von seinem Interesse für Preußen.

Das Freiwerden der Stifter Münster und Köln und die drohende Neuwahl gaben ihm Anlaß, in Berlin vorzuschlagen, der Neuwahl durch Besetzung der Stifter zuvorzukommen. Für solche Aktionen besaß er ja eine besondere Vorliebe. Er wollte dann mittun und — Volkmarsen besetzen. Preußen lehnte jedoch eine solche Gewaltmaßregel ab und erklärte, sich mit einem Protest in Regensburg begnügen zu wollen, dem der Landgraf sich anschließen möge[275].

Am 23. Oktober 1801 reiste Wilhelm nach Berlin. Er traf dort einige Tage vor dem Erbprinzenpaare ein! Am 23. Oktober verweilte er bei der verwitweten Königin in Freienwalde. Ein königliches Schreiben rief ihn sofort nach Berlin zurück, um dem hessischen Ministerium auf seine Äußerungen zu antworten. Weitere Instruktionen sollte er vom Kabinettsministerium entgegennehmen. Haugwitz schrieb ihm, daß er mit Ungeduld erwartet werde. Waitz treffe in Berlin ein[276], ebenso Görtz.

Es handelte sich um die Entschädigungsfrage im allgemeinen und daneben im besonderen um den Austausch eines Teiles der hessischen Grafschaft Katzenelnbogen mit dem Hause Nassau, den Wilhelm betrieb. Er hatte an Waitz einen vertraulichen Wink Haugwitzens weitergegeben, und dieser war darauf in aller Stille nach Berlin geeilt. Was die allgemeine Frage der Entschädigung anlangt, so hatten schon Ende 1801 in Kassel gewisse Kreise kein Vertrauen mehr zu Preußen. Veltheim schrieb dem Landgrafen am 3. Dezember, Berlin sorge in dieser Angelegenheit für sich. Es nehme das hessische Interesse gar nicht wahr. Es verhandle in aller Stille mit Frankreich und ließe Hessen warten, bis nichts mehr da sei. Man wisse, daß Preußen in den Verhandlungen in Paris Paderborn sich selbst zuschanze. Steuben wurde nun ermächtigt, in Paris für Paderborn das doppelte zu bieten. Kopp berichtete sogar, Preußen habe in Paris einen Entschädigungsplan eingereicht, in welchem es sich die Gebiete der P. C. zuspreche, und der sei auch schon genehmigt. Soweit war man zwar noch nicht. Aber im Januar 1802 begann Preußen, in Paris Paderborn zu fordern. Und nach dem Frieden von Amiens Ende März 1802 bot Napoleon Paderborn und andere Gebiete der P. C. Preußen an [277].

Wilhelms Verhältnis zum Landgrafen war Ende 1801—Anfang 1802 ausgezeichnet. Der Landgraf nannte ihn seinen liebsten Freund. Wilhelm hatte ihm auch diesmal die Einladung zum Karneval verschafft und beriet ihn in Berlin. Aber er fühlte sich inmitten der Festlichkeiten, die besonders glänzend gefeiert wurden, nicht wohl, obwohl man ihn sehr umschmeichelte [278]. Der König freute sich, ihn alle Tage an seiner Tafel zu sehen. Als man ihm sagte, er habe eine fabelhafte Ähnlichkeit mit der Großfürstin Helena [279], plante er sogar eine Reise nach Schwerin und Strelitz, und der König bestärkte ihn darin. Wahrscheinlich verband sich mit diesem Reiseplan der Wunsch, seine getrübten Beziehungen zu Rußland wieder zu bessern. Über das Benehmen seines Sohnes ärgerte er sich [280]. In Berlin war man jedoch damit zufrieden, obwohl es hier und da zu Streitigkeiten zwischen dem erbprinzlichen Paare gekommen war [281]. Seine preußischen Militärdienste bereiteten dem Landgrafen damals allerlei Verdruß. 1800 war Wesel unter die Inspektion des Landgrafen gestellt worden, 1801 auch die übrigen Regimenter in Westfalen, aber es wurde ihm sogleich ein Sousinspecteur in der Person des Obersten Freytag zur Seite gestellt, und als er ihn ablehnte, ersetzte man ihn durch den Obersten von Wedell. Auch diesen ließ sich der Landgraf nicht gefallen. Er verbat sich sogar die Person **und** das Amt und ließ durchblicken, daß er, wenn man seinem Wunsche nicht nachkäme, zurückträte. Wilhelm erreichte es, daß die Instruktion an den Sousinspecteur im Januar kassiert wurde.

Am 12. März reiste der Landgraf wieder ab [282]. Wilhelm wurde noch länger in Berlin zurückgehalten. Man stand damals mit Frankreich in geheimen Unterhandlungen über die Entschädigungsfrage, aus welchen der Vertrag vom 23. Mai 1802 hervorging. Man schien mit einem schnelleren Verlauf dieser Verhandlungen zu rechnen; denn Wilhelms Abreise wurde immer wieder hinausgeschoben, weil er das Ergebnis mit nach Kassel nehmen und dem Landgrafen mitteilen sollte [283]. Noch am 2. Mai speiste er mit Haugwitz zusammen bei der Königin [284]. In den nächsten Tagen ließ man ihn abreisen, da die Stimmung in Kassel seine

Anwesenheit nötig machte. Es galt, die Unannehmlichkeiten, die Preußen von dort her bereitet wurden, zu beseitigen.

Die hessische Entschädigungsangelegenheit stand bei seiner Rückkehr[285] noch genau so wie vor acht Monaten, als er Kassel verlassen hatte. Der Landgraf war sehr verlegen, daß ihm Wilhelm keine bestimmteren Nachrichten aus Berlin mitbrachte. Das Ministerium riet, Waitz nach Paris zu schicken. Kopp berichtete, daß die hessische Sache anders stände, wenn man mehr Geld geopfert hätte. Der Landgraf war, wie durchsickerte, nun endlich zu größeren Opfern bereit, aber er wollte erst dann sich von dem Gelde trennen, wenn Preußen seine Entschädigungssache ins Reine gebracht hätte. Ende Mai kam ein niederschmetternder Bericht Steubens: Talleyrand habe die hessische Forderung als übertrieben bezeichnet. Preußen habe Fulda für Oranien verlangt und Paderborn durchaus nicht fahren lassen. Anfang Juni begab sich der Landgraf auf eine Inspektionsreise in die westfälischen Provinzen. Aus Herford schrieb er Wilhelm am 11. Juni, er sei über die letzten Nachrichten sehr überrascht gewesen. Besonders sei ihm die Schnelligkeit auffallend, mit der man auf einmal in der Indemnisationsfrage vorschreite, ganz gegen die bisherigen Prinzipien. Als er zurückkehrte, konnte ihm Wilhelm auf Grund einer Berliner Weisung Bestimmteres mitteilen. Was Steuben berichtet hatte, wurde nunmehr zugegeben. Oranien habe Fulda durch französischen Druck erhalten. Preußen habe nicht auf Paderborn bestanden, sondern sich lieber in Franken abrunden wollen; nur weil das gänzlich abgeschlagen worden sei, habe man sein Augenmerk auf Westfalen richten müssen. Die Kurwürde sei für Oranien und Toskana nicht beabsichtigt, sondern Hessen vorbehalten. Der Landgraf solle nunmehr auch das seine dazu beitragen. Er möge Waitz nach Paris senden. Preußen habe alles für Hessen getan, was es konnte, aber durch die Einmischung Rußlands seien Hessens Aussichten ungünstig gestaltet worden. Nach der erfolgten Einmischung des Kaisers sei es jedes einzelnen Fürsten Sache, seine Entschädigung selbst in Paris zu betreiben unter Vermittelung Rußlands. Der Landgraf möge dasselbe tun. Frankreich habe Hessen die Gebiete der P. C. noch viel bestimmter zugesprochen als Preußen. Frankreich gegenüber müsse er jetzt darauf bestehen. Es kam ein Bericht Steubens, der den Landgrafen in die höchste Aufregung versetzte. Aus geheimer Quelle wurde er Wilhelm zugänglich. Steuben schrieb von einem in Paris bestehenden Teilungsplan, der dem Landgrafen und den anderen Fürsten die Hoheitsrechte nehmen und Deutschland unter Preußen und Österreich teilen würde. Es stellte sich dann bald heraus, daß nur mit der Mediatisierung — denn das ist der Sinn des Teilungsplanes — der mindermächtigen Stände in Paris gespielt wurde. Wilhelm erhielt den Auftrag, gerade mit diesem Berichte Steubens ganze Berichterstattung zu diskreditieren. Den Teilungsplan bezeichnete man als ein Hirngespinst. Wilhelm solle weiterhin immer wieder auf das bündigste erklären, Preußen unterstütze Hessen in Paris so sehr wie möglich. Zwischendurch versuchte Wilhelm, den kurkölnischen Staats- und Konferenz-Minister, Freiherrn vom Spiegel, der ihm statistische Notizen über die preußischen Entschädigungen verschaffte, in preußische Dienste zu bringen. Doch wird man wohl in Berlin keine Neigung verspürt haben, den Mann zu übernehmen, der die Neuwahl im vergangenen Jahre in Münster inszeniert hatte[286].

Noch ehe der Landgraf von seiner Inspektionsreise zurückkam, hatte Wilhelm das hessische Ministerium dafür gewonnen, beim Landgrafen zu beantragen, Waitz nach Paris zu senden. Letzterer teilte Wilhelm, als er sah, daß er seine Sendung nach Paris nun unterstützte, sogar alle Berichte Steubens in Abschrift mit. Der Landgraf jedoch bezeigte eine ganz besondere Abneigung gegen die Sendung Waitzens nach Paris. Weil die Hauptgebiete nicht mehr zu erlangen waren, wollte er auch kein Geld mehr an eine erneute Negoziation in Paris hängen. Er gedachte vielmehr, sein ganzes Interesse in Paris an Preußen zu übertragen und es zu bitten, Rußland für eine Verwendung für Hessen zu gewinnen. Alle Vorstellungen Wilhelms, Waitzen mit den nötigen Mitteln nach Paris zu schicken, waren vergeblich. Die durch die preußischen Entschädigungen hergestellte Nachbarschaft mit Preußen war ihm wegen der Desertion, der Getreideversorgung, des Postregals und zu erwartender Grenzstreitigkeiten sehr unangenehm. Es entspann sich denn auch bald ein Kleinkrieg zwischen den preußischen und den hessischen Behörden. Wilhelm riet, den Landgrafen durch militärische Aufträge abzulenken, ihm eins der nach Paderborn verlegten Regimenter zu verleihen. Am 28. Juni richtete der Landgraf einen sehr heftigen Brief an Haugwitz, daß Preußen ihn in Paris habe fallen lassen, und gleichzeitig schrieb er auch an den König [287] und dachte vorübergehend daran, Waitz nach Berlin zu senden. Wilhelm hintertrieb das nicht, um ihn nicht noch mehr zu beunruhigen und mißtrauisch zu machen. Auch das Ministerium stellte sich hinter den Plan des Landgrafen. Indessen unterblieb die Sendung, da der Landgraf die Kosten scheute und eine Note für ausreichend hielt.

Zum Unglück verließ gerade damals Steuben den hessischen Dienst [288] und wurde württembergischer Gesandter in Paris. Da sich niemand fand, der für 3000 Taler die hessische Gesandtschaft daselbst übernehmen wollte, so beschloß der Landgraf, Kopp wieder als Legationssekretär dahin zu senden, zögerte jedoch damit. Er beklagte sich bei Wilhelm dauernd über die zerschellten Hoffnungen, wollte aber Kopp nicht einmal die erbetene Zulage in so wichtigem Augenblick gewähren. In seiner Anhänglichkeit an den König sei der Landgraf zwar nicht zu erschüttern, schrieb Wilhelm, seine Klagen müsse man über sich ergehen lassen. Mitte Juli wurde Wilhelm beauftragt, dem Landgrafen den weiteren Gang der Verhandlungen, insbesondere auch das Zustandekommen des französisch-russischen Indemnitätenplanes vom 3. Juni im Vertrauen mitzuteilen. Bei dessen Behandlung am Reichstage werde sich auch Gelegenheit finden, das hessische Los noch zu verbessern. Der Landgraf möge Waitz nach Berlin senden, um ein gemeinsames Vorgehen und die Instruktion für die Komitialgesandten zu verabreden.

Um dieselbe Zeit meldete jedoch Steuben aus Paris, daß preußische Truppen am 2. August marschieren würden, die Preußen zugewiesenen Entschädigungen zu besetzen. Nun beschloß der Landgraf sofort, Waitz nach Paris zu senden, die Erlaubnis zur Besetzung der ihm zugewiesenen Entschädigungen zu erwirken [289]. Er sollte dort zwei Monate als Gesandter fungieren und bekam dafür 1200 Taler. Die Sendung sollte geheim bleiben. Waitz teilte sie jedoch Wilhelm mit und versprach ihm auch Berichte aus Paris.

Der Landgraf ging Ende Juli nach Hofgeismar, wohin ihm Wilhelm folgte. Dort sprach er auch von der Sendung Waitzens und beglückwünschte nolens volens Preußen zu seiner Besitzerweiterung. Waitz schrieb aus Paris, er habe dort nur Klagen gehört, daß ihn der Landgraf nicht drei Monate früher geschickt hätte, dann wäre ihm Fulda und Corvey nicht entgangen. Preußen habe, wie Talleyrand behauptete, das hessische Interesse nicht mit Nachdruck und Ernst vertreten, habe Oranien die beiden Länder zugeschanzt. Lucchesini hätte Waitz kühl behandelt. Waitz wünschte, daß er von Berlin angewiesen würde, ihn zu unterstützen. Der Landgraf hatte für das Herzogtum Westfalen 2 Millionen Livres zur Verfügung gestellt oder für Gebiete am Rhein und Main, für die mainzischen Ämter 130 000 Livres[290]. Waitzens Berichte lauteten indessen wenig hoffnungsvoll. Er schob den Mißerfolg auf Lucchesinis mangelhafte Unterstützung. Wilhelm schrieb aus Regensburg, der französische Gesandte sei angewiesen, den hessischen Wünschen entgegenzutreten. Der Landgraf beschwerte sich am 3. September bei Haugwitz und gleichzeitig beim König. Anfang September ließ er Fritzlar, Amöneburg und Volkmarsen besetzen[291], da, wie er an Wilhelm schrieb, auch französischerseits dazu geraten worden sei. Aus einem Briefe Wittorfs an Wilhelm vom 28. September geht hervor, daß die Berichte aus den besetzten Ämtern nicht sehr rosig lauteten. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der Frage der Entschädigungen legte der Landgraf nunmehr nach Paris, jetzt, wo es zu spät war. Am 25. Oktober schrieb er an Wilhelm, daß er genötigt gewesen sei, seine Negoziationen vorzüglich in Paris und weniger in Regensburg einleiten zu lassen, wo ohnedem ja nur die Resultate dessen, was in Paris geschehen wäre, verhandelt würden, und wo leicht sein Interesse sich mit dem irgend eines andern kreuzen und hintangesetzt werden könnte, wie sich bei den letzten Abstimmungen über seine anderweitigen Forderungen von allen Seiten gezeigt hätte. Der hessische Gesandte von Günderode benahm sich sehr ungeschickt in Regensburg[292]. Wilhelm war es gelungen, sich dem Kreuzfeuer der hessischen Wünsche und Hoffnungen, Enttäuschungen und Bitternissen gerade in der entscheidenden Zeit zu entziehen. Er befand sich seit Mitte September in Regensburg.

Er führte dort die „Entschädigungs“angelegenheit seines eigenen Hauses, die Saynische Sache, zu einem glücklichen Ende[293]. Auch 1801 hatte die Angelegenheit nicht geruht. Graf Friedrich hatte am 16. Oktober in einem natürlich von Wilhelm verfaßten Gesuch das Berliner Ministerium abermals um Unterstützung in London gebeten und statt der Nachfolge in Altenkirchen eine anderweitige Entschädigung durch Land vorgeschlagen. Zu diesem Zwecke enthielt das Gesuch eine statistische Aufstellung über Größe, Einwohnerzahl und Einkünfte der beiden Grafschaften. Während seines Berliner Aufenthaltes hatte Wilhelm mit preußischer Hülfe der Angelegenheit eine entscheidende Wendung geben können. Sie wurde in das preußische Entschädigungsprogramm aufgenommen. Die Verflechtung Preußens in die Sache durch die ihm vom Markgrafen von Ansbach gegen eine lebenslängliche Rente von 20 000 Gulden übertragene Verwaltung Altenkirchens[294] ermöglichte es ihm, sich für Wittgenstein einzusetzen. Lucchesini hatte Instruktion, Altenkirchen für Preußen bezw. Wittgenstein zu verlangen, er wurde aber nach dem

Abschluß des preußisch-französischen Entschädigungsvertrages vom 23. Mai zu den Verhandlungen nicht mehr hinzugezogen, und der französisch-russische Indemnisationsplan teilte Altenkirchen dem Hause Nassau-Usingen zu, wogegen dieses die ihm gehörige Herrschaft Lahr im Breisgau an Baden abzutreten habe[295]. Es scheint, als ob Preußen Altenkirchen wegen seines Eisens gerne selbst erworben hätte. Es war dies ein Lieblingswunsch von Haugwitz. Zur Abgeltung der wittgensteinischen Ansprüche hatte er schon vorher einen Vertrag mit Wilhelm geschlossen. Er schrieb an Wilhelm, daß es ihm ungemein nahe ginge, daß die wittgensteinischen Wünsche in Bezug auf Altenkirchen, welche so ganz die seinigen gewesen seien, auf diesem Wege wohl nicht erfüllt würden. Aber die noch ausstehenden Verhandlungen in Regensburg ließen noch eine Möglichkeit dazu offen. Am 24. April schrieb er Wilhelm, daß er Schritte getan habe, daß die wittgensteinischen Ansprüche in Regensburg von England (Hannover), Rußland und Frankreich anerkannt würden, und daß man Wittgenstein ein anderes Benefizium oder eine Entschädigung durch Baden und Nassau-Usingen zuweise. Die Stimmen von Preußen, der Pfalz, Hessen-Kassel, Württembergs und Mainzens seien wohl zu gewinnen. Wilhelm müsse aber selbst nach Regensburg fahren, jedoch erst nach Berlin kommen, um dort vollständig instruiert zu werden. Wilhelm nahm seinen Weg über Hanau. Er war dort nötig, wie ihm die Oberhofmeisterin der Erbprinzessin kurz vorher geschrieben hatte, dem Erbprinzen die Berliner Mahnungen ins Gedächtnis zurückzurufen. Bis zum 7. September blieb er in Berlin, am 14. September kam er in Regensburg an. Die Verhandlungen konnten erst Anfang Oktober beginnen, weil die Bevollmächtigten noch nicht alle da waren. Haugwitz hatte erreicht, daß die Vermittelungsmächte die wittgensteinischen Ansprüche anerkannten[296]; Hannover verzichtete auf seine Kompossession und von Baden und Nassau-Usingen verlangten die vermittelnden Mächte die Ablösung der wittgensteinischen Ansprüche durch eine Entschädigung[297]. Der badische Vertreter, Meyer, schreibt am 21. September an seine Regierung: „Der brandenburgische zweite Subdelegierte, v. Hänlein, macht sich ein eigenes Anliegen daraus, die wittgensteinische Prätension an Altenkirchen zu vergleichen. Er versichert, die Sache werde vom preußischen Hofe äußerst, vom russischen sehr begünstigt, und sowohl die russische als auch die französische Botschaft habe die stärksten Aufträge zur Unterstützung[298]. Und am 23. September: „Mathieu hat Kruse (dem naussau-usingenschen Vertreter) erklärt: die wittgensteinische Prätension müsse schlechterdings binnen drei Tagen berichtigt und zwar dahin verglichen sein, daß Wittgenstein 300 000 Gulden und seine wie dem Vernehmen nach noch nicht alten Vettern eine lebenslängliche Pension erhalten sollen . . . .“[299]

Am 8. Oktober überreichten die Gesandten der vermittelnden Mächte der Deputation den neuen Entschädigungsplan, in dem es im § 12 hieß:[300] Au Prince de Nassau-Usingen enfin le Comté de Sayn-Altenkirchen à charge de se conformer à la convention arrêtée pour le dédomagement de la maison de Sayn-Wittgenstein dont les prétentions sur le Comté de Sayn et dépendances demeuront éteintes und § 23: Il sera pourvu à la satisfaction de la maison de Sayn-Wittgenstein pour ses prétentions reconnues sur les Comtés Sayn-Altenkirchen et Hachenburg au moyen de l'arrangement concerté entre le Marggrave de Bade, les Princes de

Nassau et les dits Comtes de Wittgenstein. Damit waren die wittgensteinischen Ansprüche durch den Reichsdeputationshauptschluß garantiert, und der Vergleich, den diese beiden Paragraphen forderten, und der am 25. Oktober von Hänlein, Kruse, Meyer und Wilhelm unterzeichnet wurde, war damit internationales Recht geworden. Das wittgensteinische Haus wurde mit diesem Vergleich von dem „onus" der Sayner Grafen befreit. Ohne den Schutz Preußens wären die wittgensteinischen Rechte in dem allgemeinen Rechts- und Verfassungsbruch, welche der Reichsdeputationshauptschluß bedeutete, untergegangen.

Der Regensburger Vergleich kam auf der von Mathieu geforderten Grundlage zustande. Nassau-Usingen und Baden zahlten 300 000 Gulden an das wittgensteinische Haus, Nassau-Usingen eine jährliche Rente von 12 000 Gulden an die Grafen von Sayn [301]. Wilhelm war es gelungen, die Erhöhung der Abfindungssumme von 200 000 auf 300 000 Gulden und der Rente von 8000 auf 12 000 Gulden durchzusetzen, und diese aus einer „rente viagère" in eine „rente perpétuelle" umzuwandeln, die erst erlöschen sollte, wenn die ganze Saynische Linie erlösche.

Schwierigkeiten bereitete noch die Beschaffung der Konsense der Agnaten des wittgensteinischen Hauses. Nach früheren Verträgen war die wittgensteinische Hauptlinie (diejenige Wilhelms) nun von der Zahlung der Sustentationsgelder befreit, auch stand ihr ein Teil des Abfindungskapitals für die Kosten des Prozesses, der Verhandlung sowie für die bisher gezahlten Sustentationsgelder zu. Die Berleburger Linie hatte den Sayner Grafen eine jährliche Rente von 4000 Gulden zu zahlen und machte die Erteilung des Konsenses davon abhängig, daß sie nun darauf verzichteten. Wilhelm billigte diese Forderung, aber ihr Bevollmächtigter, der Hofrat Greuhm, Wilhelms Angestellter, riet ihnen ab. Es kam zu einer heftigen Szene zwischen Wilhelm und ihm, und sie beschlossen, sich nun voneinander zu trennen, was aber doch nicht geschah. Die Sayner Grafen waren zum Verzicht bereit, wenn Greuhm eine jährliche Pension von 2000 Gulden von Berleburg erhielte. Dieses wollte aber nur 1000 Gulden zugestehen. Wilhelm legte darauf die andern 1000 aus eigener Tasche hinzu, um dem Streit ein Ende zu machen, aber Greuhm scheute sich, diese von seinem Herrn anzunehmen. Erst ein Schiedsspruch des preußischen Königs, der in Wilhelms Sinne ausfiel, vermochte die Sache zu lösen.

Über die Verwendung der Saynischen Gelder wurde nach langen, schwierigen Verhandlungen am 13. Dezember 1803 ein Familienrezeß geschlossen. Dadurch erhielt die Hauptlinie von dem Abfindungskapital 100 000 Gulden. Von den übrigen 200 000 wurden 140 000 bei der Hauptlinie und 60 000 bei der Berleburgischen Linie als fideikommissarisches Kapital angelegt. Als die Beträge zu fließen begannen, hob sich der Kredit Wittgensteins, und die Finanznot verringerte sich langsam.

Die Besetzung Volkmarsens durch den Landgrafen hatte zu einem Streit mit Hessen-Darmstadt geführt, da dieses auch Recht auf die Stadt zu haben glaubte [302]. Die angerufene preußische Vermittelung wurde Wilhelm übertragen. Er begann damit noch in Regensburg und setzte sie bei seiner Rückkehr fort. Die Einigung scheiterte aber offenbar an dem mangelnden Entgegenkommen des Landgrafen. Er wollte weder Vilbel gegen Volkmarsen abtreten, noch eine Entschädigung bezahlen; so

mußte er es wieder räumen und Hessen-Darmstadt überlassen. Sein Groll übertrug sich auch auf den Vermittler.

Am 5. November 1802 verließ Wilhelm Regensburg und begab sich nach München, um die lehnsherrliche Zustimmung des Kurfürsten zu dem Vergleich in der Sahnischen Sache einzuholen. Acht Tage blieb er dort und trat glänzend auf. Am 15. November reiste er über Eichstädt, Schwabach-Nürnberg nach Hanau. Der Königin-Witwe schrieb er aus Nürnberg über seinen Aufenhalt in München u. a., die Prinzessin Auguste sei ein hübsches Frauenzimmer, sie habe auch schon Bewerber. Wäre es nichts mit Prinz Heinrich? Leider sei die Verschiedenheit der Konfession hinderlich (der alte Ehestifter!) [303].

Am 20./22. November war Wilhelm in Hanau angekommen. Zwei bis drei Wochen hielt er sich dort auf, vermittelte wieder zwischen dem Erbprinzen und seiner Gemahlin und hatte u. a. auch Zusammenkünfte mit dem darmstädtischen Minister Barkhaus, Volkmarsens wegen. Anfang Dezember fuhr er über Wittgenstein nach Kassel zurück, wo er am 10. Dezember wieder eintraf. Hier herrschte eine sehr schwüle Stimmung, und die nächsten Wochen waren wohl die schwersten, die Wilhelm während seiner ganzen Tätigkeit in Kassel erlebt hat [304]. Der Landgraf und die Kasseler öffentliche Meinung schoben den Mißerfolg der Sendung Waitzens auf die mangelnde Unterstützung Preußens. In sehr derben Ausdrücken machte der Landgraf seinem Ärger Luft. Wilhelm hatte davon schon in Hanau gehört. Die Erbprinzessin hatte ihm gewisse, Preußen und seinen Vertreter herabwürdigende Äußerungen des Landgrafen mitgeteilt, u. a. habe der Landgraf geäußert, Günderode sei in Regensburg von Wilhelm bestochen worden [305]. Nun beschwerte sich Wilhelm in Kassel darüber [306], aber dort fielen noch schlimmere Äußerungen. Die P. C. wurde sogar veröffentlicht, um die eigenen Fehler zu vertuschen. Man ging sogar soweit, in der Gesellschaft zu behaupten, Wilhelm habe den Auftrag zur Bestechung Günderodes vom Könige selbst erhalten. Er zog sich daraufhin aus der Gesellschaft zurück und dachte daran, den König zu bitten, ihn zum wenigsten auf einige Zeit nach Berlin zurückzurufen, da er nicht glaube, in dem gegenwärtigen Augenblick ihm in Kassel von einigem Nutzen sein zu können und befürchten müsse, eine Rolle zu spielen, die sich mit der Würde des Königs nicht vereinbaren ließe.

Der Landgraf äußerte zu Wilhelm, daß er fürchten müsse, nun auch die Kur einzubüßen, und deshalb beabsichtige, einen Gesandten nach Wien zu schicken. Wilhelm erwiderte, um sein Mißtrauen nicht noch mehr zu reizen, er möge, wenn es ihm Vergnügen bereite, diese zwecklose Reise machen lassen. Er vermutete, daß der französische Gesandte die schlechte Meinung des Landgrafen und seiner Minister sehr gesteigert habe. Der Landgraf äußerte die Absicht, obwohl ihn Wilhelm von der Aussichtslosigkeit zu überzeugen suchte, Waitz nach Berlin zu senden, um dort noch einige Entschädigungen von Preußen zu erlangen. Am 22. Dezember sprach er die bestimmte Erwartung aus, daß Preußen Paderborn für ihn besetzt habe und es ihm abtreten oder eine andere angemessene Entschädigung geben werde. Wilhelm fiel in Ungnade, weil er seine Meinung, daß ihm Paderborn zustehe, nicht billigte. Durch Waitz ließ ihm Wilhelm mitteilen, daß er um seine Abberufung bitten müßte. Dem Berliner Kabinett riet er, den Gedanken der Abtretung

Paderborns mit einer nachdrücklichen, bestimmten Erklärung sofort niederzuschlagen, und fügte hinzu, er habe bisher vieles vom Landgrafen mit Geduld und Resignation ertragen. Waitz freue sich des Zerwürfnisses mit Preußen, da er ein Anhänger der französischen Partei sei.

Der Landgraf hatte diesen Bericht erbrechen lassen und richtete am folgenden Tage (23. Dezember) eine Beschwerde über ihn an den König. Wilhelm sei am 10. Dezember aus Hanau zurückgekehrt, habe sich über den dortigen Empfang und über Äußerungen, die dort gefallen seien, sofort beschwert [307], er habe ihm dieses alles nicht geglaubt und auszureden versucht. Gleich am folgenden Tage habe Wilhelm behauptet, es werde hier genau so geredet wie in Hanau. Er erscheine nicht mehr in der Öffentlichkeit und habe dem Könige alles gemeldet und seine Abberufung verlangt. Auf dreimalige Einladung sei er nicht bei Hofe erschienen und meide diesen gänzlich. Alle ihm gemachten Vorstellungen hätten nichts gefruchtet. Es sei kein Wort gefallen, welches dem Ansehen des Königs zuwiderlaufe, und alles sei eine Erdichtung des genannten Grafen, den er zu besserem Betragen anzuweisen bäte.

Schon am nächsten Tage wußte Wilhelm um diese Beschwerde und parierte den Schlag sofort, indem er dem Kabinett seine Meinung dazu schrieb. Die Äußerungen, die der Landgraf abstreite, seien in Hanau geschehen. Zu den Beleidigungen in der Gesellschaft gebe die Veröffentlichung der P. C. Anlaß. Bei Hofe fielen derartige Äußerungen noch dauernd. Er könne nicht daselbst erscheinen, weil er krank sei. Der Landgraf wisse das auf mehrfache Weise. Man mache sich in Kassel Hoffnungen, Preußen habe Paderborn nur für Kassel besetzt oder werde Hessen eine Entschädigung aus eigenen Mitteln gewähren. Er habe sich auf eine Aussprache darüber nicht eingelassen, ebenso darüber nicht, daß der Landgraf mit einem Hut oder einer Präbende in den neuen preußischen Besitzungen als Geschenk zufrieden sein würde. Er bitte den König um seine Berufung nach Berlin, auch wenn dabei das C. C. C., dessen Eigentümer er sei (!), zu Grunde ginge. Sein Verhältnis zum Landgrafen ließe sich wohl wieder herstellen, wenn man ihm von Berlin aus recht ernst und bestimmt, besonders in bezug auf die P. C., antworte. Das würde auch auf die stets zweideutige politische Gesinnung am hiesigen Hofe sehr vorteilhaft wirken. Bezeichnend ist das Vertrauen Wilhelms auf die Festigkeit der preußisch-hessischen Beziehungen. Einen Bruch hielt er offenbar nicht für möglich.

Noch bevor die Beschwerde des Landgrafen in Berlin ankam, hatte das Kabinett in einem Erlaß an Wilhelm vom 26. Dezember die Wogen zu glätten versucht. Lucchesini habe, wie Wilhelm sich selbst in Berlin überzeugt habe, die Weisung bekommen, in Paris für Hessen einzutreten. Ein Trost sei es, daß der eine Hauptgegenstand, die Kur, wenigstens erreicht sei, die man nur Preußen verdanke. Der Landgraf müsse jedoch in dieser Angelegenheit dem Deputationsrezeß gemäß noch das erforderliche im vollständigsten Sinne beobachten. Im Vertrauen sei ihm zu raten, den russischen Hof nicht zu umgehen, beim Thronwechsel [308] sei es sehr aufgefallen, daß er als einziger bedeutenderer Fürst niemand zum Gratulieren geschickt habe. Für diesen Hieb mochte der Landgraf immerhin noch empfänglich sein. Wilhelm sollte ihn auch an die Ratschläge erinnern, die Preußen ihm erteilt und an die Fehler, die er gemacht habe. Die königliche Antwort auf die Beschwerde ging

auf die Klage über Wilhelm gar nicht ein. Sie drückte vielmehr den Wunsch aus, das alte Verhältnis mit Kassel aufrecht zu erhalten. Wittgenstein sei daher nach Berlin gerufen, des Königs Gesinnungen näher kennen zu lernen, er werde bei seinem bekannten Diensteifer und bei seiner Einsicht mehr als irgend jemand geeignet sein, das Vertrauen der beiden Länder zu erhalten und zu pflegen, und der Landgraf werde ihm gewiß weiter sein Vertrauen schenken. Mit diesem persönlichen Schreiben des Königs kam zugleich eine Denkschrift des Berliner Kabinetts, welche die ganze Entwickelung der Entschädigungsfrage in preußischer Auffassung darlegte [309].

Diese Auffassung weicht von dem bekannten Verlauf der Angelegenheit nicht ab. Wesentlich in diesem Zusammenhange ist nur, daß mitten in den Verhandlungen Frankreich den Grundsatz aufgestellt habe, von dem es nicht mehr abgegangen sei, daß aller neuer Länderkontakt von Preußen, Frankreich und Holland, desgleichen eine zu große Annäherung des Hauses Oranien an die Batavische Republik vermieden werden müsse. Nach diesem Grundsatz habe sich die französische Regierung beharrlich geweigert, das Niederstift Münster Preußen und das Herzogtum Westfalen dem Hause Oranien zuteilen zu lassen. Sie habe auch darauf bestanden, Pfalz-Bayern beinahe seine ganze Entschädigung in Franken anzuweisen. Diese neuen Grundlagen seien als unabänderlich dargestellt worden, und da man in Paris auf größte Beschleunigung gedrängt habe, habe Lucchesini nach seiner allgemeinen Instruktion, die Sache schnell zu Ende zu bringen, die Zessions- und Indemnisationskonvention vom 23. Mai unterzeichnet. Der König selbst habe erst in Königsberg erfahren [310], daß ihm durch diese Paderborn und dem Hause Oranien Fulda und Covey bestimmt zugeteilt sei. Eine Verzögerung der Ratifikation würde aber die ganze Entschädigung gefährdet haben. Der König sei dann auch fernerhin überall für den Landgrafen eingetreten, habe aber bei den anderen Mächten keine Gegenliebe gefunden und müsse die Beurteilung der Umstände und Gründe, die dazu führten, dem Landgrafen anheim stellen. Die anderen Mächte hätten unabweichlich darauf bestanden, Hessen nach dem wirklichen Verlust zu entschädigen, der durch die mainzischen Ämter vollkommen gedeckt würde. Unter diesen Umständen habe der König wenigstens die Kur durchgesetzt. Sie sei nur dadurch zu erreichen gewesen, daß er erklärt habe, in die Erteilung einer anderen Kur nicht einzuwilligen, wenn nicht Hessen sie zugleich erhielte.

Der Landgraf ging in seiner Antwort an den König auf den Ton von dessen Schreiben ein. Er versicherte, keine despektierlichen Äußerungen getan zu haben, und daß er Wittgenstein zurückerwarte mit dem Wunsche, das bisherige Verhältnis weiter zu pflegen. Er sprach sich über ihn ebenso anerkennend aus wie der König. Zwar war damit weder der persönliche noch der amtliche Streit begraben. Wilhelm hatte am 4. Januar 1803 dem Landgrafen befehlsgemäß die Sache noch einmal vorgetragen, in einer Note, die mit Tag und Stunde alle Gelegenheiten aufzählte, bei denen Hessen den Rat Preußens nicht befolgt habe. Obwohl der Landgraf auf diese Note gefaßt war, denn er hatte auch das Berliner Reskript erbrochen, in welchem sie befohlen wurde, so machte sie doch einen tiefen Eindruck auf ihn; er wurde beim Lesen rot, wie Waitz Wilhelm erzählte, wahrscheinlich bei der Stelle, wo Wilhelm ihn

daran erinnerte, daß er ihm am 10. Februar 1801 mittags 1 Uhr im Schloß Bellevue dringend geraten habe, Waitz nach Paris zu senden, daß der Landgraf aber gewünscht habe, daß Wilhelm mit Waitz selber über diese Audienz und seine Sendung sich nicht unterhielte. Der Landgraf faßte sich zwar wieder und bestritt die preußischen Ratschläge, um die es sich jetzt gar nicht mehr handele, sondern um die Abtretung Paderborns auf Grund der P. C. Er beschloß, den Oberappellationsgerichtspräsidenten von Jasmund nach Berlin zu schicken, und wenn die Abtretung Pyrmonts nicht zugestanden würde, ihn nach Petersburg weiter reisen und den Zaren bitten zu lassen, auf Preußen einen Druck zur Abtretung Paderborns auszuüben. Wilhelm hoffte, daß man wohl von diesem Plane abkommen würde, wenn der Landgraf an sein Verhalten in der Pensionsangelegenheit erinnert würde.

Wilhelm war in einer fürchterlichen Stimmung. In einem seiner Berichte nach Berlin schrieb er zum Schluß, er habe dem Landgrafen unendlich viele Gefälligkeiten erzeigt, sodaß sein Verhältnis mehr als freundschaftlich genannt werden könne. Er sei nicht als ein fremder Gesandter, sondern als ein Verwandter des Hauses behandelt worden. Umso mehr kränkte ihn die Anklage, aus der die Falschheit des Landgrafen spreche. Auch dieser fühlte sich in seiner Rolle nicht mehr wohl, er war über Wilhelms bevorstehende Reise nach Berlin sehr beunruhigt, und Wilhelm ließ ihn durch seine Mittelsmänner darin bestärken, die ihm die Möglichkeit vor Augen stellten, er käme vielleicht nicht wieder zurück. Am 6. Januar legte Wilhelm in einem Briefe an Waitz den Zwischenfall in langen Ausführungen dar, aus denen hervorging, daß der Landgraf auch auf Haugwitz sehr erzürnt war. Der Landgraf habe gewünscht, daß Wilhelm ihm in Dingen behülflich sei, die seine Dienstpflichten verletzten, deshalb könne er nicht mehr auf seinem Posten bleiben. Von Berlin sei der Wunsch ausgesprochen worden, daß er bleibe, da man ihn in Kassel nicht entbehren könne. Er glaube aber, daß, wenn er dem König alles dargelegt habe, man es nicht mehr für möglich und gut halte, ihn nach Kassel zurückzuschicken. Seine Stimmung, sowie die Tatsache, daß er angeklagt sei, erlaubten ihm nicht, sich persönlich vom Landgrafen zu verabschieden. Waitz möge das übernehmen und ihm eventuelle Aufträge des Landgrafen zustellen. Als Privatmann und Graf von Wittgenstein jedoch möchte er im selben Verhältnis zum Landgrafen wie zur Landgräfin bleiben. Er reise heute noch über Hanau ab. Am selben Tage kam Waitz zu Wilhelm und wollte ihn dahin bringen, am nächsten Tage wieder bei Hofe zu erscheinen. Wilhelm lehnte das ab, solange er sein Verhalten beim König nicht gerechtfertigt habe. Am 8. Januar ließ der Landgraf Wilhelm durch Waitz inständigst bitten, daß er ihn besuchen möchte. Wenn das nicht ginge, so wolle er selbst zu ihm kommen, da er zwei Nächte nicht geschlafen habe und die Spannung nicht länger ertragen könne. Darauf begab sich Wilhelm zu ihm und wurde mit Tränen in den Augen und großen Beteuerungen seiner alten Freundschaft empfangen. Der Landgraf gab nach einigen Stunden Unterhaltung zu, daß seine Anklage gegen Wilhelm eine große Übereilung gewesen sei, die er bereue, und daß er sie sofort zurücknehmen wolle. Hierauf wurde unter großen gegenseitigen Beteuerungen Versöhnung geschlossen und das alte Verhältnis wieder hergestellt. Der Landgraf bat Wilhelm, sich beim König für gewisse Austauschpläne,

über die er vor seiner Abreise noch sprechen wolle, einzusetzen. Er sollte zu diesem Zwecke nach Hanau fahren, mit Barkhaus und dem nassau-usingenschen Regierungspräsidenten von Kruse wegen der Abtretung der Grafschaft Katzenelnbogen, von der schon einmal die Rede war, zu verhandeln.

Eine landgräfliche Note vom 4. Januar, in der natürlich noch nichts von dieser Versöhnung zu spüren ist, ist in äußerst scharfem Tone gehalten und stellt den amtlichen Antrag, daß Preußen Hessen dieses oder jenes Gebiet der P. C. abtrete. In dem Schreiben des Landgrafen an den König vom 5. Januar rückte man jedoch von diesem scharfen Ton wieder ab. Über Wilhelm hieß es darin: „Ich habe zu vieles Vertrauen in ihn, und er hat mir soviele Beweise von den vorzüglichsten Eigenschaften seines Geistes und Herzens gegeben, als daß ich ihn nicht vor allen andern am geschicktesten halten sollte, die bisher zu meinem innersten Dankgefühl so glücklich bestandenen Verhältnisse aller Art gegen das königlich preußische Haus ferner bestens zu unterhalten.“ Von Berlin schrieb Faudel schon am 8. Januar an Waitz: „. . . . Der Verlust des Grafen von Wittgenstein ist für unsern Durchlauchtigsten Landgrafen nicht zu berechnen und nicht zu ersetzen. Kein Mensch kann besser das grenzenlose Attachement des Grafen gegen Serenissimus kennen als ich. Er lebt nur für Höchstdenselben und opfert sein Dasein auf.“ Alte Freundschaft setzte sich hier für Wilhelm ein!

Derselbe Faudel berichtete in demselben Brief über eine Unterredung mit Köckritz[311], der anerkannt habe, daß nach der P. C. für Hessen mehr habe geschehen müssen. Der Landgraf war auch mit Schulenburg in Verbindung getreten, um ihn für eine Abtretung von seiten Preußens zu gewinnen. Er hatte ihm den Hofmarschall von Veltheim nach Hildesheim gesandt, dem Schulenburg erklärte, die Mainzer Konvention hielte er für erledigt, da die Truppen in Frankfurt immer das empfangen hätten, was in der Konvention festgesetzt worden sei. Die Dienste vor Frankfurt und Mainz 1792/93 und die Deckung des preußischen Rückzuges aus der Champagne hätten ja auch im eigenen Interesse des Kurfürsten gelegen. Die P. C. verspreche nur bona officia. Die preußischen Entschädigungen brächten lange nicht soviel ein wie die preußischen Verluste. Nicht ein einziges Regiment könne aus den Mitteln des Landes dort aufgestellt werden. Den von Veltheim geforderten Austausch erklärte Schulenburg für aussichtslos, solange keine sicheren Grundlagen für die Berechnung des Wertes der neuen Gebiete vorhanden seien, und die könnten erst durch jahrelange Verwaltungstätigkeit gewonnen werden. Bis dahin habe der König beschlossen, sich auf keinerlei Tausch einzulassen. Nachdem sich Schulenburg versagt hatte, sollte Wilhelm die Sache in Berlin einfädeln. Haugwitz sei zu einem solchen Austausch bereit, hatte Faudel gemeldet. Es handelte sich dabei um Dortmund, Plesse, Wismar, Gronau, Brandenstein und Schlüchtern, Katzenelnbogen, Pöhl und Neukloster, Schwarzenfels, Schmalkalden, Göllingen, Treffurth, Uchte, Freudenberg und Auburg, Gebiete, über die der Landgraf nur zum Teil verfügte. Die andern hätten erst durch lange Verhandlungen, die Wilhelm führte, gewonnen werden müssen. Mitte März 1803 ging dieser Austauschplan in der allgemeinen, durch den bevorstehenden Krieg zwischen Frankreich und England hervorgerufenen Spannung unter[312].

Auch bei dem hessischerseits wieder aufgenommenen Kauf der Grafschaft Pyrmont war Wilhelm behülflich[313]. Der Streit um Volkmarsen hatte dazu geführt. Schon im Oktober 1797 hatte Wilhelm die Kaufverhandlungen eingeleitet, sie ruhten aber die ganzen Jahre. Für seine Bemühungen waren ihm vom Landgrafen 20 000 Reichstaler, zahlbar nach dem Zustandekommen des Verkaufs, versprochen worden. Auf Volkmarsen lasteten bedeutende Schulden. Der Fürst von Waldeck erklärte sich bereit, diese Schulden zu übernehmen und zu denen zu schlagen, die auf Pyrmont-Waldeck ruhten, wenn der Verkauf Pyrmonts zu Stande käme. Dann hätte dem Austausch Volkmarsens gegen Vilbel nichts mehr im Wege gestanden. Regierungsrat Kopp führte eine Einigung mit dem Fürsten herbei. Der Kauf wurde am 16. März 1803 abgeschlossen. Damit er Rechtskraft erhalten konnte, bedurfte es der Consense der waldeckischen Agnaten. Auch Preußen als Besitzer von Paderborn gehörte zu diesen. Kopp kam nach Berlin, um den Consens zu erwirken, aber sein Vorgehen war, wie Wilhelm dem Landgrafen schrieb, zu stürmisch und ungeschickt. Der Kaufpreis betrug übrigens 1,6 Millionen Taler. Die hessische Hypothek auf Waldeck 1,2 Millionen. Der Bruder des Fürsten von Waldeck, Prinz Georg, verweigerte jedoch den Consens, und der Landgraf beschloß, Pyrmont zu besetzen, mit der Begründung, daß Waldeck die Zinsen der Hypothek nicht bezahle. Friedrich Wilhelm III. ließ ihm durch Wilhelm eröffnen, daß Preußen einem solchen Verfassungsbruch nicht ruhig zusehen könne So stand denn Preußen dem Landgrafen auch in dieser Sache im Wege, und es mußte ihn noch mehr verletzen, als er hörte, Preußen selbst stehe mit dem Fürsten von Waldeck in Unterhandlungen wegen des Kaufes Pyrmonts. Der Fürst von Waldeck hatte, als er von der hessischen Besetzungsabsicht hörte, die Grafschaft Preußen angeboten. Für diese führte der Oberhauptmann von Hardenberg zu Grohnde, der Bruder des Fürsten Hardenberg, die Verhandlungen. Er konnte aber wegen der verlotterten Verwaltung Pyrmonts zu keinem sicheren Urteil über seinen Wert kommen, und Preußen lehnte daher den Kauf, wie es nun hieß, aus Freundschaft für Hessen ab. Wilhelm ließ dem Landgrafen den Abbruch der Verhandlungen mitteilen, und Mitte September dann auch den Consens des Königs von Preußen, wobei er betonte, daß darin eine besondere Gunst Preußens läge.

Er übernahm es nun, den Consens des Prinzen Georg zu verschaffen. Als er im September nach Kassel zurückgekehrt war, begab er sich zugleich zu ihm nach Arolsen, erreichte aber nichts. Prinz Georg hintertrieb den Kauf durch übermäßige Forderungen. Ende Oktober reichte er sogar eine Protestation dagegen beim Reichskammergericht ein, welches daraufhin dem Fürsten von Waldeck verbot, ohne Zuziehung der Agnaten über den Verlauf zu verhandeln. Durch eine Intrigue suchte man Prinz Georg gefügig zu machen. Wer sie eingesponnen hat, ist nicht ersichtlich. Man riet dem Fürsten von Waldeck, sich zu vermählen. Er hatte sich aber früher durch eine Übereinkunft mit seinem Bruder verpflichtet, ehelos zu bleiben, wodurch Georg Anwärter auf den Thron wurde. Der zu einem Gutachten aufgeforderte Jurist Erxleben aus Marburg kam zu dem Ergebnis, daß die Anfechtungsgründe gegen diese Konvention wohl nicht ausreichen würden, daraufhin einen Prozeß zu beginnen oder den Prinzen Georg einzuschüchtern. Waitz riet daher,

den Kauf fallen zu lassen und die Immission beim Reichskammergericht auf Grund der Hypothek zu betreiben. Der Prinz Georg zögerte jedoch diese Immission hinaus, indem er erklärte, die Schuld in zwei bis drei Monaten ganz zu bezahlen. Wilhelm sollte die Immissionsklage in Wetzlar einreichen. Er konnte diesen Auftrag jedoch nicht ausführen, weil er krank wurde.

4. Kapitel.

Gesandtschaft zu Kassel. Versuche Hessens, sich Frankreich zu nähern. Erfolgreiche Gegenwirkungen Preußens 1803/06.

Es muß zugegeben werden, daß Hessen bei den Entschädigungen im Verhältnis zu Preußen schlecht abgeschnitten hatte. Aber von einem Bruch der P. C. sollte, wie das öfter geschieht [314], füglich nicht geredet werden. Dem ruhigen Beobachter drängt sich die Überzeugung auf, daß die P. C. durch die Entwicklung der Dinge überholt und daß Preußen gar nicht in der Lage war, sie zu halten. Man fragt sich, vom Jahre 1802 rückwärts schauend, wie es überhaupt zu ihr hat kommen können. Man wird Preußens Haltung gegenüber dem Kurfürsten, so müssen wir ihn von nun an nennen, billigen müssen. Er lag kein Grund vor, daß es, selbst in der schwierigsten diplomatischen Lage, seine eigenen Entschädigungen gefährdet hätte um eines Fürsten willen, der stets unzuverlässig und nie zu Opfern bereit war. Es genügte, ihn in einem Verhältnis zu erhalten, das Preußen wenigstens nicht abträglich war. Dazu hatte die P. C. ihre Dienste geleistet, und Wilhelm war es gelungen, den Landgrafen trotz zahlreicher Seitensprünge doch im Fahrwasser der preußischen Politik zu erhalten. Nicht an der schwachen und gewiß nicht ruhmvollen Politik Preußens war der Landgraf gescheitert, sondern an seinem Geiz und seiner eigenen — man kann es nicht anders nennen — politischen Unfähigkeit. Ein Fürst mit seinen Mitteln, der angeblich bessere Einsicht besaß als seine Standesgenossen, hätte in Deutschland und in Europa eine ganz andere Stellung erringen können! Daß er das nicht verstand, liegt in seinem Charakter begründet. Und wenn von Schuld am Schicksal Hessens gegenüber einem Phänomen, wie es Napoleon war, geredet werden kann, so fällt sie ausschließlich auf den Landgrafen.

Fast dreiviertel Jahr lang blieb Wilhelm vom hessischen Hofe fern [315]. Wie schon angedeutet, fiel in diese Zeit der Wiederausbruch des französisch-englischen Krieges und damit die Frage der Besetzung Hannovers. Ende März kam Marschall Duroc nach Berlin, sie anzukündigen. Auch Wilhelm lernte ihn kennen und legte dem Kurfürsten nahe, diesem Manne, der über Kassel nach Frankfurt reise, Höflichkeiten zu erweisen. Es ist dies die einzige Andeutung über die preußisch-hessischen Beziehungen während der nun folgenden Verhandlungen und Verwickelungen in Berlin. Man hat den Eindruck, daß diese Beziehungen bis zur Rückkehr Wilhelms nach Kassel völlig ruhten, und daß man in Berlin vorerst auch keinen besonderen Wert darauf legte, sie wieder aufzunehmen. Hardenberg meinte zwar später, man hätte sich bemühen müssen, den Kurfürsten festzuhalten und ihm die erforderliche Impulsion zu geben. Es sei zwar auf ihn weniger als auf Sachsen zu

rechnen gewesen, da nur zu oft Geiz und kleinliche Rücksichten bei ihm entschieden hätten [316].

Das Mißtrauen gegen Preußen wegen der Entschädigungsfrage und die hannöversche Frage führten den Kurfürsten im Jahre 1803 dazu, eine selbständige Politik zu beginnen und sich Frankreich zu nähern [317]. In den Briefen und Berichten Wilhelms spiegelt sich nichts davon, sie enthalten keinerlei Andeutung über die im Jahre 1803 in Kassel beabsichtigte Fürstenbundsgründung [318], bei der Waitz die treibende Kraft war, und auch in Berlin scheint man von diesen Dingen nichts geahnt zu haben. Es ist sehr merkwürdig, daß Wilhelm diese Vorgänge nicht bekannt geworden sind, auch als er wieder in Kassel wirkte.

Über das, was in den ersten Monaten des Jahres 1803 in Berlin die maßgebenden Politiker bewegte, muß Wilhelm wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Hardenberg und Haugwitz unterrichtet gewesen sein. Bezeichnend ist, daß seine Abreise von Berlin zeitlich mit derjenigen des Königs zusammenfällt, und daß er den Weg über Magdeburg nahm [319]. Die Kenntnis des im Lager zu Körbelitz am 28. Mai gefaßten Entschlusses hat er noch mit in den Westen genommen. In den Besprechungen im Lager zu Körbelitz zwischen dem König und seinen Beratern wurde die von Haugwitz geforderte Besetzung Hannovers durch Preußen endgültig abgelehnt. Der König reiste dann in seine fränkischen Provinzen.

Wilhelm war beauftragt, in Wilhelmsbad für die bevorstehende Ankunft des Königs, der über Ansbach reiste, alles vorzubereiten. Durch Patent vom 20. Mai 1803 hatte ihn der König auch zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am alten oranischen Hofe zu Oranienstein und an dem erbprinzlichen zu Fulda ernannt. Anfang Juni kam er in Hanau an und blieb bis zum 5. Juli in der dortigen Gegend. Am 12. Juni traf auch der Hof in Wilhelmsbad ein. Die Königin-Mutter, die Schwester der Königin, die Brüder, Schwestern und Schwäger des Königs fanden sich ein; an der königlichen Tafel saßen insgesamt 42 Prinzen und Prinzessinnen [320]. Es ging hoch her. Die festliche Stimmung wurde nur durch den Kurfürsten gestört, der am 15. Juni eintraf. Die Besetzung Hannovers hatte ihn hergetrieben. Aber man wollte in Wilhelmsbad von Politik nichts wissen. Der Kurfürst reiste am 20. Juni wieder ab. Das Erscheinen hannöverscher Deputierter deutete er dahin, daß Hannover bald preußisch werden würde [321]. Indessen fand er in Kassel bald sein Gleichgewicht wieder in dem Gedanken, daß es zur Teilung Hannovers kommen würde, wobei auch er einen Vorteil haben könnte. Deshalb beruhigte er sich wegen der französischen Nachbarschaft [322]. Kann man es dem preußischen Hofe verdenken, daß er einen Politiker dieses Schlages offenbar nicht ernst nahm in Wilhelmsbad? Man hatte ja schon zu viele Erfahrungen solcher Art mit ihm gemacht.

Das wichtigste Ergebnis des Wilhelmsbader Aufenthaltes für den preußischen Hof war der Plan, den Prinzen Wilhelm, den Bruder des Königs, mit der Prinzessin Amalia Maria Anna, der jüngsten Tochter des Landgrafen von Hessen-Homburg, zu verheiraten. Als Wilhelm sich schon wieder in Kassel befand, wurde ihm am 20. Juli die Werbung übertragen [323]. Den Kurfürsten von Hessen-Kassel hatte er um einen Zuschuß von 1200 Talern zu einer Badereise der Erbprinzessin nach

Schwalbach oder Ems gebeten. Er versagte sich aber, darum lieh ihr Wilhelm das Geld. Ihr Verhältnis zum Erbprinzen war gerade damals wieder sehr gespannt. Wilhelm maß nun auch die Schuld daran beiden Ehegatten zu. Er traf die Erbprinzessin Ende Juli—Anfang August auf der Reise nach Schlangenbad in Frankfurt, als er von Homburg zurückkam. Zu ihrem Geburtstag (7. August) reiste er ihr nach Schlangenbad nach, um sie zu beglückwünschen. Zu gleicher Zeit fuhr er nach Oranienstein, um bei dem Prinzen von Oranien sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Wilhelms Verhältnis zur Erbprinzessin Auguste war im Laufe der Zeit sehr nahe geworden. Es ist in den Schranken der Freundschaft geblieben. Die Erbprinzessin fand in ihm den nötigen Rückhalt gegen alles, was von der hessen-kasselischen Sphäre auf sie eindrang. Es ist natürlich und ergibt sich aus den bisher dargelegten Beziehungen zum Kurfürsten, daß sein Herz alle Zeit auf der Seite der preußischen Königstochter stand; das mag sie empfunden haben, daher ihr Vertrauen. Die bevorstehende Vermählung am preußischen Hofe gab Gelegenheit für das Erbprinzenpaar, wieder einmal nach Berlin zu reisen. Auguste hoffte, Wilhelm dort auch zu treffen. In Kassel war man nur halb zufrieden mit dieser Reise. Die Erbprinzessin wurde von dort aus so beargwöhnt, daß ihr Briefwechsel mit Wilhelm, ja sogar auch mit dem Könige, heimlich geführt werden mußte [324].

Am 28. Juli hatte Wilhelm seine Werbung in Homburg vorgebracht. Zuerst, wie es im Befehl hieß, beim Landgrafen, dann bei der Landgräfin und zuletzt bei der Prinzessin, und sogleich die Zustimmung der drei erhalten. Aber der Landgraf erklärte, daß er infolge der schlechten Finanzlage nicht imstande sei, seine Tochter dem Range der geplanten Verbindung entsprechend auszustatten. Er dachte daran, das Silbergeschirr zu verkaufen, die Landgräfin wollte lieber die Juwelen opfern, und so gab es darüber zwischen den Ehegatten in Gegenwart Wilhelms eine fast peinliche Auseinandersetzung. Auch die Prinzessin besprach die Angelegenheit in rührender Weise mit Wilhelm und nannte ihn in einem bald darauf geschriebenen Briefe an ihren Bruder den allerliebsten Wittgenstein [325]. Preußen räumte die finanziellen Hindernisse der Heirat aus dem Wege, indem es zunächst dem Landgrafen die 20 000 Gulden Ehegelder, die jede hessische Prinzessin erhielt, solange zinslos zu leihen bereit war, wie er es wollte. Aber der Landgraf von Hessen-Darmstadt legte diese 20 000 Gulden in seinem Lande nicht auf. Da sprang Wilhelm in die Bresche und schoß sie vor. So konnte die Hochzeit am 12. Januar in Berlin stattfinden. Diese Ehe ist die einzige glückliche gewesen, die Wilhelm gestiftet hat. Es ist bekannt, welch inniges Verhältnis Marianne bald zur Königin Luise gewonnen und wie sie durch ihre menschlichen Vorzüge sich einen Platz neben dieser Frau in der Verehrung des deutschen Volkes errungen hat [326]. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß die Freundschaft der beiden Frauen ihre Strahlen auch auf Wilhelms Verhältnis zum preußischen Hofe geworfen hat. In diesem Sinne muß auch sein Freundschaftsverhältnis zur Erbprinzessin Auguste gewertet werden, und es leuchtet ein, daß Wilhelms Stellung in der preußischen Politik zum großen Teil ihre Grundlage im Persönlichen hatte.

Die 20 000 Gulden, die er dem Landgrafen vorgeschossen hatte, erhielt er erst nach langjährigen diplomatischen Verhandlungen 1810 zu-

rück. Sie waren bis dahin immer noch nicht von Hessen-Darmstadt ausgezahlt. Das Justizministerium schlug aber vor, sie Wilhelm aus Billigkeitsgründen zu erstatten.

Von den persönlichen und häuslichen Angelegenheiten, denen sich Wilhelm 1803 widmete, nahmen ihn besonders zwei in Anspruch: die wirtschaftliche Lage Wittgensteins und die öffentliche Annahme der Fürstenwürde[327]. Die Finanznot in Wittgenstein hielt auch im Jahre 1803 an. Der Bruder Wilhelms war ein sehr schwieriger Charakter. Er litt dauernd an Kopfschmerzen und fühlte sich nie im Vollbesitz seiner Kräfte. Dadurch war er nervös geworden. Auf der einen Seite neigte er zu Heftigkeit, Leidenschaft, Empfindlichkeit, auf der andern war er wieder zu gutmütig, um die Menschen um sich her zu durchschauen, und wurde infolgedessen immer wieder getäuscht.

So wurde denn auch das Verhältnis des durchgreifenden Waitz zu Graf Friedrich schon bald recht schief, und dieser hegte schon im Januar 1802 den Wunsch, ihn wieder los zu werden. Aber Friedrich selbst war nicht der Mann, die Trennung zu vollziehen. Das mußte Wilhelm übernehmen. Nach längeren Verhandlungen gelang ihm das auch, und Wilhelm versuchte, Waitz, der bei einer Befördernug in Kassel infolge einer niedrigen Kabale übergangen war und daher seinen Abschied forderte, in preußische Dienste zu ziehen. Man ließ sich jedoch diesen tüchtigen Verwaltungsbeamten entgehen.

Auf diese Zustände in Wittgenstein werfen die Erörterungen der beiden Brüder über die öffentliche Annahme der Fürstenwürde weiteres Licht. Das wittgensteinische Haus war in einer Lage, die es fast um die Frucht dieses langen Strebens gebracht hätte. Anfang 1803 blieb man in Kassel mit der Zinszahlung im Rückstand. Wilhelm trieb die nötige Summe dann mit Mühe auf. Ein Teil der Beamten hielt die Einsetzung einer kaiserlichen Kommission für bevorstehend. Der Kammerdirektor Hombergk und der (wittgensteinische) Regierungsrat Kopp sahen sich nach anderen Diensten um. Anfang September waren sogar Schulden am Reichskammergericht eingeklagt. Trotz dieser Bedrängnisse sann Wilhelm auf einen Weg, wie man von dem erteilten Diplom mit Anstand Gebrauch machen könnte. Er selbst war zu ehrgeizig, „mit unter die Schar der den deutschen Boden überschwemmenden Fürstenlegion zu treten", ohne eine wirklich fürstliche Funktion zu haben, also einfach ein Titularfürst zu sein und in den Berliner Hofkreisen nicht für voll genommen zu werden. Was ihm das Schicksal versagt hatte, regierender Fürst zu sein, das sollte ihm nun, wenigstens in den Augen der Welt, eine Abmachung mit seinem Bruder einbringen.

Am 18. Januar 1803 schrieb er seinem Bruder aus Hanau, daß er sich auf der Reise von Marburg nach Hanau — von Jeßberg bis Marburg hatte ihn der Bruder begleitet — Gedanken gemacht habe, wie die Fürstenwürde am schicklichsten zu publizieren sei. Er wies seinen Bruder in diesem Brief auf die bevorstehende Mediatisierung hin, die vielleicht noch vier Jahre, vielleicht auch noch acht Jahre sich hinauszögere, die aber auf keinen Fall ausbleiben würde. Bei dieser Gelegenheit würde vieles auf die Gunst ankommen, die Wittgenstein von Preußen erführe, durch die ihm schon die Schonung während der französischen Kriege sowie die Beendigung der Sahnischen Sache zu Teil geworden sei. Diese Gunst verdanke man ihm und seiner Stellung. Auch sei sein Kredit ein erheb-

liches Aktivum für Wittgenstein, und beides sei noch nutzbarer zu machen, wenn Friedrich ihm bei der Notifikation der Fürstenwürde in Kassel und in Berlin die Mitregierung übertragen wolle. Er möge über diesen eitlen Gedanken nicht erschrecken. Es sollte ihm eine feierliche Urkunde ausgestellt werden, daß er (Wilhelm) an der Regierung gar keinen Anteil haben und auf nichts Anspruch machen wolle. Auch solle der Bruder dadurch in der Regierung auf keinerlei Weise geniert sein und in Wittgenstein nicht das geringste davon bekannt machen, auch nicht an anderen Orten, sondern nur in Berlin und Kassel. Der Vorwand dazu könnten sehr leicht seine Gesundheit und seine Familienverhältnisse sein. Der Vorteil von dieser Sache solle allein auf Friedrichs Seite sein und werde sich in einigen Jahren zeigen. Für ihn selbst werde es in Berlin mit Rücksicht auf seine dortigen Verhältnisse nicht nachteilig sein; es werde ihm im Gegenteil Nutzen bringen. Friedrich stimmte in seiner raschen Art gleich zu, doch zeigte sich bald wieder seine Unentschlossenheit. Auf der einen Seite fürchtete er doch, daß die formelle Übertragung der Mitregierung seiner Würde, besonders auch in Wittgenstein selbst, Abbruch tun würde, auf der andern Seite wünschte er sogar eine wirkliche Mitregierung des Bruders, weil er fürchtete, der Schwierigkeiten nicht mehr Herr zu werden. Am 19. April schrieb der wittgensteinische Regierungsrat Kopp an Wilhelm, die Finanzverwaltung stehe vor dem Zusammenbruch, er erblicke die einzige Rettung vor dem Bankerott in der Mitregentschaft. Tatsächlich bestehe sie ja auch schon. Am 30. April bat Friedrich seinen Bruder, sich auf drei Monate beurlauben zu lassen und in Wittgenstein das Regiment zu führen, er selbst wolle für diese Zeit verschwinden. Er war krank und verzagt. Mitte Juli war Wilhelm entschlossen, die Mitregentschaft abzulehnen und drehte nun den Spieß um. Er schrieb seinem Bruder: „. . . . . Daß ich eine solche annehme, in einem Augenblick, wo von allen Seiten Klagen am Reichskammergericht erscheinen, kannst Du mir nicht zumuten, ich würde mich auf eine entsetzliche Art prostituieren. Auch sehe ich gar nicht ein, wie es möglich ist, daß man in einem solchen Augenblick von der Wiener Sache Gebrauch machen kann".

Wenn es zur kaiserlichen Kommission käme, würde er seinen Namen Wittgenstein mit Limpurg vertauschen (er war Mitinhaber von Limpurg-Obersontheim, 16 Seelen machte sein Anteil darauf aus!). In Wien sei schon alles für die Namensänderung eingeleitet. Das ganze Jahr ging hin, ohne daß sich die Brüder einigten. Wie sehr Wilhelm aber diese Gedanken bewegten, und wie entschlossen er war, sein eigenes Ziel, Fürst zu werden, zu erreichen, geht aus folgendem sehr charakteristischen Briefe hervor, den er am 19. Dezember 1803 aus Kassel an Haugwitz schrieb: „Mein ältester Bruder hat mir diesen Morgen durch einen an mich hierher abgeschickten Rat den Antrag machen lassen, wegen seiner Gesundheitsumstände und anderer Familienverhältnisse seine unbedeutenden Regierungsgeschäfte mit ihm zu teilen und mir zugleich einige, in pekuniärer Hinsicht vorteilhafte Bedingungen angetragen.

Ich würde keinen Anstand finden, diesen Auftrag unbedingt anzunehmen, da er mir, einige wenige Bemühungen abgerechnet, einen Vorteil gewährt, auf den ich unter keinen Umständen einen Anspruch hätte machen können.

Die Gemahlin meines Bruders, eine geborene Prinzessin von

Schwarzburg-Sondershausen, und ihre Schwester, die Gemahlin des Prinzen Georg von Waldeck, besonders aber die Gemahlin des Prinzen Ferdinand von Württemberg und einige seiner Räte haben ihn aber zu der Idee bewogen, die meinem Hause verliehene fürstliche Würde, von der meine Familie aus anderen Gründen bis jetzt keinen Gebrauch gemacht hat, anzunehmen. In der Voraussetzung, daß ich seinen Antrag annehmen würde, hat er sich von seiner Gemahlin und ihren Verwandten übereilen lassen, daß er schon wirklich mehrere Notifikationen an die nächsten verwandtschaftlichen Häuser erlassen und den 1. Januar zu der gewöhnlichen Bekanntmachung in seinem kleinen Ländchen bestimmt hat.

Diese unerwartete Idee meines Bruders hat mich allein bewegen können, mir wegen seines Antrages einige Bedenkzeit in der Absicht auszubitten, Ew. Exzellenz denselben mitzuteilen und hochdieselben aufs angelegentlichste zu ersuchen, mir in dieser für mich wichtigen Angelegenheit hochdero freundschaftlichen und wohlwollenden Rat zu erteilen. Ich müßte mehr als undankbar sein, wenn ich die ausgezeichnete allerhöchste Gnade, die ich seit meinem Eintritt in den königlichen Dienst zu genießen den höchsten Vorzug habe, und daß mir und meiner Familie durch den allerhöchsten Schutz Vorteile zu Teil geworden sind, die wir uns unter keinen Umständen hätten schmeicheln dürfen, verkennen könnte, ebenso wenig, als das hochfreundschaftliche Wohlwollen, mit dem mich Ew. Exzellenz bei jeder Gelegenheit auf eine ausgezeichnete Weise beglückt haben. Diese Rücksichten sind für mich viel wichtiger als die pekuniären Vorteile, die ich durch den Antrag meines Bruders erhalten könnte, wenn derselbe auch noch mit anderen Familienverhältnissen verbunden ist.

Ich habe daher den bestimmten Entschluß gefaßt, mich in dieser Angelegenheit gänzlich hochdero Leitung zu überlassen; finden Ew. Exzellenz für gut, daß ich den Antrag annähme, und mit unter die Schar der den deutschen Boden überschwemmenden Fürstenlegion trete, so werde ich diesem Rat folgen, sowie ich ihn auch ablehne, wenn es hochdieselben angemessener finden sollten. Auf keinen Fall würde es auf meine Dienstverhältnisse einigen Einfluß haben können.

Ew. Exzellenz werden mir Recht geben, daß ich im Fall hochdieselben für gut zu finden geruhen sollten, den Antrag meines Bruders anzunehmen, auch vorzüglich zu wissen wünschte, ob Se. Majestät ihn gnädigst genehmigten. Wie dieses am schicklichsten einzuleiten ist, überlasse ich lediglich Ew. Exzellenz hohem Ermessen.

Ich werde es als eine vorzügliche Gnade und Freundschaft anerkennen, wenn Ew. Exzellenz geruhen wollten, mir nur mit einigen Worten eine Antwort zu erteilen, damit ich mich in dem Stand befinde, meinem Bruder auf seinen Antrag bis zum 1. Januar eine bestimmte Antwort erteilen zu können. . . . . . Der gegenwärtige pekuniäre Vorteil, den ich durch den Antrag meines Bruders erhalte, besteht aus einer Revenuen-Vermehrung von 6000 Gulden. Für die schwere Last und Bürde eines Fürsten zu viel und zu wenig, für mich aber immer viel, da heutigen Tages arme Fürsten à l'ordre du jour sind. Wer weiß, wie lange überhaupt diese Herrlichkeit dauern wird! Die Vorgänge mit der uns angrenzenden Reichsritterschaft geben kein gutes Beispiel. Ich würde persönlich jede Veränderung gerne sehen, da ich überzeugt bin, daß sie zum Glück der armen Untertanen beitragen dürfte, indem diese

Klasse von Menschen in den kleineren Ländern zum Teil hart behandelt werden.

Ehe ich schließe, so erlaube ich mir die angelegentliche Bitte, daß der freie Standesherr von Schlesien dem großen deutschen Fürsten seine fernere Gnade und Freundschaft schenke, um ihn weder gegenwärtig, noch in der Zukunft, besonders wenn das Beispiel der Reichsritterschaft einigen ungünstigen Eindruck machen sollte, mit Anmerkungen zu erschüttern, die sich ein schlesischer freier Standesherr gegen einen Principello erlauben kann.

Eure Exzellenz können auf Ehre versichert sein, wenn Hochdieselben für gut finden sollten, daß ich den Antrag meines Bruders annehme, daß ich die 6000 Gulden vom ersten Jahre gern verlieren will, wenn ich die ersten vier Wochen überstanden habe. Ich finde mich in der Lage einer keuschen Jungfrau, die zum Brautbett geführt wird. Das Geld würde mich auch nicht verblenden, wenn hier nicht ganz besondere Familienverhältnisse einträten, die ich jedoch gänzlich Hochdero Gutbefinden unterwerfe. Die einzige Gnade, die ich mir gegenwärtig erbitte, ist eine baldige Antwort." [328]

Schon am 19. Dezember teilte ihm Haugwitz mit, daß er sofort beim König vorstellig geworden sei, und daß dieser sowohl der Übernahme der Mitregentschaft als auch der Annahme der Fürstenwürde gerne zustimme.

Als Wilhelm Ende 1803 nach Berlin reiste, ließ er sich von seinem Bruder eine Notifikation der Fürstenwürde und der Mitregentschaft für den König mitgeben. Er wollte davon Gebrauch machen, wenn die Umstände dazu nötigten. Doch fand er diese dort nicht so dringend, auch schien die Sache mit der Reichsritterschaft keine bedenklichen Folgen zu haben. Friedrich nahm für sich selbst die Fürstenwürde am 1. Januar 1804 an. Die Brüder verhandelten noch bis fast um die Mitte des Jahres wegen der Mitregierung. Man merkt es Wilhelm deutlich an, daß er Friedrich gerne dahin gebracht hätte, ihm diese zu übertragen, obwohl er nach außen hin immer den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht. Ende April glaubte er, daß genug über die Sache geredet sei, und schrieb ihm, er werde kurz vor seiner Abreise dem König das Notifikationsschreiben übergeben. Er bat Friedrich, in Kassel dasselbe zu tun, bevor er dorthin zurückkomme. Das geschah denn auch am 10. Juli. Doch schrieb Wilhelm seinem Bruder am 8. Oktober aus Kassel: „Wegen meiner Adresse wollen wir es vorläufig beim alten lassen. Die hiesigen Geldverlegenheiten, von denen etwas öffentlich gesprochen wird, und die der Kurfürst bei allen Gelegenheiten auf eine etwas unangenehme Weise erwähnt, und die fürstliche Hoheit passen nicht zusammen." [329] Dem König hatte Wilhelm die Erklärung am 6. Juni überreicht. Das Begleitschreiben dazu ist im selben Tone gehalten wie der Brief an Haugwitz: er habe gehofft, seinen Bruder wegen der Mitregierung, und daß er ihm in der Annahme der Fürstenwürde folgen solle, beruhigen zu können, und daher die Notifikation fünf Monate zurückgehalten. Da dieser aber den ihm gemachten Vorstellungen nicht nachgeben wolle und schon Verfügungen getroffen habe, die ihn kompromittieren würden, wenn er (Wilhelm) längeren Anstand nehmen wollte, sich seinen Wünschen zu entziehen, so blieb ihm nichts anderes übrig, als den König um die Erlaubnis zu bitten, die Wünsche seines Bruders erfüllen zu dürfen.

So hatte Wilhelm mit einem herzhaften Entschluß alle weiteren Erörterungen abgeschnitten und eine vollendete Tatsache geschaffen. Nachdem das Ziel erreicht war, verlief die Frage der Mitregierung im Sande. Daß eine solche tatsächlich bestand, wenn auch eine staatsrechtliche Abmachung darüber nicht zustande kam, darüber hegte man ja auch in Wittgenstein, wie oben schon bemerkt wurde, keinen Zweifel. Man kann ruhig behaupten, daß Wilhelm die Fürstenwürde um sein Land verdient hatte, eher als sein Bruder [330].

Obwohl er eine sehr deutliche Vorstellung von dem kommenden Schicksal der mindermächtigen Stände hatte, nahm er doch auch noch die Frage der Virilstimme für das Gesamthaus Wittgenstein in Angriff [331]. Mit preußischer Hilfe hoffte er die Zuteilung einer solchen zu erreichen. Schon in Regensburg tat er die ersten Schritte und gewann Hänlein dafür, sich der Sache anzunehmen. Preußen unterstützte die Bemühungen auf das kräftigste. Auf den kaiserlichen Antrag auf Kreierung von weiteren zehn katholischen Virilstimmen zur Wiederherstellung der Parität hatte Preußen die gleichzeitige Aufnahme von fünf evangelischen gefordert [332]. Die Gesandten der vermittelnden Mächte hinterließen diese Forderung unerledigt in Regensburg [333]. Auf der preußischen Liste stand als erster Hessen-Homburg [334], dann auch Sayn-Wittgenstein. Das Berliner Kabinett gab dem österreichischen Gesandten zu verstehen, daß man die Erteilung der Virilstimme an Wittgenstein als eine besondere Gefälligkeit ansehen würde. Doch kam es wegen der politischen Entwickelung nicht mehr zum Abschluß der Virilstimmenfrage.

Wie man von Berlin aus die Beziehungen zum Kurfürsten vernachlässigte, so schenkte man auch einer anderen Angelegenheit wenig Aufmerksamkeit, über die Wilhelm dem Kabinett wohl als erster genau berichtete: dem Zusammenschluß der minder mächtigen Stände in der sogenannten Federschen Union [335]. Wilhelm hatte sie entstehen sehen, obwohl ihre Gründung hatte geheim bleiben sollen [336]. In Regensburg war der Gedanke geboren und mit Mathieu besprochen worden. In Frankfurt fanden am 28./29. August 1803 die Verhandlungen, die zum Abschluß führten, statt. Wilhelm war mit Feder, der treibenden Kraft, dem Fürstlich-Löwensteinischen Kammerpräsidenten, persönlich bekannt und hatte in der Folgezeit mehrfach Unterredungen mit ihm. Das preußische Kabinett bat um weitere Nachrichten über die Union, hielt sie aber für ungefährlich, da die Interessen der Mitglieder zu verschieden seien, um ihr genügend Stoßkraft zu geben. Hardenberg jedoch fragt, vom Jahre 1806 rückschauend, ob man sie nicht zum Vorteile Preußens hätte benutzen können [337]. Erhebliche Bedeutung hat sie jedenfalls nicht gewonnen. Unter den Mitgliedern vom 29. August 1803 erscheint auch das fürstliche Haus Wittgenstein, d. h. Berleburg. Es trat aber bald wieder aus. Die Union suchte dadurch größeren Einfluß zu bekommen, daß sie für den Fürsten von Leiningen das Direktorium des wetterauischen Grafenkollegiums erstrebte, wozu 1803 auch Aussicht vorhanden war.

Die in der Federschen Union zusammengeschlossenen Stände erstrebten unter Anlehnung an Frankreich eine Verbesserung ihrer Entschädigung. Mathieu hatte ihnen Aussicht gemacht, daß Preußen das Eichsfeld gegen ein Stück von Hannover abtreten würde, und daß ihnen dieses als weitere Entschädigung zugewiesen werden solle. Der Kurfürst von Hessen-Kassel griff diesen Gedanken sofort auf und meinte, Preußen

träte lieber Paderborn ab, das er dann gegen Schmalkalden, Plesse und einige bei Bremen gelegene Ämter austauschen wolle. Wilhelm gegenüber sprach man nicht von diesem Plan [338]. Aber dem nach Paris als hessischer Gesandter gehenden Malsburg [339] hatte man ihn sehr empfohlen. Auch hegte der Kurfürst nunmehr, was ihm bisher stets zu teuer gewesen war, die Absicht, einen Gesandten nach Petersburg zu schicken, die Annahme der Kur zu notifizieren. Doch stand dabei auch die hannöversche Frage im Hintergrund. Mit England war er erneut wegen der Zahlung der rückständigen Subsidien in Verbindung getreten [340], und der französisch-englische Krieg hielt ihn daher dauernd in Spannung.

Und nun kam für dieses arme, gequälte, nach Land und Schätzen hungrige Herz wieder eine Lockung von der anderen Seite, Frankreich! Denn als solche wirkte die Anleiheforderung Mortiers im Oktober 1803 zuerst, und auch ihre Entwickelung ließ diesen Gesichtspunkt noch öfter hervortreten [341].

Wilhelm war der erste, der von der Sache erfuhr. Mitte Oktober erzählte ihm der Bankier Mühlen aus Frankfurt, der auf eine Einladung des französischen Generalkommissars Dürbach sich auf der Reise nach Hannover befand, im Vertrauen, daß die französische Regierung dem Kurfürsten unter gewissen Bedingungen den Antrag machen wolle, den hannöverschen Ständen eine Anleihe von 3 000 000 Reichstalern zu gewähren. Der Landgraf solle als Sicherheit „antichretischen“ Besitz vom Oberamt Münden nehmen, bis das Kapital zurückgezahlt sei, ferner wolle ihm Frankreich die englische Subsidienforderung garantieren und im kommenden Frieden die Bezahlung durchsetzen. Wilhelm teilte Waitz die Sache sofort mit, ebenso dem Berliner Kabinett. Dem Kurfürsten wurde noch keine Eröffnung hiervon gemacht. Wie Wilhelm befürchtet hatte, war Waitz von diesem Ansinnen Frankreichs gar nicht unangenehm berührt. Er ließ durchblicken, daß man bei einer Teilung Hannovers das Oberamt Münden erwerben wolle, und daß Malsburg angewiesen sei, dieses in Paris zu betreiben. Aber Wilhelms Bedenken, die er Waitz gegenüber geäußert hatte, wirkten im Laufe der folgenden vierzehn Tage, die Wilhelm als Vormund seines Neffen, des Sohnes des Rheingrafen nach Coesfeld und Horstmar im Münsterschen geführt hatten, und als er Ende Oktober zurückkam, war Mühlen mit Dürbach aus Hannover zurückgekehrt, und beide hatten ihre Anleiheforderungen gestellt. Der Kurfürst machte Wilhelm am 31. Oktober Mitteilung davon; er wollte sie ablehnen. Wilhelm fürchtete, eine solche glatte Ablehnung würde schlimme Folgen haben, und schrieb daher Waitz, er möge ihm einen Wink geben, wenn eine solche erfolgen sollte, er wolle dann beim Kurfürsten vorstellig werden und ihn darauf aufmerksam machen, daß Preußen ihn nicht schützen werde, wenn er sich so ungeschickt benähme. Die Antwort müsse dilatorisch sein, höflich, ohne etwas zu versprechen, doch nicht alle Hoffnung benehmen. Wenn der Kurfürst sich entschlösse, eine kleine Reise von drei bis vier Wochen, etwa nach Hanau, zu machen, so würde Dürbach inzwischen abreisen, weil es sein Interesse in Hannover erfordere. Auch könne man von Berlin aus in dieser Zeit Einleitungen treffen [342].

Dort gedachte man die Angelegenheit genau so zu behandeln, wie es Wilhelm in Kassel schon begonnen hatte. Am 4. November schrieb man ihm, auch von anderer Seite habe man das Anleihebegehren erfahren.

Die hannöverschen Stände befürchteten, Kassels lang gehegte Absichten auf Stadt und Amt Münden möchten bei dieser Gelegenheit in Erfüllung gehen. Preußen sei gebeten worden, solches möglichst zu verhindern. Indessen sei es schwer, dem Kurfürsten zu- oder abzuraten. Gefährlich sei es, eine so große Summe ohne Hypothek zu leihen, aber noch gefährlicher, sich hierzu Münden von den Franzosen einräumen zu lassen, da diese es nur kraft des Rechtes der Eroberung besäßen. Das beste werde sein, der Kurfürst träte mit den hannöverschen Ständen selbst in Verbindung. Auf alle Fälle müsse man Zeit gewinnen. Mit gewohnter Klugheit und Behutsamkeit solle er (Wilhelm) in diesem Sinne wirken.

Im geheimen Rat äußerte der Kurfürst Anfang November, daß er in 48 Stunden 36 000 Mann an die Grenze werfen könnte. Darin lag eine Drohung gegen Napoleon. Am 12. November ergriff der Kurfürst auf Faudels Bericht von den hanseatischen Anleihen wirklich militärische Maßnahmen [343]. Der Minister Baumbach, zum Gutachten aufgefordert, riet ihm dasselbe wie Wilhelm, und ebenso beurteilte auch Waitz nunmehr die Sache [344]. Solchen Anstürmen war die Courage des Kurfürsten nicht gewachsen. Dürbach hatte wieder Münden angeboten, was man Wilhelm verheimlichte. Doch fiel die Antwort so aus, wie Wilhelm es wünschte. Dürbach reiste unter Drohungen ab und wollte Mortier veranlassen, ein Corps von 6—8000 Mann an die hessische Grenze zu legen. Der Kurfürst hatte Wilhelm seinen Rat sehr übel genommen, teilte ihm aber nun seine Verlegenheit mit und bat um preußischen Schutz. Er sandte gleichzeitig Waitz nach Berlin, um zu bewirken, daß Lucchesini angewiesen werde, in Paris weitere Anleiheanträge abzuwenden. Aber Waitz sollte in Berlin auch Näheres über das Zerwürfnis zwischen Frankreich und Rußland zu erfahren suchen, und ferner über etwaige Verhandlungen Frankreichs mit Preußen über eine Veränderung in Hannover. Wenn eine solche beabsichtigt sei, dann sollte die Anleihe gewährt werden, um auch ein Stück von Hannover zu bekommen!

Die diplomatischen Verhandlungen, die Preußen im Jahre 1803 mit Frankreich und Rußland führte, sind bekannt. In dem säbelrasselnden Verhalten des Kurfürsten erblickte es eine Störung. Man erreichte es zwar, daß Frankreich von der Anleihe Abstand nahm, aber mehr als diplomatische Unterstützung gestand man Hessen nicht zu. Auch diese, so fürchtete Wilhelm, würde der Kurfürst in heimtückischer Weise ausnutzen. Wenn die Anleihe erneut gefordert werde, werde er sie ablehnen und das Odium auf Preußen wälzen.

Der König lehnte in der Audienz, die er Waitz erteilte, jedes Eingreifen außerhalb Preußens ab und erklärte, jeden norddeutschen Stand sich selbst überlassen zu müssen. Vor einem Jahre hätte man ein Verteidigungsbündnis der mächtigsten deutschen Staaten schließen müssen, jetzt sei es zu spät dazu [345].

Und er hatte damit Recht! Es wirkt doch sehr jämmerlich, daß der Kurfürst von Hessen jetzt wieder den Weg zu Preußen zurückfand, als er dessen Hülfe brauchte. Preußen kannte ihn aus Wilhelms Berichten zu gut, um ihm Vertrauen schenken zu können. Wie konnte er erwarten, daß Preußen sich um seinetwillen in einen Krieg stürze, wo er doch immer eigene Wege zu gehen suchte und für den preußischen Schutz nie zu einem Opfer geneigt war! Man kann mit gutem Grunde auch von

preußischer Seite das Urteil über ihn fällen, welches Napoleon 1806 über ihn aussprach. Es ist abwegig, die hessische Politik gegenüber der preußischen herauszustreichen. An Wankelmut und Unentschlossenheit übertraf der Kurfürst den preußischen König bei weitem. An Reinheit des Charakters und der Sitten blieb er weit hinter ihm zurück.

Waitz entging in Berlin natürlich nicht die trostlose Zerfahrenheit der preußischen Politik, der Gegensatz zwischen dem König und Haugwitz. Sein Bericht [346] läßt das erkennen. Und auch in Wilhelms Briefen spiegelt sich etwas davon wider. Am 21. November schrieb ihm Haugwitz: „In Potsdam (d. h. der König) ist man zu offen gegen Waitz gewesen; man hat ihm geraten, lieber zu zahlen, als sich in Verlegenheiten zu bringen, bei denen er von hier aus keine Unterstützung zu erwarten habe. Und in diesem Tone sind ihm hundert Dinge gesagt worden.... So wie die Dinge einmal stehen, und ob ich gleich sagen muß, daß ich blutige Tränen weinen möchte, daß sie so stehen, so rate ich selbst dem Kurfürsten, wenn es absolut sein muß, lieber ein Opfer zu bringen, als sich Händel zuzuziehen. Ich habe mich darüber mit Herrn von Waitz sehr offen ausgelassen."

Ende November 1803 war Wilhelm noch einmal in Homburg, wo sich sein Verhältnis zur Prinzessin Marianne, das sich in der letzten Zeit etwas getrübt hatte, wieder besserte. Sie schieden versöhnt voneinander [347]. Ende Dezember reiste er dann von Frankfurt aus nach Berlin und blieb bis in den Juni dort. Wie immer, fließen die Quellen auch diesmal nur schwach. Die Hochzeit Mariannes wurde gefeiert. Beim großen Maskenball zu Ehren der Königin, bei welchem 2000 Gäste bewirtet und großartige Aufzüge und Theateraufführungen geboten wurden, gehörte Wilhelm zu den 17 Herren, welche die Kosten bezahlten [348]. Aber zur selben Zeit hingen schwere Wolken am politischen Himmel. Die Verhandlungen mit Frankreich um den Frieden in Norddeutschland standen vor dem Abbruch, mit Rußland wurden solche begonnen. In aller Stille fing man an zu rüsten. Der Prinz Wilhelm von Braunschweig wurde Mitte Februar 1804 nach Kassel gesandt, um beim Kurfürsten wegen seines Anschlusses zu sondieren, der zeigte aber die kalte Schulter [349]. Doch als dann bald darauf der Befehl zur Einberufung der westfälischen Beurlaubten erging und durch seine Hände lief, entschloß er sich, selbst nach Berlin zu reisen, wo er im März ankam [350]. Wilhelm führte die einleitenden Verhandlungen mit ihm. Am 4. März stellte man ihm eine Denkschrift zu, die er für die Eigenart des Kurfürsten umzuarbeiten und die daraus sich ergebenden militärischen Forderungen mit diesem zu besprechen hatte [351]. Die Note legte dar, wie man mit Napoleon verhandelt habe, wie er aber von Schritt zu Schritt seine Ansprüche gesteigert, und wie man sich schließlich deshalb ganz im geheimen mit Rußland in Verbindung gesetzt habe. So wenig aus dem Abbruch der politischen Verhandlungen eine ernste Gefahr für das nördliche Deutschland hervorgehen könne, so ließe sich doch aus dem bekannten Entschluß Napoleons, England vom Festland abzuschneiden, die Möglichkeit einer Kriegsgefahr nicht von der Hand weisen. Preußen müsse sorgfältig alles vermeiden, was öffentliches Aufsehen errege und den Bruch herbeiführen könnte, aber doch einer eventuellen Gefahr begegnen.

Bei einem schnellen Vorrücken der französischen Truppen seien die in Westfalen und auf dem linken Elbufer stehenden preußischen Truppen

sehr gefährdet. Der Herzog von Braunschweig habe daher Vollmacht erhalten, ihren sofortigen Rückzug zu befehlen, wenn er Gefahr kommen sähe. Die westfälischen Truppen sollten sich über Paderborn an die Ufer der Diemel, die auf dem linken Elbufer stehenden nach Magdeburg und auf das rechte Elbufer zurückziehen. Von diesen Maßregeln solle Wilhelm den Kurfürsten so unterrichten, daß er sie auf keine Weise übel deuten könne. Wenn es zu weiteren Maßregeln käme, dann sollten die preußischen Truppen unter seinem alleinigen Kommando stehen und in Gemeinschaft mit den hessischen operieren. Auch müßten an der Diemel die nötigen Vorräte gesammelt werden. Der Kurfürst sei zu veranlassen, das in aller Stille zu tun[352].

Dieser antwortete am 29. März, offenbar kurz vor seiner Abreise, wiederum mit einer Absage. Er müsse in seiner gefährdeten Lage unbedingt neutral bleiben. Die Annäherung der preußischen Truppen an die Diemel und die Vereinigung der seinigen mit ihnen würden zwar seine militärischen Kräfte stärken, aber auch die Aufgabe der Neutralität bedeuten. Er könnte sein Land gar nicht gegen die eindringende französische Armee behaupten. Er schlug daher vor, die preußischen Truppen in Westfalen zu verstärken und an der Lippe die Stellung zu wählen. Wenn man sich auf die Diemel zurückziehe, würden die in Westfalen ausgehobenen Truppen davonlaufen. Wenn es zu Feindseligkeiten käme, würde er die strengste Neutralität erklären, und könne damit mehr nützen als mit einer Vereinigung mit den preußischen Truppen. Wenn die französische Armee trotz dieser Erklärung in sein Land einmarschiere, dann würde er sich auf die Seite Preußens schlagen. Dann müßten allerdings sowohl die westfälischen als auch die sächsischen und markgräflich-fränkischen Truppen in Hessen unter seinem Generalat konzentriert werden, und mit diesen Truppen könne man auch offensiv vorgehen und die Franzosen über den Rhein jagen. Eine rückwärtige Konzentration mache er nicht mit.

Wilhelm erwartete er sehnlichst nach Kassel zurück, und in Berlin hätte man ihm diesen gewiß gerne mitgegeben, aber er war nicht reisefähig, ein böses Blutgeschwür am Munde plagte ihn sehr. Der Kurfürst kam schließlich[353] doch zu dem Entschluß, zu mobilisieren. Am 21. April gab er den Befehl, seine Armee zwischen Diemel und Weser zusammen zu ziehen. Leider war es zu spät. Preußen hatte sich bereits durch die Erklärung vom 3. April mit Frankreich verständigt. Die preußischen Diplomaten wären vielleicht zu andern Entschlüssen gekommen, wenn der Kurfürst gleich Anfang März mitgetan hätte. Nun mußte er unter dem Drucke Bignons den Mobilmachungsbefehl zurücknehmen. „Zähneknirschend fügte er sich.“[354]

Bevor Wilhelm nach Kassel zurückkehrte und seine Tätigkeit dort wieder aufnahm, widmete er sich einer anderen Angelegenheit, die ihm in Berlin aufgetragen worden war, der Verlobung des Prinzen Heinrich von Preußen mit der Prinzessin Luise Charlotte, der jüngsten Tochter des Erbprinzen von Dänemark. Die Anknüpfung erfolgte in Nenndorf, wobei die Kurfürstin, die Tante der Prinzessin, hülfreiche Hand leistete, die Verlobung in Pyrmont. Sie wurde jedoch 1805 wieder gelöst, weil die Prinzessin eines anderen Verhältnisses verdächtigt wurde, wie Wilhelm behauptete, zu Unrecht. Er erbot sich am 12. Juni 1805, die Lösung ohne Eklat zu bewerkstelligen

und verwahrte sich gegen den Vorwurf, den Prinzen zur Verlobung gedrängt zu haben [355]. Als er Ende August in Kassel wieder anlangte, hatte er in dem neuen französischen Gesandten Bignon einen starken Gegenspieler bekommen. Diesem war es gelungen, sowohl den Kurfürsten als auch Waitz in das französische Fahrwasser zu ziehen. Die große Frage der hessischen Politik war die wieder aufgenommene Fürstenbundsidee. Schon vor der Annahme der österreichischen Kaiserwürde (14. August 1804) war sie gefaßt, doch erhielt sie durch diese einen mächtigen Antrieb, weil der Kurfürst durch diese auch noch das letzte nennenswerte Ergebnis der Entschädigungsverhandlungen, die Kurwürde, unter seinen Händen zerrinnen sah. Er suchte Ersatz in einem unter Frankreichs Schutz sich stellenden Defensivbund der mächtigsten deutschen Fürsten [356]. Wilhelm erfuhr gleich in den ersten Tagen, wenn auch nur in den Umrissen, von diesem Plan und berichtete darüber am 30. August [357]: Der Kurfürst wittere hinter der österreichischen Kaiserwürde die Absicht einer Änderung der Reichsverfassung, hinter der auch Preußen stecke, er habe eine Zusammenkunft mit dem Kurerzkanzler in Hanau verabredet und wolle auch Preußen zum Beitritt auffordern. Versage es sich, so nähme er an, es sei mit Österreich einig. Er glaube, er werde mit seinen 30—40 000 Mann Soldaten und 300 Kanonen Unionsfeldherr. Er habe ihn (Wilhelm) aufgefordert, auch die Federsche Union zum Anschluß einzuladen. Wilhelm suchte ihm sowohl die Reise nach Hanau als auch die Fürstenbundsidee auszureden, ohne Erfolg. Als der Kurfürst von Hanau zurückkehrte, hielt er sich Wilhelm gegenüber „geschlossen". Er konnte daher nichts Bestimmtes über die dortigen Besprechungen erfahren, wie sehr die Berliner Regierung auch Aufklärung wünschte. Es gelang offenbar in der folgenden Zeit, den ganzen Plan nicht nur geheim zu halten, sondern Wilhelm sogar darüber zu täuschen, denn am 15. September 1804 meldete er als letztes über die Sache, daß sich der Kurfürst über die Kaiserwürde beruhigt und Fürstenbundsgründung und Unionsarmee vergessen habe. Doch fiel Wilhelm auf, daß Bignon nach der Hanauer Zusammenkunft mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt wurde [358], und daß Waitz nun völlig zur französischen Partei gehörte [359]. Auch aus anderen Darstellungen ist bekannt, daß Preußen über die Fürstenbundsgründung Genaueres erst im Dezember erfuhr [360].

Wilhelms persönliche Beziehungen zum Kurfürsten waren merklich kühler geworden [361]. Aus einem Briefe der Kurprinzessin aus den ersten Septembertagen geht sogar hervor, daß er in Kassel in Ungnade gefallen sei, wodurch auch sie bei der Anwesenheit des Kurfürsten einen Verdruß bekommen habe. Sie bat ihn, ihr einstweilen nicht zu schreiben. Sie freue sich, ihn nach ihren Wochen wieder zu sehen [362].

Zur selben Zeit trieb die Sparsamkeit des Kurfürsten eine wunderliche Blüte. Bisher wurde Sonntags und Donnerstags der französische Gesandte, Dienstags und Freitags der englische mit Wilhelm mittags und abends zur Tafel geladen. Nun sollten alle Gesandten in der Woche nur einmal und zusammen an einem Tage eingeladen werden. Der französische Gesandte war damit einverstanden, der englische auch, wenn er den Rang vor dem französischen erhielte, worüber er den ersten Streit mit Waitz bekam. Wilhelm selbst war gegen diese Neuerung, um nicht Zusammenstöße zwischen dem englischen und französischen Gesandten zu erleben. Auch die Kurfürstin bezeigte ihre Unzufriedenheit, und es

gab eine erregte Auseinandersetzung zwischen ihr und dem Kurfürsten an öffentlicher Tafel. Dabei ging es nur um die Ersparnis von einigen Gläsern Wein, über dessen Beschaffenheit Wilhelm — in seinem offiziellen Gesandtschaftsbericht — eine sehr drastische Bemerkung machte. Auch das Berliner Kabinett wünschte die Wiedereinführung der alten Hoftage, aber Wilhelm setzte es nicht durch, und man wird in dieser Neuerung auch eine Zeichen des damals in Kassel herrschenden politischen Kurses erblicken dürfen. Der englische Gesandte nahm Urlaub, sein Hof faßte die Zusammenlegung der Hoftage als eine Beleidigung auf.

Als der Kurfürst Anfang Oktober in Hanau war, machte sich sein Sohn über seine Sparsamkeit lustig und erklärte, nach seinem Regierungsantritte reiche Gnaden ausschütten zu wollen. Diese Äußerung rief eine merkwürdige Wirkung auf den Kurfürsten hervor. Er wollte es doch nicht seinem Sohne überlassen, sich beliebt zu machen, sondern er erhöhte seiner Dienerschaft, dem Militär und seinen Beamten die Bezüge. Auf der anderen Seite erhielt Malsburg, der Gesandte in Paris, statt der nötigen Zulage einen Orden und ein Vierteljahr Urlaub ohne Gehaltskürzung, jedoch keinen Zuschuß für Garderobe, Livreen und Equipagen zu den Krönungsfeierlichkeiten in Paris.

Wilhelms Berichte über den geplanten, aber verunglückten Besuch des Kurfürsten in Mainz während der Anwesenheit Napoleons daselbst Ende September weichen in bezug auf das Tatsächliche nicht wesentlich von den bereits bekannten Schilderungen [363] dieser Episode ab, doch hält er einen anonymen Brief, den der Kurfürst in Hanau erhielt, für den Hauptgrund, daß er das Podagra anfangs vorgeschützt, dann wirklich bekommen habe, aus Angst, der Kaiser könnte sein Nichterscheinen übel nehmen und das in dem anonymen Briefe mitgeteilte Anleiheansinnen (1,5 Millionen Taler) doch noch stellen. Als der Kurfürst nach Kassel zurückgekehrt war, ärgerte er sich zwar, die Reise gemacht zu haben, meinte aber Wilhelm gegenüber, sie sei nötig gewesen, und freute sich, doch nicht in Mainz gewesen zu sein. Wilhelm hatte übrigens davon abgeraten [364].

Malsburg war angewiesen worden, in Paris sein Hauptaugenmerk auf eine Veränderung in Hannover zu richten. Außerdem plante man damals den Erwerb Frankfurts. Der Kurfürst war bereit, die 16 Mill. Schulden der Stadt sowie die dauernde Rente des Kurerzkanzlers zu übernehmen. Feder verhandelte darüber mit ihm in Hanau und wurde nach Mainz geschickt, um Mathieu für die Sache zu gewinnen. Als Wilhelm im November 1804 sich in Frankfurt aufhielt, erfuhr er von Feder, daß man in Mainz den Plan gefaßt habe, die Würde des Kurerzkanzlers zu kassieren und seine Lande zu verteilen. Er selber solle das wünschen, wenn seiner Familie ein Teil davon als erblich zugewiesen und zur reichsunmittelbaren Grafschaft erhoben würde. Seine Schulden (1 Million), deren Zinsen seine Einkünfte überstiegen, nötigten ihn zu einer solchen Lösung. Der Kurfürst von Kassel übernähme sie gegen das Oberamt Orb, die hanauischen Salzwerke und einige an das Hanauische grenzende Distrikte.

Als Wilhelm Ende November in Kassel wieder eintraf, erwartete er die Königin-Mutter, die von Hanau kam, wo sie ihre Tochter besucht hatte. Sie wollte, wie schon früher einmal, einige Zeit in Kassel bleiben und wohnte daselbst wieder in Wilhelms Hause vom 6. Dezember an

eine gute Woche. Wilhelm begleitete sie bis Eisenach. Seinem Bruder gegenüber stöhnte er über die Kosten, die mehrere tausend Taler betrügen [365].

Daß sich Preußens Beziehungen zum Kurfürsten nicht besserten, rührte auch daher, daß man ihm in weniger wichtigen Dingen nicht entgegen kam. In seinem Bestreben, die ihm noch verbliebenen Möglichkeiten seiner Stellung wenigstens auch auszunutzen, versuchte er, die alte Kreisordnung wieder in Gang zu bringen. Als Direktor des kurrheinischen Kreises lud er Preußen ein, für Erfurt und das Eichsfeld einen Gesandten dort anzustellen. Man ersah Wilhelm dazu, schrieb ihm aber eine abwartende Haltung vor und war wenig geneigt, mitzutun, solange die Verhältnisse nicht geklärt seien. Die schon oft zu Tage getretene Neigung des Kurfürsten zu Gewaltmaßregeln führte im November 1804 wieder zu einer solchen, der Wilhelm entgegenwirken mußte. Die Subdelegation des Kreises hatte wegen des Saarbrückenschen Schuldenwesens einen Exekutionsbeschluß gegen den Fürsten von Nassau-Usingen gefaßt und schickte sich an, ihn auszuführen. Es kam zu Rüstungen auf beiden Seiten. Wilhelm verhinderte den Ausbruch von Feindseligkeiten [366].

Auch in der waldeckischen Angelegenheit [367] handelte Preußen nicht nach den Wünschen des Kurfürsten. Das Reichskammergericht hatte dessen Klage auf Zahlung der Schuld schließlich doch stattgeben müssen und dem Könige von Preußen und dem Kurfürsten von Bayern als westfälischen Kreisdirektoren den Auftrag zur Exekution erteilt. Gemäß dieser sollte der Kurfürst in den Bezug der sämtlichen Einnahmen der Grafschaft Pyrmont als kontraktmäßiger Specialhypothek eingesetzt werden. Preußen schob diese unangenehme Mission durch gewisse Formalitäten noch hinaus, damit Zeit gewonnen würde, ein anderes gütliches Arrangement zu treffen. Man hoffte, daß sich die Sache durch die geplante käufliche Überlassung der Grafschaft an den Kurfürsten jetzt regeln lassen werde, indem die Agnaten nun unter dem Druck des bevorstehenden Sequesters ihren Consens gäben. Wilhelm bekam den Auftrag, auf seine bekannte, kluge Art mit ihnen in Verbindung zu treten und sie dazu zu vermögen. Er schrieb nach Berlin, Prinz Georg wäre vielleicht zum Consens bereit, aber der Kurfürst verzichte nun auf den Kauf, da die Revenuen von Pyrmont etwa die Hälfte der Zinsen des Kaufpreises betrügen [368]. Wilhelm brachte eine Vereinbarung zustande. Der Fürst von Waldeck übertrug dem Kurfürsten die Finanzverwaltung der Grafschaft Pyrmont am 7. Januar 1805. Schon am 16. Januar ging eine hessische Kommission nach Arolsen, die Administration vorzubereiten. Wilhelm übernahm es auch, dem Prinzen Georg den Vergleich mitzuteilen. Er war sich aber von vorneherein darüber klar, daß er dessen Zustimmung nicht finden würde. Doch glaubte er, daß die meisten Schwierigkeiten noch vom Fürsten selber kommen würden, der die Verwaltung nicht ungestört arbeiten lassen, sondern sie sabotieren würde, wenn sich ihm die Möglichkeit böte, einige tausend Taler damit zu gewinnen. Die Kommission begegnete denn auch großen Schwierigkeiten. Wilhelm meinte, den Waldeckern sei nur zu helfen, wenn Hessen die Verwaltung des ganzen Landes übernähme, eine Bemerkung, mit der er dem Kurfürsten sehr schmeichelte. Seine persönlichen Beziehungen zu ihm wieder zu bessern, diente dann auch eine andere Sache. Der Kaiser

wünschte die Verlängerung einer Obligation. Wilhelm riet dem Kurfürsten, diese von der Bewilligung der Namensänderung der Gräfin Schlotheim und ihrer Kinder abhängig zu machen und für das Diplom Taxfreiheit zu verlangen. Er selbst leitete die Sache in Frankfurt, zweifellos bei dem österreichischen Vertreter daselbst, Johann Freiherr von Wessenberg, ein. Er wußte wahrscheinlich nicht, daß man diesen Mann schon im April in Wien dazu bestimmt hatte, dem preußischen Einfluß in Kassel und Fulda, d. h. ihm selbst, entgegen zu wirken. Die Ernennung Wessenbergs erfolgte allerdings erst im Mai 1805, als Günderode nach Wien gesandt worden war, die Angelegenheit der Obligationen und des Diploms zu Ende zu führen, sie ist ein Beweis dafür, wie man die Tätigkeit Wilhelms in Kassel kaiserlicherseits einschätzte[369].

Erst mit dem Jahre 1804 war in den wittgensteinischen Verhältnissen[370] eine gewisse Stabilität eingetreten. Die Finanznot ließ etwas nach. Der Kredit hob sich, wenn auch langsam, wieder, und diese Atempause ermutigte den Fürsten Friedrich sogleich wieder zu allerhand Unternehmungen, zur Anlage einer Garnbleiche und einer Spinnerei als Vorbetriebe der Tuchfabrik. Ende 1805 dachte er sogar daran, und das ist nach den früheren Erfahrungen sehr pikant, ein Jägerkorps zu errichten. Wilhelm warnte ihn auf das nachdrücklichste davor. Er kenne doch alle Sorgen und Enttäuschungen bei einer solchen Sache. Das Verhältnis zu den Untertanen hatte sich gebessert, und als das hessische Kommando zu Übungen zurückgerufen wurde, konnte Wilhelm dafür sorgen, daß es nicht wieder nach Wittgenstein kam. Es bestand damals die Möglichkeit, daß die von den neuen Gebieten Preußens in das Hessen-Darmstädtisch-Oranische einzurichtende Post, sowie die anzulegende Straße durch Wittgenstein geführt wurde. Eine Straße von da nach Westfalen gab es noch nicht, die hat erst später unter preußischer Herrschaft — von Laasphe nach Kreuztal — gebaut werden können[371]. An diesem Mangel scheiterte es auch, daß die Post über Wittgenstein geführt wurde. Von hessen-darmstädtischer Seite wurde der Wunsch der beiden Brüder mit der Begründung niedergeschlagen, daß man möglichst fremdes Gebiet vermeiden wolle. Graf Friedrich hatte noch weitergehende Pläne. Der Erfolg in der Sayhnischen Sache ermutigte ihn, die Erwerbung des Amtes Battenberg an seiner Grenze und der Grafschaft Hohenstein in Thüringen ins Auge zu fassen. Hohenstein war Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein durch Johann VIII. als Lehen vom Großen Kurfürsten für seine Tätigkeit auf dem Friedenskongreß zu Münster und Osnabrück zugebracht worden[372]. Preußen hatte die Grafschaft 1700/10 wieder an sich gezogen. Wilhelm schrieb seinem Bruder, die beiden Erwerbungen seien aussichtslos und daher die Kosten der Deduktion nicht einmal wert.

Beim Jahreswechsel 1804/05 befand sich Wilhelm in Frankfurt. Dort hörte er, daß Österreich seine Truppen in Italien einmarschieren ließe, womit Napoleon sehr unzufrieden sei. Ferner, daß der Fürst von Weilburg die Statthalterschaft in Holland erstrebe. Wilhelm besprach diese Kunde mit dem nassau-usingenschen Präsidenten von Marschall und mit dem alten Grafen von Nesselrode. Der König lud ihn mit folgendem, in Anbetracht der politischen Zustände sehr merkwürdigen Schreiben vom 15. Januar nach Berlin ein: „Bei der heutigen Lage der öffentlichen Angelegenheiten scheint eine zeitige Entfernung von Ihrem Posten

keine Bedenken zu haben. Auch wirds, wie ich meine, Ihnen selbst der Aufenthalt in Berlin während meiner eigenen Anwesenheit sowie mir angenehm sein. Ich lade Sie daher ein, sobald die nötigen Arrangements es erlauben, sich hierher begeben zu wollen ......"[373]

Erst im Februar trat Wilhelm die Reise an. Die Erkrankung der Königin-Witwe beschleunigte die Abreise. Mitte Februar hatte sie einen Schlaganfall bekommen. Am 25. Februar starb sie. Wilhelm war, wie Faudel berichtete[374], die letzten 28 Stunden ununterbrochen an ihrem Sterbebett und überbrachte die Todesnachricht sogleich dem König. Seinem Bruder schrieb er, daß er den Verlust einer Freundin und Mutter beklage[375]. Friedrich Wilhelm dankte und bestätigte ihm, daß er die Beerdigungsfeierlichkeiten dem Sinne der Verstorbenen gemäß schlicht und einfach geordnet habe. Mit dem Tode der Königin-Witwe erlosch das Hofamt Wilhelms.

Eine nicht ganz aufzuklärende, persönliche Angelegenheit nahm Wilhelm in Berlin stark in Anspruch. Es war wieder eins jener Geschäfte, die mit soviel Hoffnungen begonnen wurden und mit Enttäuschung und Mißerfolg endeten. Im Jahre 1804 hatte er den sogen. plettenbergischen Konkurs übernommen. Der Besitzer der plettenbergischen Güter, Graf Maximilian Friedrich von Plettenberg-[376] lebte damals in Wien. Er war ein Jahr jünger als Wilhelm, verheiratet, damals noch kinderlos, die einzige Tochter wurde erst 1809 geboren. Der Reichsdeputationshauptausschuß hatte ihn seiner linksrheinischen Besitzungen beraubt, wofür ihm in der sogen. württembergisch-badischen Ausmittelung vom 6. Februar 1803 gewisse Gebiete in Schwaben, u. a. auch eine Rente von 6000 Gulden auf Buxheim, zugeteilt worden waren[377]. Er besaß ferner eine Anzahl Güter in Westfalen und die Herrschaft Kosel (Wilhelm nannte sie immer Ratibor) in Oberschlesien. Wilhelm hatte durch die Übernahme des Konkurses die Verwaltung der Güter bekommen und besorgte im Winter 1804/05 in Berlin den lehnsherrlichen Konsens des Königs zu einem Darlehen von 310 000 Reichstalern auf die Herrschaft Nordkirchen in Westfalen und einem weiteren von 230 000 Reichstalern auf die Herrschaft Ratibor. Er hielt diesen Konsens geheim, weil er hoffte, in Wien mit 100 000 Gulden 200 000 plettenbergische Obligationen einlösen zu können, solange der Konsens nicht bekannt sei.

Es galt nun, in aller Stille die 100 000 Gulden zu beschaffen. Er gedachte sie vom Kurfürsten zu leihen, der verlangte aber eine Sicherheit, und darum bat Wilhelm am 24. Juli 1805 den Fürsten zu Berleburg, die Bürgschaft für diese 100 000 Gulden zu übernehmen[378]. Als Sicherheit bot er ihm eine Rückbürgschaft des kurfürstlichen Hof- und Kriegsbankiers Ruben Hesse-Goldschmidt, sein eigenes Ehrenwort, seine erheblichen Kostbarkeiten, seine eigenen Obligationen, seine Besoldung an. Sein Bruder dürfe jedoch nichts von der ganzen Sache erfahren. Der wittgensteinische Kreisgesandte Plitt in Frankfurt sprang ihm bei und schrieb nach Berleburg, daß er in Wilhelm einen der rechtschaffensten Herren, der größten Geschäftsmänner verehre. Wenn Wilhelm die 100 000 Gulden bezahlt habe, werde er antichretischen Besitz von der Herrschaft Mietingen in Schwaben nehmen und vom kaiserlichen Hofrat gerichtlich eingesetzt werden.

In Berleburg war man von dem Antrage Wilhelms sehr unangenehm berührt. Mettingh, der Berleburger Kammerdirektor, meinte seinem Herrn gegenüber, der Antrag sei eine sehr starke Indiskretion gegen einen nahen Verwandten. Der einzige Grund, weshalb sich Wilhelm in dieses plettenbergische Chaos [379] stürze, sei seine Neigung zu weitläufigen Geschäften. Das vorliegende werde eine schädliche Operation werden. Trotzdem glaube er, daß man den Wunsch Wilhelms im Hinblick auf seinen mächtigen Einfluß in Berlin nicht abschlagen könne. So leistete Berleburg diese Bürgschaft. Von dem aufzunehmenden Darlehen hatte Wilhelm dem Kurfürsten die 100 000 Gulden sofort zurückerstatten wollen. Er konnte aber die 310 000 Gulden nicht auftreiben, und im nächsten Jahre mußte er den Fürsten von Berleburg um die Verlängerung der Bürgschaft bitten. Wieder war man dort in großer Verlegenheit. Wilhelm schrieb drohend und flehend zugleich. Der Fürst wolle doch nicht sein Unglück! Die Bürgschaft wurde erneuert. Aber in Berleburg hatte man noch einmal einige bange Stunden darum. Nach dem Zusammenbruch von 1806/07 verlangten die Franzosen, die in den Kasseler Akten die Anleihe Wilhelms beim Kurfürsten gefunden hatten, deren Bezahlung als Nachfolger in der Regierung. Wilhelm hatte aber die 100 000 Gulden schon vor dem Zusammenbruch zurückerstattet und Bürgschaftsschein und Schuldschein zurückerhalten, und man konnte nun mit beiden die Ansprüche der Franzosen zurückweisen [380].

Die Verwaltung der plettenbergischen Güter bereitete Wilhelm viel Sorgen und Mühen. Die Mediatisierungen sowie die staatlichen Umwälzungen des Jahres 1806 brachten ihm großen Schaden. Noch im Jahre 1811 ist die Rede davon. Die Gräfin Plettenberg machte nun Schwierigkeiten [381], nachdem sie Mutter war; es scheint, als ob Wilhelm die Verwaltung nun aufgegeben hatte, und daß es in den Verhandlungen mit den Gläubigern und dem Grafen von Plettenberg zu einer Einigung auf der Grundlage gekommen war, daß er gegen eine weitere Zahlung von 100 000 Gulden in den Besitz von Ratibor kommen sollte. 1811 war man dabei, Ratibor für ihn zu allodifizieren. Er betrachtete es als eine traurige Aquisition, die äußerst kostbar geworden sei. Er habe sich indessen hierzu verstehen müssen, um nur etwas zu retten, so schrieb er an Haugwitz. Nicht nur die Neigung zu weitläuftigen Geschäften, wie Mettingh meinte, wird Wilhelm zu diesem Unternehmen getrieben haben. Es war gewiß auch die tief in seinem Herzen liegende Sehnsucht nach Grundbesitz, nach einer Standesherrschaft, nach einer H e i m a t , die ihm das Schicksal versagt hatte.

Er hat Ratibor nicht halten können, oder wegen des Widerstands der Gräfin nicht bekommen. Seinem Bruder schrieb er später, er besäße es schon lange nicht mehr. Und als er in späteren Jahren nach der wirtschaftlichen Seite hin das Fazit seines Lebens zog, da stand er vor einem Trümmerhaufen. Er hat es trotz seines langen Lebens, trotz seiner vielen Geschäfte, trotz seiner glänzenden Laufbahn in Preußen weder zu Vermögen noch zu Grundbesitz gebracht und weicht hierin von den meisten der „Ausländer" ab, die in preußische Dienste gingen und hier grundständig wurden. Auch diese Tatsache darf bei der Beurteilung seines Charakters nicht außer acht gelassen werden.

Mit einem Verlust endete auch in diesem Zeitraum, den wir uns zu schildern anschicken, das andere, mit soviel Hoffnung begonnene große

Geschäft, das C. C. C.[382]. Seit der Krise, in die es durch den Abschluß der sogenannten ersten wittgensteinischen Anleihe im Jahre 1800 geraten war, hatte es offenbar nur vegetiert. Seine Geschäfte blieben unbedeutend gegenüber denjenigen der Frankfurter Bankhäuser. Die Bilanz des Jahres 1802 weist 172 787 Gulden Aktiva und 130 265 Gulden Passiva, die von 1804 46 141 Gulden Aktiva und 8799 Passiva auf. Ende 1805 wurde ihm wieder eine preußische Anleihe von 10 Millionen übertragen, die sogenannte zweite Wittgensteinische, von der aber infolge der politischen Verwickelungen in Kassel selbst nur für 250 000 Gulden Obligationen verkauft wurden[383], da der Landgraf sich nicht beteiligte. Stein meinte daher, daß Kassel nicht der Ort sei für eine solche Anleihe. Diese Äußerung erscheint geeignet, das C. C. C. doch in freundlicherem Lichte zu sehen, als es allgemein geschieht. Von preußischer Seite war ihm die Aufgabe zugedacht, die finanziellen Geschäfte mit dem Kurfürsten zu erleichtern, seine Schätze für preußische Zwecke im Wege der Anleihe flüssig zu machen. In dieser Hinsicht gewinnt es Bedeutung über die persönlichen Zwecke seiner Gründer hinaus.

Haugwitz hatte 1803 ein Kapital von 10 000 Talern eingelegt. Das wird wohl der Anlaß Steins gewesen sein, zu behaupten, daß Wilhelm Haugwitz und Hardenberg Geld vorgeschossen habe[384], wofür aber in den Quellen keine Bestätigung zu finden war[385]. Haugwitz forderte 1811 6000 Taler zurück. Wilhelm schrieb ihm, das C. C. C. habe sich durch den Zusammenbruch von 1806/07 aufgelöst, und er habe sowohl die Aktiva als auch die Passiva übernehmen müssen. Die Aktiva seien aber nicht realisierbar, da die königlichen Kassen keine Zinsen bezahlten, und wegen der Passiva werde er von allen Seiten bestürmt. Den bescheidenen Gewinn, den Wilhelm durch das C. C. C. gehabt hat, wogen seine Sorgen um dieses Institut gewiß reichlich auf.

Es ist auch beim diesmaligen Aufenthalt Wilhelms in Berlin im Winter 1805 noch nicht erkennbar, ob und inwieweit er tätigen Anteil an der großen preußischen Politik hatte. Im folgenden Jahre wird das durchsichtiger. Auf sein eigenes Gebiet, die preußisch-hessische Politik, fallen jedoch einige Schlaglichter, die deren Linien mit gewisser Deutlichkeit erkennen lassen.

Schon Ende Dezember 1804 war der Kurfürst auf die preußischen Anträge, die man ihm bei seinem Aufenthalt Anfang 1804 in Berlin gemacht hatte, die er aber damals abgelehnt hatte, zurückgekommen[386]. Er war nun zu weiteren Verhandlungen über den militärischen Anschluß Hessens an Preußen bereit und setzte sich mit Hardenberg am 23. Dez. 1804 in Verbindung[387]. Hannover spielte wieder in seinen Erwägungen eine große Rolle. Er rechnete damit, daß es einstmals frei und dann von Preußen besetzt würde, welches damit die Brücke nach Hessen herzustellen in der Lage war. Dazu bot er seine Mitwirkung an! Hardenberg antwortete am 15. Januar 1805 nicht sehr ermutigend. Er ließ seinen Unwillen über den Seitensprung des Kurfürsten nach Frankreich hin ziemlich stark durchblicken. Über sein Vorgehen sei man in Berlin wie in Petersburg sehr erstaunt gewesen[388]. Der Kurfürst ließ sich jedoch nicht abweisen. Am 11. Februar erwiderte er, die Gerüchte einer Union Hessens mit Frankreich seien falsch[389], er habe Wittgenstein gebeten, zu ihm zu kommen, da er sich ihm erklären wolle. Wilhelm nahm seine Er-

öffnungen mit nach Berlin, aber da ließ man die Sache ruhen, bis in den Sommer hinein. Die Einmischung des Kurfürsten in die immer ernsthafter ins Auge gefaßte Erwerbung Hannovers wollte man verhindern, solange es ging. Aber es ist wiederum bezeichnend für die hessische Politik, die die preußische an Kläglichkeit doch weit übertraf, daß sie, nachdem der Fürstenbundsplan zu scheitern drohte, wieder Anschluß an Preußen suchte, weil dort ein Stück von Hannover winkte!

So blieben die Verbindungen mit Hessen zerrissen, bis Wilhelm Mitte Juli 1805 selbst wieder in Kassel erschien. Er kehrte nun auch als Gesandter am darmstädtischen Hofe auf den Schauplatz seiner Tätigkeit zurück. Am 8. April war die Ernennung dazu erfolgt, mit der Ermächtigung, den Wohnsitz in Frankfurt zu nehmen. Greuhm erhielt ein Patent als Legationsrat und wurde mit der Vertretung während seiner Abwesenheit betraut[390]. Die Gesandtschaft wurde neu eingerichtet. Bisher hatte ein Ministerresident die Beziehungen zu Darmstadt aufrecht erhalten. Wir dürfen annehmen, daß diese Ernennung auch eine Spitze gegen den Kurfürsten sein sollte. Sie läßt sich sehr gut als Antwort auf die Fürstenbundsverhandlungen und auf die Sendung Günderodes nach Wien deuten. Es war dem Kurfürsten gewiß eine bittere Pille, daß Preußen nun zu der immer beargwöhnten und befehdeten Seitenlinie seines Hauses ein näheres Verhältnis suchte, daß man Wilhelm dazu ausersehen hatte, dieses herzustellen, und daß er seinen Sitz von Kassel nach Frankfurt verlegen konnte. Der Kurfürst hatte sich isoliert. Die Fürstenbundsgründung und damit die Annäherung an Frankreich hatte sich zerschlagen, das Verhältnis zu Preußen zum Kaiser, zu Rußland war getrübt. Da suchte er wieder Rückhalt an Preußen, und in diesem Streben fand er sich im Juni unerwartet in Alexandersbad ein, wo der preußische Hof zur Kur weilte[391]. Die Beseitigung der Verstimmung gelang. Aber auch die politische Entwickelung der kommenden Monate trieb dahin, daß Kassel fürs erste der Schwerpunkt der Wirksamkeit Wilhelms blieb. Der Fall Taylor bildete den Auftakt zu dieser Entwickelung. Er hatte sich schon 1804 angekündigt (Bericht Wilhelms vom 2. Dezember[392]) und Taylor hätte wahrscheinlich damals das Schicksal seiner angeblichen Mitverschwörer geteilt, wenn er nicht auf Urlaub in London gewesen wäre[393]. Die „fermeté“ des Kurfürsten hätte vermutlich nicht ausgereicht, seiner Fürstenbundsidee diesen Menschen zu opfern. Nun sandte ihn England Ende Mai nach Kassel zurück. Der Grund dazu ist im Blick auf die sich bildende Koalition (11. April englisch-russisches Bündnis, österreichische Rüstungen, Beitritt Österreichs zur Koalition am 7./28. Juli, Werbungen um Preußens Beitritt und um den Hessens) klar und wurde auch von Preußen ausgesprochen[394]. Es war ebenso klar, daß Napoleon an diesem, wenn auch unbedeutend erscheinenden Posten, den Kampf gegen England und die Koalition aufnahm. Der Leidtragende dabei war der Kurfürst. Der Bruch mit England gefährdete seine Subsidienforderung, der Bruch mit Frankreich sein ganzes Land. Sein unglücklicher Charakter ließ ihn auch hier den richtigen Weg nicht selbst finden, den er dann mit Entschlossenheit und Festigkeit betreten hätte. Er suchte und fand Rückhalt an Preußen, und Wilhelm, welchen der den beurlaubten Waitz vertretende Minister Baumbach schon Anfang Juli darum gebeten hatte, wurde sein Ratgeber.

Die Stellung Preußens zur Koalition und zu Napoleon erforderte, daß der Konflikt, als er ausbrach, zunächst noch nicht zum Bruch führte. Wilhelm gelang es, den Kurfürsten abzuhalten, die französische Forderung auf Ausweisung Taylors mit militärischen Maßnahmen zu beantworten, die den Bruch mit Frankreich nach sich gezogen hätten. Er verstand es ferner, Taylor solange von Kassel fern zu halten, bis die Entwickelung der Koalition das nicht mehr erforderte, bis er auf Grund einer Berliner Weisung Anfang September in Kassel erklären konnte, daß man die angedrohte Abreise Bignons ruhig geschehen lassen dürfe, da sie nicht zu ernsten Folgen führen werde. Wilhelms vielfache und aufreibende Bemühungen um die Sache sind bekannt[395]. Sie erwecken den Eindruck, daß er mit einem Schlage, wenigstens für kurze Zeit, wieder maßgebenden Einfluß in Kassel gewonnen hatte.

Von einer schlappen Haltung Preußens in der Taylor-Frage[396] kann nicht die Rede sein. Es behandelte die Sache so, wie das seiner Politik entsprach, und hatte keinen Grund, dem allzeit unzuverlässigen Kurfürsten seine Hilfe zu leihen bei einem Aufbrausen seines Temperamentes, von dem man nach der ganzen Kenntnis seines Charakters annehmen mußte, daß es wie ein Strohfeuer verflackern mußte, sobald irgendwo „Vorteile" winkten. In Berlin war man sehr befriedigt, daß der Fall Taylor die Bande zwischen Hessen und Preußen wieder fester geknüpft hatte. Wilhelm schrieb, daß nur die Vorstellungen Bignons die Politik des Kurfürsten seit einigen Jahren irre und gegen sein eigenes Interesse geleitet hätten, doch würde er sich überzeugen, daß sein wahres Interesse es erfordere, sich an das preußische System anzuschließen (6. August).

Doch blieben auch Störungen des neugewonnenen Verhältnisses Wilhelms zum Kurfürsten nicht aus. Dieser war verschnupft, als Preußen sein Gesuch um Abberufung Taylors in London, wozu ihn Wilhelm, aber auf Bitten Baumbachs, gedrängt hatte, das er nicht für nötig hielt, nicht unterstützte, um sich nicht zu kompromittieren. Ferner erklärte Bignon, daß man in Paris keine Rücksicht auf die Verwendung Preußens nehmen werde und gewann auch die hessischen Minister für diese Meinung. Am 28. August schrieb Wilhelm, sie seien französisch gesinnt und gäben nichts auf die preußische Fürsprache in Paris, sie wünschten den vollständigen Anschluß Hessens an Frankreich und eine Abkunft mit diesem. Waitz rede immer noch von der verunglückten Entschädigungsaktion und der P. C. Der Kurfürst sei zwar bisher fest geblieben. Im Hinblick auf diese Strömungen wird es klar, wie wichtig es war, daß Wilhelm die Spannung in Kassel so niedrig wie möglich hielt, indem er Taylor immer wieder fern zu halten verstand.

Schon Anfang August hatte man in Berlin die Absicht, die gute Stimmung des Kurfürsten zu benutzen, zu einer engeren Vereinigung mit ihm zu gelangen. Wilhelm erteilte man den Auftrag, wegen der schon 1790 und 1797 angetragenen, 1802 aber ausgesetzten Marsch- und Etappenkonvention bei ihm zu sondieren, und Wilhelm selbst meinte, daß seine Hülfe im Fall Taylor, sowie die preußische diplomatische Unterstützung in Paris darüber hinaus es rechtfertigten, ihn wieder um die Gewährung einer Anleihe zu bitten. Beides kam aber erst im September in Fluß, als zu der noch immer schwebenden Taylor-Sache der drohende

Durchzug Bernadottes durch Hessen trat. Beide Angelegenheiten wurden von der zum Kriege drängenden Entwickelung entscheidend beeinflußt[397].

Der Kurfürst hielt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich, der durch die Abreise Bignons erfolgt wäre, für gefährlicher als Preußen und ließ am 1. September durch Wilhelm fragen, ob ihm in diesem Falle militärische Unterstützung zugesichert würde. Er war entschlossen, den Durchzug Bernadottes abzulehnen, und als man nicht mehr daran zweifeln konnte, daß dieser wirklich erfolgen würde, ergriff er militärische Verteidigungsmaßnahmen und rechnete auch für diesen Fall bestimmt auf die Unterstützung Preußens. Wilhelm wartete noch am 6. September sehnsüchtig auf Befehle von Berlin. Er wußte dem Kurfürsten nicht zu raten, hatte ihm aber versprechen müssen, in seiner Nähe zu bleiben, auch wenn ein Unglück passiere. Am 8. September bat ihn der Kurfürst, nach Berlin zu melden, daß 15—16 000 Mann bereit ständen. Es waren aber nur 8—9000 Mann, denn eine ganze Anzahl sei schon wieder entlassen. Die Stimmung sei gut, aber die Organisation der Mobilmachung unzureichend, besonders falle der Mangel an einsichtsvollen Chefs und Generälen auf. Im Ganzen sei kein Plan gewesen, und die Verlegenheit sei sehr groß. Wenn die hessischen Truppen gebraucht werden sollten, müsse dem Kurfürsten ein General beigegeben werden, der sich mit ihm vertrüge.

Am 8. September, einen Tag nach dem Kronrat und der sogen. ersten preußischen Mobilmachung[398], ergingen von Berlin Eröffnungen an Wilhelm, die er am 11. und 12. erhalten haben mag. Das Ziel der preußischen Politik sei, den Krieg der Koalition abzuwenden. Preußen bleibe neutral, obwohl es von beiden Parteien umworben werde. Zum Schutze der Neutralität seien eine Anzahl Regimenter mobilisiert worden, es wolle die eigenen und möglichst auch die benachbarten Lande schützen, müsse jedoch zur Bedingung machen, daß sich diese, insbesondere Hessen, Sachsen, Dänemark, der preußischen Neutralität anschlössen. Wilhelm sollte den Kurfürsten dazu auffordern. Die bewaffnete Neutralität Preußens sei den streitenden Parteien mitgeteilt. Der Anschluß daran bedeute keine Kompromittierung. Dem Durchzug Bernadottes solle sich der Kurfürst nicht widersetzen. Die Pläne Frankreichs richteten sich, wie man bestimmt wisse, nicht gegen Hessen. Die hannöversche Armee solle auf dem kürzesten Wege nach Würzburg marschieren. Es sei für Norddeutschland besser, wenn Hannover geräumt würde. Es wäre gut, dem Durchzug den Anstrich zu geben, als füge man sich der Gewalt. Doch müsse Preußens Rat in dieser Sache geheim bleiben, um keinen Anstoß bei den anderen Mächten zu erregen. Unter diesen kann man nur die Koalierten verstehen, die denn auch nach dem Durchzug ihren Unwillen darüber zu erkennen gaben. Wilhelm hatte dem Kurfürsten geraten, sich der eigenen Entscheidung durch eine Reise nach Paderborn zu entziehen, und den Durchzug während seiner Abwesenheit ohne sein Wissen erfolgen zu lassen. Er blieb aber in Kassel, und der Durchzug ließ sich leider nicht als erzwungen hinstellen. Preußen billigte übrigens am 12. September die militärischen Maßnahmen des Kurfürsten zur Sicherung eines ordnungsmäßigen Durchmarsches, und als dieser vorbei war, erntete der Kurfürst übertriebene Lobeserhebungen dafür[399].

Man ist auch hier nicht berechtigt, Preußen einen Vorwurf daraus zu machen, daß es die „Begeisterung" des Kurfürsten durch seinen Rat dämpfte. Zu einem andern Anfang und Ausgang des dritten Koalitionskrieges würde es auch nicht gekommen sein, selbst wenn es die angeblich deutsche Gesinnung des Kurfürsten besser zu benutzen verstanden hätte. Daß an seinem Hofe bei seiner mangelnden Opferfähigkeit [400] der furor teutonicus gegen Napoleon hätte ausbrechen können, ist ausgeschlossen. Dort handelte es sich viel zu sehr um Entschädigungen, Subsidien und Vorteile!

Der Durchzug hatte noch ein kleines Nachspiel, indem Bernadotte eine weitere Konvention für das Nachfolgen von 6—800 Rekonvaleszenten und Blessierten bat, anfangs für einen Monat. Die hessischen Minister wollten die Konvention auf zwei Monate für den südlichen Weg über Witzenhausen—Fulda abschließen. Da es in Hannover keine Verwundeten gab, so vermutete Wilhelm, daß man sich diesen Weg für Kämpfe in Franken offen halten wollte und warnte den Kurfürsten, sodaß er die Konvention ablehnte und das Nachfolgen der Rekonvaleszenten nur bis zum Ende des Monats und auf dem Wege des Hauptkorps genehmigte. Waitz war damit sehr unzufrieden und zürnte Wilhelm [401].

Am 13./14. September hatte Wilhelm dem Kurfürsten die preußischen Vorschläge unterbreitet. Er war zu einer Neutralitätskonvention bereit, wollte aber nur einen verhältnismäßigen Teil seiner Armee auf Kriegsfuß setzen und zu gemeinsamer Verfügung stellen. Zu größeren Leistungen war er bereit, wenn er das Kommando über die mit seinem Korps zu vereinigenden westfälischen Truppen erhielte. Wilhelm riet dringend, ihm diesen Wunsch zu erfüllen. Mit seinem Ehrgeiz sei er zu allem zu bringen, selbst zur Aufopferung seiner Schätze. Das Kommando sei ungefährlich, wenn man ihm einen entschlossenen General beigäbe, der ihn zu behandeln verstehe. Unter vier Augen könne man ihm alles sagen, auch Unangenehmes. Er sei in solchem Falle damit einverstanden, wenn man es so darstelle, als käme es von ihm selber. Sein Geld, seine Armee und sein Kredit verdienten wohl einige Rücksicht.

Der Kurfürst trat angeblich ohne inneren Vorbehalt in bezug auf Frankreich auf die Seite Preußens. Waitz sei dafür gewesen, mit beiden Händen die Neutralität anzunehmen. Doch habe er befürchtet, daß gerade der Anschluß an Preußen diese Neutralität einmal sehr gefährden könnte. Er habe daher darauf bestanden, den casus foederis genau festzulegen, da man sonst unter Umständen in einen Krieg mit England, Österreich und Rußland gezogen werden könnte [402]. Er scheint die Dinge richtig gesehen zu haben und weckte mit seinen aus dem weiteren Kreise der europäischen Politik geholten Einwänden andere, die in der Seele des Kurfürsten selbst lagen, die sich um die stets bei solchen Gelegenheiten geltend gemachten Sicherungen drehten. Er zeigte sich wieder zwiespältig und war dem Werben von beiden Seiten nicht gewachsen. So pendelte er zwischen den Entschlüssen hin und her. Als der Durchzug Bernadottes aufhörte, schickte er seine Truppen wieder in die Standquartiere, wogegen Wilhelm protestierte. Zur Mobilmachung war er nicht zu bewegen und wegen des Kommandos in größter Unruhe. Er fürchtete die Rivalität des Herzogs von Braunschweig und erklärte Wilhelm, daß er nie seine Truppen unter dessen Befehl stellen würde. Als

er dann, etwa am 25. September, die Nachricht erhielt, daß ihm das Kommando über die westfälischen Truppen erteilt sei, erweckte das ungeheure Freude bei ihm, und er gab den Befehl, zehn Bataillone und sechs Schwadronen zu mobilisieren. Das war nach preußischer Ansicht ja nur ein kleiner Anfang. Ihm größere Leistungen abzuringen, dazu bedurfte es ausgedehnter Verhandlungen um die bewußten „Sicherheiten". Wilhelm schlug zu diesen Verhandlungen den Oberhauptmann von Hardenberg zu Grohnde, den Bruder des preußischen Ministers vor, der dann auch auf Drängen Wilhelms die Sendung nach Berlin annahm (Ende September). Es war immerhin ein Erfolg Wilhelms, daß der Kurfürst keinen seiner Minister nach Berlin schickte, deren Gesinnung die Verhandlungen sicher erschwert hätte [403].

Eine Ungeschicklichkeit Preußens war Wilhelm außerordentlich hinderlich in seinem Streben, den Kurfürsten bei seiner Stellungnahme gegen seine Minister festzuhalten. Man hatte ihm General Blücher beigegeben und diesem das Spezialkommando übertragen. Wilhelm hatte schwere Stunden mit ihm. Es sei dies die größte Kränkung, die dem Kurfürsten habe widerfahren können, schrieb er am 10. Oktober, er befände sich in einer über alle Beschreibung heftigen Gemütsbewegung, er habe nicht geschlafen und einen Brustkrampf bekommen. Wilhelm selbst war auch unwillig über diese Kabinettsorder. Wenn sie nicht eingetroffen wäre, würde er den Kurfürsten dahin gebracht haben, noch weitere zehn Bataillone und sechs Schwadronen mobil zu machen. Seinen Beitrag zur Anleihe habe er wieder zurückgezogen. Er werde nichts mehr über ihn vermögen und bis zur Ankunft der königlichen Antwort auf seine Beschwerde unangenehme Auftritte mit ihm haben. Wenn sich aber die Szene von heute morgen wiederhole, er sei wirklich etwas rasend gewesen, so wolle er (Wilhelm) unter dem Vorwand einer Unpäßlichkeit nicht mehr hingehen. Er habe gar keine Vorliebe für diesen Fürsten, habe auch den König gebeten, in Frankfurt wohnen zu dürfen. Doch habe die Ergebenheit und Anhänglichkeit des Kurfürsten an den König für diesen einiges Interesse. Das sei dadurch verletzt worden, daß Blücher dem Kurfürsten die Kabinettsorder mitgeteilt habe. Sei er dazu ermächtigt gewesen? Es sei eine Unvorsichtigkeit und Übereilung gewesen, durch die man vor der Hand nicht mehr mit Bestimmtheit auf die kurfürstlichen Truppen rechnen könne, wie es sonst der Fall gewesen wäre. Der Kurfürst wisse, daß seine militärischen Fähigkeiten nicht ausreichten, und hätte sich einen General gefallen lassen. Auch Blücher hätte alles erreicht, was nötig gewesen wäre. Der Kurfürst wäre unter gewissen Umständen des Kommandos sicher bald müde geworden und hätte vorgeblich das Podagra bekommen. (Blücher wurde übrigens gemaßregelt [404].)

Die Franzosenpartei in Kassel schürte die Mißstimmung kräftig. Es kam ferner eine Nachricht, welche die Bedenklichkeit der dortigen Kreise steigerte: Napoleon hatte versucht, Hessen-Darmstadt zu sich herüberzuziehen. Er habe erklärt, der Anschluß an die preußische Neutralität bringe ihm nichts ein. Er werde diese nicht achten, sondern verletzen, wo es ihm vorteilhaft erscheine (Bericht vom 9. Oktober). Anderseits redete man in Kassel sehr verächtlich über das Verhalten Bayerns. Den französischen Gesandten reizte der Kurfürst durch allerlei Andeutungen, und über die Verletzung der Neutralität Ansbachs freute er sich, weil er

glaubte, Preußen würde nun — Hannover besetzen und ihm ein Stück davon zuweisen[405]! So wogten die Stimmungen hin und her. Seit Taylor nach Kassel zurückgekehrt war, hatte Wilhelm einen tüchtigen Bundesgenossen an ihm. Er lockte den Kurfürsten mit einem Subsidienangebot über 12 000 Mann (14. Oktober), das dieser aber nicht annehmen zu können erklärte, solange Hanau gefährdet sei. Seit der Blücherschen Kabinettsorder empfand Wilhelm die Lage von Grund auf verändert. Mitte Oktober stellte ihm der Kurfürst eine sehr kühle Note zu, die auf den schlechten Fortgang der Hardenbergischen Verhandlungen in Berlin hinwies[406] und die Weigerung enthielt, weitere Truppen mobil zu machen, solange er keine Subsidien erhielte und Hanau nicht durch ein preußisches Korps gedeckt sei[407]. Inzwischen hatte die preußische Neutralität, worauf die Note auch hinwies, einen anderen Charakter bekommen, als sie bei ihrer ersten Verkündigung an Hessen trug, und die Möglichkeit, daß Preußen in den Krieg gezogen werde, war mitbestimmend für die veränderte Haltung des Kurfürsten[408]. Aber sicher war auch die Kränkung des Kurfürsten durch die Blüchersche Kabinettsorder ein ganz erheblicher Faktor darin, wie aus dem Bericht Wilhelms vom 16. Oktober hervorgeht: Er habe die Note nicht zu verhindern vermocht. Der Kurfürst habe vieles geredet, was er nicht berichten wolle, weil er zuletzt doch tun müsse, was der König für das beste hielte. Die Note habe er seinen Ministern nicht mitgeteilt. Wilhelm habe sie ihnen aber zu lesen gegeben, und sie hätten erklärt, daß sie ihre Ämter niederlegen würden, wenn man in Berlin glauben könnte, sie hätten Anteil daran. Stolz und Geiz beherrschten den Kurfürsten ausschließlich. Er sei mißtrauisch gegen jedermann, doch im Grunde eine furchtsame Natur. Wenn den ihm von Preußen zu machenden Eröffnungen einige Drohungen hinzugefügt würden, täte er alles. Taylor habe ihm erklärt, daß, wenn er nicht mobil mache, England das betrachten würde, als ob er sich außer Stand setze, durch Einmarsch eines französischen Korps seine Truppen zu gebrauchen. Er dürfe dann auf Subsidien nicht mehr rechnen und würde von den nachrückenden schwedischen und russischen Truppen genötigt werden, sich ohne Subsidien zu beteiligen. England wolle die Kosten der Mobilmachung tragen. Im Falle der Weigerung würden auch die rückständigen Subsidien gestrichen werden. Es war alles vergebens. Waitz steifte dem Kurfürsten den Nacken. Er sagte ihm, Napoleon würde nichts gegen ihn unternehmen, solange er nicht mobil mache. Die Minister waren alle gegen den Anschluß an Preußen, nachdem dessen Neutralität einen feindlichen Charakter angenommen hatte.

Wilhelm ging nun dazu über, eine ernstere Sprache zu führen. Auch schlug er vor, dem Kurfürsten anzukündigen, man werde ihn sich selbst überlassen und ihn (Wilhelm) abberufen. Er verbürgte sich dem Kabinett dafür, daß der Kurfürst durch eine solche Sprache kuriert würde, auch für die Zukunft. Um den 22. Oktober hatte Wilhelm mehrere sehr nachdrückliche Unterredungen mit ihm und brachte ihn endlich dahin, elf Bataillone und zwölf Schwadronen zu mobilisieren[409]. Wenn er Subsidien bekäme, würde er 27 Bataillone und 5 Kavallerieregimenter stellen. Preußen hatte ihn als Feldmarschall auf den Feldetat gesetzt, und das hatte seinen Entschluß gefördert. Die Mobilmachung geschah gegen den Rat der Minister. Sie machten dem Kurfürsten Angst vor Frank-

reich. Dadurch wurde sie sehr lau und mit unglaublicher Sparsamkeit betrieben. Wilhelm hatte große Unannehmlichkeiten darum, die er, wie er schrieb, nur für den König auf sich nähme.

Die Sendung Hardenbergs nach Berlin blieb sowohl im Sinne Preußens als auch des Kurfürsten ohne Ergebnis. Zum Abschluß der Neutralitätskonvention war es nicht gekommen, nicht weil in Berlin die Entschlossenheit schon wieder schwand, wie behauptet wird[410], sondern weil der Fluß der Dinge das preußische Ziel immer wieder wandelte. Aber auch als dieses sich klar herausstellte, war es der Kurfürst, der nicht zum Entschluß kam. Was ihm Wilhelm und Taylor abgerungen hatten, die Mobilmachung eines Teiles seiner Armee, wurde ja wieder herabgemindert durch die Langsamkeit, mit der sie erfolgte. Selbst die königliche Antwort auf seine Note vom 14. Oktober, die in der Audienz Hardenbergs am 23. Oktober erfolgte, gab seinem Entschluß keinen weiteren Antrieb. Sie charakterisiert sein Verhalten so treffend und ist für die Beurteilung des Kurfürsten so wertvoll, daß sie zum Teil wörtlich angeführt werden möge: „. . . . . Was will denn der Kurfürst? Will er dem Beispiel des Kurfürsten von Bayern folgen? Will er sich unglücklich machen? Will er sich isolieren? Ich habe wahrlich auch lange genug alles getan, um Neutralität und Frieden zu erhalten! Der Kurfürst will durchaus Hanau decken, und jetzt muß ich doch selbst meine fränkischen Provinzen abandonieren! Der Kurfürst ist General und kommandiert einen Teil meiner Armee mit! Sollte er denn als General nicht einsehen, daß man nicht alles decken und nicht ein ganzes einzelnes Korps isolieren und avanturieren könne? Sieht er denn nicht bei den Österreichern die Folge solcher Positionen? Ich will gern alles für ihn tun, aber selbst als guter General wird er dergleichen nicht verlangen . . . .“[411]

Als der Mobilmachungsbefehl am 24. Oktober ergangen war, beschloß der Kurfürst, Malsburg nach Berlin zu senden, die Konvention mit Preußen und den Subsidienvertrag mit England zu schließen. Solange da kein greifbares Ergebnis vorlag, ließ er die Rüstungen nur mit geteiltem Herzen ausführen[412]. Das Berliner Kabinett schob die Drohungen, die Wilhelm empfohlen hatte, noch hinaus, war aber im übrigen ausnehmend mit ihm zufrieden. Die Annäherung an Rußland und der bevorstehende Besuch Alexanders ließen es ja auch in Berlin noch nicht zu entscheidenden Entschlüssen kommen .Hardenberg behielt man bis über den Abschluß des Potsdamer Vertrages dort zurück, aber weder die Note, die man ihm mitgab, noch der Brief des Zaren an den Kurfürsten, den er überbrachte, änderten etwas an der Langsamkeit der hessischen Mobilmachung. Der Kurfürst hegte die Besorgnis, daß es mit Subsidien nichts werde, und daß die Kosten der Mobilmachung nutzlos ausgegeben würden. Wilhelm gab sich keine Mühe mehr. Die französisch gesinnten Minister hatten Oberwasser bekommen (12. November). Nur noch Subsidien oder preußische Drohungen, entweder Geld oder Furcht, könnten eine Änderung herbeiführen!

Der Kurfürst reiste zwar in Ausübung seines Kommandos am 18. November nach Paderborn, um mit Blücher die Aufstellung der Truppen in Westfalen zu besprechen. Die Auseinandersetzungen daselbst verliefen auch nicht glatt. Doch schien der preußisch-russische Vertrag vom 3. November einen frischeren Zug in die Kasseler Angelegenheiten zu bringen. Nun sei es sehr dringend, schrieb man Wilhelm aus Berlin,

zum Kriege zu rüsten, und auch der Kurfürst müsse nun ordentlich mobilisieren. Statt Blücher wurde Rüchel für Kassel bestimmt, um mit Wilhelm zusammenzuwirken. Dieser bekam nun auch die Ermächtigung zu bestimmterer Sprache. Der Subsidientraktat sollte in Berlin geschlossen werden. Malsburg war noch nicht abgereist, weil der Kurfürst die Kosten scheute, solange noch geringe Friedensaussichten bestanden. Auch die Instruktion für Malsburg [413] paßt zu dem Bilde, welches hier vom Kurfürsten gezeichnet wird, der Napoleon mit Subsidienverträgen schlagen wollte.

Er nahm zwar nun einen Anlauf und sagte 15 000 Mann zu; die schon mobilisierten Truppen sollten sich den preußischen anschließen (30. November), er sagte Wilhelm sogar für den Januar eine Million zu der beim C. C. C. aufgelegten Anleihe, für den Februar und März je eine weitere Million zu, wenn Preußen bei England sich dafür verwandt habe, daß die rückständigen Subsidien bezahlt würden [414]. Wilhelm mußte ihm versprechen, sich selbst für einige Tage nach Berlin zu begeben, um dort diese Forderung zu unterstützen.

Indessen machten ihn die schlechten Nachrichten vom Kriegsschauplatz Anfang Dezember wieder ganz unentschlossen. Die Bevölkerung Hessens neigte zu Frankreich. Die Minister wirkten in derselben Richtung, und am 6. Dezember schrieb Wilhelm, der Kurfürst habe ganz den Kopf verloren, die Zeit sei vorbei, wo er mit seiner Abreise drohen könne. Er vermochte es nur mit Mühe durchzusetzen, daß Malsburg endlich nach Berlin reiste. Der Kurfürst wäre gerne selber dorthin gekommen [415]. So wurden denn er und Wilhelm am 10. Dezember für kurze Zeit dazu eingeladen. Der im Gefolge des Aufmarsches der Armeen angekündigte Durchzug der Truppen des Herzogs von Braunschweig beunruhigte den Kurfürsten sehr, er begab sich mit Wilhelm nach Göttingen, um Erleichterungen für sein Land zu erwirken [416]. Rüchel kam nicht nach Kassel, er wurde durch den Generalleutnant Grafen von Schmettau ersetzt, über den der Kurfürst eine lange Beschwerde nach Berlin richtete, in welcher er sich das Verdienst zuschrieb, das westfälische Armeekorps in Ordnung gebracht zu haben. Auch Graf Schmettau war nicht vorsichtig genug in seiner Meldung beim Kurfürsten und in einem Bericht, was diesen in große Aufregung brachte. Wilhelm mußte ihm innerlich Recht geben und beschwerte sich in Berlin über die Ungeschicklichkeit Schmettaus. Der Kurfürst schrieb dem König, er wolle lieber sein Kommando niederlegen, wenn man ihm nicht soviel zutraue wie den anderen preußischen Generälen. Drei Tage später jedoch bedauerte er, diesen Brief geschrieben zu haben, aus Furcht, der König könne sein Rücktrittsgesuch ernst nehmen und Schmettau das Kommando allein übertragen. Ehe dieser nach Kassel abreiste, erbat er sich vom König Klarheit über sein Verhältnis zum Kurfürsten: Wenn die Korps marschierten und der Kurfürst wolle nicht mit, ob man sich dann von ihm trennen solle? Ob Wittgenstein ermächtigt werden solle, dem Kurfürsten zu drohen abzugehen, wenn er säume, mobil zu machen, Magazine anzulegen, für Armierung, Befestigungen und Proviant zu sorgen? Ob Wittgenstein ihm gemeinsam mit Schmettau drohen solle, dem König über seine Säumigkeit zu berichten? Ob man, wenn es zum Kriege komme und der Kurfürst säume, ihn zwingen solle, Partei zu ergreifen, d. h. bei Nichtanschluß an sein Heer entwaffnen solle [417]. Wir erkennen in diesen

Fragen die festere Sprache, die Wilhelm empfohlen hatte; sie ist denn auch geführt worden, auch von dem dem Kurfürsten zugeteilten preußischen Major von dem Knesebeck[418].

Zur Finanzierung des Unterhaltes der Armeen sollten auch die Stände des oberrheinischen Kreises beitragen. Wilhelm schrieb, sie würden sich weigern, wenn der Kurfürst als Direktor die Beiträge ausschreibe, da sie fürchteten, er schone sich selbst dabei. Der König möge die Beiträge ausschreiben[419]. Im Oktober 1805 hatte der Kurfürst seine Befugnisse als Direktor wieder wirksam zu machen versucht. In Gemeinschaft mit dem Kurerzkanzler hatte er Preußen eingeladen, einen Gesandten zu der am kurrheinischen Kreise stattfinden sollenden Regulierung des Kreismatrikular- und Schuldenwesens wie auch eines Provisorii der Kammerzieler auf den 1. November zu senden. Wilhelm hatte in Kassel zu verstehen geben müssen, daß in Anbetracht der unruhigen Zeitläufte ratsamer dieses Geschäft hinausgeschoben würde[420].

Am 2. Dezember ließ der Kurfürst vollständig mobil machen[421]. Mit einer Umgruppierung erfolgte auch eine andere Regelung des Kommandos. Dasjenige über die westfälischen Truppen übertrug er dem General Kalkreuth; er selbst behielt sich den Oberbefehl über ein aus einer preußischen Division unter Schmettau und einem kleinen hessischen Kontingent gebildetes Korps vor, das an der Südgrenze Hessens aufgestellt wurde. Seine übrigen Truppen zog er bei Kassel zusammen und kommandierte sie selbst. So hatte er die Verfügung über seine Armee nicht aus der Hand gegeben. Aber damit war es auch unmöglich geworden, sie innerhalb eines Gesamtoperationsplanes den Bedürfnissen entsprechend zu verwenden, d. h. die hessische Waffenhilfe besaß wenig Wert. Sie konnte unter Umständen sogar bei einem Rückzug zu einer Gefahr werden. Der Kurfürst war und blieb unzuverlässig, und das erwies sich auch bald bei den nötig gewordenen Verschiebungen Ende Dezember.

Inmitten der militärischen Bewegungen und gewisser Irrungen, die zwischen Schmettau und dem Kurfürsten bestanden, reiste dieser mit Wilhelm am 15. Dezember nach Berlin, wohin beide auf ihren Wunsch eingeladen worden waren[422]. Wie immer, läßt sich auch diesmal über das, was Wilhelm daselbst betrieb, völlige Klarheit nicht gewinnen. Selbstverständlich blieb er der Verbindungsposten zwischen den preußischen Staatsmännern und dem Kurfürsten. Die überraschende Entwickelung der kriegerischen Verhältnisse in Mähren sowie der Haugwitzschen Negoziation und die dadurch bedingte Gefährdung des an sich nicht sehr fest gefügten Verhältnisses zu Hessen machten seine vermittelnde Tätigkeit äußerst wertvoll. Sie war gewiß bei der Zerfahrenheit der Lage und der Stimmung des Kurfürsten nicht sehr erquicklich und konnte auch nicht über die Schwierigkeiten hinweg helfen. Der Kurfürst reiste Anfang Januar wieder ab. Konvention- und Subsidientraktat scheiterten an dem neuen Verhältnis Preußens zu Frankreich und England. Waitz empfahl dem Kurfürsten die Annäherung an Frankreich und, zu diesem Zweck sein Geld zusammen zu halten. Er zog deshalb die Zusage, zur preußischen Anleihe beizutragen, worüber Wilhelm auch in Berlin mit ihm verhandelte, wieder zurück, und als Wilhelm im März nach Kassel zurückkehrte, mußte er dem preußischen Finanzminister Freiherrn vom Stein, dem er noch Mitte Januar die 3 Millionen für Ende März in Aussicht gestellt hatte, melden, daß die Anleihe aussichtslos sei.

Im Aufmarschgebiet der Armeen war es noch Ende 1805 zwischen den preußischen und hessischen Behörden wegen der Verpflegung des preußischen Heeres zu Streitigkeiten gekommen, in die auch Wilhelm hineingezogen wurde, sei es, daß er zu vermitteln hatte, sei es, daß er an den ausgeschriebenen Requisitionen ein Geschäft zu machen suchte. Die bekannte von Angernsche Requisitionsforderung [423] an den Kurfürsten, die diesem in einer sein Selbstgefühl sehr verletzenden Weise als Folge jener festen Sprache gestellt wurde, zeigt die beiden Seiten dieser Tätigkeit Wilhelms. Er gewann den hessischen Gesandten von Malsburg für die Sache und zeigte ihm glänzende Gewinnaussichten, aber das Geschäft kam wegen des Widerstandes des Kurfürsten nur in beschränktem Umfang zustande. Nur tausend Viertel Roggen und tausend Viertel Hafer gestand er zu und empfand auch diese Leistung noch als sehr drückend. Die hessische Waffenbrüderschaft war nicht selbstlos genug gemeint, um auch nur diese kleine Probe zu bestehen. Die immer wiederkehrenden und störenden Vorbehalte des Kurfürsten mußten die preußischen Staatsmänner abhalten, einem preußisch-hessischen Bündnis größeren Wert in ihren politischen Plänen einzuräumen.

Für das Ende des Jahres 1805 liegen nun auch sichere Anzeichen dafür vor, daß Wilhelm an diesem oder jenem Punkte des politischen Spiels mehr als bloßer Zuschauer, bloßes auszuführendes Organ war. Die Hinzuziehung Haugwitzens zur Leitung der auswärtigen Politik, seine verunglückte Sendung an Napoleon hatten zu einer Krise im Ministerium geführt. Hardenberg bat den König um seine Entlassung [424]. Hardenberg selber erzählt darüber, bei Hofe habe der König seine Hand ergriffen und zu Wittgenstein geäußert, er werde in den Abschied nicht einwilligen, er wolle keine Einseitigkeit (Haugwitz allein ausgeliefert sein). Die Königin habe ihm ein Billet geschrieben und ihn zu halten versucht: Wittgenstein könne ihm sagen, wie sehr allein der Gedanke daran sie betrübe. Wilhelm verschaffte ihm eine Audienz beim Könige, die am 4. Januar stattfand. Dieser lehnte den Rücktritt ab. Wilhelm war sowohl mit Hardenberg als auch mit Haugwitz eng befreundet; er mochte der Königin schon damals als der gegebene Mann erscheinen, zwischen beiden zu vermitteln, und die Episode läßt erkennen, welches Vertrauen er bei dem Königspaare besaß. Daß er schon damals auf die Seite des einen oder des anderen trat, solange sich die Wage nicht entschieden zu Gunsten des einen gesenkt hatte, dazu war er viel zu klug. Er blieb nun mit Hardenberg in engster Verbindung, und dieser betrachtete ihn als seinen Vertrauensmann bei Hofe. Wie der Briefwechsel, der ein halbes Jahr später zwischen beiden geführt wurde, beweist, haben die beiden in den Wintermonaten 1806 so manche Unterredung gehabt über die Zustände am preußischen Hofe und in der preußischen Politik. Wilhelm hat auch hier den Weg durch die Klippen gefunden und sein Geschick nicht an dasjenige eines anderen geheftet. Er wußte nach allen Seiten hin unabhängig zu bleiben.

Er stand auch dem während Haugwitzens Abwesenheit (Paris) vorbereiteten, verschleierten Rücktritt Hardenbergs nicht fern. Er wußte um die Absicht, im tiefsten Geheimnis ein Bündnis mit Rußland zustande zu bringen, nachdem die Entwickelung zum Abschluß eines solchen mit Frankreich genötigt hatte. Er wußte auch, daß das Geheimnis vor Haugwitz gehütet werden müsse, um ihn Frankreich gegenüber nicht be-

fangen zu machen. Er vermittelte Hardenberg Zusammenkünfte mit dem König in den Gemächern der Königin — die Eigentümlichkeit der preußischen Kabinettsregierung nötigte zu solchen auffallenden Maßregeln —, und als Haugwitz sich auf der Rückreise von Paris befand, bat Hardenberg Wilhelm am 8. April, der damals schon wieder in Kassel war, ihm über seine bevorstehende Zusammenkunft mit Haugwitz, die in Erfurt stattfand, vertraulich recht umständliche Nachricht zu geben[425]. Er wurde sogar ermächtigt, dem Kurfürsten die geheimen Gründe für Hardenbergs Rücktritt anzudeuten, um ihn vom Bündnis von Frankreich abzuhalten. Daß dies auch geschah, beweist, daß sich das Schreiben Hardenbergs unter den hessischen Akten befindet[426].

Anfang März war Wilhelm wieder in Kassel angekommen. Er hatte den Auftrag, zu Bignon, der allerdings noch in Paris zurückgehalten wurde, bessere Beziehungen zu suchen, er sollte ferner die hessisch-preußische Mißstimmung beseitigen und Hessen für ein Bündnis gewinnen. Es gab zunächst wieder Verhandlungen um einen Gebietsaustausch. Preußen wollte Schwedisch-Vorpommern erwerben, aber nicht direkt mit Schweden in Verbindung treten. Wilhelm sollte den Kurfürsten dahin bringen, Schweden das Gebiet abzukaufen — der schwedische König scheine der Verhältnisse im Deutschen Reich müde zu sein — und es sofort an Preußen abzutreten gegen Stücke vom Paderbornischen, vom Eichsfeld, vom Oberamt Münden, von der Grafschaft Treffurt, am besten — und das erscheint wichtig — im Rahmen eines Allianztraktates. Wahrscheinlich sei auch der Austausch der Grafschaft Schaumburg und der Ämter Uchte und Freudenberg ins Auge zu fassen[427]. Der Kurfürst war geneigt, auf den Plan einzugehen, ausgenommen den Austausch Schaumburgs, und gab seinen Wunsch nach einem Teile des Oberamtes Münden zu erkennen. Wilhelm ließ durchblicken, daß man die Stadt Münden aus militärischen Gründen wohl nicht abtreten werde. Der Kurfürst zeigte sich auch zum Abschluß des Allianztraktates geneigt und hätte Waitz nach Berlin entsandt, wenn dieser gerade abkömmlich gewesen wäre. Am 19. März berichtete Wilhelm separat über diesen Gegenstand an Hardenberg[428].

Merkwürdig ist es nun, daß der Plan des Erwerbs Vorpommerns im Rahmen eines Allianztraktates mit Hessen erscheint, und noch merkwürdiger, daß dieser Allianztraktat als Glied eines „Preußischen Föderativ-Systems zur Erhaltung der Überbleibsel des Deutschen Reiches“ gedacht war. Der Entwurf zu einem solchen, den Wilhelm am 17. März dem Kurfürsten überreichte, schlug unter Beibehaltung der alten Kreisverfassung die Einteilung des Reiches in sechs Kreise, den österreichischen, brandenburgischen, bayrischen, sächsischen, hessischen und schwäbischen, vor und forderte deren Zusammenfassung zu drei Förderationen, der österreichischen, bayrischen und preußischen. Zur preußischen Förderation würde durch eine ewige verfassungsmäßige Allianz nach dem — von Hardenberg stammenden[429] — Entwurf auch Hessen gehört haben. Daran mußte der ganze Plan nach dem Charakter des Kurfürsten scheitern. Nicht gebundener, sondern freier wünschte er sich seine Stellung. Man hört infolgedessen nichts mehr von der Sache, — Wilhelms Briefe und Berichte enthalten nicht einmal eine Andeutung darüber[430] —, sie ging unter in den gleichzeitigen Verhandlungen Hessens mit Frankreich um eine Vergrößerung. Malsburg hatte in Paris am

14. März in zwei Entwürfen übertriebene Forderungen unterbreitet, schrieb aber am 23. März, daß er in Berlin wohl mehr Nutzen stiften könnte als in Paris, da man dort über Hannover verfüge, und da sich dort der in Aussicht genommene Austausch von Schaumburg besser negoziieren lasse [431]. Das Begleitschreiben, mit welchem Wilhelm dem Kurfürsten den preußischen Plan zustellte, spricht von einer Reise nach Paris, die er demnächst machen werde. Es ist angenommen worden [432], daß er daselbst zum Unterhändler über das preußische Föderativsystem bestimmt gewesen sei. Der ganze Charakter des Entwurfes, soweit er Hessen angeht, sowie die Tatsache, daß er in französischer Sprache abgefaßt ist, was in dem preußisch-hessischen Schriftwechsel kaum vorkommt, könnte das wohl bestätigen. In Wilhelms Briefen und Berichten findet sich indessen nicht die geringste Spur von dieser beabsichtigten Reise nach Paris. Sie ist auch nicht erfolgt. Wahrscheinlich war sie von dem Ergebnis seiner Besprechung mit dem aus Paris zurückkehrenden Haugwitz abhängig gemacht worden und wurde mit dem ganzen Föderativplan aufgegeben, als Haugwitz über die Stimmung und Lage in Paris berichtete.

Wilhelm hatte in Kassel bei seiner Ankunft eine starke franzosenfreundliche Stimmung vorgefunden [433]. Frankreich behandelte Hessen behutsam. General Augereau hatte Befehl, die kurhessischen Gebiete mit Durchmärschen und Einquartierungen zu verschonen [434], man köderte in Paris mit der Erwerbung Frankfurts, welches selbst den Anschluß an Kassel wünschte, um seines Schutzes teilhaftig zu werden [435]. Es gingen sogar Gerüchte von einer engeren Verbindung Hessens mit Frankreich um. Von kaiserlicher Seite hetzte ein Anonymus, hinter dem sich Wessenberg verbarg [436], seinem Auftrage gemäß, in Kassel gegen Preußen. Die hessischen Minister unterhielten den Kurfürsten mit großen Hoffnungen für den Fall, daß er selbst nach Paris reise [437]. Wilhelm versicherte ihm, daß ihm der preußische König in dieser Hinsicht nichts in den Weg legen werde, andererseits begehrte der Kurfürst die Unterstützung Preußens bei dem Erwerb Frankfurts und erwartete, als das ihn sehr beunruhigende Gerücht auftauchte, die minder mächtigen Stände des oberrheinischen und fränkischen Kreises wollten sich mit Gestellung eines Kontingents unter den Schutz Napoleons stellen, daß der König dieses verhindern werde. Er beschäftigte sich nämlich im März sehr lebhaft mit dem Plane, die minder mächtigen Stände des oberrheinischen Kreises mit seinen Kurstaaten zu vereinigen. So zerrte der Wunsch nach Vergrößerungen diesen armen Fürsten bald nach der einen, bald nach der anderen Seite. Ein politisches Prinzip sucht man vergeblich in seinem Handeln. Als dessen ausschließliche Motive erscheinen Geiz und Gewinnsucht, und als er im April nun zum Anschluß an ein starkes politisches System eingeladen wurde, da hielten ihn diese Triebfedern wiederum zurück, mit der Partei anzuknüpfen, mit der er sich eingelassen hatte: Frankreich! Er wollte den Gewinn, aber den Einsatz wagte er nicht.

Bevor wir das Werben Frankreichs und Preußens um Hessen weiter darstellen, wollen wir die Schilderung der häuslichen und persönlichen Angelegenheiten zu Ende führen, denen sich Wilhelm in diesem entscheidungsreichen Jahre widmete [438]. Anfang April war — zugleich mit dem preußischen Essen und Werden — die dem wittgensteinischen Gesamthause gehörige Herrschaft Homburg (Waldbröl)

von den Franzosen besetzt worden. Ende April geschah dies auch mit den beiden Grafschaften Wittgenstein. Die preußische Verwendung in Paris galt nicht mehr soviel, daß sie, wie ehemals, die Befreiung durchgesetzt hätte. Und auch daß Fürst Friedrich am 12. April 1806 Napoleon bei seinem am 10. April geborenen Sohn die Patenstelle antrug [439], konnte das Schicksal Wittgensteins nicht mildern. Andere deutsche Fürsten haben übrigens in viel schlimmerer Weise um die Gunst Napoleons gewinselt. Der General Fauconnet hatte sich mit seinem Stabe im Schloß Wittgenstein häuslich eingerichtet und bestimmt erklärt, er werde die beiden Grafschaften nächstens für einen anderen deutschen Fürsten in Besitz nehmen. Die Gemahlin Friedrichs erkrankte daraufhin und starb. Auf die Stimmung in Wittgenstein wirft folgender Brief des Kammerdirektors Mettingh vom 2. Mai 1806 ein eigentümliches Licht: „Der vornehme und geringe Politikus will durchaus, daß eine Staatsveränderung mit den beiden Wittgensteinischen Häusern solle vorgenommen werde. Allein ich sehe keine rechten Merkmale, aus welchen ich eine solche schließen oder fürchten sollte [440]."

Wilhelm hatte diese Veränderung, wie wir wissen, die ganzen Jahre kommen sehen. Zu Anfang des Jahres 1806 verstärkten sich seine Befürchtungen so sehr, daß er dem Kurfürsten durch Malsburg den Kauf der beiden Grafschaften Wittgenstein vorschlug. Er glaubte seine Agnaten wegen der Besorgnis um ihr künftiges Schicksal leicht dazu überreden zu können [441].

Die Angelegenheit ruhte aber bis Anfang Mai. Sie erhielt durch die Äußerung Fauconnets wieder einen starken Antrieb [442]. Wilhelm wäre gerne sofort nach Wittgenstein geeilt, um mit dem General selbst zu reden. Er erwartete aber Hardenberg, der am 9. Mai auf seiner Reise zu seinem Bruder nach Grohnde durch Kassel kam. Mit diesem besprach er nun den Plan und erhielt seine Zustimmung, zwischen seiner Familie und dem Kurfürsten eine Vereinbarung zu treffen, die wenigstens die Hoffnung ließe, daß die künftige Existenz einige Sicherheit gewähre. Der König solle die Garantie über dieses Abkommen übernehmen. In Marburg verhandelte Wilhelm darüber mit dem Fürsten von Berleburg und dem Kammerdirektor seines Bruders. Der Fürst von Solms-Lich hatte durch einen Vertreter erklären lassen, daß er sich dem anschließen würde, was die wittgensteinischen Häuser vereinbarten [443]. Diese Abmachung in Marburg bildete den Anfang des noch im selben Monat von Wilhelm in Frankfurt angeregten Zusammenschlusses der minder mächtigen Stände der kurhessischen Interessensphäre. Wittgenstein, Solms und Isenburg waren der Kern der Frankfurter Union, Lippe, Waldeck und Wied-Runkel stellten ihren Beitritt in Aussicht. Die Union erstrebte zunächst einen Militärvertrag, kraft dessen dem Kurfürsten die Rekrutierung in ihren Gebieten in der Höhe des ehemaligen Reichskontingentes, sowie die Ausübung der Polizei übertragen wurde. Dieser Militärvertrag sollte dann zu einer weiteren, unter die Garantie des Königs von Preußen zu stellenden Abmachung hinüberleiten, d. h. zur Mediatisierung durch Hessen. Die Ereignisse ließen die Sache nicht ausreifen [444].

Noch als Wilhelm in Frankfurt sich aufhielt, Anfang Juni, wurde es ihm klar, daß die Abmachung überflüssig sei, da das Schicksal der beteiligten Stände sich schon in Paris entschieden hatte. Seine Be-

mühungen waren gehemmt worden, einmal durch die Berichte Greuhms, des Vertreters der Federschen Union in Paris, welche dahin lauteten, daß die Verfassung der von ihm vertretenen Stände unverändert bleibe, und zum andern durch den Koadjutor des Kurerzkanzlers, Kardinal Fesch, durch den auch der Anschluß Frankfurts an Hessen-Kassel zur Unmöglichkeit wurde.

So scheiterte die Frankfurter Union, die über das Bestreben der Selbstbehauptung ihrer Glieder hinaus von Wilhelm und den preußischen Staatsmännern auch als politisches Mittel gedacht war für die Wiederherstellung des Verhältnisses zum Kurfürsten. Wilhelm versuchte nun wenigstens von seinem Hause das Schicksal der Rheinbundsmediatisierung abzuwenden. Schon am 21. Juni schrieb er an Waitz, ob man nicht in Kassel geneigt sei, das Wittgensteinische schon gegenwärtig unter irgend einem schicklichen Vorwande zu besetzen [445]. Am 26. Juni antwortete Waitz zustimmend. Wilhelms Bruder möge einen entsprechenden Antrag beim Kurfürsten stellen. Indessen zögerten die beiden Brüder damit noch vier Wochen. Erst als Wilhelm Mitte Juli durch Gerüchte von der Rheinbundsgründung in Kassel erfuhr und den neuen Organisationsplan Deutschlands vom Berliner Kabinett mitgeteilt erhielt, begab er sich am 20. Juli für einige Stunden nach Nenndorf zum Kurfürsten, um ihn, wenn es noch möglich sei, zu bestimmen, die beiden Grafschaften Wittgenstein unter dem Vorwande der Verpfändung zu besetzen und auch die Ziviladministration zu übernehmen, damit sie vor dem Schicksal bewahrt blieben, „auch durch dieses Raubsystem verschlungen zu werden". Merkwürdigerweise zog sich die Angelegenheit noch acht Tage hin, wahrscheinlich, weil der Kurfürst Wilhelm nicht für genügend ermächtigt zu einem solchen Antrag hielt. Wilhelm konnte diesen erst am 28. Juli im Namen seines Bruders stellen. Aber es war zu spät. Am 29. Juli erhielt er die Rheinbundsakte und schickte sie dem Kurfürsten mit der Bemerkung, von der Besetzung möge Abstand genommen werden, um Verwickelungen zu vermeiden. Sie war aber schon vorbereitet, das Patent schon entworfen und der Regierung in Marburg der Befehl erteilt, mit einem Kommando vom Marburger Regiment in Wittgenstein einzurücken. Doch sollte vorher noch eine an die Marburger Regierung zu richtende, endgültige Äußerung des Fürsten Friedrich abgewartet werden. Diese blieb aber aus, und so unterblieb auch die kurhessische Besetzung. Am 16. September erfolgte sie durch Hessen-Darmstadt. Dessen Regiment war milde. Wilhelm tröstete seinen Bruder: „Man ist unter eine Räuberbande gefallen und hat wenigstens das Leben gerettet. Der Machtspruch hätte noch schlimmer ausfallen können." Das Schicksal der Kleinen tauchte bald in der Erregung über ein viel gewaltigeres unter, in dem Zusammenbruch der friederizianischen Großmacht Preußen. An beiden hatte Wilhelm einen wohlgemessenen Anteil, am kleineren als Glied einer reichsständischen Familie, am größeren durch seine amtliche Stellung.

Am 18. April hatte Talleyrand auf die beiden hessischen Vergrößerungsvorschläge vom 14. März (die „an demütigen Phrasen kriechender Schmeichelei und an Dreistigkeit der Forderungen hinter den ärgsten Blüten nicht zurückstehen, die sich die späteren Mitglieder des Rheinbundes geleistet haben" [446]) mit einem Antrag auf Abschluß einer hessisch-französischen Allianz nach Art derjenigen, die zwischen Frankreich und den süddeutschen Staaten beständen, geantwortet. Malsburg

empfahl dem Kurfürsten in seinem, das Für und Wider abwägenden Bericht, darauf einzugehen [447]. Doch ließ dieser Bericht klar erkennen, daß Napoleon im Kriegsfalle ein Hilfskorps von vermutlich 12—15 000 Mann, wahrscheinlich ohne Subsidien, fordern würde. Nach dem Charakter des Kurfürsten, wie er sich in Wilhelms Berichten und auch in zahlreichen anderen Erzeugnissen darstellt, und nach seinem ganzen bisherigen Handeln, war es von vorneherein klar, daß die hessisch-französische Allianz an diesem Punkte scheitern würde. Der Kurfürst hätte sich eine Vergrößerung von Frankreich gefallen lassen, wie sie den Rheinbundsfürsten zuteil wurde, zu den Opfern, welche diese dafür brachten, wäre er niemals bereit gewesen. Er ließ den Vorschlag Talleyrands von Waitz und von Baumbach begutachten [448]. Waitz kam zu dem Ergebnis, daß man ihm keine Folge geben könne, da er den Kurfürsten in dieselbe Abhängigkeit von Napoleon bringe, in der sich die süddeutschen Fürsten bereits befänden. Da aber eine glatte Ablehnung unmöglich sei, so müsse man einerseits zwar eine allgemein willfährige Erklärung tun, andererseits aber keinen Zweifel darüber lassen, daß die Allianz mit Rücksicht auf die mit Preußen und Sachsen bestehende Erbverbrüderung nur defensiv sein könne. Baumbach riet, darauf einzugehen, sie aber sowohl vor Wilhelm als Lucchesini geheim zu halten, da sie jedenfalls den Bruch mit Preußen nach sich ziehen würde.

Der Kurfürst schloß sich dem Waitzschen Gutachten an — Waitz war seine rechte Hand geworden, er stand den politischen Anschauungen seines Herrn am nächsten, natürlich aus anderen Gründen als dieser, und wenn von Schuld geredet werden kann in dem großen geschichtlichen Geschehen, so kommt auf Waitz auch ein gutes Teil davon am Unglück Hessens. Aus dem Gutachten Baumbachs übernahm jedoch der Kurfürst den Rat, Preußen nicht in die Sache zu ziehen. So schwieg man sich denn Wilhelm gegenüber aus, aber er erfuhr doch sofort alles und meldete es schon am 4. Mai nach Berlin [449]. Seit er gemerkt hatte, daß der Kurfürst seine Post erbrechen ließ, gab er den Teil der Berichte, die dieser lesen durfte, oft auch sollte, bei der hessischen Post auf, die andern ließ er durch Boten auf das benachbarte hannöversche Postamt Münden bringen. Das geschah denn auch mit dem Bericht vom 4. Mai. In dem vom 11. Mai, den er durch die hessische Post befördern ließ, steckte er dem Kurfürsten seine Geheimtuerei und gab ihm zu verstehen, daß er von der Sache unterrichtet sei. Es hieß darin: Über den französischen Allianzantrag ist hier noch nichts verlautbart worden. Das wirkte. Die Sache wurde ihm nun sofort mitgeteilt.

Am 18. Mai erging von Berlin eine lange Instruktion an Wilhelm für diese Angelegenheit: Hessen sei bisher die Vormauer des ganzen nördlichen Deutschlands gewesen, es sei militärisch und wirtschaftlich wohl geordnet. Sein Anschluß an Frankreich müsse mit allen Mitteln verhindert werden, aber ganz geheim! Als Motive seien beim Kurfürsten zu verwenden seine Unabhängigkeit im Verhältnis zu den mit Napoleon verbündeten süddeutschen Fürsten, die ihre äußere und innere Abhängigkeit schon schmerzlich empfänden. Ihre Vergrößerungen unter napoleonischer Ägide könnten für Hessen keine Nachfolge finden, da nichts mehr zu säkularisieren sei. Frankreich habe es nur auf die Reichtümer des Kurfürsten abgesehen. Es werde sie ihm bald für immer abgeborgt haben. Er (Wilhelm) solle dem Kurfürsten folgende Möglichkeit geben, sich

weiteren Anträgen zu entziehen. Er solle in Paris erklären lassen, er befände sich bereits in geheimer Allianz mit Preußen, und er schlage vor, in die Allianz zwischen Frankreich und Preußen einzutreten. Diese Lösung verbürge ihm die französische **und** die preußische Garantie. Er (Wilhelm) müsse aber alles vermeiden, was Preußen im geringsten bei Frankreich kompromittiere. Er solle nichts schriftlich von sich geben, er solle das Gespräch so führen, daß der Kurfürst selber alle diese Äußerungen tue. Er dürfe nicht merken, daß ihm (Wilhelm) der Schritt vorgeschrieben sei[450].

Was man in Berlin wünschte, dazu hatte man sich in Kassel bereits entschlossen. Man gab die entsprechende Erklärung in Paris ab. Aber diese endlich einmal vorhandene Einmütigkeit sollte wiederum nicht zu politischer Auswirkung kommen. Am 21. Mai sandte Wilhelm dem Kabinett eine Note Waitzens, in der dieser die Lage darstellte und zum Ausdruck brachte, daß Hessen einen Bündnisantrag Napoleons nach Art der süddeutschen Verträge ablehne und sich aus Anhänglichkeit an Preußen anschließe. Zugleich gab der Kurfürst auf die Mitteilung, daß die preußische Anleihe geschlossen werde, seinen sämtlichen Kassen Anweisung, das verfügbare Geld zu zeichnen.

In Berlin war man hocherfreut über diese Haltung des Kurfürsten und trug Wilhelm auf, ihn mit allen Mitteln bei seinem Entschluß festzuhalten. Wilhelm schrieb, seine Abneigung gegen Frankreich erleichtere ihm die Beeinflussung sehr. Waitz habe großen Anteil daran und dränge den Kurfürsten, mit Preußen und Sachsen ein engeres, ganz geheimes Abkommen abzuschließen. Man möge ihn nach Berlin rufen und unter dem Vorwande, den preußisch-französischen Allianztraktat vom 15. Februar einzusehen (27. Mai). Dazu kam es zwar sogleich noch nicht. Aber es ist doch bemerkenswert, daß der Gedanke des Wiederanschlusses an Preußen von Hessen selber ausging und zwar bereits Ende Mai, unabhängig vom preußischen Wunsche.

Die bevorstehende Ankunft der Königin Luise in Pyrmont führte Wilhelm Mitte Juni dorthin, um alles für ihren Empfang vorzubereiten. Er blieb mit Waitz in schriftlicher Verbindung und wurde von allen Phasen des Pariser Werbens um Hessen unterrichtet. Mitte Juni schien man in Paris die Allianz aufgegeben zu haben. Bignon kehrte am 14. Juni nach Kassel zurück und schwieg in der ersten Unterredung mit Waitz völlig über die Sache. Wilhelm schnitt er. Auch Napoleon hatte den Allianztraktat in einer Audienz mit Malsburg, über die dieser am 26. Juni berichtete[451], nicht erwähnt. Indessen hätte die Tatsache, daß Frankreich den Eintritt Hessens in die preußisch-französische Allianz ablehnte und vielmehr den völligen Bruch mit Preußen verlangte (Niederlegung der Feldmarschallswürde) sowie, daß das Verhältnis Preußens zu Frankreich trotz der Allianz während der letzten Rheinbundsverhandlungen schlecht war, und daß von den französischen Diplomaten die Schwäche Preußens den hessischen Vertretern gegenüber immer wieder verächtlich betont wurde, den Kurfürsten schließlich doch noch auf die Seite Frankreichs ziehen und die hessisch-preußische Allianz wenig erstrebenswert erscheinen lassen können. Die französische Partei in Kassel suchte in der letzten Hälfte des Juni und der ersten des Juli die Entwickelung dahin zu drängen. Daß der Kurfürst fest blieb, schrieb Wilhelm dem Trommelfeuer seiner Briefe und Noten zu, die er von Pyr-

mont aus an ihn und an Waitz richtete. Am 19. Juni machte er Waitz auf einige bedenkliche Anträge aufmerksam, die man in Paris erst stellen würde, wenn der Abschluß erfolgt sei [452]. Am 21. stellte er es als sehr verdächtig hin, daß man in Paris die Niederlegung der Feldmarschallswürde verlange [453]. Am 23. lockte er mit preußischen Zugeständnissen, auf die Waitz seinem Herrn am 25. Juni einzugehen empfahl [454]. Am 26. Juni wies er darauf hin, wie die Niederlegung der Feldmarschallswürde im gegenwärtigen Augenblick nur als Schwäche aufgefaßt werden würde, auf die man neue Forderungen gründen würde, und wie die von Paris gebotenen Vorteile nach französischer Art Gewaltakte darstellten, beim Anschluß an Preußen aber im Wege der Freiwilligkeit (Anschluß der minder mächtigen Stände) erlangt werden könnten [455].

Nebenher lief die Einladung des Kurfürsten durch die Königin nach Pyrmont, die wohl auch von Wilhelm inszeniert war [456]. Als ihr der Kurfürst wegen eines Unwohlseins erst Anfang Juli Folge leisten konnte, — er war vom 5. bis 11. und vom 24. bis 27. Juli in Pyrmont — hatte er sich für den Anschluß an Preußen entschieden. In den letzten Tagen des Juni jagten sich die Briefe Wilhelms an Waitz. Dem vom 27. konnte er einen Berliner Erlaß beilegen, der den Wunsch aussprach, Waitz möge wegen der gespannten Lage baldigst nach Berlin geschickt werden zur Vereinbarung des näheren Verhältnisses zwischen Preußen und Hessen sowie zur Besprechung der Wünsche des Kurfürsten. Anfang Juli war die Sendung Waitzens beschlossen. Mit allen Mitteln der Stimmung, mit feinster psychologischer Beeinflussung hatte Wilhelm gearbeitet. Alle Momente, die nur irgendwie in diesem Sinne verwertbar waren, hatte er benutzt. Ein Stimmungsbild aus jenen Tagen bietet folgender Bericht aus Pyrmont vom 25. Juli: Trotz seiner schwierigen Lage halte der Kurfürst fest zu Preußen, mit Tränen in den Augen habe er gesagt: „. . . . . Ich weiß wohl, daß ich in Berlin nicht persönlich geliebt werde, ich bin ein alter Mann, der nicht diejenige Erziehung erhalten hat, welche in die heutige Welt paßt. Meine Formen sind aus dem vergangenen Jahrhundert. Ich entsage daher dem Vergnügen, geliebt zu werden, aber die Genugtuung will ich haben, daß man, wenn man es auch nicht gerne will, mich doch achten soll. Man soll wissen, daß man an mir einen Alliierten, einen Freund und Anhänger hat, auf den weder Furcht noch Vorteile einen Eindruck machen, noch ihn zu anderen Gesinnungen bewegen können. Es scheint, daß man aus ängstlichen Rücksichten scheut, sich um meine Freundschaft öffentlich und bestimmt zu bewerben und mir zu zeigen, daß man sie zu erhalten wünscht. Mir stehen nicht die Kräfte und die Macht zu Gebote wie Ihrem Monarchen, dennoch bleibe ich standhaft und will lieber mit Ehren untergehen als meine Selbständigkeit verlieren, meine Freunde verlassen und aufgeben. Man hat in Berlin alles getan, um mich fühlen zu lassen, daß man auf meine Freundschaft und Anhänglichkeit keinen besonderen Wert lege. Der Staatsminister von Angern hat mir Requisitionen geschickt, wie man sie einem königlichen Vasallen zu schicken pflegt, und da ich diese Form nicht gewöhnlich fand, so wurde mir mit Exekutionen und dergleichen gedroht. Alles dieses aber macht auf mich keinen Eindruck, da ich mir schmeichle, daß Seine Majestät von dieser Sache nicht unterrichtet waren [457]."

Der Bericht setzt eine persönliche Zusammenkunft Wilhelms mit

dem Kurfürsten voraus, die nur am 24. Juni in Kassel stattgefunden haben kann, denn auch vom 23. Juni liegt ein Bericht aus Pyrmont vor. Von dem Aufenthalt Wilhelms in Kassel am 24. Juni war nur noch eine Andeutung zu finden, nämlich in Hardenbergs Memoiren. Dieser spricht dort [458] von einem Briefe Wilhelms aus Kassel vom 24. Juni. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß Wilhelm bei dieser sehr überhasteten Reise von Pyrmont nach Kassel Zeit zu einem Briefe an Hardenberg fand.

Anfang Juli reiste Waitz über Pyrmont, wohin ihn Wilhelm zur Aussprache über die Frankfurter Union gebeten hatte, und wo damals auch der Kurfürst war, nach Berlin. Die Stimmung war schon nicht mehr die beste. Bignon hatte Waitz vor seiner Abreise erklärt: Il n'y a rien de sur que ce qui est garanti par l'Empereur Napoléon; sans cette garanti toute existance est précaire; et ce qui n'arrivera pas dans six mois se fera dans un an, dans un an et demi. La France est actuellement la puissance qui domine sur le continent et dont l'influence sera de jour en jour plus marquante . . . Auch Malsburg hatte deprimierend über die schwache Stellung Preußens in Paris berichtet. Die Instruktion, die Waitz mit nach Berlin bekam [459], sowie das Schreiben des Kurfürsten an den König [460], welche beide in Pyrmont ausgefertigt wurden, zeigen denn auch diese veränderte Stimmung und erwecken den bestimmten Eindruck, als ob Waitz nach Berlin gehe, weil Hessen dort allerlei zu f o r d e r n habe, und als ob Hessen so heftig von Preußen gesucht und Preußen so notwendig sei, daß man dort einen gewaltigen Preis für den Anschluß verlangen könne. Das war denn doch trotz der Schwäche der preußischen Politik eine gehörige Verkennung der Tatsachen, und darum haben die Verhandlungen Waitzens in Berlin und die Äußerungen des Kurfürsten dazu für den, der die Entwickelung des preußisch-hessischen Verhältnisses seit 1795 überschaut und in den Einzelheiten kennt, trotz der tragischen Zuspitzung, welche die allgemeine Lage bald erfuhr, den Beigeschmack des Komischen, ja des Peinlichen.

Der Kurfürst wünschte, wie immer, wieder „Vorteile". Daß es auch für ihn galt, sich seiner Haut zu wehren, genau so wie für Preußen, vielleicht sogar mehr, dafür hatten weder er, noch seine Staatsmänner einen Blick. Er hielt seine Existenz für gesichert, es käme nur darauf an, sie glänzender zu gestalten [461]. Er verlangte das unbeschränkte Kommando über die beiden westfälischen Armeekorps, die dem Herzog von Braunschweig unterstanden, sowie die Erlaubnis, sie bei einem Angriff auf seine Grenzen nach Belieben verwenden zu können. Er verlangte Paderborn im Austausch gegen einige kleine Ämter, die in keiner Weise ein Äquivalent gegen Paderborn bildeten [462]. Er rede noch immer von der P. C. und möchte in den Stand gesetzt werden, sie zu vergessen, schrieb Wilhelm. Und was bot er für dies alles? Nichts! Die Allianz in seinem Sinne wäre lediglich zu seinen Gunsten gewesen. In gefährlicher Lage hätte er sie treulos preisgegeben und dazu auch noch die preußischen Armeekorps geopfert!

Wilhelm machte ihn schon in Pyrmont darauf aufmerksam, daß es wohl mit Rücksicht auf den Herzog von Braunschweig nicht möglich sein werde, die beiden Armeekorps aus dessen Oberbefehl herauszulösen. Es sei auch nicht einmal rätlich, das zu tun, weil es in seinem jetzigen Verhältnis zu Frankreich schlimme Folgen haben könne. Er nahm damit bereits die Antwort vorweg, die Waitz auf diese Forderung in Berlin

wirklich erteilt wurde. Bei dem Austausch jedoch, so riet Wilhelm, möge man ihm einige Vorteile zugestehen. (Er war allerdings selber etwas daran interessiert. Der Kurfürst sollte die rheingräflichen Ämter Horstmar und Coesfeld kaufen, die Wilhelm für seinen Neffen, den Sohn des Rheingrafen, verwaltete.) Waitz möge man für den Abschluß den Schwarzen Adlerorden, seiner Frau Juwelen in Aussicht stellen.

Es ist begreiflich, daß die Verhandlungen zwischen Waitz und Haugwitz in Berlin bei der grundsätzlich verschiedenen Einstellung zu dem abzuschließenden Allianztraktat schlechten Fortgang nahmen und den Kurfürsten sehr verschnupften. Das Bekanntwerden der Rheinbundsakte und der glänzenden Vorteile, welche die Rheinbundsfürsten erhielten, verstärkten seine Mißstimmung, und er drohte mit dem Anschluß an den Rheinbund, wenn man ihm nicht entgegenkomme[463]. Ob hinter diesen Drohungen erneute glänzende Anerbietungen von Seiten Frankreichs steckten, darüber ist aus Wilhelms Papieren keine Klarheit zu gewinnen[464]. Doch geht aus seinem Bericht vom 23. Juli, welcher eine Unterredung schildert, die Wilhelm in Nenndorf etwa am 21. oder 22. mit dem Kurfürsten hatte, hervor, daß ihm der schon an diesem Tage von solchen glänzenden Versprechungen geredet hat. Anderseits hat in dieser selben Unterredung der Kurfürst vorgeschlagen, der König von Preußen möge mit den norddeutschen Ständen einen neuen Reichsverband errichten und sich selbst zum Oberhaupt desselben unter Annahme der Kaiserwürde von Norddeutschland erklären[465]. Wilhelm griff diesen Gedanken begeistert auf und schrieb, es wäre leicht so einzuleiten, daß die Kurfürsten von Sachsen und Hessen dem Könige hierzu den Antrag machten. Der Kurfürst von Hessen würde nach seiner (Wilhelms) Überzeugung sehr gerne die Sache so einleiten, wie es dem Könige angenehm wäre. Kurz darauf aber traf ein Brief Waitzens ein mit der Meldung, daß der Austausch der in Aussicht genommenen Gebiete erst beim Hauptfrieden erfolgen könne. Daraufhin schlug die Stimmung des inzwischen in Pyrmont angekommenen Kurfürsten um. Er war den letzten Tag daselbst (27. Juli) in sehr übler Laune[466] und spann die „Lüge" von Nenndorf (mit diesem Ausdruck sind seine Eröffnungen an Wilhelm über die angeblichen glänzenden Versprechungen Frankreichs charakterisiert worden) nun weiter. Aber vielleicht ist es doch nicht so hart zu bewerten, was er Wilhelm in der Pyrmonter Unterredung vortrug. Der Bericht Wilhelms ist das einzige Zeugnis, das diesen schweren Verdacht auf den Kurfürsten wirft. Es besteht aber durchaus die Möglichkeit, daß Wilhelm seine Behauptungen viel schärfer pointiert hat, als sie wirklich gefallen sind. Man bedenke, mit welcher Begeisterung er den Gedanken des norddeutschen Kaisertums aufgegriffen hatte! Er hielt eine Lösung in dieser Richtung für eine Notwendigkeit und befand sich da gewiß in Übereinstimmung mit Hardenberg, dessen Pläne er genau kannte, und war ebenso wie dieser überzeugt, daß man den Kurfürsten ohne Zeitverlust durch einige Vorteile binden müßte[467]. Er war persönlich an dem Gebietsaustausch durch den Plan des Verkaufs der rheingräflichen Ämter interessiert und sah nun die preußisch-hessische Allianz an einer solchen Kleinigkeit, wie es der Gebietsaustausch war, scheitern. Wenn man das alles berücksichtigt, erscheint es nicht unmöglich, daß er, natürlich mit allen für seine persönliche Sicherheit notwendigen Vorbehalten — der Gebrauch des Potentialis ist ein solcher — das Spiel des Kurfürsten mitgespielt hat und mit

seinem Bericht den Verhandlungen in Berlin hat neuen Antrieb geben wollen.

Ein solcher Antrieb kam auch mit der Notifizierung des Rheinbundes in Berlin [468], bei der Preußen zur Gründung des Nordbundes aufgefordert wurde. Waitz und Haugwitz einigten sich nun schnell (27. Juli), und am 28. legte Haugwitz dem König den Entwurf des Vertrages zur Unterschrift vor [469]. Waitz jedoch erklärte, er werde ihn nicht ohne ausdrückliche Vollmacht unterzeichnen. Wilhelm wurde nun beauftragt (31. Juli), alles aufzubieten, daß der Kurfürst die Ermächtigung dazu erteile. Man wolle nicht nur auf den Tauschplan eingehen, man wolle auch die Kommandofrage in einer ihn befriedigenden Weise regeln, man wolle die gewünschten Mediatisierungen zulassen. Er solle sich unverzüglich zum Kurfürsten begeben und ihn nicht verlassen, bis er Waitz den Auftrag zur Unterzeichnung erteilt habe. Wilhelm hatte wieder schwere Tage mit ihm. Inmitten all der Gegenwirkungen gegen den Nordbund, die sich in Kassel zeigten, schrieb er immer wieder nach Berlin, man müsse Paderborn opfern und die Genehmigung zur Mediatisierung der an sein Gebiet grenzenden kleinen Staaten erteilen, dann ratifiziere er die Konvention. Am 10. August berichtete er, der Kurfürst habe ihn den ganzen Tag gegängelt, daß er fast sinnlos sei und an Kopfschmerzen im Bett liege . . . ., und am 12. August, daß Waitz heute abend den Befehl erhalten würde zu unterzeichnen [470], allerdings unter dem Vorbehalt, daß die Wünsche des Kurfürsten erfüllt würden. In Berlin feilschte man tatsächlich um Paderborn und mutete ihm Abtretungen dafür zu, die ihm an die Seele griffen, so die der Grafschaft Schaumburg. Am 9. August meldete Wilhelm, der Fürst von Waldeck sei aufgefordert worden, dem Rheinbund beizutreten und sei nicht abgeneigt. Diese Nachricht müsse er dem Kurfürsten verheimlichen wegen der dadurch eintretenden Gefährdung Kassels und des Anlehens, das er auf Waldeck stehen habe. Die letzte Rücksicht allein könne einen Umschwung bewirken. Wilhelm riet daher dem König, Waldeck zu besetzen, was auch geschah.

Inzwischen traten sowohl in Berlin als auch in Kassel die ersten Anzeichen des bevorstehenden Krieges hervor. Schon am 6. August hatte man Wilhelm, weil er es dringend wünschte, nach Berlin eingeladen. Er schrieb aber, er werde nicht eher reisen, als bis der Kurfürst den Befehl zur Unterzeichnung des Allianztraktates erteilt habe. Am 16. August gelangte eine beunruhigende militärische Meldungs Blüchers nach Kassel mit der Anfrage, ob er sich darauf verlassen könne, daß seine linke Flanke von den hessischen Truppen gedeckt werde. Der Kurfürst war darüber so beunruhigt, daß er Wilhelm beauftragte, nach Berlin zu reisen. Er tat das am 17. August. An den langwierigen Verhandlungen um den norddeutschen Bund, die an der Begehrlichkeit des Kurfürsten von Hessen, an der erstarrten reichsfürstlichen Auffassung des Kurfürsten von Sachsen und schließlich am beginnenden Kriege zerbrachen [471], hatte Wilhelm keinen Anteil. Er hat aber eine andere, nicht minder wichtige Aufgabe zu erfüllen versucht, die aus seinem vertrauten Verhältnis zum Königspaare und zu maßgeblichen preußischen Staatsmännern erwuchs. Er geriet dadurch in eine eigenartige Vermittlerrolle im Kampf um die Beseitigung des Kabinetts.

Er wußte um die Fronde der Minister und Generäle, die sich bereits im April 1806 gegen Haugwitz und das Kabinett gebildet hatte, Bescheid, obwohl er damals nicht mehr in Berlin war. Durch ihn ließ die Königin Luise Stein auf seine Denkschrift vom 10. Mai einige Wochen später von Pyrmont aus antworten Sie äußerte sich zustimmend, hielt aber die an Haugwitz und Köckritz geübte Kritik für zu scharf und der ganzen Sache schädlich. Wilhelm wird nicht nur der Schreiber der Königin Luise[472], sondern auch ihr Berater in dieser Sache gewesen sein. Die Art der Antwort entspricht ganz seinem Charakter. Dasselbe gilt von seinem Verhalten bei dem zweiten Angriff auf Haugwitz und das Kabinett, den Hardenberg mit seinen bekannten Briefen vom 4. Juli und 19. August an Wilhelm nach Pyrmont einleitete[473]. Die Briefe bestätigen, daß Wilhelm so manche vertrauliche Unterredung über diese Sache in Berlin gehabt hatte, in Berlin und auch bei Hardenbergs Aufenthalt in Kassel Anfang Mai; Wilhelm wird in ihnen so angesprochen, als ob er zur Opposition gehöre. Hardenberg vertraute ganz auf seine Verschwiegenheit. Verschwiegen war Wilhelm gewiß, aber er nahm es doch nicht auf sich, die Brücken zum herrschenden System ganz abzubrechen, sich ganz an Hardenberg anzuschließen. Man kann ihm zutrauen, daß er außerordentlich feinfühlig für die Möglichkeiten dieses Kampfes war, daß er den Charakter seines Herrn doch besser kannte als Hardenberg. Die Notwendigkeit, sich in seiner Stellung zu behaupten, sie nicht zu gefährden, dadurch, daß er sich zu weit vorgewagt und die Ungnade des Königs auf sich gezogen hätte, vermittelte ihm diese bessere Erkenntnis. So antwortete er denn — im Auftrage der Königin, aber er steckt selber dahinter, denn wenn er anders gewollt hätte, würde er die Meinung der Königin in erkennbarer Weise beeinflußt haben — halb zustimmend, halb ablehnend, indem er es als die Meinung der Königin kundgab, daß Haugwitz hineingezogen werden müsse, da ohne ihn ein Vorgehen nutzlos sei. Die Königin werde die Einleitung hierzu treffen. Es geschah durch Wilhelm. Sie billigte also den Kampf gegen das Kabinett. Es müsse eine von den bedeutendsten Männern am Berliner Hofe, auch von Haugwitz, zu unterzeichnende Denkschrift an den König gerichtet werden. Hardenberg aber lehnte ein gemeinsames Vorgehen mit Haugwitz sowohl in der auswärtigen Politik, als auch im Kampf gegen das Kabinett ab.

Der Faden riß aber nicht ab. Als Wilhelm nach Berlin kam (um den 20. August), benutzte ihn die Königin, um die Versöhnung Hardenbergs mit Haugwitz herbeizuführen. Hardenberg kam in den ersten Septembertagen nach Berlin, und Wilhelm erschöpfte alle seine Beredsamkeit bei ihm, daß er zu einer Versöhnung mit Haugwitz die Hand biete[474]. Es gelang aber nicht. Neue Beschwerden Hardenbergs über seine Behandlung, für die er Haugwitz verantwortlich machte, gingen über Wilhelm an den König und die Königin, und die wohlwollende Antwort des Königs nahm denselben Weg zurück[475]. Wilhelm wurde von Hardenberg ganz geheim über seine Verhandlungen mit Rußland auf dem Laufenden gehalten[476], er wurde auch von ihm wieder in den Kampf gegen das Kabinett gezogen, der sich diesmal zu einer am 2. September dem König wirklich von einem Adjutanten Rüchels überreichten Denkschrift verdichtete. Hardenberg hatte sie Wilhelm schon Mitte August im strengsten Vertrauen geschickt mit der Bitte, sich nicht einmal gegen Rüchel selbst

etwas davon merken zu lassen [477]. Es ist bekannt, wie der König diese Denkschrift aufnahm, wie die Königin Luise nicht für die „Patrioten" eintrat [478]. Man erzählte damals, daß durch Wilhelms Vermittlung eine Annäherung der Königin Luise an Haugwitz stattgefunden habe [479]. Auch die russische Hilfe versagte im Kampf gegen das Kabinett [480]. Der russische Gesandte Alopäus hatte sich im Juli auch in Pyrmont eingefunden. Wilhelm stand ja schon in Kassel mit ihm in engster Verbindung. Mit Alopäus verhandelte Hardenberg über das geheime preußisch-russische Bündnis. In Pyrmont wird man sich wohl darüber ausgesprochen haben, wird, nachdem es zustande gekommen war, auch russischerseits ein starkes Interesse daran bekommen haben, den Stifter dieses Bündnisses an die Stelle Haugwitzens zu bringen, den König von Haugwitz zu trennen. Auch standen ja Alopäus und Haugwitz persönlich in sehr schlechtem Verhältnis zueinander. Wilhelm wurde auch hier als Vermittler benutzt. Am 4. September mußte er Alopäus eröffnen, daß dieser Streit dem Königspaare sehr unangenehm sei, ob es kein Mittel gäbe, sie zu versöhnen? Alopäus erwiderte, daß dem die Befehle seines Hofes entgegen ständen. Wilhelm mußte ihm weiter im Auftrage der Königin mitteilen, daß sie den bewußten Brief an Alexander mit der Apologie Haugwitzens nur auf ausdrücklichen Befehl geschrieben habe, und daß sie ihn unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten bitte. Eine weitere Bitte, die sie durch Wittgenstein Alopäus aussprechen ließ, und die sich auf die Entlassung Haugwitzens bezog, ging fast wörtlich in den Brief Alexanders an den König (24. September) über. Es nützte nichts. Haugwitz blieb, bis ihn die Ereignisse von seinem Platze hinwegfegten. Wilhelm hatte sich in dem Kampfe gegen ihn der Partei Hardenbergs und der Königin zwar nicht versagt, aber die Schranken seines Verhaltens waren ihm durch seine eigentümliche Stellung zur Königin und zum König gezogen. Seine gewohnte Klugheit brauchte er in diesem Falle auch gegen sich selbst. Es gehörte freilich ein ungewohntes Maß dazu, sich in seiner Lage ohne Anstoß durchzuwinden.

Zum Kurfürsten von Hessen hat Wilhelm von Berlin aus nur in sehr loser Verbindung gestanden. Er teilte ihm dieses und jenes mit, was auch Waitz nach Kassel meldete, er kündigte ihm am 9. September die Übertragung des Kommandos sowie die beabsichtigte Einladung ins Hauptquartier an, er machte auf den Wunsch des Kurfürsten diese Einladung wieder rückgängig und zog sich dadurch am 19. September eine starke Verstimmung des Königs zu [481]. Dem Kurfürsten schrieb er darüber, der König habe ihn in Verdacht, er wolle neutral bleiben und aus diesem Grunde seine militärische Würde niederlegen. Wilhelm riet ihm davon ab und machte ihn in sehr diskreter Weise auf die Folgen aufmerksam, die ein solcher Schritt nach sich ziehen könnte [482].

Am 21. September verließ er Berlin, am 28. kam er in Kassel wieder an. Die Haltung des Kurfürsten in den letzten Septembertagen und in der ersten Hälfte des Oktobers ist genügend [483] bekannt. Daß er in seinem Schwanken schließlich doch noch den Entschluß faßte, auf die Seite Preußens zu treten, leider, wie immer, zu spät, daran hat auch Wilhelm seinen Teil. Er wich seit der Rückkehr nicht von seiner Seite. Er begleitete ihn ins Hauptquartier nach Naumburg, er überreichte ihm das Erfurter Manifest vom 9. Oktober mit einem ganz auf seine Eigenart zugeschnittenen Schreiben [484], er fand in Naumburg die Formel, mit

der man sich zurückzog: Der Kurfürst werde gewiß auf die Seite Preußens treten, sobald der Krieg nur einmal begonnen habe, er wird ihm wohl auch den Befehl zur Mobilmachung am 11. Oktober abgerungen haben, er folgte ihm auch, als das Unglück hereingebrochen war, in die Verbannung.

Über die Haltung des Kurfürsten Preußen gegenüber in der Zeit vom Juli bis Mitte Oktober hat Wilhelm bei einer anderen Gelegenheit im Jahre 1807 einen Bericht an das Berliner Kabinett gerichtet[485], dessen Zuverlässigkeit für die Beurteilung dieser Haltung und auch für die Mitteilung des Tatsächlichen in Zweifel gezogen worden ist. In bezug auf den Mobilmachungsbefehl vom 11. Oktober sind diese wohl nicht aufrechtzuerhalten[486]. Auch die allgemeine Stimmung des Kurfürsten gegen die preußische Politik wird richtig geschildert sein. Man wird aber bei der Beurteilung dieses Berichtes noch zweierlei in Rechnung stellen müssen: einerseits, daß er dem Bedürfnis des Kurfürsten, sich zu rechtfertigen, erwachsen und darum mit denselben Maßstäben zu messen ist, wie seine „kurze Darstellung der bei der französischen Okkupation vorgefallenen Auftritte“[487], in der er ja auch die Schuld auf andere schob, und zum anderen, daß auch Wilhelm die Gelegenheit dieser nachträglichen Berichterstattung mit Vergnügen benutzt hat, um seinem Ärger über die Schwierigkeiten, die seiner Tätigkeit 1806 in Kassel bereitet wurden, Luft zu machen, und damit die Schuld an seiner Erfolglosigkeit dem vom Schauplatz der Politik verschwundenen Haugwitz zuzuschieben. Das war 1807, als er ohne nennenswerte Aufträge war, nicht belanglos.

Als Wilhelm die Katastrophe vom Oktober 1806 kommen sah, verbrannte er seine Papiere, auch das gesandtschaftliche Archiv, mit Rücksicht auf den Kurfürsten, und verbarg sich auf einem zwei Stunden von Kassel entfernten Gute Waitzens. Er blieb dort die ersten sechs Tage. Sein Haus wurde von Einquartierungen und Durchsuchungen verschont. Lagrange, der französische Gouverneur von Kassel, ließ ihm durch Wessenberg sagen, er habe nichts zu befürchten, er könne solange bleiben, bis er alles geordnet habe, und bekäme dann einen Paß nach Hamburg. Die Abreise dorthin erfolgte nach fünf Tagen. Hamburg wurde einige Tage nach seiner Ankunft auch von den Franzosen besetzt. Der französische Gesandte Bourienne und der Gouverneur Mortier versicherten ihm, daß ihm nichts geschehen würde. Ende November besuchte er den Kurfürsten und berichtete dem preußischen Kabinett über Petersburg, er habe ihn ganz gebrochen angetroffen, der Kurprinz dagegen sei voller Zuversicht und tröste ihn gut. Das Unglück habe die beiden aneinander genähert. Der Kurfürst habe schon dreimal an Napoleon geschrieben und ihn auf das demütigendste um Wiederherstellung seiner Lage gebeten. Wilhelm vermittelte diese Briefe. In seinen Papieren findet sich derjenige vom 18. Dezember: „ . . . . je suis en Vos mains, Sire, tout mon bonheur, celui de ma maison et les saluts de mes sujets dépendent d'un mot de Votre Majesté Impériale et Royale. Qu'il soit dit à jamais, que Napoléon le Grand ait sauvé le souverain de la Hesse et sa perte inévitable et j'ose dire non méritéé! Que les annales de ma patrie transmettent aux siècles futurs les faits de l'héros aussi juste que magnanime.

Ordonnez, Sire, que je vienné mettre à Vos pieds le tribut de ma gratitude éternelle et Vous offrir conjointement avec les autres Princes

jadis nommés pour élire un Empereur la Couronne Imperiale de l'Empire Germanique. Quelle félicité pour moi? Rien au monde n'égalera si ce n'est la plus haute vénération et respect la plus profonde avec lesquels je fais gloire d'être á jamais Sire, de Votre Majesté Imperiale et Royale le très humble, très obéissant et plus soumis serviteur Quillaume. El. de Hesse." [488].

Dem Brief an Napoleon legte er auch einen an Talleyrand bei, überließ es aber Wilhelm, diesen zurückzubehalten, wenn er das für besser hielte. „Mir deucht, ich hätte noch keinen besseren Brief geschrieben, besonders der Gedanke mit der deutschen Kaiserkrone wäre nicht unpassend."

Wilhelm teilte dem Kabinett mit, er benutze das Vertrauen des Kurfürsten, ihn abzuhalten, mit Napoleon ein Preußen schädliches Abkommen zu schließen, das heißt, etwa 15—20 000 Mann ihm zuzuführen. Er (Wilhelm) könne einen französischen Paß ins preußische Hauptquartier bekommen, wolle aber lieber aus dem angegebenen Grunde in der Nähe des Kurfürsten bleiben. Im Dezember jedoch hätte er gerne Hamburg, wo er zur Untätigkeit verurteilt war, verlassen und bat Haugwitz, seine Berufung ins Hauptquartier in die Wege zu leiten. Am 25. Januar 1807 schrieb ihm Zastrow, daß es der König für ratsamer hielte, er käme wegen der Reiseschwierigkeiten, der schlechten Wege und der überfüllten Quartiere lieber nicht. Man wolle sich aber bei Gelegenheit seiner Bereitwilligkeit bedienen.

Wilhelm befand sich in sehr unangenehmer Lage. Seine geschäftlichen Verbindungen waren zerrissen. Alle verlangten Geld von ihm. Er konnte nicht einmal eine unbedeutende Summe vorschießen. Er lebte von einigen Tabatièren. Die Franzosen behandelten ihn persönlich gut. Erst im April 1807 verließ er Hamburg und reiste nach England.

Schluß.

Folgen des Zusammenbruches Preußens für Wilhelm. Seine Bedeutung für die preußisch-hessischen Beziehungen.

Der Zusammenbruch Preußens entzog Wilhelm die Grundlage seines Lebens. Sein Hofamt war bereits 1805 mit dem Tode der Königin-Witwe, der Gemahlin Friedrich Wilhelms II. erloschen, sein Staatsamt wurde mit der Absetzung des Kurfürsten durch die Franzosen und der Einverleibung Hessens in das neu gebildete Königreich Westfalen hinfällig. Das C. C. C. löste sich auf. So sah Wilhelm abermals zertrümmert vor seinen Füßen liegen, was er sich in hartem Ringen geschaffen hatte: Die Existenz. Es hieß nun wiederum von vorne anfangen. Zwar rettete er aus dieser zweiten Katastrophe ein gewaltiges Aktivum in das neu zu schaffende Leben hinüber. Es war sein persönliches Verhältnis zum preußischen Hofe, zum König und der Königin, mit welchem sich wieder aufbauen ließ, was zerstört war. Aber die Basis des preußischen Staates war ja nach dem Tilsiter Frieden so zusammengeschrumpft, daß es auch einer Natur wie Wilhelm schwer fiel und nicht sogleich gelang, in das Getriebe wieder hineinzukommen. Mehrere Jahre blieb er ohne Amt, und ohne wesentliche Aufträge, und diese Jahre waren hart für ihn, denen der Frühzeit nicht unähnlich. Nachdem er die Krise überstanden hatte, begann er mit neuer Tätigkeit an bedeutungsvollerem Platze.

Man hatte keinen schlechten Griff getan, als man ihn zum Gesandten auf dem vorgeschobenen Posten in Kassel ernannte. Es ist nicht zuviel behauptet, daß er erheblichen Einfluß auf den Kurfürsten ausgeübt hat. Vielleicht wäre dieser in seinen oft sich widersprechenden Neigungen auf die Seite Frankreichs gezogen worden, wie es seine Minister wünschten, wenn nicht die zähe, widerstrebende Kraft Wilhelms in entscheidenden Stunden dem entgegengewirkt und den um seinen Besitz allzeit in Angst lebenden Kurfürsten noch unsicherer gemacht hätte, dem eigenen Zug des Herzens zu folgen. In diesem Lichte erscheint Wilhelm als das Verhängnis des Kurfürsten vom hessischen Standpunkte aus, indem er ihn immer wieder an die gewiß nicht kraftvolle Politik Preußens zu ketten verstand. Doch ist durch diese Tatsache das Schicksal des hessischen Volkes kaum schwerer geworden als das der süddeutschen Stämme, wahrscheinlich sogar durch die zehnjährige Friedenszeit, die Hessen durch diese Politik zu Teil wurde, wesentlich milder. Wie unsäglich haben die Lande südlich des Mains unter der Geißel Napoleon gelitten! Wie teuer war der Glanz der Souveränität und der Königskronen von Napoleons Gnaden bezahlt! Wie klein erscheinen gegenüber diesen furchtbaren Leiden die nicht erlangten Vorteile und Vergrößerungen, die nicht erlangte Standeserhöhung des Kurfürsten!

Es wird immer eine Streitfrage bleiben, ob das wahre Heil Hessens damals im Anschluß an Napoleon gelegen hätte. Es ist verlockend, sich einmal auszudenken, wie die Karte Deutschlands heute aussähe, wenn Hessen-Kassel damals auch ein Rheinbundsstaat mit erheblicher Vergrößerung seines Gebietes geworden wäre. So müßig solche Gedanken sind, so beherrschen sie doch in hohem Maße das geschichtliche Denken, Empfinden und Urteilen, besonders auch in der vorliegenden Frage auf hessischer Seite. Dem gegenüber wird eine tiefere, freilich mehr gefühlsmäßig erfaß- als beweisbare Einsicht in das Geschehen zu der Erkenntnis führen, daß das Schicksal des einzelnen wie eines Volkes im letzten Grunde von seinem sittlichen Wert abhängt und darum jedes Schicksal verdient ist.

In der Zeit von Hessens erstem Kurfürsten und in dessen eigener Brust lagen die Keime zu dem Schicksal des Landes im 19. Jahrhundert. Wilhelm hatte die Vorsehung dazu bestimmt, einer derer zu sein, die der Entwickelung dieser Keime bedeutenden Antrieb gaben. Daß er sich dem Anschluß Hessens an Frankreich ein ganzes Jahrzehnt mit Erfolg hindernd in den Weg stellte, und daß damit die Entstehung eines stärkeren deutschen Mittelstaates nördlich des Mains unterblieb, ist eine der Voraussetzungen für den politischen und territorialen Aufstieg Preußens im 19. Jahrhundert. Daß Wilhelm diese Entwickelung während seiner Gesandtschaft in Kassel, natürlich ohne sich dessen bewußt zu sein, mit vorbereitet hat, erhebt seine Tätigkeit weit über diejenige der preußischen Gesandten in anderen Territorien Deutschlands und sichert ihr einen Platz in der allgemeinen Geschichte. Ihr Erfolg aber bedeutet ein weiteres Verdienst Wilhelms um den preußischen Staat.

Quellen.

Aus dem Fürstlichen Hausarchiv zu Wittgenstein (abgekürzt H. A. W.).

1. F 106. Familie, Hochfürstliche. Korrespondenz mit dem Grafen von Schönburg 1793.
2. F 185. Korrespondenzen mit hohen Anverwandten 1769/71.
3. F 189. Familie, Hochfürstliche. Ableben und Leichenreden, die Gräfen Karoline zu Sayn-Wittgenstein geb. Gräfin Pückler betr., gest. 27. Juli 1772.
4. F 189. fasc. 2. Familie, Hochfürstliche. Betr. den Nachlaß der Gräfin Sayn-Wittgenstein-Hohenstein geb. Gräfin Pückler 1801/02.
5. F 193. Familie, Hochfürstliche, die Aufnahme der Gräfin Sophie Karoline von Sayn-Wittgenstein in das Görtz-Wallensteinische Stift betr. 1788.
6. F 197. Familie, Hochfürstliche, Apanage des Grafen Ludwig von Sayn-Wittgenstein, Kapitän in englischen Diensten betr. 1796.
7. F 198. Familie, Hochfürstliche. Abschrift Testaments des Grafen Johann Ludwig zu Sayn-Wittgenstein.
8. F 199. Familie, Hochfürstliche, des Grafen Karl zu Sayn-Wittgenstein Kuratel betr.
9. F 202. Familie, Hochfürstliche. Ableben Johann Ludwigs. Regierungsantritt des Grafen Friedrich.
10. F 205. Familie, Hochfürstliche. Briefe des Grafen (nachher Fürsten) Wilhelm an seinen Vater Johann Ludwig, Grafen zu Sayn-Wittgenstein, de 1792.
11. F 206. Familie, Hochfürstliche, ebenso, de 1794.
12. F 207. Ebenso, de 1795.
13. F 208. Familie, Hochfürstliche. Briefe des Grafen (nachher Fürsten) Wilhelm an seinen Bruder Friedrich Karl, damaligen Erbgrafen, dann Grafen, später Fürsten zu Sayn-Wittgenstein, de 1789.
14. F 209. Ebenso, de 1791.
15. F 210. „ „ 1792.
16. F 211. „ „ 1793/94.
17. F 212. „ „ 1795.
18. F 213. „ „ 1796.
19. F 214. „ „ 1797.
20. F 215. „ „ 1798.
21. F 216. „ „ 1799.
22. F 217. „ „ 1800.
23. F 218. „ „ 1801.
24. F 219. „ „ 1802.
25. F 220. „ „ 1803/04.
26. F 221. „ „ 1805.
27. F 222. „ „ 1806.
28. F 223. „ „ 1807.
29. F 256. Familie, Hochfürstliche. Erhebung des gräflichen Hauses Sayn-Wittgenstein-Hohenstein in den Reichsfürstenstand. Acta de 1802. Notificationen und Gratulationen 1804.

30. F 291. a. fasc. 1. Verschiedene Familienkorrespondenzen des Fürsten Friedrich Karl zu Sayn-Wittgenstein.
31. F 313. Familie, Hochfürstliche. Genealogie der gräflichen Familie von Pückler.
32. P 118. fasc. I, herrschaftliches Anlehen von 90 000 Gulden bei Kurhessen betr. Korrespondenzen, 1800.
33. P 181. Passiva. Herrschaftliches Anlehen von 220 000 fl bei Ruppel und Harnier betr. Korrespondenz 1800/01.
34. R 375. Reich, Deutsches. Korrespondenz wegen Virilstimme des Hauses Wittgenstein im Fürstenrate 1803.
35. Und viele in der Ordnung begriffene Papiere aus dem Nachlaß des Fürsten Wilhelm, die Saynische Sache, die Fürstenwürde, das Credit-Cassen-Comptoir, die Wallensteinische Stiftssache, sein Verhältnis zur Familie, sein Privatleben betr. sowie eine Anzahl Verträge, Fürstenwürde, Saynische Sache, Regiment und Wallensteinische Sache betr.

Aus dem Hohenzollernschen Hausarchiv zu Charlottenburg (abgekürzt H. H. A.)

1. Acta varia Personalia betr. den Oberkammerherrn Fürsten von Wittgenstein 1770—1850. Rp. 8. Hofchargen. Oberkammerherren. Wittgenstein.
2. Acta des Oberkammerherrn Fürsten zu Wittgenstein betr. seine Aufnahme in den Deutschen Orden Ballei Utrecht. Hofchargen. Oberkammerherren. Wittgenstein. Orden.
3. Briefe der Gräfin von der Marck Marianne Diderike (Friederike) (Wilhelmine), dann Gräfin Stolberg. Rp. 48. König Friedrich Wilhelm II.
4. Korrespondenz Friedrich Wilhelms II. an die Gräfin Lichtenau. Rp. 48 m.
5. Acta des Kurpfälzischen Wirkl. Geh. Rates, nachherigen Königlich Preußischen Oberhofmeisters und Oberkammerherrn, Fürsten zu Wittgenstein, betr. Errichtung eines Regimentes für die emigrierten Prinzen (franz.). Vol. I. Rp. 8. Hofchargen. Oberkammerherren: Wittgenstein 1791—1811.
6. Acta desgleichen. Vol. 2, 1814—1829.
7. Acta des Oberhofmeisters und Oberkammerherrn Fürsten Wilhelm zu Wittgenstein betr. Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Taler im Allerhöchsten Auftrage bei dem Landgrafen von Hessen-Kassel, sowie die Vermählung I. K. H. der Prinzessin Friederike Christine Auguste von Preußen, Tochter S. M. des Königs Friedrich Wilhelms II. mit dem Erbprinzen von Hessen-Kassel. Rp. 48. König Friedrich Wilhelm II. Auswärtige Angelegenheiten 1794—1797.
8. Acta des Oberhofmeisters . . . . betr. seine Reisen in das Reich im Allerhöchsten Auftrage behufs Aufnahme einer Anleihe von mehreren Millionen Talern sowie seine Reise nach Italien und zurück. Rp. 48. König Friedrich Wilhelm II. Auswärtige Angelegenheiten 1795—96.
9. Acta des Oberhofmeisters . . . . betr. seine im Allerhöchsten Auftrage gemachten Bemühungen um Aufbringung einer Anleihe von 3 Millionen Reichstalern bei dem Landgrafen von Hessen-Kassel u. a. Rp. 49. König Friedrich Wilhelm III. Auswärtige Angelegenheiten. Hessen-Kassel 1797—1800.
10. Acta Generalia des Oberhofmeisters I. M. der Königin Friederike von Preußen, Königl. Gesandten in Kassel. Grafen, dann Fürsten Wilhelm von Wittgenstein betr. seine Gesandtschaft zu Kassel. Vol. 1 enthält seine Personalakten aus dieser Zeit. Rp. 49. König Friedrich Wilhelm III. Auswärtige Angelegenheiten 1796—1806.

11. Acta Generalia des Oberhofmeisters . . . . betr. seine Gesandtschaft zu Kassel, enthält die Korrespondenzen mit S. M. dem Könige, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten u. a. Kgl. Behörden und behördlichen Personen. Rp. 49. König Friedrich Wilhelm III. Auswärtige Angelegenheiten. Hessen-Kassel. Vol. 2 aus den Jahren 1795—1799.
12. Desgleichen, Vol. 3 aus den Jahren 1800—1803.
13. Desgleichen, Vol. 4 aus den Jahren 1804—1808.
14. Acta Generalia des Oberhofmeisters . . . . betr. seine Gesandtschaft zu Kassel, Vol. 5 enth. die Korrespondenzen mit dem Landgrafen, dann Kurfürsten Wilhelm I. von Hessen-Kassel und den bezgl. Kurhessischen Behörden. Rp. 49. König Friedrich Wilhelm III. Auswärtige Angelegenheiten 1795—1807.
15. Acta Generalia des Oberhofmeisters . . . . betr. seine Gesandtschaft zu Kassel. Vol. 6 enth. die Korrespondenzen mit auswärtigen Fürsten, fremden Gesandten u. a. Personen. Rp. 49. König Friedrich Wilhelm III. Auswärtige Angelegenheiten.
16. Briefe der Kurfürstin Auguste von Hessen-Kassel, geb. Prinzessin von Preußen und ihres Gemahls, des Kurfürsten Wilhelms II., an den Kgl. Oberhofmeister Fürsten Wilhelm von Wittgenstein nebst Briefen des letzteren an die ersteren. Rp. 48. W. 2. Prinzessin Auguste. König Friedrich Wilhelm II. Töchter: Prinzessin Auguste, Korrespondenz.
17. Acta betr. die Vermählung der Prinzessin Friederike Christine Auguste von Preußen mit dem Erbprinzen Wilhelm von Hessen-Kassel und die dabei errichteten Ehepacta. Rp. 48. Kg. Fr. W. II. Töchter. 552 F.
18. Briefe der Königin Friederike von Preußen, 2. Gemahlin des Kg. Fr. W. II., geb. Prinzessin von Hessen-Darmstadt an Allerhöchst ihren Oberhofmeister . . . . Fürsten Wilhelm zu Wittgenstein, desgl. Briefe des letzteren an die erstere. Rp. 48. Kg. Fr. W. II. Ehe 2. Königin Friederike Korrespondenz T. 2.
19. Acta des Königlichen Oberhofmeisters, Gesandten in Kassel, Grafen Wittgenstein betr. die Reise des Kgs. Fr. W. II. von Preußen nach Pyrmont in den Jahren 1796/97. Rp. 48. Kg. Fr. W. II. Reisen.
20. Acta des Geheimen Kämmeriers Ritz betr. die Reise S. M. des Kgs. Fr. W. II. von Preußen nach Pyrmont im Juli und August 1796. Rp. 48. Kg. Fr. W. II. Reisen.
21. Acta des Geh. Kämmeriers Ritz betr. Reise S. M. des Kgs. Fr. W. II. von Preußen vom Juli bis August 1797. Rp. 48. Kg. Fr. W. II. Reisen.
22. Acta des Oberhofmeisters . . . . betr. die Reise J. J. M. M. des Kgs. und der Kgn. nach den westf. und fränk. Provinzen im Sommer 1799. Rp. 49. Kg. Fr. W. III. Reisen.
23. Acta des Kgl. Oberhofmeisters Grafen von Wittgenstein betr. die Rückzahlung der Ehegelder und die Pensionierung des hinterlassenen Hofstaates der am 1. Mai 1800 zu Berlin verst. Landgräfin Philippine von Hessen-Kassel, Gemahlin des Landgrafen Fr. W. II., geb. Prinzessin von Brandenburg-Schwedt.
24. Acta des Kgl. Oberhofmeisters . . . . Grafen von Wittgenstein betr. die Vermählung des Prinzen (Friedrich) Wilhelm (Karl) von Preußen mit der Prinzessin (Amalie) Maria Anna von Hessen-Homburg. Rp. 48. N. Prinz Wilhelm von Preußen. Ehe. Prinzessin Maria Anna. Vermählung.
25. Acta betr. die Verlobung und Vermählung Sr. K. H. des Prinzen Wilhelm von Preußen und der Prinzessin Maria Anna von Hessen-Homburg.

Vol. 2. Inhalt: betr. die Dotalgelder der Prinzessin. Rp. 58. Prinz Wilhelm von Preußen. Ehe. Prinzessin Maria Anna. Vermählung. Ministerium der Auswärt. Angelegenheiten.
26. Acta des Kgl. Oberhofmeisters . . . . Fürsten von Wittgenstein betr. die projektierte (aber nicht zustande gekommene) Vermählung des Prinzen Friedrich Heinrich Karl von Preußen mit der Prinzessin Luise Charlotte von Dänemark. Rp. 58. Prinz Heinrich von Preußen. Vermählung.
27. Acta eines Hohen Hausdepartements betr. die Vermählung des Prinzen Heinrich von Preußen mit der Prinzessin Luise Charlotte, jüngsten Tochter des Erbprinzen Friedrich von Dänemark. Rp. 58. Prinz Heinrich von Preußen. Vermählung.
28. Acta eines Hohen Auswärtigen Departements betr. die Vermählung des Prinzen Heinrich von Preußen mit der Prinzessin Luise Charlotte, jüngsten Tochter des Erbprinzen Friedrich von Dänemark. Rp. 58. Prinz Heinrich von Preußen. Vermählung.

Aus dem Geheimen Staatsarchiv zu Berlin (abgekürzt G. St. A. B.).

1. Acta des Kabinetts Friedrich Wilhelms II., die Familie von Wittgenstein 1787—1796 betr. Rep. 96. 260. W. 6.
2. Frankfurt a. M. Immediat-Korrespondenz des diesseitigen Gesandten von Hochstätter. Vol. 5. 1792. Rep. 96. 169 E.
3. Grafen und Fürsten von Wittgenstein. R. 8 n. 235. Darin: 1792 Acta wegen des jungen Grafen von Wittgenstein, welcher in Ansehung verdächtiger Verbindungen mit den Franzosen auf der Festung Ehrenbreitstein in Verwahrsam gehalten wird.
4. Acta betr. Privata mit Hessen-Kassel 1790—1792. Rep. 11. 117 g. Hessen. fasc. 74 (Verlegung des Stiftes Wallenstein in preußisches Gebiet).
5. Rep. 92. von Hordt u. a. A. 2.
6. Acta des Kabinetts Fr. W. II. Angelegenheiten der Gräfin Lichtenau und ihrer Kinder. Rp. 96. 207 F. 1789—1797.
7. Grafen und Fürsten Wittgenstein. Rep. 8. n 235 Acta betr. die Erhebung des Hauses Wittgenstein zur fürstlichen Würde.
8. Acta des Kabinetts Fr. W. II., die Kosten des Krieges von 1792—1795. betr. Rep. 96. 258 B.
9. Hessen-Kassel 1786—1797. Regierender Landgraf Wilhelm. 9 F. 145 e.
10. Acta betr. das Absterben und die Nachlaßregulierung der Landgrfl. Witwe Philippine von Hessen-Kassel (1800—1802) Rep. 11. 117 g. Hessen fasc. 59.
11. Acta betr. hessische Belehnung. Militaria. Erbverbrüderung. Rep. 11. n. 116. Hessen fasc. 5.
12. Acta des Kabinetts Kg. Fr. W. III., Liepmann Meyer Wulffs Vorschläge wegen der Prolongation der Frankfurter Anleihe und Nachrichten über den Geldmarkt 1798/99. Rep. 89. 6 G.
13. Acta des Kabinett Kg. Fr. W. III. betr. Kasselsche Anleihe bei dem Gräfl. Wittgst. Credit-Cassen-Comptoir zu Kassel 1798/99. Rep. 89. 6 E.
14. Acta des Kabinetts Kg. Fr. W. III. Geschäftsgang, Etat und Personalien des Kabinettsministeriums. 1798—1806. Rep. 89. 9 A. Generalia 1.
15. Acta betr. Ernennung des Grafen von Sayn-Wittgenstein zum Gesandten, des Hofrats Greuhm zum Legationssekretär zu Kassel 1797, Rep. 11. 117. g. 1. Hessen. fasc. 1.
16. Acta betr. die Berichte des Grafen von Sayn-Wittgenstein, Rep. 11. 117 g 1. Hessen. fasc. 2. 1797/98.

17. Desgleichen fasc. 3 von 1799—1800.
18. " " 4 " 1801.
19. " " 5 " 1802—1803.
20. " " 6 " 1804—1805 (August).
21. " " 8 " 1805 (September bis Dezember)
22. " " 9 " 1806—1807.
(fasc. 7 ist chiffre chiffrant).
23. Hessen-Kassel. Immediatkorrespondenz des diesseitigen Gesandten von Wittgenstein. Rep. 96. 169 U.
24. Acta betr. die Konvention zwischen Preußen und Hessen-Kassel in Beziehung auf den künftigen allgemeinen Frieden d. d. Pyrmont 20. Juli 1797. 1797—1802. Rep. 11. 117 g Hessen. fasc. 58.
25. Acta betr. die politischen Verhältnisse mit Kurhessen bei den gegenwärtigen Konjunkturen mit Frankreich 1805—1806. Rep. 11. 117 g Hessen. fasc. 61.
26. Acta betr. den mit Hessen-Kassel abzuschließenden Allianztraktat 1806. Rep. 11. 117 g Hessen. fasc. 62.
27. Schriftwechsel mit Hessen-Kassel, auch Philippstal und Barchfeld 1800—1806. Rep. 11. 117 g. Hessen. fasc. 60.
28. Acta des Kabinetts König Friedrich Wilhelms III. Beziehungen zu Hessen-Kassel 1797—1806. Rep. 89. 9 G (Hessen-Kassel 1).
29. Acta des Kabinetts Friedrich Wilhelms III. Eröffnung außerordentlicher Hilfsquellen für die Mobilmachung und den Krieg, Kreation und Anfertigung der Tressorscheine, Aufnahme von Anleihen, Landlieferungen. 1805—1806. Rep. 89. 7 C.
30. Acta betr. Publika mit Hessen-Darmstadt 1805—1842. Rep. 11. 112 Hessen. fasc. 21.
31. Acta des Kabinetts Friedrich Wilhelms III. Politische Beziehungen zu Waldeck (Plan des Ankaufs der Grafschaft Pyrmont) 1803—1806. Rep. 89. 9 W. (Waldeck) 1.
32. Acta des Kabinetts König Friedrich Wilhelms III. Reisen des Königs und der Königin 1798—1806. Rep. 89. 55 D. 33.
33. Acta des Kabinetts Friedrich Wilhelms III. Personalien der Gesandten und gesandtschaftlichen Beamten. Rep. 89. 51.

**Aus dem bayrischen Geheimen Staatsarchiv zu München
(abgekürzt: G. St. A. Mü.)**

1. Kasten schwarz 272/15 Berichte des bayr. Residenten in Frankfurt a. M. Baron Schmitt de Rossan 1791.
2. Kasten schwarz 272/16 desgleichen 1792.
3. Kasten schwarz 517/94.
4. Kasten schwarz 476/82 Acta die franz. Emigranten und deren Niederlassung im fränkischen Kreis betr. de Ao. 1792 fränk. Kransgesandtschaftsacta Fol. 195. 208.
5. Kasten schwarz 128/6.
6. Kasten schwarz 529/78.
7. Kasten schwarz 126/4. Lit. S. Nr. 93 Reichsvikariatshofgerichtsakten die Sayn-Hachenburgische Sukzession betr. 1790.
8. Kasten schwarz 124/19 Reichsvikariatsakten die Sayn-Hachenburgische Sukzessionssache betr. 1790/1.
9. Kasten schwarz 127/17 Reichsvikariatsakten 1792 Nr. 2. Die Verkündigung und Affigierung der Reichsvik.-Patente. (1792)

10. Kasten schwarz 556/37 Sayn-Altenkirchen. Teil der Grafschaft Sayn. Nachfolge des Königs von Groß-Britannien als Kurfürst von Hannover, in den Altenkirchener Teil der Grafschaft Sayn 1799.

Desgleichen Nachfolge des Fürsten Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg betr. 1799 in Hachenburg.

11. Kasten schwarz 557/5 Reichsfriedens-Deputationsverhandlungen 1802. Regelung der Erbfolge in der Grafschaft Sayn-Altenkirchen.

Aus dem Geheimen Staatsarchiv in Marburg a. L. (abgekürzt: (G. St. A. Ma.).

1. Preußen 1790—92 W. S. 851.
2. „ 1793—94 O. W. S. 851.
3. „ 1795 W. S. 851.
4. „ 1796.
5. „ 1797.
6. „ 1798—99.
7. „ 1800—04.
8. „ 1805—06. O. W. S. 853.
9. „ 1806.
10. „ 1806—09.
11. „ Korresp. mit Faudel in Berlin 1799/1800.
12. „ „ „ „ „ „ 1801/1802.
13. „ „ „ „ „ „ 1803/1804.
14. „ „ „ „ „ „ 1805/1809.
15. Waldeck, Verhandlungen wegen der Erwerbung der Grafschaft Pyrmont. 1803 O. W. S. 990.
16. Waldeck, Verpfändung der Grafschaft Pyrmont. 1790/98 O. W. S. 990.
17. Waldeck, Finanzverwaltung der Grafschaft Pyrmont durch Hessen. Vol. 1. 1804/05 Kommissionsakten. O. W. S. 990.
18. Waldeck, Finanzverwaltung der Grafschaft Pyrmont durch Hessen. 1805/06, Geheimratsakten S. 990.
19. Wittgenstein, 1790/1815.
20. Privilegium zur Etablierung eines gräflich-wittgensteinischen Credit-Cassen-Comptoirs in der Residenzstadt Kassel (1796—1798. Auch Deponierung hoher Obligationen dieser Kasse und des Königs von Preußen bei der Stadt Kassel) O. St. S. 7245.
21. Graf von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein contra das adelige Damenstift Wallenstein zu Homberg, betr. die Direktorstelle. O. St. S. 7894.

Aus dem Fürstlichen Hausarchiv zu Berleburg (abgekürzt: H. A. B.).

1. M. 78. Militaria, franz. Revolutionskrieg, wittgensteinisches Kontingent. 1794 u. f.
2. S. 54. Sayn, Grafschaft. Die Grafschaft Sayn betr. Angelegenheiten bis zum Reichsdeputationshauptschluß 1803.
3. Kammerakten, 2. 14. die Plettenbergische Sache betr.
4. M. 20. Mediatisierung betr., Pariser Korrespondenzen 1801—1803.

Literatur.

Theodor Bitterauf, Geschichte des Rheinbundes. 3 Bände. München 1905 f.

Heinrich Ritter von Srbik, Metternich der Staatsmann und Mensch. München 1925.

G. H. Pertz, Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein. 6 Bände. Berlin 1849—55.

Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 8. Auflage. Leipzig 1909.

Friedrich Nippold, Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen. Leipzig 1889.

Ludwig Dehio, Wittgenstein und das letzte Jahrzehnt Friedrich Wilhelms III. Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. 35. Band. Jahrgang 1923. S. 213—240.

F. R. Paulig, Friedrich Wilhelm III. Sein Privatleben und seine Regierung. Frankfurt a. O. 1905.

Bruno Gebhardt, Wilhelm Ludwig Georg zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein. Allgemeine Deutsche Biographie. Band 43, S. 626 f.

L. v. Ranke, Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg bis zum Jahre 1806. 5 Bände. Leipzig 1877.

Paul Bailleu, Königin Luise. Ein Lebensbild. Berlin und Leipzig 1908.

Paul Haake, Der preußische Verfassungskampf vor hundert Jahren. München und Berlin 1921.

Philipp Losch, Kurfürst Wilhelm I., Landgraf von Hessen. Ein Fürstenbild aus der Zopfzeit. Marburg 1923.

Stammtafeln des mediatisierten Hauses Sayn und Wittgenstein. Herausgegeben von der Deutschen Adelsgesellschaft. 1907.

Friedrich Göbel, Historische Fragmente aus dem Leben der regierenden Grafen und Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein. Siegen 1858.

v. Schrötter, Statistische Beschreibung des Kreises Wittgenstein. Berleburg 1875.

Theodor Birt, Catalogus studiosorum Marpurgensium cum annalibus coniunctis. Marburg 1903—14.

Wilhelm Dersch, Beiträge zur Geschichte der Universität Marburg im Zeitalter der Aufklärung. Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde. 54. Band. 1924, S. 161 f.

Johann Heinrich Jungs, genannt Stillings, Lebensgeschichte oder dessen Jugend, Jünglingsjahre, Wanderschaft, Lehrjahre, häusliches Leben und Alter, Stuttgart 1835. Der sämtlichen Schriften. 1. Band, herausgegeben von Grollmann.

Vorlesungsverzeichnisse der Marburger Universität von 1786—88.

Johann Heinrich Jung, Versuch einer Grundlehre sämtlicher Kameralwissenschaften. Lautern 1779.

Richard Fester, Der Universitätsbereiser Friedrich Gedicke und sein Bericht an Friedrich Wilhelm II. Berlin 1905. Archiv für Kulturgeschichte. Ergänzungsheft 1.

Karl Wenk, Marburg im September 1788, nach einer jüngst veröffentlichten Tagebuchschilderung Wilhelms von Humboldt. Oberhessische Zeitung Nr. 248 vom 21. Oktober 1916.

Felix Lipowsky, Karl Theodor, Kurfürst von Pfalz-Bayern, Leben und Taten. Sulzbach 1828.

Ludwig Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz. 2 Bände. Heidelberg 1845.

G. Hinsberg, Sayn-Wittgenstein-Berleburg. Band I und V. Berleburg 1920.

Karl Großmann, Graf Johann VIII. von Sayn - Wittgenstein - Hohenstein. Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Volkskunde Wittgensteins. 4. Jahrgang Heft 3/4 und 5. Jahrgang Heft 1/2. Laasphe 1922.

J. Hattendorf, Geschichte des freiadligen Damenstiftes Wallenstein. Fulda 1909.

Laukhards Leben und Schicksale. 3. Teil. Halle 1796.

Karl Theodor Heigel, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches. 2 Bände. Stuttgart und Berlin 1899 und 1911.

G. Hinsberg, Geschichte Berleburgs von 1790—1800. Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Volkskunde Wittgensteins. Jahrgang 2, Heft 1. S. 30—31 und Jahrgang 2, Heft 2, S. 38—44.

Hausenblas und Christen. Österreich im Kriege gegen die französische Revolution 1792. Mitteilungen des K. u. K. Kriegsarchivs. Neue Folge, Band V, VI, VII, IX, X, XII. 1891 f.

E. Daudet, Histoire de l'emigration 1789—1793. I. Band. Paris 1904.

J. W. v. Goethe, Die Kampagne in Frankreich. Cottasche Jubiläumsausgabe. Band 28, herausgegeben von Alfred Dove.

Heinrich von Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789—1800, 1853—1879. 5 Bände.

Ludwig Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes. Band 1 und 2. 3. Auflage. Berlin 1861 und 1862.

Julius Sommermeyer, Preußen und die Kampagne von 1794 gegen Frankreich.

Paul Bailleu, König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel. Historische Zeitschrift 75. Neue Folge 39. 1895 S. 237 f.

Leopold Krug, Geschichte der Preußischen Staatsschulden. Breslau 1861.

Otto Friedrich Warschauer, Zur Geschichte und Entwickelung der Staatsanleihen in Preußen von 1786—1870. Leipziger Dissertation 1882.

Apologie der Gräfin Lichtenau gegen die Beschuldigungen mehrerer Schriftsteller. Von ihr selbst entworfen. Leipzig und Gera 1808. 2 Teile.

B. Erdmannsdörfer, Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden. 2. Band. Heidelberg 1892.

Georg Schulz, Zum Verständnis der Politik des Kurfürsten Wilhelm von Hessen-Kassel im Jahre 1806. Greifswalder Dissertation 1908.

Paul Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795—1807. Diplomatische Korrespondenzen. 1. Teil 1881. 2. Teil 1887.

K. A. Menzel, Zwanzig Jahre Preußischer Geschichte. 1786—1806. Berlin 1849.

R. Waitz von Eschen, Die Verhandlungen, welche der Errichtung der hessischen Kurwürde vorausgingen. Kassel 1880.

Karl Schwartz, Landgraf Friedrich V. von Hessen-Homburg und seine Familie. 3 Bände. Rudolfstadt 1878.

Erich Bleich, Der Hof des Königs Friedrich Wilhelm II. und des Königs Friedrich Wilhelms III. Berlin 1914. Band 3, 1. Teil der Geschichte des preußischen Hofes, herausgegeben von Georg Schuster.

Horwitz, Börse und Banken im 18. Jahrhundert in Kassel. Kasseler Tageblatt und Anzeiger 1908. III. 20, 136.

Sophie Marie Gräfin von Voß, Neunundsechzig Jahre am Preußischen Hofe. Leipzig 1876.

Hermann Hüffer, Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution. 1. Band: Österreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution bis zum Abschluß des Friedens von Compoformie. Bonn 1868. II. Band: Der Rastatter Kongreß und die zweite Koalition. I. Teil, Bonn 1878. II. Teil, Bonn 1879.

W. v. Hassel, Das Kurfürstentum Hannover vom Baseler Frieden bis zur preußischen Okkupation 1806. Hannover 1894.

Hermann Hüffer, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition. Gotha 1904.

Hermann Hüffer, Die Kabinettsregierung in Preußen und Johann Wilhelm Lombard. Leipzig 1891.

K. Obser, Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden 1783—1806. Band 3, Heidelberg 1893. Band 4, Heidelberg 1896. Band 5, Heidelberg 1901.

R. Waitz von Eschen. Der Friede von Basel und seine Folgen für Hessen-Kassel. Hessenland 7. Jahrgang 1893.

Philipp Losch, Geschichte des Kurfürstentums Hessen. 1803—1866. Marburg 1922.

Arthur Kleinschmidt, Bayern und Hessen 1799—1816. Berlin 1900.

Edouard M. Bignon, Histoire de France depüis le 18. Brumaire. Band 1—6. Paris 1829 f.

Hessen vor dem 1. November 1806, von einem ehemaligen hessischen Kapitän. Leipzig 1807.

Arthur Kleinschmidt, Die Säkularisation 1803. Berlin 1878. Deutsche Zeit- und Streitfragen Heft 107.

H. Ulmann, Preußen und die bewaffnete Meeresneutralität und die Besitznahme Hannovers im Jahre 1801. Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 2. Jahrgang 1897/98. S. 245 f.

H. Ulmann, Russisch-Preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806. Leipzig 1899.

Paul Bailleu, Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise mit Alexander I. Leipzig 1900.

A. Ch. Gaspari, Der Deputationsrezeß mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen. Hamburg 1803.

Wilhelm Bauer, Die Prinzessin Wilhelm von Preußen, ein christliches Lebensbild aus den deutschen Befreiungskriegen. Homburg 1864.

Emilie Droescher, Briefe der Prinzessin Wilhelm von Preußen, geb. Prinzessin Marianne von Hessen-Homburg, an ihren Bruder Ludwig. Homburg v. d. H. 1904. Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde zu Homburg v. d. H. 8. Heft.

A. Fournier, Gentz und Kobenzl. Geschichte der österreichischen Diplomatie in den Jahren 1801—1805. Wien 1880.

Dechend, Die preußisch-hessische Waffenbrüderschaft im Jahre 1805. Jahrbücher für die Deutsche Armee und Marine. Band 60. 1886. S. 31—60, 207—220. Band 61. 1886, S. 1—20 und 126—140.

F. G. L. Strippelmann, Beiträge zur Geschichte Hessen-Kassels. Hessen-Frankreich 1791—1814. Heft 1. Marburg 1877. Heft 2. Marburg 1878.

Friedrich Thimme, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westfälischen Herrschaft. Hannover und Leipzig 1893.

A. v. Arneth, Johann Freiherr von Wessenberg. Wien und Leipzig 1898.

H. Kruse, Die hundertjährige Zugehörigkeit des Wittgensteiner Landes zu Westfalen. Sauerländischer Gebirgsbote September 1916.

Johann Friedrich Schannat, Eiflia illustrata, oder geographische und historische Beschreibung der Eifel. Übersetzt von Georg Bärsch. Band 2. 2. Abteilung. Trier 1844.

W. Rogge-Ludwig, Ein Tagebuch des Kurfürsten Wilhelms I. Hessenland 1887.

Counteß Günther Gröben, Ralph Heathcote, Letters of a young Diplomatist and soldier. London 1907.

Die preußischen Kriegsvorbereitungen und Operationspläne von 1805. Kriegsgeschichtliche Einzelschriften. Herausgegeben vom Großen Generalstab. Berlin 1883.

Paul Bailleu, Fürstenbriefe an Napoleon I. Historische Zeitschrift. 58. Band. 1887. S. 435 f.

W. A. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen seit der Zeit Friedrichs des Großen. Berlin 1851.

v. Witzleben, Die Verhandlungen über den Norddeutschen Bund. Archiv für Sächsische Geschichte. Band 6. Leipzig 1868. S. 37—75 u. S. 113—158.

R. Usinger, Napoleon, der Rheinische und der Nordische Bund. 1865.

Paul Hassel, Geschichte der preußischen Politik von 1807—1815. I. Teil. Leipzig 1881.

Anmerkungen.

Da die Arbeit vorwiegend auf archivalischen Quellen beruht, so ist es kaum durchführbar, jede einzelne Tatsache durch Angabe des Aktenbandes, in welchem sie sich findet, zu belegen. Es geschieht dies daher nur mit den wichtigsten. Im übrigen erfolgt summarische Verweisung. Im Bedarfsfalle ist auf Grund des beigefügten, ausführlichen Aktenverzeichnisses jede einzelne Tatsache leicht nachzuprüfen. Die Literaturnachweise erfolgen mit den üblichen Abkürzungen. Die einzelnen Aktenbände werden mit der oben angegebenen Abkürzung und der laufenden Nummer des oben beigefügten Verzeichnisses zitiert.

Zur Einleitung.

[1] Heinrich Ritter von Srbik, Metternich der Staatsmann und Mensch. [2] Srbik, Metternich, S. 775. [3] Pertz, Stein V. 762. [4] Treitschke, Deutsche Geschichte I. 352, II. 187, 457. [5] Treitschke, Deutsche Geschichte II. 187. [6] Nippold, Erinnerungen Boyens I. 333. [7] Dehio, Wittgenstein und das letzte Jahrzehnt Friedrich Wilhelms III. 214 Anm. [8] Ebendort. [9] Dehio, a. a. O. 213/14 Anm. [10] Paulig, Friedrich Wilhelm III. 294. [11] Ebendort. [12] Treitschke, II. 187. [13] Pertz, Stein II. 481; Hardenberg IV. 217. [14] Bailleu, Königin Luise. 342 f., Gebhardt A. D. B. 43. S. 628. [15] Der schon zitierte Aufsatz Dehios. [16] Haake, der preußische Verfassungskampf vor hundert Jahren. [17] Die Literatur über Wittgenstein ist noch sehr gering. Außer gelegentlichen Erwähnungen in anderen Zusammenhängen in einer Anzahl von Werken — zu diesen gehört auch Haake — sind mir nur drei Arbeiten zu Gesicht gekommen, die sich mit Wittgenstein selbst beschäftigen, der Aufsatz von Dehio, der Aufsatz Gebhardts in der A. D. B. und eine Skizze bei Paulig. Die beiden letzten sind unzureichend. Gebhardts Aufsatz ist in manchem unzutreffend, Pauligs Skizze enthält eine Menge Unrichtigkeiten. [18] Losch, Kurfürst Wilhelm.

Zum 1. Kapitel.

[19] Stammtafeln des Hauses Wittgenstein. Tafel 11. [20] Ebendort und H. A. W. 5. [21] H. A. W. 31 und 3. [22] H. A. W. 2. [23] H. A. W. 3. [24] Stammtafeln, 11. [25] Göbel, Historische Fragmente 62. [26] v. Schrötter, Statistische Beschreibung des Kreises Wittgenstein 32. [27] Göbel, Historische Fragmente 58 und H. A. W. 30. [28] H. A. W. 35. [29] H. H. A. 1. [30] H. A. W. 35. [31] Göbel, Historische Fragmente 85. [32] H. A. W. 35. [33] G. St. A. B. 17. [34] H. A. W. 35. [35] Birt, Catalogus Nr. 43, 44 u. 45. [36] Dersch, Beiträge. [37] H. A. W. 35. [38] Jung Stillings Lebensgeschichte; Dersch Beiträge; Verlesungsverzeichnisse 1787 f. [39] H. A. W. 33. [40] Marie Sophie von La Roche „Die glückliche Reise, eine moralische Erzählung" Basel 1783. Goedekes Grundriß, 4. Band, S. 592. Dresden 1916. [41] H. A. W. 35. [42] Ebendort. [43] Jung Stilling führt im Vorwort des Versuchs einer Grundlehre . . . . aus, daß er aus Anlaß seiner Berufung nach Kaiserslautern den

Entschluß gefaßt habe, sich der Kameralwissenschaft mit all seinen Kräften zu widmen. „Das erste also, was ich tat, war, mir diesen Zweck recht bekannt und ausführlich anschaulich zu machen; ich durchdachte das Ganze der Kameralwissenschaft und fand eine solche idealische Schönheit, Wahrheit und Güte in diesem ganzen Anblick, ein so herrliches Bild, ein Lehrgebäude, einen Zusammenhang des Einzelnen und des Ganzen, daß ich glaubte, es könne sich keine Wissenschaft in der Welt, außer der Mathematik, eines solchen herrlichen Planes rühmen. Diese unvergleichliche Schönheit betrachtete ich mit geizigen Blicken, um alles an ihr zu entdecken, was zum Wesen ihres Charakters gehörte, und so drückte sich dieses Bild tief in meiner Seele ein . . . . Stilling empfing sein System also im Wege der intuitiven Schau. Das bürgt für seine Geschlossenheit. Wo solche nicht erkannt wird, wird er nicht verstanden. Mit dem üblichen Nachweis der Abhängigkeit — hier von Sonnenfels — sowie der Einreihung in wissenschaftliche Schulen — hier die absolutistisch-eklektische — kommt man in solchem Falle nicht aus. Eine zutreffende Würdigung Jung Stillings als Volkswirtschaftler ist ebenso ein Bedürfnis, wie diejenige als Dichter und religiöser Schriftsteller. Der Ausgangspunkt der Untersuchung wird bei allen der gleiche sein müssen, das Ergebnis wird überraschen. [44] Vorlesungsverzeichnisse. [45] Vergleiche dazu Dehio S. 214. [46] Vergleiche dazu Wenck und Fester. [47] H. A. W. 13 und 35. [48] H. A. W. 35. [49] Ebendort. [50] H. A. W. 35 u. G. St. A. Mü. 10. „Haas'sche Deduktion. [51] H. A. W. 7. [52] Lipowsky, Karl Theodor 190. [53] H. A. W. 35. [54] Ebendort. [55] H. A. W. 35. [56] Ebendort. [57] Ebendort. [58] Wie sie Stein, und nach ihm Gebhardt, behaupten. [59] Häusser, Rheinpfalz S. 965. Schwetzingen verödete nach Karl Theodors Weggang. [60] H. H. A. 1. [61] Häusser, Rheinpfalz S. 993. [62] H. H. A. 1, siehe ferner die Einleitung S. 2. [63] H. A. W. 14 und 35. [64] G. St. A. Mü. 10 und H. A. W. 35. [65] Vergleiche Hinsberg, Sayn-Wittgenstein-Berleburg I. 223—226. [66] Hardenberg I. 106. [67] Über die Saynische Sache 1790—92 H. A. W. 10, 14, 15, 35, sowie G. St. A. Mü. 7, 8 und 9. [68] Vergleiche hierzu auch Hattendorf, Gesch. d. frei-adligen Damenstiftes Wallenstein. [69] Es ist derselbe, den der Magister Laukhard auf seinem Marsche in die Champagne auf seinem, einen hohen Berg krönenden Schlosse 1792 besuchte, und bei welchem er mit einem Rheinwein von 1748 bewirtet wurde! Laukhard, Leben und Schicksale III. S. 11. [70] Hattendorf behauptet es. [71] Die Darstellung der Wallensteinischen Stiftssache beruht auf H. A. W. 14—17, 35, H. H. A. 5. G. St. A. B. 4, G. St. A. Mü. 5, G. St. A. Ma. 21. [72] G. St. A. B. 4. [73] Hierzu H. A. W. 35 und H. H. A. 2. [74] Pertz, Stein I, 6. [75] Im Marburger Ordensarchiv war über die ganze Angelegenheit nichts zu finden. [76] Für das folgende fußt die Darstellung auf H. A. W. 10—12, 14—16, 35, H. H. A. 5 u. 6, G. St. A. B. 1—3, G. St. A. Mü. 1—4. [77] G. St. A. B. 1. [78] Heigel, Deutsche Geschichte I. S. 537/38. [79] G. St. A. B. 2. [80] Die von Hinsberg, Mitteil. d. V. f. Gesch. u. Volkskunde Wittgensteins II, 2 S. 38 f. mitgeteilten Briefe eines in Frankfurt wohnenden Berleburgers und des Grafen Gustav von Sayn gehören in diesen Zusammenhang, nicht in den von Hinsberg vermuteten, und geben ein treffliches Bild von der Not, in der das Regiment und sein Inhaber steckten. Die drei Berleburger, die da genannt werden, der junge Lehr und der junge Althaus sowie der Graf Gustav von Sayn, gehörten zum Regiment, dieser als Offizier, jene als Rekruten. [81] S. d. Anm. 80. [82] Die Regimenter Hohenlohe-Schillingsfürst und Bartenstein zu je 600 Mann wurden dem Condé'schen Korps zugeteilt und blieben dadurch vor der Auflösung bewahrt. Hausenblas

und Christen VII. 14. [83] Losch, Kurfürst Wilhelm S. 190/91. [84] Vergleiche über diesen: Hinsberg, Sayn-Wittgenstein-Berleburg I S. 127 f. [85] Über die Verhältnisse der Emigranten vergl. Daudet, Histoire de l'émigration I. 79 ff. [86] S. d. Anm. 78. [87] Lipowsky, Karl Theodor S. 246. [88] Vergl. Leuchsenrings Verhaftung. [89] Daudet, Histoire de l'émigration. [90] Sie befindet sich in dem Bande H. H. A. 5. [91] G. St. A. B. 3. [92] Vergl. dazu Hausenblas u. Christen. [93] Hierzu besonders Daudet, émigration u. Goethe, Champagne.

Zum 2. Kapitel.

[94] Von den Familienangelegenheiten, welche er zu regeln hatte, sei eine erwähnt, weil sie Anlaß gibt, einen Fehler in den Stammtafeln zu berichtigen. In Bayreuth wohnte ein Graf Schönburg, welcher die Schwester des Grafen Ludwig von Wittgenstein zur Frau hatte. Dieser Graf Ludwig war der Vetter Johann Ludwigs, des Vaters Wilhelms, und der Sohn Heinrich Ernst Augusts (geb. 20. 12. 1715), welcher in Wetzlar lebte und dort am 19. Mai 1793 starb. In den Stammtafeln ist sein Sohn nicht Ludwig Karl, sondern Karl August genannt. Sein Rufname war Ludwig, und unter diesem sucht man ihn vergeblich in den Stammtafeln. H. A. W. I u. Tafel 10. [95] Hinsberg behauptet Mitteil. II 2 S. 40 auf Grund eines nicht mehr zu beschaffenden Beleges, daß Wilhelm in den ersten Monaten des Jahres 1793 zusammen mit dem Fürsten Christian von Berleburg im Hauptquartier zum König in die angenehmsten Beziehungen getreten sei. Das Itinerar und die Briefe Wilhelms lassen es als ausgeschlossen erscheinen, daß das in den ersten Monaten des Jahres geschehen sei. Es kommt dafür nur das zweite Vierteljahr in Betracht. Im übrigen hierzu H. A. W. 16 u. 35. [96] H. A. W. 35. [97] H. A. W. 16 u. 11. [98] Ebendort. [99] Der Rückzugsbefehl an Möllendorf ist vom 11. März 1794. Heigel II. 132. Am 31. März jedoch wurde der Befehl wieder zurückgenommen. Sommermeyer 31. [100] H. A. W. 11, 16 u. 35. [101] H. A. W. 11. [102] H. A. B. 1. [103] H. A. W. 16 u. 35. [104] So der mainzische Friedensantrag auf dem Reichstage zu Regensburg am 24. Oktober 1794. Über die Vorgeschichte des Friedens zu Basel vergl. Bailleu, zur Genesis des Friedens von Basel, Hardenberg I. 239/40, Heigel 150/53. [105] Die Briefe der Gräfin selbst, H. H. A. 3, enthalten nichts über diesen Plan. [106] H. A. W. 16. [107] H. A. W. 16. [108] H. A. W. 16. [109] H. A. W. 35. [110] G. St. A. Ma. 2. [111] Bailleu, Genesis des Friedens zu Basel. 249. [112] Die Angaben über die Frankfurter Anleihen schwanken, sodaß nicht klar zu sehen ist, welcher sich Wilhelm widmen sollte; wahrscheinlich der neben der sogenannten ersten Frankfurter Anleihe bei Willemer aufgelegten zweiten, welche 1794 stockte. Vergl. darüber Krug S. 32 u. 36/37 u. Bailleu, Baseler Friede 244. Ebenso schwanken die Angaben über die sogenannte erste Kasseler Anleihe. Nach Bailleu S. 270 hat der König erst Ende Oktober den Befehl gegeben, den Landgrafen um die Anleihe anzugehen. In Wirklichkeit wurde der Entschluß dazu schon Anfang Oktober gefaßt. Es ist nicht ersichtlich, ob Wilhelm direkt den Auftrag vom König bekam, oder von seinen Ministern. Am 9. November erhielt er die Vollmacht zum endgültigen Abschluß mit dem Landgrafen. Auch Warschauer gibt keinen genaueren Aufschluß. [113] G. St. A. B. 23 u. G. St. A. Ma. 2. [114] Losch, Kurfürst Wilhelm 222. [115] Hierzu G. St. A. B. 8 u. 23. G. St. A. Ma. 2 u. H. H. A. 7. Vergl. ferner zur sogenannten Hardenbergischen Anleihe, Krug, Staatsschulden S. 39 und Bailleu, Baseler Friede 270/75. Hardenbergs Bericht über die Konferenzen ist ebenfalls vom 22. Nov.

(Bailleu S. 272), die öffentliche Ankündigung der Anleihe erfolgte am 20. Dezember. Krug 39. [116] Nach Krug waren es 2 Mill. Gulden. Die Angabe, daß davon am 1. Dezember schon 1,5 Mill. bezahlt worden seien, kann nicht stimmen, wohl aber die, daß am 1. März der Rest bezahlt wurde. Der Zahlenunterschied mag in verschiedener Angabe der Währung begründet liegen. [117] H. H. A. 4. [118] Mylord Tempelton, ein junger Engländer, war damals der erklärte Verlobte der Lichtenau. An der ehelichen Verbindung fehlte nichts als die Einwilligung des Königs, die aber ausblieb. Apologie der Gräfin Lichtenau 35, Teil I. Paget, damals interimistischer englischer Gesandter, später englischer Gesandter in München und dann in Wien, galt als der schönste Mann Englands. Apologie I. 36. In seinen Briefen redet er sie als très chère (Wilhelmine) an. Dieselbe Anrede erscheint in manchen anderen Briefen in der Apologie. Jedenfalls hat die Lichtenau eine ganze Anzahl Männer zu Liebesgeständnissen gebracht. [119] Über die Fürstenbundspläne vergl. Erdmannsdörfer, Politische Korrespondenz, Losch, Kurfürst Wilhelm, Heigel, Deutsche Geschichte 2. [120] G. St. A. B. 23 u. G. St. A. Ma. 4. [121] Ebendort u. H. H. A. 7. [122] H. A. W. 11. [123] Ebendort. [124] G. St. A. B. 23 u. H. H. A. 7 u. 17. [125] Losch, Kurfürst Wilhelm 222. [126] Vergl. dazu die Note 116 u. H. H. A. 7. [127] G. St. A. B. 23. [128] Sie wird uns noch öfter beschäftigen. Aktenauszüge, die das Verhältnis Wilhelms, in welches er bald zu den beiden Ehegatten trat, beleuchten, hat mir das H. H. A. nicht ausgehändigt mit der Begründung, daß sie nicht zum Thema gehörten. [129] H. A. W. 16. 1803 erschien er in Homburg als Brautwerber des Prinzen Wilhelm von Preußen (s. S. 115). [130] Vergl. dazu die Anm. 116. [131] G. St. A. Ma. 2. [132] Ebendort. Die Verhandlungen in Basel standen im Januar 1795 nicht allzuweit vor dem Abbruch. Möllendorf hatte tatsächlich Massenbach nach Berlin gesandt zu Beratungen über einen neuen Feldzugsplan. Heigel II. 171/72. Hardenberg I. 249, 251, 282. Der Anschluß an die Koalition schien noch einmal möglich. Die Zweideutigkeit Hessen gegenüber erklärt sich aus der Ungewißheit, in der Preußen selber schwebte. [133] Doch kann nicht davon die Rede sein, daß er durch „den preußischen Reichsverrat" zum Anschluß an Preußen gezwungen worden sei, wie Losch, Kurfürst Wilhelm 214/15 u. Gesch. d. Kurfürstentums Hessen 6 u. Waitz, Kurwürde 49 behaupten. Die süddeutschen Staaten haben ja auch den „Verfassungsbruch" nicht mitgemacht. Die Phrase vom preußischen Reichsverrat sollte, nachdem die politischen Vorgänge genügend geklärt sind, verschwinden. Losch bedient sich ihrer noch in seinem 1923 erschienenen Buche. Seine ganze Darstellung lebt von der stillen Voraussetzung, daß der Landgraf ein Recht gehabt habe, in Berlin gehört und beachtet zu werden. Unsere Darstellung wird zeigen, daß seine Politik ein viel schlimmeres Urteil verdient, als die preußische, sofern man überhaupt urteilen will, und daß die Rolle, die er zu spielen beanspruchte, die Losch ihm auch zuerkennt, ebenso Schulz, ihm nicht zustand. Die preußische Politik wäre vermutlich noch zerfahrener geworden, wenn sie dem Landgrafen größeren Einfluß eingeräumt hätte. [134] H. A. W. 12. [135] G. St. A. Ma. 2. [136] H. A. W. 12. [137] G. St. A. B. 1. G. St. A. Ma. 3. [138] H. H. A. 4. [139] H. A. W. 12. [140] G. St. A. Ma. 6. [141] H. A. W. 12. [142] G. St. A. B. 23. [143] H. H. A. 8. [144] Am 13. Oktober 1794 auf dem Reichstag beschlossen. Heigel II. 153. [145] G. St. A. B. 23. [146] H. A. W. 12. [147] H. H. A. 8 u. 14. [148] Es sind die Verhandlungen um den kurmainzischen Friedensantrag, die zum Reichskonklusum vom 3. Juli führten. Bailleu, Preußen u. Frankreich I. Einleitung XVI. [149] Für Wilhelms Tätigkeit für die Anleihe 1795 G. St. A.

B. 23, H. H. A. 8, 11 u. 14, für die persönlichen Verhältnisse H. A. W. 12 u. 17. [150] Was sich darüber feststellen läßt, stammt aus Quellen, über die er nicht mehr verfügte. [151] Es war die Lotterie-Anleihe, bei Willemer und Metzler in Frankfurt aufgelegt. 5 Mill. Gulden Reichsgeld oder 3 Mill. Taler begehrte man. Krug 40/41. [152] Losch, Kurfürst Wilhelm 215. Daß sich der Landgraf darum stark an der Kriegsanleihe beteiligt habe, stimmt nach meiner Darstellung nicht. Es kann sich nur um die 1,5 bezw. 2 Mill. Taler vom Frühjahr handeln. Diese wurden zugesagt, bevor es sich darum handeln konnte, ihm den Weg nach Basel zu ebnen. Sie galten gerade einer energischen Fortsetzung des Krieges, nicht dem Frieden. Als man in Berlin im Februar sich für den Frieden entschied, versagte sich der Landgraf weiteren Wünschen (s. S. 49). [153] Nach Bailleu, Preußen und Frankreich I. Einleitung XIX u. 12—20 bestand in dieser Frage ein Gegensatz zwischen den Ministern in Berlin und Hardenberg in Basel. Hardenberg hatte zur Unterstützung Hessens geraten. Es wurde ihm aber von Berlin aus verboten, da man dort Zurückhaltung wünschte. [154] Anfang Januar 1794 hatte der Herzog sein Entlassungsgesuch eingereicht. Möllendorf trat an seine Stelle. Menzel 338. [155] G. St. A. B. 23. [156] Ebendort u. G. St. A. Ma. 3. [157] Schwartz I. 57. [158] Vergl. hierzu Hinsberg, Geschichte Berleburg. Mitteilungen II, 1. 30/31. [159] Über ihn Hinsberg Sayn-Wittgenstein-Berleburg V. [160] Günther von Schwarzburg war Gegenkönig Karls IV. [161] G. St. A. B. 23. [162] G. St. A. Ma. 3. [163] Sie sind mir nicht zur Durchsicht überlassen worden, aber man hat mir im G. St. A. zu B. diese Mitteilung gemacht. [164] G. St. A. B. 1. [165] H. H. A. 1. Die übrigen häuslichen und persönlichen Nachrichten für 1796, wenn nichts anderes angegeben ist, aus H. A. W. 18. [166] Über die Italienreise H. H. A. 8, G. St. A. B. 1 u. 6 sowie H. A. W. 18. [167] H. A. W. 35. [168] G. St. A. Ma. 4 u. Apologie I. 116. [169] Sie war viermal vermählt, zuletzt mit dem schwedischen Grafen Hordt. Eine ihrer Töchter aus der Ehe mit dem Grafen Häseler war Karoline, die spätere Frau von Berg, welche die Freundin der Königin Luise wurde. Bailleu, Königin Luise 117. [170] G. St. A. B. 5. [171] Apologie I. 127/28. [172] Ebendort II. 188. [173] G. St. A. Ma. 4. [174] Bleich 120. [175] H. H. A. 20. [176] Auch Bleich 121. [177] L. H. A. 20. [178] J. B. Bischoffwerder. Bleich 84. [179] Apologie 116. [180] Losch, Kurfürst Wilhelm 223. [181] H. H. A. 7. [182] Ebendort u. G. St. A. Ma. 4. [183] G. St. A. B. 23. Es sei dies erwähnt für die Siegerländer Geschichtsforscher, da der sogenannte Freudenberger Raub, von dem die Kunde also bis nach Kassel drang, das lebhafteste Interesse der Siegerländer besitzt! [184] Durch unterwürfigen Glückwunsch suchte der Landgraf von Österreich, das durch seine Siege in Deutschland wieder beherrschend geworden war, Verzeihung für den Abschluß in Basel zu erlangen. Heigel II. 220. [185] Ähnliche Stimmung in Bayern. Heigel II. 218. [186] G. St. A. B. 23. [187] Hierzu H. A. W. 18 u. 35, G. St. A. Ma. 20, und den unzureichenden Aufsatz von Horwitz, Börse und Banken im 18. Jahrhundert in Kassel. [188] H. H. A. 4. Schwarzkopf war Sekretär der hannöverschen Gesandtschaft in Berlin und wurde später Ministerresident in Frankfurt. Wer die „S." ist, war nicht zu ermitteln; offenbar eine Geliebte des Königs, von der bis jetzt nichts bekannt ist. [189] H. A. W. 18 u. 19. [190] Gräfin Voß, 69 Jahre am preußischen Hofe 174/76 u. G. St. A. B. 9. [191] In Berleburg war es nach Hinsberg, Sayn-Wittgenstein-Berleburg V, genau so. [192] Für Wilhelms häusliche Verhältnisse 1797 H. A. W. 19. [193] H. H. A. 21. [194] Ebendort. Vergl. auch Bleich 121. [195] Gräfin Voß, 69 Jahre . . . 187. [196] Über ihr Benehmen daselbst vergl. Bleich 121/22,

175. [197] H. H. A. 21. Auch von der Gräfin Voß erwähnt S. 189. [198] Ebendort 190/191. [199] Losch, Kurfürst Wilhelm 192/93. Schon bei diesen ersten Verhandlungen zeigt sich in den Motiven und dem Charakter des Landgrafen das, was in der Folgezeit bei ähnlichen Anlässen immer wieder zu Tage treten sollte: Auf der einen Seite „Gesinnungstüchtigkeit", auf der anderen deren Grundlage: Aussicht auf Vorteile, Entschädigungen, Subsidien. [200] Hierzu H. H. A. 14, G. St. A. B. 24. Losch, Kurfürst Wilhelm 225. [201] Heigel II. 252. [202] Hüffer, Diplomatische Verhandlungen I. 369/70. [203] H. H. A. 1, G. St. A. B. 15. [204] H. A. W. 19.

Zum 3. Kapitel.

[205] Zu Wilhelms Tätigkeit als Gesandter in Kassel 1797 G. St. A. B. 16, 23 u. 24. H. H. A. 11 u. 14. [206] Dazu Losch, Kurfürst Wilhelm 175—179. [207] Bailleu I. Einleitung XXXII und Hüffer, Krieg 1799 II, 132. [208] Hüffer, Kabinettsregierung 44. [209] G. St. A. Ma. 6. [210] G. St. A. B. 14. [211] Vergl. Einleitung S. 5. [212] G. St. A. B. 24. [213] Losch, Kurfürst Wilhelm 225. [214] Obser III. 80. [215] Die Darstellung der politischen Tätigkeit Wilhelms im Jahre 1798 fußt auf G. St. A. B. 16 und ist ergänzt durch die oben schon angeführten Bände. Hinzu tritt noch H. H. A. 13. [216] Obser III. 80 und Waitz, Baseler Friede 184. [217] G. St. A. Ma. 6. [218] Heigel II. 309. [219] Waitz hatte das nicht getan. Wilhelm wußte das. [220] G. St. A. Ma. 6. [221] Über die Fürstenbundspläne Frankreichs und Waitzens 1798. Bitterauf I. 79, Losch, Kurfürst Wilhelm 232, Bailleu, Preußen und Frankreich I, Einleitung XLII—bis XLIV. [222] Hüffer, Diplomatische Verhandlungen II, 1. Teil 81, 198. [223] Graf Görtz, Der preußische Komitialgesandte in Regensburg und auch einer der preußischen Gesandten auf den Kongreß in Rastatt. [224] Vergl. darüber Bailleu I. Einleitung XLII bis XLIV. Obser III. 136, Bitterauf I. 79. [225] Losch, Kurfürst Wilhelm 232. [226] Vergl. dazu auch Waitz, Kurwürde 49. [227] Das schrieb auch der helvetische Gesandte Zeltner an Begoz, Obser 3, 187. [228] v. Hassel, Kurfürstentum Hannover 21. Im Mai war er in Wetzlar. [229] G. St. A. B. 24. [230] H. A. W. 19. [231] G. St. A. Mü. 10. [232] H. A. W. 19, 20, 21 u. 35. [233] H. A. W. 20, 35. [234] H. A. W. 19, 20, 21, 35. [235] Die Darstellung für das folgende, die sogenannte erste Wittgensteinische Anleihe, fußt auf H. H. A. 9, G. St. A. B. 12 u. 13, H. A. W. 35, ergänzt durch die Briefe Wilhelms aus dieser Zeit 1798/1800, H. A. W. 20, 21, 22. [236] Vergl. hierzu jedoch Krug 42/43, wonach die Anleihe schon Mai 1799 geschlossen wurde. [237] G. St. A. B. 24. Für die diplomatische Tätigkeit Wilhelms 1799 als Grundlage der Darstellung seine Berichte G. St. A. B. 17, ergänzt durch H. H. A. 11 u. 14. [238] Bailleu, Preußen und Frankreich I. Einleitung XLVI. [239] Hüffer, Krieg 1799 II. 133/34 u. 143, 145, 155/156, Bailleu, Preußen u. Frankreich I. Einleitung LI. [240] Losch sagt, Kurfürst Wilhelm 234, daß Haugwitz nicht von seiner franzosenfreundlichen sogenannten neutralen Politik 1799 habe abgehen wollen. Es war doch nicht die Politik Haugwitzens, der sich für den Anschluß an die Koalition eingesetzt hatte, sondern die des Königs. Die auf derselben Seite beliebte Gegenüberstellung dieser neutralen Politik und der „Pläne" des Landgrafen und seiner Gesinnung ist, wie die vorliegende Darstellung noch an mancher Stelle erweisen wird, ungerecht. Man kannte den Landgrafen in Berlin und wußte, wie unzuverlässig er war. Auf seine Pläne, welche Ausflüsse eines unausgeglichenen Temperamentes, aber nicht politischer Überlegung und opferbereiter

Mitwirkung waren, konnte man nicht bauen. [241] Bailleu, Königin Luise 105—107. Bleich 211. [242] Abbruch der englisch-russischen Verhandlungen mit Preußen am 24. Juli. [243] Vergl. dazu Losch, Kurfürstentum Hessen 20 u. Kurfürst Wilhelm 234, wo die ganzen Subsidienverhandlungen wieder nur in hessischer Beleuchtung erzählt werden. [244] Hierzu auch Losch, Kurfürst Wilhelm 232, wo der Ausgang der Sache anders dargestellt wird, u. Kleinschmidt, Bayern und Hessen. [245] Am 19. September. Heigel II. 350. [246] Bignon I. 70. [247] Vergl. auch Kleinschmidt, Bayern und Hessen 12. [248] Zum folgenden H. A. W. 21—23, 29, 32, 33, 35 u. G. St. A. Ma. 19. [249] H. A. W. 4. [250] G. St. A. B. 17. [251] Siehe die Note S. 130. [252] H. H. A. 15. Vergl. dazu auch Kleinschmidt, Bayern und Hessen 5 u. 9. [253] G. St. A. B. 17. [254] Ebendort. [255] G. St. A. Ma. 6. [256] G. St. A. B. 17. [257] Ebendort. [258] Ebendort. [259] G. St. A. Ma. 6. [260] Hierzu G. St. A. B. 10 und H. H. A. 23. [261] Vergl. hierzu „Hessen vor dem 1. November 1806". 58—61. Die Angaben dieser Schrift werden durch Wilhelms Berichte öfter bestätigt. [262] Über diesen Heigel II. 346. [263] Zum folgenden G. St. A. B. 17 u. H. H. A. 12 u. 14. [264] Vergl. hierzu auch Losch, Kurfürst Wilhelm 236. Die Frage der Besetzung der Gebiete der P. C. streift Losch nur ganz kurz. [265] Bericht vom 24. September G. St. A. B. 17. [266] Für das Jahr 1801 insbesondere G. St. A. B. 18, ferner die oben angeführten Bände H. H. A. 12 u. 14. [267] G. St. A. Ma. 6. [268] Heigel II. 373. [269] H. A. B. 4. [270] Heigel 390/91 u. Kleinschmidt Säkularisation 21/22. [271] Vergl. hierzu Losch, Kurfürst Wilhelm 235, wo es im Zusammenhang damit heißt: „Wenn es nach dem Landgrafen gegangen wäre, so hätten sich alle Mächte wieder zusammen getan, um gegen Frankreich zu fechten . . . ." So wie sich der Landgraf nach den preußischen Quellen darstellt, kann das leider nur ein frommer Wunsch gewesen sein, hinter dem keine moralische Kraft, keine Opferbereitschaft steckte. Als die Besetzung wieder aufgehoben wurde, paßte ihm auch das nicht ! ! [272] Ulmann, Meeresneutralität 252. [273] Darüber Heigel 390/92. [274] Waitz, Baseler Friede 185. [275] Spiegel, den Wilhelm um Unterstützung der Anleihe gebeten hatte (s. S. 79) war einer der Drahtzieher, welche die Wahl für Münster inszenierten. Man wird darum darauf verzichtet haben, ihn in preußische Dienste zu übernehmen. Heigel II. 394. [276] Auch Losch, Kurfürst Wilhelm 236. [277] Ulmann, Russisch-Preußische Politik 29. [278] Losch, Kurfürst Wilhelm 235. [279] Sie war Ende Januar mit ihrem Gemahl, dem Erbprinzen Friedrich Ludwig von Mecklenburg-Schwerin in Berlin, wo der Karneval außerordentlich prunkvoll gefeiert wurde. Bailleu, Königin Luise 135. Über den Plan der Reise des Landgrafen nach Mecklenburg s. Bailleu, Briefwechsel Fr. W. III. und der Königin Luise mit Alexander I. 421. [280] Losch, Kurfürst Wilhelm 235. [281] G. St. A. Ma. 6. [282] Nachdem er tüchtig über die preußische Politik geschimpft hatte. Losch 235/36. Der Kurfürst selbst hat nach Losch erst im Juni 1802 die Überzeugung gewonnen, daß Preußen ihm „in puncto indemniatis total düpiert habe". Es mag stimmen, daß dem Landgrafen erst nach einem halben Jahr die Augen aufgingen, als ihm Wilhelm die Pariser Konvention vom 23. Mai mitteilte. Aber der Ausdruck dupiert, den sich, wie die folgende Darstellung beweist, auch Losch zu eigen macht, ist denn doch verfehlt. Losch und auch Schulz (auch Bitterauf) rühmen immer wieder die deutsche Haltung des Landgrafen, sehen in ihm den einzigen Reichsfürsten, der die Entwickelung richtig beurteilt, der immer zum Kampf gegen die Revolution, gegen Napoleon getrieben habe. Aber die Tatsache ist doch unumstößlich, daß er trotz seiner reichen Mittel es sich nie abgerungen hat,

Opfer für diese Gesinnung zu bringen. Er schalt über die preußische Politik, aber wenn sie ihn einspannen wollte, gab es immer lange Verhandlungen über Subsidien, Entschädigungen, Mediatisierungen. Sein Geiz war es, der ihn nicht nur trieb, der ihn sogar befähigte, Napoleon eher zu durchschauen als die anderen, weil dieser ihn in seinem Besitz gefährdete, er wehrte sich innerlich gegen Napoleon, nicht als Deutscher, sondern als Besitzer seiner Schätze, seiner fürstlichen Stellung, seines Landes. Aber die Rettung und Erhaltung dieses Besitzes sollten ihm andere besorgen. So macht ihn eigentlich gerade seine angebliche deutsche Gesinnung zum erbärmlichsten der deutschen Potentaten seiner Zeit, und im großen Geschehen der Napoleonischen Zeit spielt er, indem er ängstlich über seinem Schatze, seiner Stellung als Regent eines ach so kleinen Ländchens, aber mit gewaltigem Selbst- und Herrscherbewußtsein wachte, nicht einmal eine lächerliche, sondern leider eine traurige Rolle. [283] G. St. A. Ma. 6. [284] G. St. A. Ma. 12. [285] Für das folgende G. St. A. B. 19 und die oben schon zitierten Bände aus H. H. A. 12 u. 14. [286] Siehe die Anm. 275 über Spiegel. [287] Nach Losch, Kurfürst Wilhelm 237, auch einen an Köckritz. [288] Vergl. auch Losch, Kurfürst Wilhelm 236. [289] Am 17. Juli. Schulz S. 15 Anm. Daselbst Tagebuchaufzeichnungen des Landgrafen über Waitzens „Erfolge". [290] Vergl. darüber auch Obser IV. 186. [291] Am 14. Sept. Losch, Kurfürst Wilhelm 238. [292] Caspari I. 144 und Schulz S. 15 Anm. [293] Bei von Hassel, Kurfürstentum Hannover 52 ganz schiefe Darstellung der Sahnischen Sache. Bei Obser, Einleitung LI, Band IV, sowie S. 325, 26, 29, 30, 46, 47 zutreffende Notizen. Ferner dazu H. H. A. 24 u. 25. [294] Obser IV. Einleitung LI. und S. 347. [295] Ebendort und S. 200. [296] Häusser, Deutsche Geschichte II. 341, behauptet, Wittgenstein habe 1801 in Paris 2000 Louisdors für die Entschädigung gezahlt. Eine Bestätigung dieser Notiz war nicht aufzufinden. In Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse Wittgensteins klingt sie nicht sehr wahrscheinlich. [297] Obser IV, 200. [298] Obser IV, 329. [299] Obser IV, 330. [300] Heigel II 425 u. H. A. W. 35. [301] H. A. W. 35 u. Obser IV. 346. [302] Vergl. dazu auch Losch, Kurfürst Wilhelm 238. [303] H. H. A. 18. [304] Zum folgenden G. St. A. B. 19 u. 24 und G. St. A. Ma. 7, auch H. H. A. 12. [305] Schulz 15, Anm. [306] Ebendort. [307] Ebendort. [308] 23./24. März 1801. Heigel II. 384 u. a. [309] H. H. A. 12 und G. St. A. Ma. 7. [310] Vergl. Ulmann, Russisch-Preußische Politik 39. [311] Wohl anläßlich der Übergabe des Briefes des Landgrafen an ihn. Losch, Kurfürst Wilhelm 237. [312] Hierzu die für 1802/03 schon angeführten Aktenbände. [313] Ebendort und besonders G. St. A. Ma. 15 u. 16.

Zum 4. Kapitel.

[314] Z. B. v. Losch, Kurfürst Wilhelm 242 und Kurfürstentum Hessen 20. [315] G. St. A. B. 19 und H. H. A. 14. [316] Hardenberg II. 36. [317] Losch, Kurfürstentum Hessen 20. [318] Bitterauf I. 120/23. Obser V. 151. [319] Itinerar, H. A. W. 35. [320] Bailleu, Königin Luise 142/43. Bauer 4. [321] Losch, Kurfürst Wilhelm 242. [322] Wilhelms Bericht G. St. A. B. 19. [323] Über die Heirat des Prinzen Wilhelm mit Marianne und auch für das folgende H. H. A. 24 und 25. [324] G. St. A. B. 19 und H. H. A. 16. [325] Droescher 34. [326] Bailleu, Königin Luise. Bleich. Bauer. [327] Hierzu H. A. W. 24, 25, 29, 35. G. St. A. B. 7. G. St. A. Ma. 19. [328] G. St. A. B. 7. [329] G. St. A. Ma. 19. Am 5. Juni 1805 schrieb Wilhelm dem Landgrafen aus Hanau, daß er nun, nachdem gewisse Verhältnisse einigermaßen beseitigt seien, der

Notifikation seines Bruders beitrete, auch die Mitregierung unter gewissen Bestimmungen, jedoch vor der Hand mit Ausschluß der Finanzverwaltung, annehme. [330] Die Fürstung galt nur für die Söhne Johann Ludwigs. Von den jüngeren Brüdern verzichtete Ludwig, geb. 1777, gest. 1806, mit Rücksicht auf seine finanziellen Verhältnisse darauf, dem Gesuche zu adhärieren. Das Diplom von Johann Franz Karl, geb. 1779, gest. 1815, ist vom 18. Mai 1805. Sein Text greift auf das den beiden Brüdern schon erteilte zurück. Adolf Ernst Kornelius Alexander, geb. 1783, gest. 1856, ist 1813 großherzoglich-hessischer Fürst geworden. Es ärgerte ihn zeitlebens, daß seine Fürstung nicht durch den Kaiser erfolgt war. [331] H. A. W. 34 u. 35. [332] Heigel II. 469/71, Schwartz I. 71. [333] Fournier, Gentz und Kobenzl 69. [334] Dazu Schwartz I. 71. [335] Hierzu die bereits zitierten Aktenbände aus dem Jahre 1803 G. St. A. B. 19 und H. H. A. 12. [336] Bitterauf I. 113. [337] Hardenberg II. 37; dort auch noch einiges über Feder und die Union. [338] Für die politischen Verhältnisse im folgenden wieder die in Note 335 angegebenen Aktenbände. [339] Dechend, Waffenbrüderschaft, erwähnt unzureichende Gründe für die Entsendung Malsburgs. [340] Vergl. auch Strippelmann I. 164. [341] Vergl. zu folgendem auch die Darstellung des Gegenstandes bei Losch, Kurfürst Wilhelm 243 und Strippelmann I. 163—175. [342] Strippelmann I. 166. Thimme I. 87 über die Gratifikationen Mortiers und Dürbachs, von denen Wilhelm also schon zu Anfang dieser Dinge wußte. [343] Strippelmann 169. [344] Ebendort 165 Note. [345] Ebendort 172. [346] Ebendort 172. [347] Droescher 40. [348] Bleich 214. [349] Vergl. Dechend, Waffenbrüderschaft 36/37. [350] Losch, Kurfürst Wilhelm 244. [351] Zum folgenden G. St. A. B. 20 und H. H. A. 13, 14, 15. [352] Vergl. hierzu auch Bailleu II. Einleitung XLIV-XLV. [353] Dechend 40. Losch, Kurfürstentum Hessen 21/22 und ähnlich Kurfürst Wilhelm 245 sagt „trotzdem", wodurch die Darstellung unzutreffend wird, denn der Kurfürst ließ fast noch einen Monat vergehen, ehe er sich diesen Entschluß abrang. Man beachte das Datum der hessischen Mobilmachung und das der preußischen Erklärung gegenüber Frankreich. [354] Die Losch'sche Darstellung der Sache wird dadurch ganz schief, daß er durch den Gebrauch des Imperfekts „. . . . Preußen verständigte sich . . ." den Eindruck erweckt, als sei diese Verständigung nach dem Mobilmachungsbefehl des Kurfürsten erfolgt, und als ob Preußen ihn damit verraten habe [355] Hierzu H. H. A. 26—28 und G. St. A. Ma. 7. [356] Den Losch bescheiden Kurverein nennt. [357] G. St. A. B. 20. Für die folgende Zeit G. St. A. B. 21 und die oben mehrfach erwähnten Bände des H. H. A. [358] Wozu Loschs Darstellung schlecht paßt. Er verwendet offenbar früher gefallene Äußerungen des Kurfürsten an dieser Stelle. [359] Das hatte schon im September 1803 mit seiner Denkschrift über die Sendung Malsburgs nach Paris begonnen, in der er ausführte, daß Hessens Interessen bei Frankreich besser aufgehoben seien als bei Preußen. Bitterauf 120—123. [360] Heigel II. 509. Bitterauf I. 250/51. Obser V. 151, 155, 187. [361] Bitterauf I. 129/31, 147. [362] H. H. A. 16. [363] Z. B. Losch, Kurfürst Wilhelm 246/47 und Strippelmann I. 177 f. [364] Bitterauf I. 132. [365] H. A. W. 25. [366] Gesandtschaftsakten. [367] Darüber ebendort und G. St. A. Ma. 17, 18. [368] Losch, Kurfürtum Hessen 9, gibt als Grund an, daß die Entfernung Pyrmonts zu weit gewesen sei. [369] Arneth, Wessenberg 67, 68, 69. [370] Hierzu H. A. W. 25 u. 35. [371] Kruse, hundertjährige Zugehörigkeit. [372] Großmann, Johann VIII. 111/12, 121/24 und Göbel, Historische Fragmente 43/44. [373] H. H. A. 10. [374] G. St. A. Ma. 14. [375] H. A. W. 26. [376] Über ihn Schannat, Eiflia illustrata II. 2, 205. [377] Obser V. 545, 548. [378] H. A. B. 3. [379] Vergl. Einleitung Seite 2.

[380] Rogge-Ludwig, Hessenland 1887, S. 251 erzählt, wie Wilhelm im April 1807 das Anlehen von 310 000 Talern vom Kurfürsten selbst fast erzwungen hätte. [381] Zu folgendem H. A. W. 35. [382] Hierzu Wilhelms Briefe an seinen Bruder von 1801—1806 H. A. W. 23—27, ferner 35, G. St. A. B. 29 und G. St. A. Ma. 7. [383] Dazu auch Krug 45. [384] Siehe Einleitung Seite 2. [385] Es ist auch in Anbetracht der eigenen Nöte Wilhelms unwahrscheinlich. Auf einen grünen Zweig ist er ja selber nie gekommen. [386] Wilhelms Bericht vom 26. Dezember G. St. A. B. 25. [387] Dechend, Waffenbrüderschaft 40. Doch ist der Brief dort in einen falschen Zusammenhang gestellt und die Darstellung der politischen Verhältnisse daselbst völlig unzureichend. [388] Vergl. auch Obser V. 199. [389] Vergl. auch Obser V. 243. [390] H. H. A. 1. [391] Losch, Kurfürst Wilhelm 250. [392] G. St. A. B. 20. [393] Gröben, Ralph Heathcote 33. [394] G. St. A. B. 20. [395] Die Darstellung des Falles Taylor bei Losch und Gröben unterdrückt manche Einzelheit. Bei Gröben zudem nicht in allem zuverlässig. Am ausführlichsten bei Strippelmann I. 195. [396] Dechend 60, S. 37/38. [397] Für das folgende außer den schon genannten Bänden dieser Jahre G. St. A. B. 21, 25 und G. St. A. Ma. 8. [398] Kriegsgeschichtliche Einzelschriften 4. Hardenberg II. 275. [399] Losch, Kurfürst Wilhelm 253 und Kurfürstentum Hessen 25. [400] Heigel II. 584. [401] Vergl. hierzu auch Bitterauf I. 465. [402] Dechend 60, S. 41/42. [403] G. St. A. Ma. 8. Zur Sendung Hardenbergs vergl. auch Dechend 60, S. 45 f. und Strippelmann II. 1 f. [404] Strippelmann II. 8. [405] Vergl. auch Dechend 60, S. 43. [406] Ebendort. [407] Strippelmann II. 7. [408] Dechend. [409] Befehl dazu Strippelmann II. 9. [410] Dechend. [411] Strippelmann II. 7. [412] Dechend spricht von einem Gutachten der hessischen Minister vom 28. Oktober, nach welchem von einem eigentlichen Zusammengehen mit Preußen schon damals nicht mehr die Rede gewesen sei. Nur Waitz habe betont, man müsse Preußen in jedem Fall — Krieg oder Neutralität — beitreten. Es wäre also hier auch ein Schwanken W a i t z e n s zu beobachten, wie überhaupt die ganze hessische Politik einen viel unklareren Eindruck macht als die preußische. [413] Strippelmann II. 10/11. [414] Es kann keine Rede davon sein, daß, wie Heigel es II. 564 behauptet, der Kurfürst 10 Mill. zu den preußischen Rüstungen geliehen habe. [415] Losch, Kurfürst Wilhelm 255, schreibt, daß dem Kurfürsten die Einladung nach Berlin sehr ungelegen gekommen sei, und daß er gezögert habe, ihr Folge zu leisten. Das ist wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt gewesen, wo ihn seine allzeit schwankende Gesinnung wieder das Gegenteil wünschen ließ. [416] Losch, ebendort. Auch diese Sache sieht Losch wieder nur in hessischem Lichte. [417] G. St. A. B. 25. [418] Losch, Kurfürst Wilhelm 255. [419] G. St. A. B. 21. [420] H. H. A. 13. [421] Dechend 214. Band 61. [422] Siehe Note 415. [423] Dechend 61. S. 135 und G. St. A. Ma. 8 und H. H. A. 14. [424] Hardenberg II. 412. Strippelmann II. 21. [425] Strippelmann II. 40. [426] Ebendort. Note. [427] G. St. A. B. 27. [428] Ebendort. [429] Bitterauf I. 302. [430] Nur bei Strippelmann II. 38/40. [431] Strippelmann II. 37. [432] Strippelmann II. 37—40. [433] Zu folgendem außer den genannten einschlägigen Bänden aus H. H. A. noch G. St. A. B. 22. [434] Ebendort und Strippelmann II. 27 f. [435] Strippelmann II. 57. [436] Strippelmann II. 45—48. [437] G. St. A. B. 27. [438] Hierzu H. A. W. 27, 35, G. St. A. Ma. 9 und die entsprechenden Berliner Akten. [439] Bailleu, Fürstenbriefe 443. [440] H. A. W. 35. [441] Strippelmann II. 55. [442] Doch kann von einem Betteln Wittgensteins um diese Zeit noch nicht die Rede sein, wie Losch, Kurfürst Wilhelm 258, behauptet. [443] Strippelmann II. 55. [444] Die Unterschiede gegenüber der Darstellung bei Strippelmann und Bitterauf I.

302/03 beruhen darauf, daß verschiedene Punkte der Entwickelung, sei es als charakteristisch, sei es als Endstadium aufgefaßt werden. Die von Bitterauf behauptete französische Einstellung der Glieder der Union ist durch die alle überraschende Vollziehung der Rheinbundsgründung hervorgerufen. [445] Zum folgenden G. St. A. Ma. 9. [446] Bitterauf I. 346. [447] Strippelmann II. 59 f. [448] Strippelmann II. 60 f. [449] Zum folgenden auch noch G. St. A. B. 26. [450] Ebendort. [451] Strippelmann II. 75. [452] Strippelmann II. 77. [453] Strippelmann II. 78. [454] Ebendort. [455] Strippelmann II. 83. [456] Strippelmann II. 79. G. St. A. Ma. 9. Vergl. über die Zusammenkunft Losch, Kurfürst Wilhelm 260, der Wilhelms Verdienst darum anerkennt, daß der Landgraf auf die Seite Preußens gezogen wurde. [457] G. St. A. B. 26. [458] Hardenberg III. 105. [459] Strippelmann II. 87 f. [460] Strippelmann II. 85. [461] Strippelmann II. 91. [462] Die königliche Antwort darauf Strippelmann II. 90. [463] Strippelmann II. 91/92. [464] Vergl. über diese Frage Schulz 31 f., der sie verneint und diese Anerbietungen als Erfindungen des Kurfürsten bezeichnet. [465] Schmidt 447/48. [466] Strippelmann II. 93. [467] Hardenberg III. 85. [468] Strippelmann II. 138. [469] Schmidt 443—47. [470] Strippelmann II. 139. [471] Vergl. Witzleben, Ulsinger u. Schmidt. [472] Bailleu, Königin Luise 173. [473] Hardenberg III. 105 f. [474] Ebendort 147. [475] Hardenberg III. 116. [476] Hardenberg III. 115. [477] Ebendort. [478] Bailleu, Königin Luise 188/89. [479] Ebendort. [480] Hardenberg III. 137. Bailleu, Königin Luise 189/90. [481] Strippelmann II. 193. [482] G. St. A. Ma. 9. [483] Losch, Schulz. [484] Strippelmann II. 199—201. [485] Hassel, Gesch. d. pr. Pol. I. 326. [486] Losch, Kurfürst Wilhelm 267. [487] Ebendort 274. [488] H. H. A. 14.

Lebenslauf.

Ich, Wilhelm Weyer, wurde am 15. Januar 1891 als Sohn des Landwirts Adam Weyer und seiner Ehefrau Karoline, geb. Breitenbach, in Dreis-Tiefenbach, Kreis Siegen, geboren. Ich bin evangelisch und besitze die preußische Staatsangehörigkeit. Ich besuchte vom 6.—12. Lebensjahre die Volksschule meines Geburtsortes, vom 12.—15. die Rektoratschule zu Weidenau und vom 15.—21. mit einjähriger, durch Krankheit hervorgerufener Unterbrechung das Realgymnasium zu Siegen, das ich Ostern 1912 mit dem Reifezeugnis verließ. Ich studierte dann Deutsch, Geschichte und Theologie und zwar von Ostern 1912 bis Herbst 1913 in Marburg, von Herbst 1913 bis Ostern 1915 in Berlin und von Ostern 1915 bis Ostern 1916 in Marburg. Während des letzten Semesters trat ich in den Volksschuldienst ein, weil mich der Tod meines Bruders des Rückhaltes für das weitere Studium beraubt hatte. Ich legte die Mittelschullehrerprüfung und später auch die Rektorprüfung ab, war 1¼ Jahr im Lehrerbildungsdienst beschäftigt und wurde nach dessen Neuordnung an der Mittelschule in Laasphe angestellt. Von hier aus führte ich mein Studium von Ostern 1922 bis Ostern 1924 zum formalen Abschluß und bestand am 22. Dezember 1926 die mündliche Doktorprüfung, am 24. Juni 1927 die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen.

Von meinen akademischen Lehrern schulde ich besondern Dank Herrn Professor Dr. Busch, Herrn Professor Dr. von Premerstein und Herrn Professor Dr. Wrede.